



Verfassungsschutzbericht

2015

Die Würde des Menschen
ist unantastbar. Sie zu
achten und zu schützen
ist Verpflichtung aller
staatlichen Gewalt.

Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz

Verfassungsschutzbericht Bayern 2015



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die im Namen des „Islamischen Staates“ 2015 u. a. in Frankreich, Tunesien, Dänemark, Ägypten, der Türkei, den USA und in vielen anderen Ländern begangenen Terroranschläge sowie die Drohungen gegenüber den westlichen Staaten belegen die ungebrochene Gefährlichkeit des islamistischen Terrorismus. Insbesondere der Angriff in Paris im November 2015 offenbart eine neue Dimension hinsichtlich Strategie und Taktik islamistischer Terrorgruppierungen.

Ihr Ziel ist es, durch möglichst hohe Opferzahlen Angst und Misstrauen zu säen und unsere freiheitlichen Gesellschaften zu verunsichern und zu destabilisieren. Diesem Kalkül dürfen wir nicht durch Selbstbeschränkung unserer offenen Gesellschaften Vorschub leisten. Es gilt, unsere Grundwerte von Freiheit, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Toleranz, Selbstbestimmung und Meinungsfreiheit offensiv zu vertreten. Seit der Ausrufung des Kalifats durch den „Islamischen Staat“ im Sommer 2014 hat die Zahl der Ausreisen von Dschihadisten Richtung Syrien und Irak weiter zugenommen. 2015 sind auch wieder überwiegend junge Salafisten aus Bayern in die Kampfgebiete ausgereist. Eine besondere Gefahr für die Innere Sicherheit geht weiterhin von kampferfahrenen und möglicherweise traumatisierten Rückkehrern aus den Kampfgebieten in Syrien und dem Irak aus. Sie stellen vor allem in Bezug auf gewaltbereite Aktionen ein unkalkulierbares Risiko dar. Der versuchte Angriff auf eine Polizeistation in Paris Anfang 2016 wurde von einer Person verübt, die sich mit Hilfe verschiedener Identitäten als Asylbewerber in Europa aufhielt und dabei auch in einer Asylbewerberunterkunft in Deutschland lebte. Dies verstärkt Befürchtungen in der Bevölkerung, dass islamistische Kämpfer versuchen könnten, sich unter die Flüchtlinge zu mischen, um unbehelligt einzureisen.

Extremisten, insbesondere Rechtsextremisten nutzen dort ihre Chance, wo sich die Bevölkerung von den demokratischen Parteien unverstanden und mit ihrem Sorgen und Ängsten alleingelassen fühlt. Mit rund einer Million Asylbewerbern innerhalb eines Jahres war die bislang größte Zuwanderung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutsch-

land zu bewältigen. Die Unsicherheit in der Bevölkerung, welche mittel- und langfristigen Folgewirkungen für unsere Gesellschaft daraus resultieren, versuchen Rechtsextremisten für ihre eigenen Zwecke zu nutzen. Durch gezielte Agitation gegen Asylbewerber wollen sie die Akzeptanz für ihre Ideologien in der Gesellschaft verbreitern. Sie säen Zweifel in der Bevölkerung an der Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit der Zuwanderer und schüren Ängste vor terroristischen Anschlägen. Die Verfassungsschutzbehörden beobachten mit Sorge, dass die Zahl der Übergriffe auf Asylbewerberunterkünfte 2015 bundesweit stark angestiegen ist. Die Tatsache, dass ein erheblicher Teil der bisher ermittelten Täter nicht dem extremistischen Spektrum entstammt, ist ein deutliches Warnsignal.

Auch Islamisten versuchen aus dem Zustrom von Asylbewerbern für sich Nutzen zu ziehen. Mehrere islamistische Gruppierungen haben gezielt dazu aufgerufen, Kontakte zu Flüchtlingen aufzunehmen. Unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe sollen neue Anhänger und Unterstützer für die islamistische Ideologie gewonnen werden. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat Anfang 2016 einen Informationsflyer herausgegeben, der über derartige Anwerbeversuche aufklärt.

Die Bayerische Staatsregierung tritt allen extremistischen Bedrohungen unseres Rechtsstaats unabhängig von der jeweils zugrundeliegenden Ideologie konsequent und mit allen Mitteln des Rechtsstaats entgegen. Unsere Sicherheitsbehörden leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag. Die Unverzichtbarkeit der Verfassungsschutzbehörden und ihres nachrichtendienstlichen, an klare gesetzliche Voraussetzungen geknüpften Instrumentariums ist angesichts der vielfältigen Bedrohungen so deutlich wie nie. Auf die Erkenntnisse und Methoden des Verfassungsschutzes zu verzichten, würde unsere Demokratie blind machen gegenüber jenen, die sie zerstören wollen. Die Bayerische Staatsregierung hat sich seit jeher zu einem leistungsfähigen Verfassungsschutz bekannt. 2015 wurde die Sach- und Personalausstattung des Landesamtes für Verfassungsschutz deutlich verstärkt, damit es auch in Zukunft mit den sich stetig verändernden Gefährdungslagen Schritt halten und seine Aufgabe als Demokratieschutz wahrnehmen kann.

Der Präsident und die Mitarbeiter des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz treten mit ihrer Arbeit für die Grundwerte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ein. Dafür gebühren ihnen unser Dank und unsere Anerkennung.

München, im April 2016



Joachim Herrmann
Staatsminister



Gerhard Eck
Staatssekretär



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Arbeit der Sicherheitsbehörden steht im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik derzeit wieder besonders im Fokus der Öffentlichkeit. Wir haben dabei eine klare Richtschnur: unser Grundgesetz. Das verpflichtet uns in Art. 1 auf den Schutz der Würde des Menschen, egal welcher Herkunft, egal welcher Religion und unabhängig davon, ob er Bürger dieses Landes ist oder sich nur für einen begrenzten Zeitraum hier aufhält.

Es ist deshalb eine wesentliche staatliche Verpflichtung, Flüchtlinge bestmöglich zu schützen vor fremdenfeindlichen Übergriffen. Leider müssen wir feststellen, dass sich die Zahl der Übergriffe auf Asylbewerber und Asylbewerberunterkünfte im vergangenen Jahr in dramatischer Weise erhöht hat. Zugleich hat die verbale Hetze gegen Flüchtlinge deutlich an Aggressivität zugenommen.

In der Anonymität des Internets verbreiten dabei nicht nur Aktivisten der rechtsextremistischen Szene ihren Hass auf Migranten. Auch Personen, die bislang keinen rechtsextremistischen Strukturen angehörten, äußern sich in Kommentarbereichen und sozialen Netzwerken fremdenfeindlich, islamfeindlich und rassistisch. Diese aggressive Rhetorik kann impulsgebend wirken für fremdenfeindliche Gewalt, sie kann Radikalisierungsverläufe auslösen und beschleunigen.

Für uns ist das Anlass, ein noch differenzierteres Instrumentarium zu entwickeln, um solche Radikalisierungsverläufe frühestmöglich zu erkennen, bevor schwere Gewalttaten begangen werden. Beispiele aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass wir gerade über die Bearbeitung entsprechender Internetforen auch an gewaltbereite Personenkreise herankommen können, die außerhalb der virtuellen Welt oftmals noch nicht in Erscheinung getreten sind. Wir werden deshalb innerhalb der Abteilung Rechtsextremismus ein neues Sachgebietschaffen, das sich ausschließlich mit der operativen Internetauswertung befasst. Die Akzeptanz von Flüchtlingen hängt maßgeblich davon ab, dass durch die Flüchtlingbewegung das allgemeine Sicherheitsempfinden nicht nachhaltig beeinträchtigt wird.

Es muss deshalb auch den Raum geben, um Sorgen zu artikulieren. Nur wenn wir diesen Raum zulassen, können wir der Desinformationstaktik der Rechtsextremisten entgegenwirken, die durch falsche Gerüchte über angebliche Straftaten von Flüchtlingen Ängste gezielt schüren und verstärken wollen.

Wir als Verfassungsschutzbehörde stellen dem eine transparente Öffentlichkeitsarbeit gegenüber. Entwicklungen in allen Spektren des politischen Extremismus benennen wir klar und deutlich, mit der Neugestaltung unserer Webseite haben wir unser Informationsangebot noch einmal ausgebaut. Dass die islamistische Szene in Bayern signifikanten Zulauf aus dem Bereich der Flüchtlinge erfährt, können wir bislang nicht erkennen. Feststellbar ist aber, dass viele islamistische Gruppierungen – darunter auch Salafisten – versuchen, Kontakte zu Flüchtlingen aufzubauen, um sie dann mittel- und langfristige fest in ihre Szenen zu integrieren. Wir sind dem begegnet, indem wir einen Flyer für die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter in Flüchtlingsunterkünften aufgelegt haben, der Tipps gibt, wie man islamistische Anwerbeversuche erkennt und welche Anzeichen auf eine beginnende Radikalisierung von Flüchtlingen hindeuten können.

Generell muss unser Ziel sein, dem Extremismus entgegenzuwirken, bevor er entsteht. Wir bauen deshalb im Bereich der Islamismusprävention unsere Strukturen aus und wollen hier verstärkt mit Multiplikatoren zusammenarbeiten. Die erfolgreiche Arbeit der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) in der Rechtsextremismusprävention werden wir noch einmal deutlich ausbauen. Die umfassenden Stellenbewilligungen durch den Bayerischen Landtag ermöglichen uns diese Maßnahmen.

Wir sind uns aber auch klar darüber, dass die Sicherheitsbehörden alleine dem Entstehen von politischem Extremismus nicht wirksam begegnen können. Wir suchen und schätzen deshalb den Austausch mit der Politik, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, den zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und mit Ihnen, liebe Bürgerinnen und Bürger.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass die Würde des einzelnen und die Achtung voreinander unsere Gesellschaft prägen.

München, im April 2016



Dr. Burkhard Körner
Präsident des Bayerischen Landesamtes
für Verfassungsschutz

Inhalt

Informationen zum Verfassungsschutz 12

1.	Der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem	13
2.	Gesetzlicher Auftrag	13
3.	Informationsbeschaffung	18
4.	Kontrolle des Verfassungsschutzes	19
5.	Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz	19
6.	Information und Prävention	20

Islamismus 24

1.	Personenpotenzial in Bayern	27
2.	Islamismus in Deutschland	28
3.	Internet und salafistische Hilfsorganisationen	34
3.1	Islamisten im Internet	34
3.2	Spendensammlungen durch überregionale salafistische Hilfsorganisationen	37
4.	Strukturen	39
4.1	Legalistischer Islamismus	39
4.1.1	Milli-Görüs-Bewegung	39
4.1.2	Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat)	42
4.1.3	Tablighi Jamaat (TJ)	43
4.1.4	Islamische Vereinigung in Bayern e. V. (IVB)	45
4.1.5	Die Muslimbruderschaft (MB) und ihr Einfluss in Deutschland	47
4.1.5.1	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD)	49
4.1.5.2	Muslimische Jugend in Deutschland e. V. (MJD)	51
4.2	Salafismus	52
4.2.1	Politischer Salafismus	54
4.2.2	Jihadistischer Salafismus	57
4.2.2.1	Der Islamische Staat (IS)	62
4.2.2.2	Das al-Qaida-Netzwerk	64
4.2.2.3	Islamistisch-kurdische Netzwerke	67
4.3	Sonstiger islamistischer Terrorismus	69
4.3.1	HAMAS (Islamische Widerstandsbewegung)	69
4.3.2	Hizb Allah (Partei Gottes)	70
4.3.3	Islamistische Bezüge von Tschetschenen und weiteren Nordkaukasiern	72

Ausländerextremismus	74
1. Personenpotenzial in Bayern	76
2. Konflikt- und Gewaltpotenzial	76
3. Strukturen	77
3.1 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	77
3.2 Türkische Linke	81
3.2.1 DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) / Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	81
3.2.2 Türkische Kommunistische Partei / Marxisten-Leninisten – Partizan Flügel (TKP/ML – Partizan Flügel)	82
3.2.3 Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)	83
3.3 Türkische Rechtsextremisten: ÜLKÜCÜ-Bewegung („Idealisten“-Bewegung)	84
3.4 Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	86

Rechtsextremismus	88
1. Personenpotenzial in Bayern	90
2. Gewaltpotenzial	90
2.1 Gewaltorientierte rechtsextremistische Szene in Bayern	91
2.2 Gewalt gegen Asylbewerber	92
2.3 Ermittlungen gegen die Oldschool Society (OSS) wegen Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung	94
2.4 Ermittlungen gegen Rechtsextremisten in Ober- und Mittelfranken wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung	95
2.5 Reaktionen der rechtsextremistischen Szene auf den NSU-Prozess	97
2.6 Rechtsextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten	98
3. Rechtsextremistische Themenfelder und Aktionsformen	100
3.1 Rechtsextremistische Themenfelder	100
3.2 Rechtsextremistische Aktionsformen	105
3.2.1 Parteiübergreifende Aktivitäten	105
3.2.2 Rechtsextremistische Bürgerinitiativen	106
3.2.3 Rechtsextremistische Aktivitäten bei Veranstaltungen	106
3.2.4 Freizeitaktivitäten zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und zur Nachwuchsgewinnung	108
3.2.5 Internationale Kontakte bayerischer Rechtsextremisten	108
4. Internet, Musik, Vertriebsstrukturen und Verlage	109
4.1 Rechtsextremisten im Internet	109
4.2 Rechtsextremistische Musik	111

4.3	Rechtsextremistische Vertriebsstrukturen	114
4.4	Rechtsextremistische Internet-Radios und -TV	115
4.5	Rechtsextremistisches Verlagswesen	116
5.	Immobiliensuche und -erwerb	117
6.	Rechtsextremistische Parteien	119
6.1	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	119
6.2	Partei Der Dritte Weg (III. Weg)	124
6.3	Partei DIE RECHTE	131
7.	Rechtsextremistische Vereinigungen	134
7.1	Bürgerinitiativen	134
7.2	Sonstige rechtsextremistische Organisationen	137
8.	Neonazismus und Kameradschaften	140
8.1	Neonazistische Gruppen	142
9.	Rechtsextremistische Jugend-Szenen und Subkulturen	145

PEGIDA-Ableger mit extremistischen Bezügen **148**

1.	NüGIDA	150
2.	PEGIDA Franken	151
3.	PEGIDA-München – zur Förderung staatsbürgerlicher Anliegen e. V. (PEGIDA-München)	152
4.	PEGIDA Nürnberg	154

Verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit **156**

1.	Personenkreis um Michael Stürzenberger	159
2.	Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie DIE FREIHEIT, Landesverband Bayern (DIE FREIHEIT Bayern)	163

Linksextremismus **168**

1.	Personenpotenzial in Bayern	170
2.	Gewaltpotenzial	170
2.1	Proteste gegen den G7-Gipfel 2015 in Elmau	171
2.2	Straf- und Gewalttaten	174
3.	Ideologische Wurzeln des Linksextremismus	175
4.	Linksextremistische Themenfelder	178
5.	Internet und Musik	183

5.1	Linksextremisten im Internet	183
5.2	Linksextremistische Musik	185
6.	Linksextremistische Parteien und Vereinigungen	186
6.1	Offen extremistische Strukturen in der Partei DIE LINKE.	186
6.1.1	Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE. (KPF)	186
6.1.2	Antikapitalistische Linke (AKL)	187
6.1.3	Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí (Cuba Sí)	188
6.1.4	marx21	188
6.1.5	Linksjugend [˙solid] Landesverband Bayern	189
6.1.6	DIE LINKE. Sozialistisch-demokratischer- Studierendenverband (DIE LINKE.SDS) Landesverband Bayern	190
6.2	Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und Umfeld	190
6.2.1	DKP	190
6.2.2	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	192
6.2.3	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)	194
6.3	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	195
6.4	Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus	196
6.5	Sonstige linksextremistische Organisationen	198
6.5.1	GegenStandpunkt (GSP)	198
6.5.2	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)	198
6.5.3	Rote Hilfe e. V. (RH)	199
7.	Autonome, Postautonome und Anarchisten	200
7.1	Beschreibung / Hintergrund	200
7.2	Gruppierungen	203
7.2.1	Organisierte Autonomie (OA)	203
7.2.2	Revolutionär Organisierte Jugendaktion (ROJA)	204
7.2.3	Interventionistische Linke Nürnberg (IL-N)	204
7.2.4	Antifaschistische Linke Fürth (ALF) und Jugendantifa Fürth (JAF)	205
7.2.5	Antifa-NT	206
7.2.6	Antikapitalistische Linke München (AL-M)	207

Scientology-Organisation (SO) 208

1.	Personenpotenzial	211
2.	Aktionen und Aktivitäten	211
2.1	Werbetour der SO-Tamorganisation Sag NEIN zu Drogen - Sag JA zum Leben	211
2.2	Einführung einer neuen SO-Technologie	213

3.	Organisationsstruktur	215
3.1	Unterorganisationen der Scientology-Organisation	216
4.	Aussteiger	220

Spionageabwehr, Wirtschaftsschutz, Cyber-Allianz-Zentrum (CAZ) 222

1.	Spionageaktivitäten ausländischer Nachrichtendienste	225
1.1	Russische Föderation	226
1.2	Volksrepublik China	227
2.	Proliferation	229
3.	Wirtschaftsschutz	231
4.	Cyber-Allianz-Zentrum Bayern (CAZ)	233

Organisierte Kriminalität (OK) 236

1.	Rockerkriminalität	239
1.1	Outlaw Motorcycle Gang (OMCG)	239
1.2	Rockerähnliche Gruppierungen	242
1.3	Mögliche Verbindungen von Rockern in die rechtsextremistische Szene	244
1.4	Rocker und Waffenerlaubnisse	245
2.	OK aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	245
3.	OK-Gruppierungen aus dem Balkan und der Türkei	246
4.	Italienische Mafia	247

Ausblick 250

Anhang

Grafiken: Personenpotenzial und Gewalttaten	255
Stichwortregister	256
Extremistische Organisationen und Gruppierungen	259
Bildnachweis	264
Impressum	265

Informationen zum Verfassungsschutz

-
- ▶ **Der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem**
 - ▶ **Gesetzlicher Auftrag**
 - ▶ **Informationsbeschaffung**
 - ▶ **Kontrolle des Verfassungsschutzes**
 - ▶ **Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz**
 - ▶ **Information und Prävention**

1. Der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach ihrer Verfassung eine wertgebundene, wachsame und wehrhafte Demokratie. Der Staat kann gegen Bestrebungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen, die in der Verfassung vorgesehenen Abwehrmittel einsetzen, z. B. ein Partei- oder Vereinsverbot.

Das setzt aber voraus, dass er solche Bestrebungen oder Aktivitäten, die als extremistisch oder als verfassungsfeindlich bezeichnet werden, rechtzeitig erkennen kann. Hier setzt die Aufgabe des Verfassungsschutzes als Frühwarnsystem zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie zum Schutz des Bestandes und der Sicherheit von Bund und Ländern ein.

2. Gesetzlicher Auftrag

Die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sind gesetzlich genau festgelegt. Das Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) regelt die von Bund und Ländern im Rahmen des Verfassungsschutzes gemeinsam zu erfüllenden Aufgaben und ist zugleich Rechtsgrundlage für die Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Daneben gibt es in allen Ländern eigene Verfassungsschutzgesetze.

Beobachtungs-
auftrag

In Bayern regelt das Bayerische Verfassungsschutzgesetz (BayVSG) die Aufgaben und Befugnisse des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, das seinen Sitz in München hat und dem Bayerischen Staatsministerium des Innern für Bau und Verkehr unmittelbar nachgeordnet ist.

Für das Landesamt wurden im Haushaltsplan 2015 insgesamt 443 Stellen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst ausgewiesen. Das Haushaltsvolumen 2015 betrug 28,4 Millionen Euro. Mit Blick auf die weltweiten Anschläge islamistischer Terroristen und die zunehmende Agitation von Rechtsextremisten

gegen Asylbewerber wurde die Personalausstattung des Landesamts in mehreren Schritten um insgesamt 97 Stellen erhöht, die nun sukzessive besetzt werden.

Der Verfassungsschutz sammelt Informationen über sicherheitsgefährdende und verfassungsfeindliche Bestrebungen im Inland und wertet diese aus. Diesem originären Beobachtungsauftrag unterliegen im Wesentlichen

- ▶ Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind,
- ▶ sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht (Sabotage und Spionage),
- ▶ Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- ▶ Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind,
- ▶ Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität.

Als „Bestrebung“ ist eine politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweise definiert, die darauf gerichtet ist, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes bzw. Verfassungsgrundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen. Solche Bestrebungen können von Gruppierungen oder Einzelpersonen ausgehen.

Arbeitsschwerpunkt des Verfassungsschutzes ist dabei die Beobachtung von extremistischen Organisationen, d. h. in erster Linie die Analyse ihrer Ziele, Aktivitäten, Stärke, Aufbau und finanziellen Verhältnisse. Dazu müssen zwangsläufig auch die Mitglieder und Unterstützer erfasst werden. Aber auch die Beobachtung von extremistischen Einzelpersonen ist zulässig. Als extremistische Bestrebungen werden in Bayern beobachtet:

-
- ▶ Islamismus
 - ▶ Ausländerextremismus
 - ▶ Rechtsextremismus
 - ▶ Verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit
 - ▶ Einige Gruppierungen im Bereich der sog. „PEGIDA-Bewegung“
 - ▶ Linksextremismus
 - ▶ Scientology-Organisation

Der Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes umfasst auch extremistische Aktivitäten im Internet, z. B. in Blogs und Foren. Dabei ist aber eine „automatische“ Zurechnung von anonymen Beiträgen in Blogs oder Foren zulasten der Betreiber rechtlich nicht zulässig, da die Betreiber selbst extremistische Ziele verfolgen müssen. Erst wenn eine politisch motivierte, gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Zielrichtung zurechenbar festzustellen ist, ist der Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes eröffnet.

Aus Anlass einer Klage der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE. und eines Bundestagsabgeordneten dieser Partei fällte das Bundesverfassungsgericht am 17. September 2013 eine Grundsatzentscheidung zu den Voraussetzungen und Grenzen der Beobachtung von Abgeordneten durch den Verfassungsschutz.

Beobachtung von
Abgeordneten

Das Gericht entschied, dass die Beobachtung von Parlamentsabgeordneten durch die Verfassungsschutzbehörden wegen des darin liegenden Eingriffs in das freie Mandat des Abgeordneten (Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG) nur unter engen rechtlichen Voraussetzungen zulässig ist. An die Prüfung der Verhältnismäßigkeit ist dabei mit Blick auf die Bedeutung, die das Grundgesetz dem freien Mandat zuerkennt, ein strenger Maßstab anzulegen. Ein die Beobachtung rechtfertigendes, überwiegendes Interesse am Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung liegt nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts insbesondere dann vor, wenn ein Abgeordneter sein Mandat zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht oder diese aktiv und aggressiv bekämpft.

Organisierte
Kriminalität

In Bayern ist die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (OK) seit 1994 nicht nur Aufgabe der Polizei, sondern auch des Verfassungsschutzes. Dies umfasst u. a. die Bereiche illegaler Waffen- und Drogenhandel, Schutzgelderpressung und Geldwäsche. Der Bayerische Verfassungsschutz klärt da auf, wo Polizei oder Staatsanwaltschaft rechtlich noch nicht tätig werden können und liefert so einen wertvollen Beitrag zur Bekämpfung krimineller Strukturen.

Personen, die der OK angehören bzw. sich in deren Umfeld aufhalten, agieren sehr konspirativ. Die Aufklärung dieser Strukturen setzt eine systematische und vor allem langfristig angelegte Beobachtung voraus, die auch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel erfordert. Liegen dem Verfassungsschutz konkrete Anhaltspunkte für kriminelle Strukturen und Straftaten vor, werden diese zur weiteren Bearbeitung an Polizei und Staatsanwaltschaft abgegeben.

Spionageabwehr

Eine weitere Aufgabe des Verfassungsschutzes ist die Spionageabwehr, d. h. die Abwehr der Spionage von Nachrichtendiensten fremder Staaten gegen Deutschland. Wesentliche Angriffsziele sind die Bereiche Politik, Militärtechnologie und Wirtschaft. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet die Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste, sammelt Informationen und wertet sie aus, um z. B. deutsche Unternehmen zu schützen.

Cyber-Allianz-
Zentrum

Das seit Juli 2013 bestehende Cyber-Allianz-Zentrum im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz unterstützt Unternehmen sowie Betreiber kritischer Infrastrukturen bei der Prävention und Abwehr gezielter Cyberangriffe.

Mitwirkungs-
aufgaben

Daneben hat das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz eine Reihe von Mitwirkungsaufgaben, bei denen es als Fachberater bei Sachentscheidungen einer anderen Behörde hinzugezogen wird. Dabei fließen die bereits vorhandenen oder aus Anlass des Mitwirkungsersuchens gewonnenen Erkenntnisse in den Entscheidungsprozess einer anderen Behörde mit ein. Zu den Mitwirkungsaufgaben gehören der Geheim- und Sabotageschutz.

Geheimschutz

Der Geheimschutz umfasst die Maßnahmen, die verhindern sollen, dass Unbefugte von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Informationen und Unterlagen – sog. Ver-

schlussachen – Kenntnis erhalten. Verschlussachen gibt es in Behörden, aber auch in privatwirtschaftlichen Unternehmen, die im Auftrag des Staates tätig werden.

Der materielle Geheimschutz befasst sich mit den organisatorischen und technischen Voraussetzungen, die geschaffen werden müssen, um Verschlussachen vor unbefugtem Zugriff zu schützen. Der personelle Geheimschutz beinhaltet die Sicherheitsüberprüfung von Personen, die mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden sollen. Die Sicherheitsüberprüfung nach dem Bayerischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz (BaySÜG) soll gewährleisten, dass nur zuverlässige Personen eingesetzt werden, bei denen keine Umstände vorliegen, die ein Sicherheitsrisiko darstellen.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz bringt außerdem seine Erkenntnisse im Rahmen weiterer Beteiligungsaufgaben ein, insbesondere bei einbürgerungs- und aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen. Es ist an der behördenübergreifenden Arbeitsgruppe BIRGIT (Beschleunigte Identifizierung und Rückführung von Gefährdern aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus/ Extremismus) beteiligt.

Beteiligungs-
aufgaben

Zudem hat das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz die Aufgabe, im Einzelfall amtliche Auskünfte im Rahmen der Verfassungstreueüberprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst zu erteilen. Außerdem übermittelt es relevante Erkenntnisse im Rahmen von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz und dem Atomgesetz.



Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz in München

3. Informationsbeschaffung

Offene Quellen
und nachrichten-
dienstliche Mittel

Zur Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags ist der Verfassungsschutz verpflichtet, Informationen zu beschaffen, auszuwerten und zu speichern. Diese Informationen werden zum weit überwiegenden Teil aus offenen Quellen gewonnen (z. B. aus dem Internet, Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Programmen, Broschüren sowie bei öffentlichen Veranstaltungen extremistischer Organisationen). Einen Teil der Informationen erhält der Verfassungsschutz durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel. Dazu gehören im Wesentlichen:

- ▶ der Einsatz von V-Leuten (Personen, die der Verfassungsschutzbehörde selbst nicht angehören, aber aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dem jeweiligen Beobachtungsobjekt „Szene-Erkenntnisse“ gegen Bezahlung liefern),
- ▶ das Beobachten verdächtiger Personen (Observation) sowie
- ▶ verdeckte Bild- und Tonaufzeichnungen.

Artikel 10-Gesetz

Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Überwachung des Post- und Telekommunikationsverkehrs) sind besonders strengen rechtsstaatlichen Anforderungen unterworfen. Sie sind in einem eigenen Gesetz geregelt, das nach dem Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses „Artikel 10-Gesetz“ (G 10) genannt wird.

Ein Verfahren mit mehreren voneinander unabhängigen Kontrollinstanzen stellt sicher, dass in dieses Grundrecht nur eingegriffen wird, wenn die im Gesetz genannten besonderen Gründe vorliegen. Ähnliches gilt für die 2003 eingeführten Auskunftspflichten von Post- und Telekommunikationsdienstleistern sowie für die Verwendung technischer Mittel zur Identifizierung von bisher unbekanntem Mobilfunkanschlüssen. Die Zahl der Maßnahmen zur Überwachung des Post- und Telekommunikationsverkehrs lag im Jahr 2015 wie schon in der Vergangenheit im unteren zweistelligen Bereich. Besonders strenge rechtsstaatliche Sicherungen gelten auch für den Einsatz von Abhörgeräten oder versteckten Kameras in Wohn- und Geschäftsräumen sowie für den verdeckten Zugriff auf informationstechnische Systeme.

4. Kontrolle des Verfassungsschutzes

Die Tätigkeit des bayerischen Verfassungsschutzes unterliegt einer vielfältigen Kontrolle. Dazu gehört die allgemeine parlamentarische Kontrolle, die durch die Berichtspflicht des verantwortlichen Ministers gegenüber dem Landtag im Rahmen von Anfragen von Abgeordneten, Petitionen usw. ausgeübt wird. Eine besondere Kommission des Bayerischen Landtags, das Parlamentarische Kontrollgremium, überwacht die Arbeit des Verfassungsschutzes. Die G 10-Kommission überprüft die Maßnahmen zur Überwachung des Post- und Telekommunikationsverkehrs sowie die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Auskunftspflichten von Post- und Telekommunikationsdienstleistern.

Parlamentarische
Kontrolle

Die Verwaltungskontrolle obliegt dem Innenminister im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht, ferner dem Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz und dem Bayerischen Obersten Rechnungshof. Diese Kontrollen werden ergänzt durch die Möglichkeit, gegen belastende Maßnahmen die Verwaltungsgerichte anzurufen. Schließlich findet über die Medienberichterstattung auch eine Kontrolle durch die Öffentlichkeit statt.

Sonstige
Kontrollen

5. Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz

Beim Schutz von Staat und Verfassung arbeiten Polizei und Verfassungsschutz eng zusammen. Dabei sind die Polizei- und Verfassungsschutzbehörden jedoch voneinander getrennt, Verfassungsschutzbehörden dürfen keiner polizeilichen Dienststelle angegliedert werden (organisationsrechtliches Trennungsgebot). Aufgabe der Polizei ist die Abwehr von Gefahren sowie die Aufklärung von Straftaten. Sie verfügt über Eingriffsrechte und Zwangsbefugnisse (z. B. Festnahmen, Durchsuchungen, Beschlagnahmen usw.) und muss eingreifen, sobald sie Hinweise auf Straftaten erhält.

Trennungsgebot

Der Verfassungsschutz ist dagegen für die Vorfeldaufklärung zuständig und hat keine Zwangsbefugnisse und kein Weisungsrecht gegenüber der Polizei (befugnisrechtliches Trennungsgebot). Hat der Verfassungsschutz ausreichend Erkenntnisse, die ein sicherheitsrechtliches Eingreifen erforderlich machen, unterrichtet er die zuständige Sicherheitsbehörde. Diese entscheidet dann selbständig, ob und welche Maßnahmen zu treffen sind.

6. Information und Prävention

Der Verfassungsschutz hat den gesetzlichen Auftrag, Regierung und Parlament sowie die Öffentlichkeit über Aktivitäten und Ziele verfassungsfeindlicher Organisationen zu informieren. Zu diesem Zweck veröffentlicht das Bayerische Staatsministerium des Innern für Bau und Verkehr in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Verfassungsschutz die jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichte. Eingang in den Verfassungsschutzbericht finden Bestrebungen, bei denen hinreichend gewichtige Anhaltspunkte für Extremismus vorliegen. Eine Verdachtsberichterstattung findet in Bayern nicht statt.

Der Internetauftritt des Landesamtes für Verfassungsschutz wurde im Jahr 2015 grundlegend überarbeitet und erweitert sowie an ein geändertes Nutzungsverhalten angepasst. Aufgrund seines responsiven Designs ist der neue Internetauftritt auf allen Endgeräten – auch auf Smartphone oder Tablet – gleichermaßen gut abrufbar. Mehrere Serviceangebote erleichtern zudem die Nutzbarkeit für Personen mit besonderen Bedürfnissen (Barrierefreiheit).

Fachvorträge

Im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit klärt das Landesamt für Verfassungsschutz zudem durch zielgruppenorientierte Fachvorträge über aktuelle extremistische Entwicklungen auf. Diese Fachvorträge richten sich vor allem an Multiplikatoren (Schulen, Universitäten, Bildungsakademien, Träger politischer Bildungs- und Jugendarbeit, Kommunen, demokratische Bürgerinitiativen, politische Parteien). Der Verfassungsschutz leistet einen wichtigen

Beitrag zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Extremismus und dient der Sicherung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Im Bereich des Rechtsextremismus arbeitet das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz u. a. mit der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus und mit der Projektstelle gegen Rechtsextremismus „Bayerisches Bündnis für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde schützen“ zusammen. Es beteiligt sich auch an Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen anderer Behörden, insbesondere der Bayerischen Polizei.

Die beim Landesamt für Verfassungsschutz organisatorisch angesiedelte Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) ist die Informations- und Beratungsstelle der Staatsregierung zur Bekämpfung des politischen Extremismus. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des „Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus“, das seit seiner Einführung 2009 kontinuierlich fortentwickelt wird und eine Vielzahl von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus enthält. Ziel der BIGE ist es, die Bekämpfung aller Arten von Extremismus zu fördern sowie hier die Zusammenarbeit von staatlichen Stellen, Kommunen, Schulen und gesellschaftlichen Einrichtungen zu stärken.

BIGE

Die Beratung der Kommunen ist ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt der Informationsstelle. Im Zuge des gegenwärtig starken Asylbewerberzustroms werden die Kommunen mit einer Zunahme von rechtsextremistischer Agitation, insbesondere im Zusammenhang mit der Asylbewerberunterbringung konfrontiert. Dem gestiegenen Bedarf an Kommunenberatung wurde durch die personelle Aufstockung der BIGE Rechnung getragen, die ebenfalls sukzessive umgesetzt wird.

Beratung der
Kommunen

Rekrutierungsversuchen extremistischer Organisationen unter Kindern und Jugendlichen wirkt die BIGE durch gezielte Beratung und Information entgegen. Das Informationsangebot richtet sich an alle Interessierten, insbesondere aber an Schüler, Lehrer, Eltern und Mitarbeiter von Einrichtungen der Jugend- und Bildungsarbeit.

Mit dem Bayerischen Aussteigerprogramm soll das extremistische Personenpotenzial verringert werden. Mit ihrem breiten Angebot unterstützt die BIGE alle demokratischen Akteure. Sie arbeitet eng und vertrauensvoll mit den demokratischen Beratungsstellen zusammen. In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit im Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst bietet die BIGE umfassende Informationen auf ihren Internetportalen an.

Hinweistelefon
für islamistischen
Terrorismus

Im Bereich der Islamismusprävention kooperiert das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz auch im Rahmen des „Bayerischen Netzwerkes für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“ mit den verschiedensten staatlichen Stellen im Bildungs- und Sicherheitsbereich. Regionalbeauftragte und Lehrer, aber auch Multiplikatoren der bayerischen Polizei und des Justizvollzugs werden durch Vorträge zum Phänomenbereich Islamismus sensibilisiert und fortgebildet. Im Landesamt für Verfassungsschutz gibt es zudem ein Hinweistelefon für islamistischen Terrorismus.

Salafismus-
prävention

2014 hat das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Verfassungsschutz eine Broschüre mit dem Titel „Salafismus – Prävention durch Information“ herausgegeben, die Betroffene über das Phänomen Salafismus und bestehende Hilfs- und Beratungsangebote informiert. Die Broschüre ist im Internet abrufbar unter www.stmi.bayern.de

Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz

Postfach 450145, 80901 München

Telefon: 089 / 31201 0 (rund um die Uhr)

Telefax: 089 / 31201 380

poststelle@lfv.bayern.de

www.verfassungsschutz.bayern.de

Hinweistelefon für islamistischen Terrorismus

Telefon 089 / 31201 480

Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE)

im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz

Knorrstraße 139, 80937 München

Telefon: 089 / 2192 2192

Telefax: 089 / 2192 2377

gegen-extremismus@stmi.bayern.de

www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de

www.bayern-gegen-linksextremismus.bayern.de

Islamismus

-
- ▶ **Anschläge in Paris fordern über 130 Todesopfer**
 - ▶ **Auch Deutschland liegt im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus**
 - ▶ **Entzug des Personalausweises als weitere Maßnahme zur Verhinderung von Reisebewegungen ins Jihadgebiet Syrien/Irak**
 - ▶ **Münchener Islamist zu elf Jahren Haft verurteilt**
 - ▶ **Salafisten versuchen Einfluss auf Flüchtlinge zu nehmen**

Der Islam als Religion und seine Ausübung werden nicht vom Verfassungsschutz beobachtet. Dem gesetzlichen Beobachtungsauftrag unterliegen jedoch islamisch-extremistische (Kurzform: islamistische), d. h. religiös politisch motivierte Organisationen und Einzelpersonen mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen. Islamismus ist ein Überbegriff für eine Vielzahl von unterschiedlichen (Teil-) Strömungen, wie beispielsweise Salafismus.

Als eine Gemeinsamkeit dieser Strömungen lassen sich folgende Kernelemente des Islamismus herausstellen:

- ▶ **„Der Islam“ ist nicht allein Glaube und Ethik, sondern begründet eine alles umfassende Lebensform, die auf Koran und Sunna (Überlieferung der Reden und Taten des Propheten) basiert.**
- ▶ **Die Muslime bilden eine religiöse und politische Einheit (Panislamische Zielsetzung).**
- ▶ **Die Scharia (islamisches Gesetz) stellt ein politisches und gesellschaftliches Ordnungsprinzip dar.**
- ▶ **Koran und Sunna haben „Verfassungsrang“ und verbindliche Vorbildfunktion für politisches Handeln und einen zukünftigen „islamischen Staat“.**

Diese extremistischen Zielsetzungen widersprechen den in unserem Grundgesetz garantierten Freiheits- und Menschenrechten. Die Bestrebungen von Islamisten sind verfassungs- und integrationsfeindlich. Gewaltbereite islamistische Terroristen sind unverändert eine große Gefahr für die Innere Sicherheit Deutschlands. Sie verfolgen ihr Ziel, weltweit eine totalitäre islamistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Sie berufen sich auf die vermeintliche Pflicht aller Muslime, sich gegen westliche, d. h. „ungläubige“ Einflüsse zu „verteidigen“, und rufen zur Teilnahme am gewalttätigen Jihad auf.

1. Personenpotenzial in Bayern

Islamistischen Vereinigungen waren in Bayern im Jahr 2015 4.340 Personen (2014: 6.140) zuzurechnen. Zu den mitgliederstärksten Gruppierungen bzw. Strömungen zählen nach wie vor, neben der Milli-Görüs-Bewegung mit 2.900 Anhängern, die Anhänger des Salafismus. Von den 630 Salafisten in Bayern (2014: 570) sind knapp 20 Prozent dem gewaltorientierten Spektrum zuzuordnen.

Bei Teilen der IGMG beobachtet der Verfassungsschutz seit einigen Jahren Anzeichen für einen Loslösungsprozess von der Milli-Görüs-Bewegung in der Türkei. Die Zahl der dem islamistischen Personenpotenzial zuzurechnenden IGMG-Mitglieder hat sich dadurch reduziert. Ein beträchtlicher Teil der Anhänger orientiert sich aber weiterhin an der islamistischen Milli-Görüs-Ideologie.

Bis Ende 2015 lagen Erkenntnisse zu mehr als 780 deutschen Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien ausgereist sind, um dort beispielsweise an Kampfhandlungen teilzunehmen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen. Es konnte jedoch nicht in allen Fällen bestätigt werden, dass sich diese Personen tatsächlich in Syrien aufhalten bzw. aufgehalten haben.

Von den mehr als 780 Personen ist etwa ein Drittel zumindest zeitweise wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Die Anzahl der zurückgekehrten Islamisten, die sich in Syrien aktiv am bewaffneten Widerstand beteiligt haben, belief sich bis Ende 2015 auf etwa 250 Personen. Ferner sind den deutschen Sicherheitsbehörden bis Jahresende etwa 130 Todesfälle mit Bezug zu Deutschland bekannt geworden.

Rückkehrer

In Bayern lagen bis Ende 2015 konkrete Hinweise zu etwa 80 Personen mit salafistischer Grundhaltung vor, die im Zusammenhang mit dem Bürgerkriegsgeschehen in Syrien ausgereist sind bzw. dies beabsichtigten. Bei dem überwiegenden Teil der Ausgereisten muss davon ausgegangen werden, dass sie sich zumindest zeitweise im Kampfgebiet Syrien/Irak aufhalten bzw. an Kampfhandlungen beteiligt sind oder waren. Über 20 aus-

gereiste Personen sind aus Syrien zurückgekehrt oder in einen Drittstaat weitergereist. Zwei Rückkehrer befanden sich Ende 2015 in Haft. Sieben Personen aus Bayern wurden bis Ende 2015 bei Kampfhandlungen in Syrien getötet.

2. Islamismus in Deutschland

Bei islamistischen Bestrebungen in Deutschland gilt es grundsätzlich, zwischen den verschiedenen Strömungen und deren Einstellung zur Gewalt zu unterscheiden. Während islamistische Terroristen eindeutig den Einsatz von Gewalt legitimieren, vertreten politische Salafisten sowie legalistische Organisationen eine weitgehend gewaltfreie Herangehensweise zur Erreichung ihrer Ziele.

Legalistischer Islamismus

Auch Strömungen des legalistischen Islamismus wollen die Religion so auslegen und von allen verstanden wissen, dass ein konfliktfreies Zusammenleben mit Andersdenkenden unmöglich erscheint. Sie bestehen auf einer strengen Lesart des Korans, der unabhängig von Zeit und Ort für alle Menschen gültig ist und dessen Inhalte und Weisungen, die im islamischen Recht ihren Niederschlag gefunden haben, nicht relativiert werden können. Unter Nutzung der von der deutschen Rechtsordnung garantierten Freiräume verfolgen sie eine Strategie der Einflussnahme auf Politik und Gesellschaft.

Sie stehen allerdings in offenem Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, deren Werte Islamisten in zentralen Punkten nicht teilen und die sie teils verbal, selten auch militant, bekämpfen. Islamisten verwahren sich strikt gegen die Abdrängung des Religiösen ins Private. Nach dem Bekenntnis „Der Islam ist Glaube und Staat“ müssen die Normen der Scharia in allen Lebensbereichen und auf allen Ebenen durchgesetzt werden. Der Islamismus bedient und wiederbelebt ein in den Ursprüngen des Islams begründetes Überlegenheitsgefühl der Muslime als Inhaber und Wahrer der letzten und erhabensten Religion.

Neue Anhänger für ihre extremistische Ideologie suchen Islamisten auch unter Flüchtlingen. An mehreren Orten in Bayern haben sie versucht, Kontakte zu Flüchtlingen herzustellen. Dabei steht zunächst die humanitäre Hilfe im Vordergrund. Durch soziale Unterstützung wollen Islamisten eine Vertrauensbasis schaffen. Diese können sie dann dazu missbrauchen, um ihre extremistische, integrationsfeindliche Ideologie zu transportieren. Langfristig sollen die Flüchtlinge damit als Unterstützer oder Mitglieder gewonnen werden. Eine Gefahr besteht insbesondere für junge, unbegleitete Flüchtlinge, die ohne Eltern und Verwandte nach Deutschland gekommen sind und somit besonders nach sozialer Nähe suchen. Mehrere islamistische Organisationen haben gezielt dazu aufgerufen, den Kontakt zu Flüchtlingen zu suchen, darunter sind auch salafistische Gruppierungen.

Kontaktaufnahmen zu Flüchtlingen

In einem Faltblatt informiert das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz über die Anwerbeversuche von Islamisten unter Flüchtlingen. Der Flyer wurde an die Verantwortlichen für die Flüchtlingsunterkünfte verteilt.



Salafisten führten ihre Propagandaaktionen bundesweit fort. Insbesondere das bundesweite Koranverteilungsprojekt „Lies! Im Namen Deines Herrn, der Dich erschaffen hat“ gewann auch in Bayern weitere Unterstützer. Unter diesem Motto verteilen Salafisten seit Herbst 2011 Koranexemplare an Infotischen in deutschen Fußgängerzonen. Mittlerweile sind auch mobile „Da’wa“-Teams („Da’wa“ = Missionierung), auch „Street Da’wa“ genannt, unterwegs, die Koranexemplare mobil aus Umhängetaschen heraus verteilen.



Verantwortlich für die „Lies!“-Aktion ist das salafistische Netzwerk Die Wahre Religion (DWR) des Predigers Ibrahim Abou Nagie. Finanziert wird das Koranverteilungsprojekt überwiegend mittels Spenden aus der salafistischen Szene.

Koranverteilungsprojekt

Neben dem „Lies!“-Projekt finden auch Infostände bzw. „Street Da’wa“-Aktivitäten weiterer salafistischer Gruppierungen wie Jesus im Islam und Ansaar International in bayerischen Städten statt. Im Rahmen der Missionierung werden an den Infoständen sowohl Koranexemplare als auch salafistische Publikationen angeboten.

Bei Jesus im Islam handelt es sich um ein salafistisches Missionierungsprojekt des Predigers Marcel Krass mit Schwerpunkt im Raum Duisburg. Über den Anknüpfungspunkt „Jesus“ sollen vor allem Christen zur Kontaktaufnahme verleitet werden.

Grundsätzlich ist die Verteilung des Korans durch Artikel 4 des Grundgesetzes (Glaubens- und Gewissensfreiheit) geschützt. Salafisten nutzen die Verteilung kostenloser Korane jedoch als Türöffner, um Kontakte zur Rekrutierung neuer Anhänger zu knüpfen.

Islamistischer Terrorismus

Vom internationalen islamistischen Terrorismus geht weiterhin eine große Bedrohung für die internationale Staatengemeinschaft aus, er stellt auch für die Innere Sicherheit Deutschlands – trotz zahlreicher Fahndungserfolge – eine der größten Gefahren dar. Wie im Islamismus auch, gibt es innerhalb des islamistischen Terrorismus unterschiedlichste Strömungen verschiedener ideologischer Ausprägungen. Die Aktivitäten islamistischer Terrorstrukturen in Deutschland reichen von der Nutzung Deutschlands als Rückzugs- und Ruheraum über die Rekrutierung, Radikalisierung und Indoktrinierung neuer Anhänger bis hin zur Planung und Durchführung terroristischer Anschläge. Ebenso verschiedenartig gestalten sich daher auch Strukturen in Deutschland. Netzwerke gewaltbereiter Islamisten mit einer engen Beziehung zu terroristischen Organisationen im Ausland existieren in Deutschland ebenso wie autark operierende Kleinstgruppen bis hin zu Einzeltätern, sog. „Einsamen Wölfen“

Anschläge in Europa

Europa liegt im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus. Die anhaltend hohe Gefährdungslage dokumentieren insbesondere die Anschläge im Januar und November in Paris.

Am 7. Januar verübten zwei islamistische Terroristen einen Anschlag mit Schusswaffen auf die Redaktion des französischen Satiremagazins „Charlie Hebdo“ in Paris, bei dem zwölf Menschen starben. Ein weiterer Attentäter erschoss am 8. Januar eine Polizistin sowie am darauffolgenden Tag vier Personen in einem jüdischen Supermarkt. „Charlie Hebdo“ war wegen der Veröffentlichung von Muhammad-Karikaturen bereits mehrfach Angriffsziel islamischer Extremisten.

Eine zweite Anschlagsserie in Paris ereignete sich am 13. November. Insgesamt neun Attentäter verübten Anschläge an sechs verschiedenen Orten, darunter die Umgebung des „Stade de France“, die Konzerthalle „La Bataclan“ sowie mehrere Cafés und Restaurants im Stadtzentrum. Insgesamt starben bei den Attentaten mehr als 130 Menschen, rund 350 wurden verletzt. Zu den Anschlägen bekannte sich die Terrororganisation Islamischer Staat (IS).

In Kopenhagen gab am 14. Februar ein Attentäter zahlreiche Schüsse auf ein Kulturzentrum ab, in dem zu diesem Zeitpunkt eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Kunst und Meinungsfreiheit“ stattfand. Ein Mann starb bei dem Anschlag. In der Nacht auf den 15. Februar erschoss derselbe Attentäter vor einer Synagoge einen Wachmann.

Am 21. August eröffnete ein marokkanischer Staatsangehöriger in einem belgischen Hochgeschwindigkeitszug auf der Strecke zwischen Amsterdam und Paris das Feuer auf andere Fahrgäste. Es gab mehrere Verletzte, bevor der Attentäter von Fahrgästen überwältigt werden konnte.

In Deutschland mussten aufgrund ernstzunehmender Anschlagswarnungen an mehreren Orten Veranstaltungen abgesagt bzw. weitreichende Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden.

Terrorwarnungen
in Deutschland

Anfang März wurde in Bremen Terroralarm ausgelöst, nachdem bei verschiedenen Behörden Hinweise zu Anschlagsplänen auf die Innenstadt eingingen. Die mutmaßlichen Attentäter sollten aus Frankreich einreisen. Zudem ermittelten die Bremer Sicherheitsbehörden bereits seit Herbst 2014 wegen Hinweisen, wonach Salafisten aus Bremen versuchen würden, sich Waffen

zu beschaffen. Nach rund 48 Stunden konnten die Sicherheitsmaßnahmen zurückgefahren werden, da sich bei den eingeleiteten Durchsuchungsmaßnahmen die Anschlagpläne nicht weiter konkretisierten.

Festnahmen in
Hessen

Ende April wurde ein Ehepaar in Oberursel (Hessen) wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat und der Vorbereitung eines Explosions- oder Strahlungsverbrechens festgenommen. Zuvor waren die beiden wegen des verdeckten Ankaufs von drei Liter Wasserstoffperoxid-Lösung in einem Baumarkt in Frankfurt am Main aufgefallen. Bei einer Hausdurchsuchung wurden neben islamistischem Propagandamaterial und Bargeld auch Waffen, Chemikalien, Munition sowie eine fertige Bombe entdeckt. Bei den Ermittlungen wurde ein Verdächtiger dabei beobachtet, wie er offenbar die Strecke eines jährlich am 1. Mai stattfindenden Radrennens auskundschaftete. Das Radrennen wurde abgesagt.

Ein für den 17. November in Hannover geplantes Fußballländerspiels zwischen Deutschland und den Niederlanden musste wegen einer ernstzunehmenden Anschlagswarnung kurzfristig abgesagt werden.

Am Silvesterabend wurden der Münchner Hauptbahnhof sowie der Bahnhof Pasing geräumt und von einem massiven Polizeiaufgebot gesichert. Hintergrund waren Hinweise mehrerer Nachrichtendienste auf einen unmittelbar bevorstehenden Selbstmordanschlag einer Gruppe von aus dem Ausland eingereisten islamistischen Terroristen.

Gefahr durch
Rückkehrer

Personen, die ein terroristisches Ausbildungslager absolviert bzw. aktiv an paramilitärischen Kampfhandlungen teilgenommen haben, stellen nach einer Wiedereinreise nach Deutschland ein besonderes Sicherheitsrisiko dar. Rückkehrer aus den Jihad-Gebieten haben in der islamistischen Szene ein hohes Ansehen und können einer weiteren Radikalisierung bislang nicht gewaltorientierter Islamisten Vorschub leisten. Sie üben insbesondere auf junge Menschen eine große Anziehungskraft aus.

Derzeit ist die Krisenregion Syrien/Irak das wichtigste Reiseziel von Kämpfern, aber auch afrikanische Staaten wie Somalia, Mali sowie der Jemen und das pakistanisch-afghanische Grenzgebiet entfalten in Einzelfällen eine Anziehungskraft auf Jihadisten.

Für Deutschland stellen innerhalb des islamistischen Terrorismus Anhänger der jihad-salafistischen Ideologie die größte Gefahr dar. Jihad-Salafisten befürworten eine unmittelbare und sofortige Gewaltanwendung. Sie propagieren den bewaffneten Kampf auch gegen Regierungen in Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit und werfen diesen vor, vom Islam abgefallen und Handlanger des verhassten „Westens“ zu sein.

Jihadistischer
Salafismus

Innerhalb des jihadistischen Personenspektrums besonders gefährlich sind auch „home grown“-Terroristen. Sie sind in Europa geboren und/oder hier aufgewachsen, lehnen aber aufgrund religiöser, kultureller und sozialpsychologischer Einflüsse das hiesige Wertesystem ab. Unter ihnen befinden sich auch zahlreiche Konvertiten. Sie haben Kenntnisse über die Gegebenheiten in Deutschland und unterliegen aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit teilweise weniger Reisebeschränkungen.

„home grown-
Terrorismus“

In den vergangenen Jahren konnten in Deutschland mehrere Straftäter mit jihad-salafistischem Hintergrund festgenommen, verurteilt und im Einzelfall ausgewiesen werden. Gegen den mutmaßlichen Attentäter des versuchten Bombenanschlags vom Dezember 2012 am Bonner Hauptbahnhof wurde am 8. September 2014 vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf die Hauptverhandlung eröffnet.

Der mit internationalem Haftbefehl gesuchte ägyptisch-stämmige Mohamed M., Internetpropagandist und Emir der in Deutschland verbotenen salafistisch-jihadistischen Gruppierung Millatu Ibrahim, wurde im März 2013 von türkischen Sicherheitskräften im syrisch-türkischen Grenzgebiet festgenommen und befand sich bis August 2014 in Haft. Kurz nach seiner Freilassung tauchte er unter und setzte sich nach Syrien ab. M. hat sich der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) angeschlossen und rief in Videos wiederholt zu Anschlägen in Deutschland auf. Die Generalbundesanwaltschaft führt gegen Mohamed M. ein Verfahren wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung.

Verbot
Tauhid Germany
Team Tauhid Media

Das Bundesministerium des Innern hat mit Verfügung vom 26. März die islamistische Vereinigung Tauhid Germany/Team Tauhid Media verboten, weil sie als Ersatzorganisation für die seit Mai 2012 verbotene Vereinigung Millatu Ibrahim einzustufen war. Seit 2014 war Tauhid Germany ideologisch dem IS zuzuordnen. Parallel zur Verbotsverkündung durchsuchte die Polizei in vier Bundesländern insgesamt 26 Objekte, darunter auch eines in Bayern. Neben dem Betätigungsverbot gegen die Verantwortlichen von Tauhid Germany schließt das Verbot auch die künftige Verwendung der Embleme und Kennzeichen der Vereinigung ein. Zudem wurden mehrere Internetauftritte verboten, darunter auch der von Ansarul-Aseer, einer salafistischen Organisation zur Gefangenenbetreuung.

Haftstrafe für
Salafisten aus
München

Im April 2014 verhafteten die tschechischen Behörden auf Basis eines europäischen Haftbefehls den Münchner Harun P. am Flughafen Prag. Kurz darauf wurde er an Deutschland überstellt und ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet. Am 15. Juli wurde P. durch das Oberlandesgericht München wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung, versuchten Mordes und Beihilfe zum versuchten Mord zu einer Freiheitsstrafe von elf Jahren verurteilt. P. konnte die Beteiligung an der Erstürmung eines Gefängnisses nahe Aleppo (Syrien) sowie an Kampfhandlungen nachgewiesen werden. Das Urteil ist rechtskräftig.

3. Internet und salafistische Hilfsorganisationen

3.1 Islamisten im Internet

Islamisten nutzen das Internet gezielt als Propaganda-, Kommunikations-, Rekrutierungs- und Steuerungsmedium. Zahlreiche Seiten sorgen für eine weltweite Verbreitung der islamistischen Ideologie.

Die Reichweite des Internets ist enorm: Gemäß einer Studie aus dem Jahr 2014 sind rund 80 Prozent der Deutschen online, die tägliche Verweildauer im Netz beträgt im Schnitt fast drei Stunden.

Insbesondere junge Menschen zwischen 14 und 29 Jahren verbringen einen Großteil ihres Alltags im Internet, vorwiegend in sozialen Netzwerken oder Instant-Messaging-Diensten (Sofort-Nachrichten-Versand) – im Schnitt mehr als vier Stunden täglich.

Junge Menschen in diesem Alter sind die Hauptzielgruppe islamistischer Internetpropaganda und Rekrutierungsaktivitäten – insbesondere solche junge Menschen, die in einem instabilen sozialen Umfeld leben und auf der Suche nach Orientierung, Halt und Anerkennung sind.

Junge Menschen
als Hauptziel-
gruppe

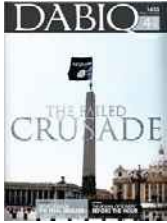
Salafistische Gruppierungen sprechen die jungen Menschen im Internet gezielt dort an, wo sie sich am häufigsten aufhalten: in sozialen Netzwerken und auf Online-Plattformen. Sie passen sich dabei der Lebenswelt junger Menschen in westlichen Ländern an und verwenden Begriffe und Symbole, die die Jugendlichen aus der Alltagskommunikation im Internet kennen, beispielsweise sog. „Emoticons“ (kleine Piktogramme, die in E-Mails oder im Chat genutzt werden, um Emotionen auszudrücken). Auch Kinder im Vorschul- und Grundschulalter sind bereits im Fokus salafistischer Gruppierungen. So gibt es auf der Webseite des salafistischen Propaganda-Netzwerks Die Wahre Religion einen eigenen Bereich „Kinder im Islam“. Dort stehen Spiele und Basteltipps, Arbeitsblätter, Geschichten, Gebete und Hörbücher zum Download oder zum Ausdrucken bereit.

Auch die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) orientiert sich mit ihrer jihadistischen Propaganda verstärkt an Kindern und Jugendlichen. In einer für Heranwachsende attraktiven Form wird der angebliche „Glaubenskrieg“ der Islamisten als aufregendes Abenteuer angepriesen, das Männlichkeit, Mut und Hingabe zum Ausdruck bringt. Kinder und Jugendliche werden zudem bei der Ausbildung an der Waffe in terroristischen Ausbildungslagern sowie bei der Beteiligung an Exekutionen gezeigt. Dadurch soll der Eindruck vermittelt werden, dass die jihadistische Bewegung bis in die ferne Zukunft über ausreichend Nachwuchs verfüge.

Die im Internet verbreitete Propaganda und „virtuelle“ Netzwerke tragen dazu bei, dass sich Aktivisten und Sympathisanten des globalen Jihad als Teil einer einzigen, vermeintlich elitären Bewegung begreifen.

Open Source Jihad

In jedem Land der Welt können sich Sympathisanten mit Lehrmaterial aus dem Internet ausbilden, um am weltweiten Kampf teilzunehmen (sog. Open Source Jihad). „Home grown“-Terroristen können sich somit in ihren Heimatländern jihadistisch betätigen, ohne unmittelbar in eine terroristische Gruppierung eingebunden zu sein.



Seit Frühjahr 2014 gibt der IS das englischsprachige Online-Magazin „DABIQ“ heraus. Der Titel bezieht sich auf einen Ort in Syrien, an dem gemäß islamischer Überlieferung die Entscheidungsschlacht zwischen Muslimen und Ungläubigen stattfinden soll, um ein neues Zeitalter einzuleiten. „DABIQ“ enthält aktuelle Meldungen aus den Kampfgebieten in Syrien und im Irak und dient der ideologischen Rechtfertigung der terroristischen Aktivitäten des IS. In der Berichterstattung von „DABIQ“ rückte der Westen zuletzt mehr und mehr in den Fokus. Beispielsweise wurde dazu aufgerufen, Anschläge in allen Staaten zu begehen, die Teil der Allianz gegen den IS sind.

Online-Magazine

Neben „DABIQ“ veröffentlicht der IS mit den „Islamic State News“ (ISN) und dem „Islamic State Report“ (ISR) weitere Online-Magazine, die jedoch nur unregelmäßig erscheinen. Sie sollen den Eindruck vermeintlicher Normalität im zivilen Leben des IS erzeugen. Um dem medialen Erfolg der IS-Magazine zu begegnen, veröffentlichte al-Qaida mit „RESURGENCE“ und „AL RISALAH“ zwei neue englischsprachige Magazine. Von dem al-Qaida-Magazin INSPIRE erscheinen nur noch selten neue Ausgaben.

Al-Hayat Media Center

Zudem hat der IS auch eine Reihe von Medienstellen gegründet, die verschiedene Zielgruppen bedienen. Beispielsweise wendet sich das Al-Hayat Media Center an ein englisch-, deutsch-, russisch- und französischsprachiges Publikum. Es ist Teil der Kommunikationsstrategie des IS, nationale Öffentlichkeiten in der jeweiligen Landessprache anzusprechen. Dadurch erhofft sich der IS eine größere Reichweite, gerade auch bei Konvertiten, die nicht arabisch sprechen. Die Anzahl deutschsprachiger Webseiten mit IS-Bezug bzw. die Verbreitung von in die deutsche Sprache übersetzten Propagandamedien hat stark zugenommen. So bieten beispielsweise die Internetportale „Baqiya“ und „IS Media Deutsch“ Dokumente des IS

in deutschsprachigen Versionen an. Arabischsprachige Videos werden mit deutschen Untertiteln versehen. Auf einschlägigen deutschsprachigen Kanälen und Profilen in den sozialen Netzwerken Twitter und Facebook werden die Internetangebote beworben.

Islamisten nutzen das Internet auch, um durch elektronische Angriffe bestehende Internetseiten und Computernetzwerke in ihrem Sinne zu beeinträchtigen oder zu zerstören. In mehreren Verlautbarungen von dem IS zuzurechnenden Gruppierungen wurden Cyberangriffe als probates Mittel im Kampf gegen den Westen propagiert. Der IS arbeitet am Aufbau einer jihadistischen „Cyber-Armee“ und versucht, Personen mit entsprechenden IT-Kenntnissen dafür zu gewinnen. Den Sicherheitsbehörden sind einzelne Personen mit Deutschlandbezügen bekannt, die über einschlägige technische oder organisatorische Fähigkeiten verfügen und bekundet haben, die „Cyber-Armee“ des IS unterstützen zu wollen.

Cyberjihad

3.2 Spendensammlungen durch überregionale salafistische Hilfsorganisationen

Bundesweit sind mehrere islamistische Hilfsorganisationen aktiv, die unter dem Vorwand der Solidarität mit in Krisenregionen lebenden Muslimen Spenden sammeln und auch im Internet für sich werben. Die salafistische Prägung dieser Organisationen wird insbesondere dadurch deutlich, dass Verantwortliche und Unterstützer der salafistischen Szene zugeordnet werden können.



Neben mehreren kleineren Gruppierungen sind insbesondere die zwei in Nordrhein-Westfalen ansässigen salafistischen Organisationen Helfen in Not e. V. und Ansaar International e. V. (ehemals Ansaar Düsseldorf e. V.) in der Spendensammlung aktiv. Zwischen beiden Vereinen bestehen einzelne personelle bzw. organisatorische Überschneidungen. Der derzeitige Schwerpunkt der Vereinsarbeit liegt auf der Hilfe für Syrien. Die Vereine machen auch durch die Organisation und Durchführung von Hilfskonvois nach Syrien auf sich aufmerksam. Dabei treten ebenfalls Personen des salafistischen Spektrums in Erscheinung, die Konvois begleiten oder organisatorisch in die Abwicklung der Transporte eingebunden sind.

Helfen in Not e. V.
Ansaar International e. V.

Islamseminare und Benefiz- veranstaltungen

Spenden sammeln die salafistischen Hilfsorganisationen auch im Rahmen von Islamseminaren und Benefizveranstaltungen. Dabei treten bundesweit bekannte salafistische Prediger auf, die ihre salafistisch – teilweise jihadistisch – geprägten Vorträge an ein Publikum aus überwiegend Gleichgesinnten richten und die Anwesenden unter dem Verweis auf die religiöse Verpflichtung zu Spenden auffordern. Unter den Teilnehmern, die häufig aus dem gesamten Bundesgebiet anreisen, befinden sich teilweise auch Salafisten aus Bayern, die derartige Veranstaltungen zur Kontaktpflege nutzen und sich von den dort vorgetragenen salafistischen Inhalten ein tieferes religiöses Verständnis versprechen. Für eine Reihe von Personen aus dem islamistisch-jihadistischen Bereich sind daher Islamseminare und Benefizveranstaltungen ein wichtiger Baustein in ihrer Radikalisierungsbiographie.

Seit Anfang 2015 ist die Anzahl der Islamseminare und Benefizveranstaltungen in Bayern zurückgegangen. Allerdings finden seit Herbst in München auch Infostände von Ansaar International statt, an denen zu Spenden für Hilfsprojekte in Krisenregionen, darunter auch für salafistische Einrichtungen in Syrien, aufgerufen wird.



4. Strukturen

4.1 Legalistischer Islamismus

4.1.1 Milli-Görüs-Bewegung

Mitglieder	Bayern: 2.900
Gründer	Prof. Dr. Necmettin Erbakan
Entstanden	ca. 1970 in der Türkei
Sprachrohr der Milli-Görüs-Bewegung	Milli Gazete (Nationale Zeitung)

Die islamistische Milli-Görüs-Bewegung ist ein Sammelbecken von Anhängern des am 27. Februar 2011 verstorbenen türkischen Politikers Prof. Dr. Necmettin Erbakan. Ziel der Bewegung ist es, zunächst die laizistische Staatsordnung (Trennung von Kirche und Staat) in der Türkei durch eine islamische Staats- und Gesellschaftsordnung mit dem Koran und der uneingeschränkten Gültigkeit der Scharia als Grundlagen des Staates und des gesellschaftlichen Zusammenlebens abzulösen.

Ihr erklärtes Fernziel ist darüber hinaus die weltweite Einführung einer islamischen Staats- und Gesellschaftsordnung nach dem Vorbild des alten osmanischen Reichs unter Führung der Türkei. Die Bestrebungen der Milli-Görüs-Bewegung richten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Die Milli-Görüs-Bewegung wurde Ende der 1960er Jahre von dem türkischen Politiker Necmettin Erbakan gegründet. Zentrale Bedeutung in Erbakans politischem Denken haben die von ihm geprägten Schlüsselbegriffe Milli Görüs (nationale Sicht) und Adil Düzen (gerechte Ordnung). Nach der von Erbakan entwickelten Ideologie ist die Welt zweigeteilt: einerseits in die auf dem Wort Gottes fußende religiös-islamische Ordnung (Adil Düzen), andererseits in die westliche Ordnung der Gewalt und Unterdrückung (Batil Düzen = nichtige Ordnung). Es gelte, die westliche Ordnung durch eine „gerechte Ordnung“ zu ersetzen, wofür die Ausrichtung an

islamischen Grundsätzen statt an von Menschen geschaffenen und damit „willkürlichen Regeln“ erforderlich sei. Zu den klassischen Feindbildern gehören neben der westlichen Welt auch der Staat Israel – meist als „Zionisten“ umschrieben – sowie Kommunismus, Imperialismus, Kapitalismus und Christentum.

Adil-Düzen- Konzept

Insgesamt ist das Adil-Düzen-Konzept mit den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar: Die Einführung einer islamischen Gesellschaftsordnung würde den Grundsatz der Gewaltenteilung, das Rechtsstaatsprinzip, die Unabhängigkeit der Justiz und das Demokratieprinzip beseitigen. Die Ausrichtung der Milli-Görüs-Bewegung auf eine sultansähnliche türkische Führerfigur zeigt nationalistisch-diktatorische Züge und widerspricht der republikanischen Struktur Deutschlands sowie dem Demokratieprinzip. Zudem vertritt die Milli-Görüs-Bewegung einen Antisemitismus, der zu einer ausgrenzenden Benachteiligung des jüdischen Volkes und der jüdischen Religion führt und die Menschenrechte sowie den Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt.

MILLÎ GAZETE

TV 5

Der Milli-Görüs-Bewegung sind insbesondere die Saadet Partisi (SP - Glückseligkeitspartei) als politische Vertreterin der Bewegung, die Ismael Aga Gemeinschaft (IAC), die Erbakan-Stiftung, die türkische Tageszeitung Milli Gazete, der türkische Fernsehsender TV 5 und die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) zuzurechnen.

Das Zusammenwirken der IGMG, der SP und ihrer Sprachrohre Milli Gazete und TV 5 zeigt, dass es sich um Institutionen handelt, die zwar formal eigenständig sind, die aber nur als Glieder einer einheitlichen politischen Bewegung verstanden werden können.

Saadet-Partisi (SP)

In der Türkei sind die Anhänger der islamistischen Milli-Görüs-Bewegung seit 2001 in der SP organisiert, nachdem die Vorgänger-Parteien Refah Partisi (RP - Wohlfahrtspartei) und Fazilet Partisi (FP - Tugendpartei) wegen „antilaizistischer Aktivitäten“, also wegen Aktivitäten, die die Trennung von Staat und Religion rückgängig machen sollen, verboten wurden. Bei der Parlamentswahl in der Türkei am 7. Juni erhielt die SP noch 2,1 %, bei der erneuten Wahl am 1. November nur noch weniger als 1 % der Stimmen.



Die seit 2013 bestehende Deutschlandvertretung der SP verfügt auch in Bayern über Strukturen wie z. B. den Regionalverband Südbayern mit Sitz in München.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)

Die Zentrale der IGMG hat ihren Sitz in Köln, mit mehreren, nachgeordneten „Gebieten“. Unterhalb der „Gebietsebene“ sind eine Vielzahl von „Ortsvereinen“ angesiedelt. In Bayern unterhalten mehrere Vereine Verbindungen zur IGMG. Regionale Schwerpunkte befinden sich in Nürnberg und München.



Der Verfassungsschutz beobachtet bei Teilen der IGMG seit einigen Jahren Anzeichen für einen Loslösungsprozess von der Milli-Görüs-Bewegung in der Türkei. Die Zahl der dem islamistischen Personenpotenzial zuzurechnenden IGMG-Mitglieder hat sich dadurch reduziert. Ein beträchtlicher Teil der Anhänger orientiert sich aber weiterhin an der islamistischen Milli-Görüs-Ideologie. Die laufende Prüfung und Bewertung der entstandenen Inhomogenität der IGMG führt im Verfassungsschutzbericht 2015 zu einer Reduzierung des Personenpotenzials bei der Milli-Görüs-Bewegung.

Milli Görüs Ahde Vefa Plattform (MGAV) / Erbakan Vakfi

IGMG-Anhänger, die den Kurs der IGMG-Führung als zu zurückhaltend kritisieren, gründeten im Jahr 2012 eine eigene Organisation unter dem Motto „Ahde Vefa“ (Treue zum Schwur). Sie halten sich streng an die Milli-Görüs-Ideologie und orientieren sich dabei am Sohn Necmettin Erbakans, Fatih Erbakan. Inzwischen nennt sich die Gruppierung Erbakan Vakfi (Erbakan Stiftung).

„Ahde Vefa“ /
Erbakan Vakfi

Ismael Aga Gemeinschaft (IAC)

Die IAC ist Teil der weitverzweigten mystischen Bruderschaft der Naqshbandiya, der auch der verstorbene Führer der Milli-Görüs-Bewegung Necmettin Erbakan angehörte und gilt als einer der radikaleren Zweige der Bruderschaft. In Deutschland wurde die IAC durch den Prediger Nusret Cayir geprägt, der die Einführung der Scharia in Deutschland forderte und die Gleichstellung der Frau ablehnt. Bayerische Sympathisanten der IAC besuchten die monatlichen Treffen in Frankfurt am Main, ebenso wie Veranstaltungen, bei denen Cayir in Bayern auftrat. Am 23. Oktober wurde Cayir in die Türkei abgeschoben.

4.1.2 Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat)



Anhänger	Deutschland: etwa 750 Bayern: etwa 30
früherer Vorsitzender	Metin Kaplan
Gründung	1984
Sitz	Köln
Publizistisches Sprachrohr	Muhacirun (Auswanderer)

Die Vereinigung Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat) wurde 2001 vom Bundesministerium des Innern in Deutschland nach dem Vereinsgesetz verboten.

Der Kalifatsstaat war eine am Führerprinzip orientierte, streng hierarchisch gegliederte Organisation, deren Endziel die Welt-herrschaft des Islam unter dem Kalifat seines Anführers Metin Kaplan war. Der Kalifatsstaat richtete sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung und gefährdete die Innere Sicherheit in Deutschland. Das Verbotsverfahren und die staatlichen Exekutivmaßnahmen haben die Organisationsstruktur geschwächt. Gleichwohl gibt es in Deutschland noch immer Anhänger, die das Gedankengut des Kalifatsstaats weiterhin verbreiten. Zudem ist die offizielle Internetseite des Kalifatsstaats, die über einen Server in den Niederlanden betrieben wird, abrufbar.

Die 1984 in Köln gegründete Organisation Kalifatsstaat (ehemals Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln – ICCB) verstand sich als Wiederbelebung des durch Kemal Atatürk 1924 in der Türkei abgeschafften Kalifats. Wegen seiner aggressiv-kämpferischen, gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßenden und gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichteten Haltung wurde der Kalifatsstaat am 8. Dezember 2001 vom Bundesministerium des Innern verboten. Der frühere Vorsitzende des Kalifatsstaats Metin Kaplan, der wegen Mordaufrufs eine vierjährige Gefängnisstrafe in Deutschland verbüßt hatte, wurde 2004 in die Türkei abgeschoben.

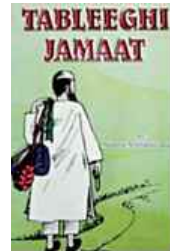
Am 22. Oktober 2013 verbot das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr den 2009 gegründeten Verein Kultur- und Bildungszentrum Ingolstadt e. V. als Ersatzorganisation des Kalifatsstaats. Die Polizei durchsuchte in diesem Zusammenhang insgesamt 21 Objekte.

Verbot des Kultur- und Bildungszentrums Ingolstadt e. V.

Die Auswertung der sichergestellten Beweismittel bestätigte die Kalifatsstaatsbezüge des Vereins. So konnten beispielsweise Bücher festgestellt werden, die auf Cemaleddin Kaplan – den Vater von Metin Kaplan – zurückgehen und die Ideologie des verbotenen Kalifatsstaats propagieren. Mit Urteil vom 27.01.2016 hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof eine gegen das Verbot erhobene Klage des Vereins abgewiesen. Die Einlegung von Rechtsmitteln wurde angekündigt.

4.1.3 Tablighi Jamaat (TJ)

Anhänger	Deutschland: etwa 700 Bayern: etwa 140
Gründung	1927 bei Delhi (Indien)



Ziel der TJ (Gemeinschaft der Verkündigung und Mission) ist die Islamisierung der Gesellschaft, um dadurch die Etablierung eines islamischen Staates zu erreichen. Die Bestrebungen der TJ richten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Die TJ wurde vom Religionsgelehrten Mawlana Muhammad Ilyas als pietistische Missionierungsbewegung gegründet. Seit ihren Ursprüngen ist sie eng mit der Islamischen Hochschule von Deoband/Indien verbunden. Die Gemeinschaft vertritt eine archaische Form des Islams indischer Prägung. Sie hat den Charakter einer internationalen islamistischen Massenbewegung, deren Anhänger sich nicht einer festen Gruppierung zugehörig fühlen, sondern sich als konsequente Muslime mit missionarischem Auftrag verstehen.

Abgrenzungspolitik gegenüber Nicht-Muslimen

Die TJ-Anhänger vertreten eine wörtliche Auslegung des Korans und der Sunna, die politische und gesellschaftliche Ausgrenzung der Frau und eine Abgrenzungspolitik gegenüber Nicht-Muslimen. Traditionelle Gebetskleidung und bis in Details verbindliche Verhaltensregeln im Alltag sollen die absolute Hinwendung zum Propheten Muhammad ausdrücken. Diese Bestrebungen wirken in nicht-muslimischen Gesellschaften zwangsläufig desintegrierend, so dass eine dauerhafte und ernsthafte Hinwendung zu westlichen Gesellschaftsordnungen, Wertvorstellungen und Integrationsmodellen nicht möglich ist. Charakteristisch für die Anhänger der TJ ist eine missionarische Reisetätigkeit, bei der sie Moscheen weltweit aufsuchen. Die Missionierung dient der Rekrutierung neuer TJ-Mitglieder. Zur Ausbildung der Anhänger gehört eine vier Monate dauernde Schulung, vornehmlich in Koranschulen in Pakistan. Die wenigsten Missionare verfügen über eine theologische Ausbildung.

Missionierung in Moscheen

Zur Missionierung nutzen TJ-Anhänger auch Moscheen, die keinen unmittelbaren Bezug zur TJ haben. Dort organisieren sie Veranstaltungen, bei denen die Anhänger über Tage oder Wochen hinweg beten, den Koran studieren und indoktriniert werden. Für Kinder und Jugendliche werden auch Koran-Schulungen durchgeführt. Durch die gemeinsame ideologische Basis mit militanten Gruppierungen besteht die Gefahr, dass die weltweiten Strukturen der Bewegung von terroristischen Netzwerken genutzt werden. Von Einzelpersonen, die die Schulung der TJ durchlaufen haben, ist bekannt, dass sie sich terroristischen Gruppierungen angeschlossen haben.

TJ-Aktivistinnen riefen dazu auf, Flüchtlinge in ihren Unterkünften aufzusuchen, um bei ihnen für die Sache der TJ zu werben. Im September konnte eine Gruppe der TJ an einer Erstaufnahmeeinrichtung in München bei der Kontaktaufnahme mit Flüchtlingen festgestellt werden.

Moscheen in Bayern

In Bayern sind mindestens zwei Moscheen (München und Schweinfurt) den TJ-Strukturen zuzurechnen. Zahlreiche weitere bayerische Moscheen sind Ziel von TJ-Aktivitäten.

4.1.4 Islamische Vereinigung in Bayern e. V. (IVB)

Anhänger/Besucher	etwa 80
Gründung	1994 in München
Neugründung	2009

Als Multiplikator schiitisch-islamistischen Gedankenguts innerhalb der schiitischen Gemeinschaften in Deutschland dient das Islamische Zentrum Hamburg (IZH).

In Bayern übernimmt die IVB als Außenstelle des IZH diese Aufgabe. Sie soll im Auftrag der iranischen Führung auf schiitische Muslime einwirken und deren politische und religiöse Einstellung beeinflussen. Da der Iran keine Trennung von Staat und Religion kennt, hat die religiöse Arbeit des Vereins auch eine politische Komponente und richtet sich daher gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bewahrung der einst vom iranischen Revolutionsführer Ayatollah Khomeini propagierten Idee der „Islamischen Revolution“ im Iran und deren internationale Verbreitung ist bis heute wesentlicher Bestandteil der iranischen Politik. Der „Export der Revolution“ ist in der iranischen Verfassung vorgeschrieben. Das beinhaltet auch „Todesfatwas“, wie das Beispiel eines in Deutschland lebenden iranischen Musikers zeigt, dessen Texte 2012 als Gotteslästerung interpretiert wurden und der daraufhin Morddrohungen erhielt.

Der Iran unterstützt eine Vielzahl islamischer und islamistischer Bewegungen und Organisationen, vor allem im Nahen und Mittleren Osten. Auch islamische Zentren und Moscheen in Deutschland dienen im Sinn dieses „Revolutionsexports“ als Foren für Versuche der Einflussnahme durch den Iran.

Das größte und einflussreichste Zentrum ist das 1962 gegründete Islamische Zentrum Hamburg (IZH). Neben der iranischen Botschaft ist das IZH die wichtigste offizielle Vertretung des Iran in

IZH-Hamburg

Deutschland und gleichzeitig eines seiner bedeutendsten Propagandazentren in Europa. Die enge Anbindung des IZH an die Führung des Iran zeigt sich u. a. darin, dass der Leiter des IZH ein ausgewiesener islamischer Rechtsgelehrter sein muss, der vom iranischen Außenministerium bestimmt wird und als Vertreter des iranischen „Revolutionärsführers“ in Mitteleuropa gilt. Der Iran versucht mit dessen Hilfe, Schiiten aller Nationalitäten an sich zu binden sowie die gesellschaftlichen, politischen und religiösen Grundwerte der islamischen Revolution in Europa zu verbreiten.

Zwischen IZH und IVB bestehen enge Verflechtungen. In der Satzung der IVB ist beispielsweise festgelegt, dass das Vereinsvermögen im Falle einer Auflösung des Vereins an das IZH fallen soll.



Ebenso gehört dem Vereinsbeirat immer der jeweilige Imam von Hamburg an, der den IVB-Vorstand in allen Vereinsangelegenheiten berät. Seit dem Jahr 2012 ist auch der Vorsitz des Vereins mit einem Mitarbeiter des IZH besetzt. Insgesamt ist festzustellen, dass die Moschee der IVB als Anlaufstelle für schiitische Gläubige aller Nationalitäten dient, die so einer schiitisch-islamistischen Indoktrination ausgesetzt sind.

Gründung von Dachverbänden

Eine weitere Einflussnahme des IZH auf schiitische Vereine in ganz Deutschland zeichnete sich durch die Gründung zweier irakischer Dachverbände ab. So wurde auf Initiative des IZH im März 2009 die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e. V. (IGS) mit Sitz in Berlin gegründet. Dem Dachverband trat eine Vielzahl von schiitischen Vereinen aus ganz Deutschland bei. Im Mai 2011 wurde unter Leitung des IZH ein zweiter „Dachverband für die irakisch/schiitischen Vereine in Deutschland“ in Hamburg gegründet.

4.1.5 Die Muslimbruderschaft (MB) und ihr Einfluss in Deutschland

Anhänger	Deutschland: etwa 1.000 Bayern: etwa 150
Gründung	1928 in Ägypten
Publikation	Risalat-ul-Ikhwan



Die 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründete MB ist die einflussreichste und älteste islamistische Bewegung des zeitgenössischen politischen Islam.

Das von der MB angestrebte politische System weist deutliche Züge eines totalitären Herrschaftssystems auf, das die Souveränität des Volkes sowie die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit der Menschen nicht garantiert. Die Ideologie der MB ist auf die Errichtung islamischer Herrschaftsordnungen auf der Grundlage von Koran und Sunna ausgerichtet. Ein Großteil der ideologischen Grundsätze der MB ist somit unvereinbar mit den im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaats und einer auf der Menschenwürde basierenden politischen Ordnung.

Das Wesentliche der verfassungsfeindlichen Ideologie der MB ist in der – für die Organisation bis heute maßgeblichen – Schrift „Allgemeine Ordnung der Muslimbruderschaft“, die auf die Gründergeneration um Hassan al-Banna zurückgeht, festgehalten:

- ▶ Islamisierung der Gesellschaft durch Da’wa-Aktivitäten (deutsch: Missionierung) und soziale Maßnahmen
- ▶ Beendigung der „kulturellen Verwestlichung“ (arabisch: Taghrib)
- ▶ Umwandlung des Bildungswesens und der Bildungsinstitutionen nach islamischen Kriterien
- ▶ Errichtung eines islamischen Staates auf der Grundlage islamischer Prinzipien und Werte
- ▶ Anwendung des islamischen Rechts (arabisch: Scharia)

Die MB ist eine internationale Organisation. In zahlreichen Ländern existieren Vereinigungen, die sich ideologisch an der MB in Ägypten orientieren, zum Beispiel die al-Nahda in Tunesien.

HAMAS

Offiziell haben sich die meisten Zweige der MB von Gewalt abgewandt. Die „Islamische Widerstandsbewegung“ (HAMAS) als palästinensische Sektion der MB nutzt jedoch weiterhin militärische Mittel im Kampf gegen Israel.

MB in
Ägypten

Den Umbruch in der arabischen Welt versuchte die MB zum Ausbau ihrer Machtposition zu nutzen. In Ägypten wurde sie bei den Parlamentswahlen im Dezember 2011 stärkste politische Kraft. Der Muslimbruder Muhammad Mursi setzte sich bei den Präsidentschaftswahlen 2012 durch. Nach Massendemonstrationen am 30. Juni 2013, bei denen 14 Millionen Ägypter auf die Straße gingen, wurde er im Juli vom Militär abgesetzt und vor Gericht gestellt. Im Zusammenhang mit dem Sturz des Präsidenten kam es zu massiven Protesten der MB, die zum Teil gewaltsam ausgetragen wurden. Die Auseinandersetzungen mündeten in ein Verbot der MB und eine Verdrängung ihrer Anhänger aus dem öffentlichen Leben. Die ägyptische Regierung erklärte die MB im Dezember 2013 zur Terrororganisation.

Im Juni hat ein Gericht in Kairo Todesurteile gegen den früheren ägyptischen Präsidenten Muhammed Mursi und 16 weitere Mitangeklagte wegen des Vorwurfs der Spionage bestätigt. Unter den Verurteilten ist auch der deutsche Staatsangehörige und frühere Vorsitzende der der MB zuzurechnenden Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD), Ibrahim El-Zayat, der in Abwesenheit verurteilt wurde.

Als Dachverband MB-naher Organisationen in Europa fungiert die 1989 gegründete Föderation der Islamischen Organisationen in Europa (FIOE) mit Sitz in Brüssel. Eine weitere einflussreiche und eng mit der MB verflochtene Organisation ist der Europäische Fatwa-Rat (ECFR) mit Sitz in Dublin/Irland. Dessen Vorsitzender Yusuf al-Qaradawi ist als geistiger Führer der MB bekannt.

Die MB tritt zwar in Deutschland nicht offen in Erscheinung, wird jedoch durch die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD) und die FIOE als Teil einer weltweiten „Islamischen Bewegung“ vertreten und ist somit auch in Deutschland aktiv. Nach außen gibt sich die MB offen, tolerant und dialogbereit und strebt eine Zusammenarbeit mit politischen Institutionen und Entscheidungsträgern an, um so Einfluss im öffentlichen Leben zu gewinnen. Ihr Ziel bleibt aber die Errichtung einer auf der Scharia basierenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung, wobei die MB für sich die Führungsrolle für alle Muslime beansprucht. Sie steht für eine deutliche Abgrenzung gegenüber den USA, Israel, dem jüdischen Volk und Andersgläubigen. Anhänger der MB bekunden in sozialen Netzwerken zum Teil auch Sympathien für terroristische Organisationen.

MB in
Deutschland

4.1.5.1 Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD)

Mitglieder	Deutschland: etwa 1.000 Bayern: etwa 150
Gründung	1960 in Deutschland
Präsident	Samir Falah
Sitz	Köln



Die IGD versucht durch politisches Engagement in Deutschland ihre von der Ideologie der Muslimbruderschaft (MB) geprägten Ziele zu erreichen. Die Anhänger der IGD sind bemüht, ihre Verbindung zur MB in öffentlichen Verlautbarungen nicht zum Ausdruck zu bringen. Die Bestrebungen der IGD richten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Ideologie der MB

Die IGD ist Gründungsmitglied der Föderation der Islamischen Organisationen in Europa (FIOE), dem europäischen Dachverband MB-naher Verbände, sowie Gründungsmitglied des Zentralrates der Muslime in Deutschland (ZMD) und war über diesen auch an der Gründung des Koordinierungsrates der Muslime (KRM)

beteiligt. Von 2002 bis Anfang 2010 war Ibrahim El-Zayat Präsident der IGD. Am 11. Januar 2010 wurde Samir Falah als sein Nachfolger gewählt.

Zentren in
München und
Nürnberg

Mehrere zum Teil formell eigenständige Islamische Zentren (IZ) sind der IGD in Deutschland nachgeordnet. In Bayern sind dies das Islamische Zentrum München (IZM) und die Islamische Gemeinde Nürnberg, ehemals Islamisches Zentrum Nürnberg. Darüber hinaus verfügt die IGD über ein weit verzweigtes Netz an Kooperationspartnern in verschiedenen Städten Deutschlands.

10-Punkte-Plan zur
Flüchtlingshilfe

Das IZM veröffentlichte Ende August auf seiner Homepage einen 10-Punkte-Plan zur Flüchtlingshilfe. Darin werden die IGD-Anhänger aufgefordert, den Flüchtlingen zu helfen, indem sie z. B. Übersetzungsdienste leisten. Die IGD ist um eine Verselbstständigung der ihr nachgeordneten Islamischen Zentren bemüht. Damit entstehen Vereinsstrukturen, die nur schwer kontrollierbar sind und die die tatsächliche Anbindung an die IGD verschleiern. Dieses Vorgehen ermöglicht den neu gegründeten selbstständigen Vereinen, für sich die Gemeinnützigkeit (steuerrechtliche Vorteile) zu beantragen. Die IGD selbst verlor 1999 die Gemeinnützigkeit, eine zunächst gegen diese Entscheidung eingereichte Klage hatte sie später wieder zurückgenommen.



الكلية الأوروبية للعلوم الإنسانية
DAS EUROPÄISCHE INSTITUT
FÜR HUMANWISSENSCHAFTEN

Im Dezember 2012 wurde in Frankfurt das IGD-nahe Europäische Institut für Humanwissenschaften (EIHW) gegründet. Das EIHW soll Studienabschlüsse in der arabischen Sprache und in der Islamwissenschaft vermitteln. Die IGD strebt damit eine Alternative zum staatlich geförderten Vorhaben an, Imame an deutschen Universitäten auszubilden. Die Abschlüsse, für die das EIHW eine staatliche Anerkennung anstrebt, können auch durch ein Fernstudium erworben werden, in dessen Rahmen auch Blockunterrichte in München stattfinden. Der wissenschaftliche Leiter des EIHW war bereits 2009 für strategische Konzepte der IGD zuständig.

4.1.5.2 Muslimische Jugend in Deutschland e. V. (MJD)

Vorsitzender	Malika Mansouri
Gründung	1994
Sitz	Berlin

Die MJD ist ein rechtlich unabhängiger Jugendverband, der in der Vergangenheit wiederholt Kontakte zur IGD hatte. Der Verein bietet jungen Muslimen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Für Außenstehende ist dabei meist nicht ersichtlich, dass im Schulungs- und Freizeitangebot der MJD auch Gedankengut der Muslimbruderschaft (MB) propagiert wird. Es liegen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass sich die Aktivitäten der MJD gegen einzelne Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland richten.

Der Münchner Lokalkreis der MJD nutzt die Räumlichkeiten des Islamischen Zentrums München (IZM). Er bezeichnet sich als „Islamische Jugendgruppe“, die aus der „Muwahidun“ (Brüdergruppe) und der „Muwahidat“ (Schwesterngruppe) besteht. Die Gruppe gibt vor, eine islamische Bildung zu vermitteln, die alle Dimensionen des Menschen – Körper, Geist und Seele – beachtet. Die Münchner Jugendgruppe behauptet, durch ihre Arbeit die Entwicklung einer ausgewogenen islamischen Persönlichkeit zu fördern. Dazu organisiert sie gemeinsam mit dem Bundesverband der MJD Camps, Meetings, Tagesausflüge und Seminare.

Münchner
MJD-Gruppe

Persönliche Aufzeichnungen und elektronische Dokumente des früheren Leiters des Münchner Lokalkreises legen nahe, dass dieser die Ideologie der MB vertritt, in der der Islam nicht als Religion, sondern als allumfassendes Lebens- und Gesellschaftskonzept unter Einschluss der Politik verstanden wird.

4.2 Salafismus

Ende des 18. Jahrhunderts trat auf der arabischen Halbinsel ein Prediger namens Muhammad Ibn Abd al-Wahhab auf. Er predigte eine Reinigung des Islam von, aus seiner Sicht, unerlaubten Neuerungen sowie von Irrglauben. Vorbildfunktion in Bezug auf den „wahren Islam“ böten einzig die frommen Altvorderen (arabisch: al-salaf al-salih), also die Repräsentanten der Frühzeit des Islam. Der Salafismus ist die derzeit am schnellsten wachsende islamistische Strömung in Deutschland.

Heutige Salafisten orientieren sich an der Lehre des Wahhabismus. Sie richten ihren Glauben, ihre religiöse Praxis und Lebensführung ausschließlich an den Prinzipien des Korans und dem vom Propheten Muhammad und den frommen Altvorderen gesetzten Vorbild aus. Jegliches Abweichen von dieser Norm, die als ursprünglicher und reiner Islam gilt, lehnen Salafisten als unerlaubte Verfälschung des Islam bzw. „Neuerung“ (arabisch: bid'a) ab.

Zentraler salafistischer Glaubensinhalt ist die Ein(s)heit und Einzigartigkeit Gottes (arabisch: tauhid). Für Salafisten beinhaltet dies auch, dass Gott der einzig legitime Souverän und Gesetzgeber ist. Die Scharia ist für sie als Gesetz Gottes letztgültiger Maßstab. Salafisten lehnen das Demokratieprinzip (Volkssouveränität) kategorisch ab. Sie verneinen strikt die Geltungsberechtigung „weltlicher“ Gesetzgebung (Parlamentsgesetze).

Als Höherwertigkeitsideologie richtet sich der Salafismus zwar auch gegen nicht-islamische, z. B. jüdische und christliche, Glaubensvorstellungen; besonders in der Kritik stehen jedoch andere islamische Glaubensauffassungen – insbesondere das schiitische und mystische Islamverständnis. Salafisten diffamieren die Anhänger dieser Glaubensformen als Ungläubige oder werfen ihnen Götzendienste (arabisch: shirk) vor. Am Dialog mit Andersgläubigen sind die Salafisten nur insoweit interessiert, wie er ihrer Missionierungsarbeit (arabisch: da'wa) dienlich ist.

Für junge Muslime der dritten Generation und deutsche Konvertiten auf Identitätssuche bietet der Salafismus eine neue Projektionsfläche fernab der Religiosität der Elterngeneration

bzw. der Regeln der eigenen Gesellschaft. Muslime ohne tiefgründige Kenntnis der islamischen Religion sollen sich als fester Bestandteil einer salafistischen Solidargemeinschaft fühlen, die einfache, aber strenge Regeln und ein schlichtes dualistisches Weltbild bietet.

Die Ideologie des Salafismus lässt sich in eine politische und eine jihadistische Strömung unterteilen, die Übergänge sind dabei fließend. Sie unterscheiden sich vor allem in der Wahl der Mittel, mit denen ihre Ziele realisiert werden sollen. Jihadistische wie auch politische Salafisten stützen sich jedoch auf dieselben ideologischen Autoritäten und Vordenker und verfolgen die gleichen Ziele.



Jihadistische Salafisten befürworten eine unmittelbare und sofortige Gewaltanwendung. Sie propagieren den bewaffneten Kampf auch gegen Regierungen in Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit, denen sie vorwerfen, vom Islam abgefallen und Handlanger des verhassten „Westens“ zu sein. Derzeit ist nur ein kleiner Prozentsatz der Salafisten dem jihadistischen Salafismus zuzurechnen, die überwiegende Zahl der Anhänger spricht sich gegen Gewalt aus.

Jihadistischer
Salafismus

Gleichwohl bietet gerade der politische Salafismus durch seine radikalisierte Wirkung immer wieder den Nährboden für terroristische Aktionen. So waren fast alle bisher in Deutschland identifizierten terroristischen Netzwerkstrukturen und Einzelpersonen salafistisch geprägt bzw. haben sich in salafistischen Milieus entwickelt.

Politischer
Salafismus

4.2.1 Politischer Salafismus

Anhänger/Besucher	Deutschland: etwa 7.900 Bayern: etwa 630
Entstehung	Erste Strukturen in Bayern Mitte der 1990er Jahre

Salafisten lehnen weltliche Gesetze und die Werte westlicher Gesellschafts- und Herrschaftssysteme als unislamisch und unterlegen kategorisch ab. Sie orientieren sich kompromisslos an der islamischen Frühzeit vor 1.400 Jahren und befürworten frühislamische Herrschafts- und Gesellschaftsformen. Dies führt zur Ablehnung der als wesensfremd empfundenen Mehrheitsgesellschaft und ihrer demokratischen Werte. Vor allem die von salafistischen Akteuren in Deutschland propagierte Einheit von Religion und Staat und der ebenfalls erhobene absolute Geltungsanspruch der islamischen Rechtsordnung (Scharia) machen deutlich, dass salafistische Auffassungen Geltung für sämtliche Lebensbereiche beanspruchen.

Die ideologischen Grundsätze des Salafismus sind somit unvereinbar mit den im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Prinzipien, insbesondere der Demokratie, des Rechtsstaats und einer auf der Menschenwürde basierenden politischen Ordnung.

Bundesweit ist eine wachsende „Infrastruktur“ des Salafismus festzustellen. Die salafistische Szene ist allerdings meist nur lose organisiert und weist eine hohe Dynamik auf. Feste, formale Organisationsstrukturen sind in der Regel nicht vorhanden. Eine Ausnahme hiervon bilden örtliche salafistische Vereine, die häufig gleichzeitig als Träger salafistisch geprägter Moscheen fungieren. Daneben gibt es zunehmend lose Personennetzwerke oder autonom agierende Einzelpersonen, die salafistische Aktivitäten entfalten.

Für deutschsprachige Muslime hat sich mittlerweile ein breites salafistisches Bildungsangebot etabliert, das u. a. zahlreiche Publikationen, Internetangebote und Vortragsveranstaltungen charismatischer Prediger umfasst. Prominente Angehörige der

salafistischen Gelehrtennetzwerke treten zudem als „Online-Imame“ auf. Salafistische Schulungsmaßnahmen vor Ort werden hierbei vermehrt durch virtuelle Fortbildung über das Internet ergänzt oder ersetzt. Gerade charismatische Führungspersönlichkeiten wirken als Multiplikatoren der salafistischen Ideologie und ziehen verstärkt vor allem junge Anhänger an.

In Bayern sind weiterhin Da’wa-Aktivitäten („Da’wa“ = Missionierung) einer sich in Netzwerken organisierenden Anhängerschaft der salafistischen Ideologie zu beobachten. So fanden Islam-Infostände, bislang u. a. in folgenden Städten statt: Amberg, Aschaffenburg, Augsburg, Bayreuth, Coburg, Erlangen, Fürth, Ingolstadt, Lindau, München, Nürnberg, Passau, Regensburg, Schongau, Schwandorf, Weiden, Weilheim und Würzburg.

Seit Ende 2012 werden salafistische Infostände regelmäßig in Verbindung mit dem bundesweiten Koranverteilungsprojekt „Lies!“ organisiert. Mittlerweile sind vermehrt auch sog. „Street Da’wa“-Teams unterwegs, die Koranexemplare mobil aus Umhängetaschen heraus verteilen. Verantwortlich für die „Lies!“-Aktion ist das salafistische Netzwerk Die Wahre Religion (DWR) des Predigers Ibrahim Abou Nagie.

Finanziert wird das Koranverteilungsprojekt überwiegend mittels Spenden aus der salafistischen Szene. Neben der Rekrutierung neuer Anhänger dient das „Lies!“-Projekt auch der Vermittlung überregionaler Kontakte zwischen Salafisten, wodurch individuelle Radikalisierungsprozesse verstärkt werden können. Die häufig jugendlichen Mitglieder von „Lies!“-Gruppen empfinden ihr salafistisches Engagement als persönliche Aufwertung. Ihnen wird das Gefühl von Gemeinschaft, Überlegenheit und Identität vermittelt.

Salafistische Infostände und „Street Da’wa-Aktivitäten“ gehen teils auch von organisationsunabhängigen Einzelpersonen oder Kleingruppen aus, wie z. B. von der salafistischen Gruppierung Jesus im Islam.

Attraktiv ist der Salafismus für manche junge Menschen auch deshalb, weil er ihnen eine vermeintlich klare Orientierung bietet. Der Komplexität und Unübersichtlichkeit der modernen Welt

Da’wa-Aktivitäten
in Bayern



Koranverteilungs-
projekt

setzt er ein konsequentes Schwarz-Weiß-Denken gegenüber. Von individuellen Entscheidungen und persönlicher Verantwortung wird der junge Mensch durch eine Vielzahl von eindeutigen Geboten und Verboten entlastet. Bestätigt werden diese radikalen Denkmuster regelmäßig durch die Schwarz-Weiß-Rhetorik auf Veranstaltungen salafistischer Prediger.

Zielgruppe von Salafisten sind insbesondere Personen, die sich in persönlichen Krisensituationen befinden bzw. Anschluss, Orientierung und Unterstützung suchen. Dazu zählen auch Flüchtlinge, die aus Krisengebieten nach Deutschland kommen.

Kontaktaufnahme zu Flüchtlingen

Anfang September veröffentlichte der salafistische Prediger Pierre Vogel auf seiner Facebook-Seite eine Art Leitlinie zur Gewinnung von Flüchtlingen für die salafistische Szene. In einem 8-Punkte-Katalog erhalten seine Anhänger Tipps, wie man den Kontakt anbahnen sollte. Vogel empfiehlt, Teams zu bilden, Flüchtlingsunterkünfte in der Umgebung ausfindig zu machen und zu besuchen. Gemeinsam mit dem salafistischen Prediger Sven Lau warb Vogel auch mit einem Youtube-Video für die Anwerbung von Flüchtlingen. In Bayern konnten bereits in mehreren Städten derartige Aktionen festgestellt werden. So versuchten beispielsweise in Aschaffenburg die Mitglieder der Islamischen Jugend Aschaffenburg, Spenden direkt an die Flüchtlinge zu verteilen und sie in einem Gespräch an die salafistische Ideologie heranzuführen.



Moscheen wie die El-Salam-Moschee in München, die Masjid ibn Taymiyyah Moschee in Nürnberg, die Moschee des Islami-schen Zentrums Weiden e. V. sowie die Al-Rahman-Moschee in Regensburg und die As-Salam-Moschee in Schwandorf sind Plattformen für salafistische Vortragsveranstaltungen und sala-fistischen Islam- und Koranunterricht. Hier treten – teilweise in regelmäßigen Abständen – Prediger auf, die ihr salafistisches Gedankengut verbreiten. Mehrfach sind bekannte salafistische Prediger wie Sven Lau und Pierre Vogel zudem bei der Islami-schen Jugend Aschaffenburg aufgetreten. Die Darul-Quran-Mo-schee in München schloss Ende Oktober aufgrund finanzieller Schwierigkeiten.

Salafistische Personennetzwerke bilden sich aber auch abseits von Moschee- und Vereinsinstitutionen. Innerhalb dieser Netzwerke kann es aufgrund des starken Gemeinschaftsgefühls schnell zu einer Radikalisierung bis hin zur Bereitschaft zur Teilnahme am gewaltsamen Jihad kommen.

Salafistische
Personennetz-
werke

Die Rolle der Frauen innerhalb der salafistischen Szene hat sich in den letzten Jahren gewandelt. In salafistisch ausgerichteten Moscheen agieren Frauen zwar nach wie vor getrennt von den Männern. Für sie werden spezielle Frauenunterrichte und Frauen-seminare angeboten. Im Zusammenhang mit salafistischen („Lies!“) Infoständen traten allerdings Frauen immer wieder als Mitorganisatoren auf und leisteten logistische Unterstützung.

Frauenseminare

4.2.2 Jihadistischer Salafismus

Eine Reihe salafistischer Gruppierungen hat sich dem weltweiten bewaffneten Kampf (Jihad) gegen die „Ungläubigen“, gegen „den Westen“ und gegen Regierungen im islamischen Raum, die vom Westen unterstützt werden, verschrieben. Jihadistische Salafisten kämpfen derzeit vor allem in Syrien und im Irak. Daneben entfalten aber auch die sog. Jihadregionen in Mali, Somalia, dem Jemen, Afghanistan und Pakistan nach wie vor eine Anziehungskraft auf jihadistisch orientierte Personen.

In Syrien etablierten sich mit Beginn der bürgerkriegsähnlichen Unruhen 2011 neben der säkular orientierten Opposition auch islamistische Gruppierungen, die den Jihad propagieren, um ausländische Kämpfer zu rekrutieren. Schätzungen zufolge befanden sich bis Ende 2015 bis zu 20.000 ausländische Kämpfer in Syrien bzw. dem Nordirak. Hauptakteure sind der Islamische Staat (IS) und die Jabhat al-Nusra, letztere als regionaler Ableger der Kern-al-Qaida.

Immer wieder rufen die terroristischen Gruppierungen dazu auf, den Jihad auch in die westlichen Staaten zu tragen. Genannt sind hier meist die USA und ihre Verbündeten. Auch zu Anschlägen in Deutschland wurde bereits aufgerufen.

Vermehrte Ausreisebewegungen

Ausreisen aus Deutschland: bis Ende 2015	mehr als 780 Personen
-----------------------------------------------------	-----------------------

davon aus Bayern:	etwa 80 Personen
--------------------------	------------------

Ausreisen aus
Deutschland

Im Jahr 2015 haben Ausreisen überwiegend junger Salafisten aus Deutschland in Richtung Syrien weiter zugenommen. Das dortige Bürgerkriegsgeschehen mobilisiert nach wie vor die salafistische Szene.

Bis Ende 2015 lagen Erkenntnisse zu mehr als 780 deutschen Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien ausgereist sind, um dort beispielsweise an Kampfhandlungen teilzunehmen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen.

Es konnte jedoch nicht in allen Fällen bestätigt werden, dass sich diese Personen tatsächlich in Syrien aufhalten bzw. aufgehalten haben. Aufgrund der dynamischen Lageentwicklung vor Ort unterliegt diese Zahl tagesaktuellen Veränderungen.

Darüber hinaus liegen Hinweise auf weitere Personen vor, die eine Ausreise planen. Die deutschen Sicherheitsbehörden sind bestrebt, möglichst viele dieser Ausreiseplanungen frühzeitig zu unterbinden. Bei einer mittleren zweistelligen Zahl der Fälle konnte eine Ausreise verhindert werden.

In Bayern lagen bis Ende 2015 konkrete Hinweise zu etwa 80 Personen mit salafistischer Grundhaltung vor, die im Zusammenhang mit dem Bürgerkriegsgeschehen in Syrien ausgereist sind bzw. dies beabsichtigten. Bei dem überwiegenden Teil der Ausgereisten muss davon ausgegangen werden, dass sie sich zumindest zeitweise im Kampfgebiet Syrien/Irak aufhalten, teilweise an Kampfhandlungen beteiligt waren bzw. sind oder eine Ausbildung hierfür absolviert haben.

Ausreisen aus
Bayern

Seit 2014 ist verstärkt zu beobachten, dass auch Minderjährige auf die salafistische Propaganda ansprechen. Bei der (Erst-)Ausreise aus Bayern waren zwei weibliche und zwei männliche Personen minderjährig. Während männliche Jugendliche vor allem durch Berichte über die militärischen Erfolge der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) angespornt werden, fühlen sich manche junge Mädchen von der Aussicht auf ein Leben an der Seite eines IS-Kämpfers angesprochen.

Die Rolle der Frau wird vom IS primär als die der Ehefrau und Mutter stilisiert, die ihren Ehemann unterstützt. Teilweise hat sich aber die Rolle der Frauen innerhalb der salafistischen Szene in den letzten Jahren gewandelt. In Einzelfällen wird von Frauen der Wunsch deutlicher formuliert, aktiv in Kampfhandlungen eingebunden zu werden. Inzwischen sind Propagandavideos mit Frauen in Kampfanzügen und mit Waffen im Internet verbreitet zu sehen.

Rolle der Frauen

Bei der Beeinflussung junger Frauen hin zu einer Ausreise in den Einflussbereich des IS spielt die Kommunikation in sozialen Netzwerken eine besondere Rolle. Frauen, die bereits auf dem Gebiet des IS leben, beschreiben in den sozialen Netzwerken ihren Alltag in den Jihadgebieten in idealisierter Weise. Die gesundheitliche, finanzielle und soziale Absicherung wird durchweg gelobt; Mangel, so wird erklärt, sei kaum vorhanden.

Ein Beispiel für diese Form der Propaganda sind die Facebook-Aktivitäten der 16jährigen Elif Ö., die im Februar von München aus über Istanbul nach Syrien ausreiste. Seit ihrer Ausreise nutzt der IS sie als Aushängeschild und Werbeträgerin, um weitere junge Frauen für eine Ausreise begeistern zu können. In sozialen Netzwerken, wo Accounts auf ihren Namen angemeldet sind,

schwärmte die Teenagerin vom Leben in der Gemeinschaft des IS und versucht Gleichgesinnte von den Vorzügen des Kalifats zu überzeugen.

Gefahr durch
Syrien-Rückkehrer

Von den bundesweit mehr als 780 bis Ende 2015 nach Syrien oder in den Irak ausgewanderten Personen ist etwa ein Drittel zumindest zeitweise wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Zur Mehrzahl dieser Rückkehrer liegen keine eindeutig belegbaren Informationen vor, dass sie sich aktiv an Kampfhandlungen vor Ort beteiligt haben. Die Anzahl der zurückgekehrten Islamisten, die sich in Syrien aktiv am bewaffneten Widerstand beteiligt haben, belief sich bis Ende 2015 auf etwa 250 Personen. Ferner sind den deutschen Sicherheitsbehörden etwa 130 Todesfälle mit Bezug zu Deutschland bekannt geworden.

Nach Bayern sind mehr als 20 ausgewanderte Personen wieder zurückgekehrt oder in einen Drittstaat weitergereist. Zwei Rückkehrer befanden sich Ende 2015 in Haft. Sieben Personen aus Bayern wurden bis Ende 2015 bei Kampfhandlungen in Syrien getötet.

Bei Kampfhandlungen in Syrien haben die Rückkehrer teilweise Erfahrung im Umgang mit Sprengstoff und Waffen gesammelt. Zudem ist ihre Hemmschwelle für die Anwendung von Gewalt gegen Menschen deutlich gesunken. Konkrete Anschlagspläne von Rückkehrern in Deutschland sind zwar noch nicht bekannt geworden, Anschläge in Brüssel und in Paris zeigten jedoch, zu welchen Taten Syrien-Rückkehrer bereit und in der Lage sind. So wurde der Anschlag auf das jüdische Museum in Brüssel im Mai 2014, bei dem vier Menschen ums Leben gekommen sind, mutmaßlich von einem Syrien-Rückkehrer begangen. Auch an den Terroranschlägen im November in Paris waren Personen beteiligt, die sich zeitweise in Syrien aufgehalten haben.

Handlungskonzept

Bayern verfügt mit dem 2009 erarbeiteten und 2013 aufgrund der Entwicklungen in Syrien aktualisierten „Gemeinsamen Handlungskonzept des Bayerischen Landeskriminalamts, des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz und des Operativen Staatsschutzes der Bayerischen Polizei im Zusammenhang mit Reisebewegungen von Islamisten in terroristische

Ausbildungslager oder zur Teilnahme am bewaffneten Jihad“ über ein Maßnahmenpaket für jihadistisch-salafistisch motivierte Ausreiseabsichten in Krisengebiete.

Schwerpunkt ist dabei ein möglichst frühzeitiger, umfassender und kontinuierlicher Informationsaustausch aller Sicherheitsbehörden. Ziel ist insbesondere bei deutschen Staatsbürgern die Verhinderung der Ausreise. Bei ausländischen Staatsangehörigen werden aufenthaltsbeendende Maßnahmen durch die Arbeitsgruppe BIRGiT (Beschleunigte Identifizierung und Rückführung von Gefährdern aus dem Bereich des islamistischen Extremismus/Terrorismus) geprüft. Soweit Personen mit ausländischer Nationalität bereits in Kampfgebiete ausgereist sind, werden die aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, um die Wiedereinreise nach Deutschland zu verhindern.

Arbeitsgruppe
BIRGiT

Im Dezember 2014 hat die ständige Konferenz der Innenminister einstimmig beschlossen, im Rahmen von ausreiseverhindernden Maßnahmen auch den Entzug des Bundespersonalausweises zu ermöglichen, um die Ausreise nach Syrien über die Türkei zu unterbinden. Die Entziehung des Reisepasses wie auch die aus dem Kartenkörper nicht ersichtliche Beschränkung des Personalausweises, dass dieser nicht zum Verlassen Deutschlands berechtigt, waren schon bisher möglich. Zur Einreise in die Türkei genügt jedoch ein Personalausweis.

Entzug des
Personalausweises

Durch die Änderung des Personalausweisgesetzes im Juni ist es nun möglich, Ausreisen von Jihadisten durch den Entzug des Personalausweises effektiver zu unterbinden. An die Stelle des regulären Ausweises tritt dann ein sog. „Ersatz-Personalausweis“

4.2.2.1 Der Islamische Staat (IS)

Entstehung und Entwicklung

Die salafistisch-jihadistische Terrororganisation IS hat ihre Wurzeln im Irak. Nach dem Sturz von Saddam Hussein 2003 bildete sich dort unter der Führung des jordanischen Terroristen Abu Musab Al-Zarqawi eine al-Qaida-Zelle, die sich zunächst als „al-Qaida im Zweistromland“ bezeichnete und ihren Namen in den folgenden Jahren mehrfach wechselte. Im Irak hat die Terrororganisation wiederholt Anschläge durchgeführt. Nach dem Tod al-Zarqawis übernahm der Iraker Abu Bakr al-Baghdadi die Führung. Seit 2012 ist die Organisation auch in Syrien aktiv.



Islamisches Kalifat

2013 änderte sie vor dem Hintergrund weitreichender militärischer Erfolge erneut ihren Namen, zunächst in Islamischer Staat im Irak und Großsyrien (ISIG). Damit drückte die Terrororganisation ihren überregionalen Führungsanspruch aus. Mitte 2014 wurde das „Islamische Kalifat“ ausgerufen und die Organisation trat unter der Bezeichnung Islamischer Staat (IS) auf. IS steht somit in dieser Region in direkter Konkurrenz zu al-Qaida.

Das Kalifat bezeichnet sowohl ein Amt als auch ein Herrschaftsgebiet. Der Begriff geht auf das arabische „khalifa“ zurück und bedeutet Nachfolger des Propheten Muhammad. Der Titel ist gleichbedeutend mit dem rechtmäßigen Führer der sunnitischen Gläubigen. Den letzten Kalifen stellte das Osmanische Reich. Der Titel wurde 1924 durch Kemal Atatürk abgeschafft. Das Streben nach der Wiedereinführung des Kalifats ist ein wesentliches Kennzeichen islamistischer Ideologie.

Der IS unterscheidet sich in Ideologie und Zielen nicht grundlegend von anderen jihad-salafistischen Gruppen. Es gibt jedoch Unterschiede in der ideologischen Schwerpunktsetzung und im strategischen Ansatz. Eine besondere Rolle spielt dabei die Rechtfertigung des Kalifats. Das Kalifat ist auch für al-Qaida ein Ziel, allerdings kann das Kalifat für al-Qaida nur am Ende eines mehrstufigen Prozesses stehen. Die Strategie al-Qaidas sieht vor, zunächst Rekruten zu ideologisieren, westliche Einflüsse in arabischen Ländern zu bekämpfen, Landgewinne zu erzielen und schließlich pro-westliche Regierungen im Nahen Osten zu stürzen. Erst danach wird die „Entscheidungsschlacht“ zwischen

den „Rechtgläubigen“ und den „Ungläubigen“ angestrebt, an deren Ende das Kalifat steht. Der IS hingegen sieht diese Entscheidungsschlacht unmittelbar bevorstehen und ruft Muslime weltweit auf, sich daran zu beteiligen.

IS-Splittergruppen sind u. a. in Libyen, auf dem Sinai, in Pakistan und in Afghanistan aktiv. Im März schloss sich die nigerianische Terrororganisation Boko Haram dem IS an, woraufhin dieser verkündete, dass das Kalifat nun bis Westafrika reiche. In einem Video der IS-Medienstelle Al-Hayat vom Juni beanspruchten vom Balkan stammende IS-Kämpfer den Balkan als weiteres Kalifat und riefen zu Anschlägen in dieser Region auf. Nachdem die meisten Emire der Kaukasusprovinzen den Treueeid gegenüber dem IS erklärt haben, verkündete der IS im Juni zudem die Gründung der Provinz Kaukasus.

IS-Splittergruppen

Auftreten in Deutschland und Bayern

Der IS verfügt innerhalb des salafistischen Spektrums in Deutschland bzw. Bayern über eine wachsende Anzahl von Sympathisanten, was sich auch in den Ausreisezahlen widerspiegelt. Auch im Internet sind verstärkte Aktivitäten von IS-Anhängern zu erkennen. Es werden auch Videobotschaften deutscher IS-Kämpfer verbreitet, die für den Jihad werben.

Als erster Deutscher trat der mittlerweile als Selbstmordattentäter verstorbene Philip B. aus Dinslaken im November 2013 in einer Videobotschaft des IS auf.

Derzenebekannte Berliner Jihadist Denis Cuspert alias Abu Talha Al-Almani veröffentlichte im April 2014 ein Video, in dem er den Treueeid auf den IS schwor. Cuspert galt als einer der Hauptakteure in der deutschen jihadistischen Szene. Das Video trug mit dazu bei, dass sich deutsche Jihadisten in Syrien vorrangig dem IS anschließen. Es kursierten auch Videos, die Cuspert bei Kampfhandlungen zeigen. Über Cuspert wurden in den letzten Jahren mehrfach Meldungen verbreitet, die seinen Tod verkündeten, zuletzt im Oktober. Eine behördliche Bestätigung liegt nicht vor. Cuspert ist nach Oktober aber nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten.

Denis Cuspert

Mittlerweile ist auch Mohamed M., der ehemalige Anführer der verbotenen Vereinigung Millatu Ibrahim, für den IS tätig. Er rief bereits mehrfach zu Anschlägen in Deutschland und anderen westlichen Ländern auf, so beispielsweise in einem Propaganda-Video vom August, das in deutscher Sprache veröffentlicht wurde.

Betätigungsverbot
des IS in Deutsch-
land

Der Bundesminister des Innern hat am 12. September 2014 die Betätigung der Vereinigung IS sowie die öffentliche Verwendung und Verbreitung von dessen Schriften und Symbolen verboten.

4.2.2.2 Das al-Qaida-Netzwerk

Im Unterschied zu vielen anderen islamistischen Terrornetzwerken oder Organisationen verfolgt al-Qaida langfristig und länderübergreifend das Ziel, ein weltweites Kalifat zu errichten. Al-Qaida ist für eine Vielzahl von Terroranschlägen weltweit – z. B. die Anschläge am 11. September 2001 in den USA – mit Hunderten Toten und Verletzten verantwortlich.

Entstehung und Entwicklung

Die Ursprünge des al-Qaida-Netzwerks lassen sich zurückführen auf den Konflikt um das sowjetisch besetzte Afghanistan der Jahre 1979 bis 1989. Eine herausragende Stellung nahmen seit 1984 der palästinensische Jihad-Ideologe Abdullah Azzam und der Saudi Usama Bin Ladin ein.

Nach dem Tod Abdullah Azzams war es das Ziel Bin Ladins, den Jihad auch in anderen Konfliktgebieten wie Kaschmir, Indonesien, Tschetschenien, Bosnien und Somalia zu unterstützen. Mit der Machtübernahme der Taliban 1996 kehrte Bin Ladin mit seinem Gefolge nach Afghanistan zurück und agierte von dort aus bis zu seiner Flucht im Jahre 2001 unter dem Schutz des Taliban-Führers Mullah Omar.

Abu Sayyaf
al-Shabab
AQAH

Seit Mitte der 1990er Jahre ist ein Netzwerk aus Afghanistan-veteranen entstanden, die in ihren Heimatländern ihrerseits Organisationen gründeten bzw. unterstützten, wie z. B. Abu

Sayyaf auf den Philippinen, al-Qaida im Irak, die somalischen al-Shabab-Milizen oder al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAH).

Anschläge werden häufig von autonomen Zellen oder „freien Mitarbeitern“ geplant und durchgeführt. Attentäter bekommen oftmals nachträglich den „Segen“ für ihre Anschläge (etwa über Audio- oder Video-Botschaften, die über das Internet verbreitet werden). Während in Ländern wie Irak, Saudi-Arabien und Jemen die Entwicklung des al-Qaida-Netztes dynamisch ist, hat sich – neben dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet – in Nordafrika eine relativ stabile Struktur herausgebildet.

Eine weitere al-Qaida nahe stehende Organisation ist die Islamische Bewegung Usbekistans (IBU). Die IBU ist eine islamistische Gruppe, die 1998 von Juma Namangani und Tahir Yuldashev mit dem Ziel gegründet wurde, das Regime des usbekischen Präsidenten Islam Karimov zu stürzen und stattdessen einen islamischen Staat zu errichten. Nachdem die IBU zunächst von Afghanistan und Tadschikistan aus agierte, erweiterte sie zwischenzeitlich ihr Zielspektrum auf europäische Länder und bemüht sich um verstärkte internationale Präsenz.

Islamistische
Bewegung
Usbekistans

Die Ideologie des al-Qaida Netzwerks

Die hauptsächlich von Bin Ladin und Abdullah Azzam etablierte salafistische Ideologie des al-Qaida-Netzwerks ist stark geprägt von den Schriften Sayyed Qutbs und dessen Weltansicht, dem Jihad-Gedanken und dem Takfir („für ungläubig erklären“). Nach dieser Weltansicht gibt es nur den Islam in seiner durch die Chefideologen Bin Ladin, al-Zawahiri und Azzam geprägten Orientierung an den frommen Altvorderen (al-salaf al-salih), einer konstruierten idyllischen islamischen Frühzeit.

Dem stehen Jahiliyya, der Unglaube und die Unwissenheit um den durch den Propheten Muhammad vermittelten „rechten Weg“ gegenüber. Folgerichtig war es ein zentrales Anliegen Bin Ladins, den Islam von allen unislamischen „Angriffen“ wie Sozialismus und Demokratie freizuhalten. Die Stationierung amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien, Afghanistan oder in anderen islamischen Staaten war aus seiner Sicht nicht hinzunehmen.

Entwicklungstendenzen

Die Tötung Usama Bin Ladins im Mai 2011 und die Verhaftung oder Tötung zahlreicher Mitglieder aus der alten Führungsriege haben zwar den Kern al-Qaidas geschwächt, das flexible Netzwerk jedoch keinesfalls handlungsunfähig gemacht. Zunehmend versucht al-Qaida unter der Führung von Ayman al-Zawahiri den Charakter einer Bewegung anzunehmen.

Internetverlautbarungen und jihadistische Online-Magazine wenden sich gezielt an Personen außerhalb der bestehenden al-Qaida-Strukturen und Netzwerke mit dem Ziel, diesen Personenkreis für Anschläge zu gewinnen. Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAH) kommt nach wie vor eine führende Rolle zu. Von ihr gehen zahlreiche Anschlagpläne aus.



Jabhat al-Nusra

Mit der al-Qaida nahe stehenden Jabhat al-Nusra (JaN) in Syrien ist eine weitere Organisation entstanden, die islamistische Terroristen rekrutiert und ausbildet. Die Organisation übte bislang eine große Anziehungskraft auf deutsche Jihadisten aus, musste jedoch mit Erstarken des konkurrierenden Islamischen Staates (IS) einen deutlichen Rückgang ihrer Anhängerschaft verzeichnen.

In den Reihen der JaN etablierte sich ab 2013 eine Zelle der Kern-al-Qaida unter der Führung von Muhsin al-Fadhli. Die nach dem historischen Namen für eine Region in Zentralasien als Khorasan-Gruppe bezeichnete Zelle bildet insbesondere aus Europa stammende Kämpfer auch für Anschlagpläne in ihren Herkunftsländern aus. Hierfür wurden gezielt Personen ausgewählt, die noch nicht durch Straftaten aufgefallen waren.

Sowohl al-Qaida als auch der IS versuchen sich der Öffentlichkeit als führende jihadistische Organisation zu präsentieren, nicht zuletzt indem sie Terroranschläge verüben. Sie stehen somit in einem Konkurrenzverhältnis zueinander. Dem IS ist es mit der Ausrufung des Kalifats gelungen, seinen Einfluss in der jihadistischen Szene deutlich zu steigern.

Zusammenarbeit
al-Qaida und IS

Der al-Qaida-Führer al-Zawahiri hat jedoch eine Zusammenarbeit mit dem IS im Kampf gegen den Westen in Aussicht gestellt. In einer im Internet verbreiteten Audiobotschaft sagte er: „Trotz der

großen Fehler des IS – wenn ich im Irak oder in Syrien wäre, würde ich mit ihnen kooperieren, wenn es darum geht, die Kreuzritter, die Ungläubigen und die Schiiten zu töten, auch wenn ich die Legitimität ihres Staates nicht anerkenne!“

4.2.2.3 Islamistisch-kurdische Netzwerke

Mitglieder	Deutschland: keine gesicherten Zahlen Bayern: etwa 40
Gründung	im Irak

Einige islamistisch-kurdische Netzwerke sind durch ihr Zusammenwirken mit der al-Qaida im Irak Bestandteil des internationalen Terrornetzwerks. Besonders die Vereinigung Ansar al-Islam (AAI) ist für eine Vielzahl von Terroranschlägen im Irak mit Hunderten von Toten und Verletzten verantwortlich. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stufte die AAI deshalb im Februar 2003 als terroristische Vereinigung ein.

Ansar-al-Islam
(AAI)

Unter den Mujahidin, die in den 1990er Jahren in afghanischen Trainingslagern militärisch ausgebildet wurden, befanden sich auch kurdische Islamisten. Diese knüpften Kontakte zu al-Qaida, die auch nach der Rückkehr der kurdischen Kämpfer in den Irak bestehen blieben. In einem kleinen Teil des irakischen Kurdengebiets gelang es der AAI im Jahr 2001, ein Taliban-ähnliches Regime zu errichten. Zu Beginn des Irak-Kriegs 2003 wurde dieses Gebiet von den USA aus der Luft angegriffen und von nicht-islamistischen kurdischen Kräften wieder eingenommen. In der Folgezeit reorganisierte sich die AAI wieder.

Im Mai 2010 gelang irakischen Sicherheitskräften ein Schlag gegen die AAI, als in Bagdad deren mutmaßlicher Anführer mit sieben weiteren Terrorverdächtigen festgenommen wurde. Nach dem Abzug der US-amerikanischen Streitkräfte Ende 2011 aus dem Irak fällt es islamistisch-kurdischen Netzwerken wie der AAI leichter, sich im Nordirak neu zu positionieren, um dort dem Ziel der Schaffung eines autonomen Gebietes nach dem Primat der Scharia wieder etwas näher zu kommen.

Situation im Irak

Auch in Europa sind mehrere islamistisch-kurdische Netzwerke aktiv. Ihre spirituelle Leitfigur, der in Norwegen lebende Mullah Krekar, wurde u. a. wegen Todesdrohungen gegen eine frühere Ministerin Norwegens zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Gegen Mullah Krekar und weitere in- und ausländische Beschuldigte ermittelt die Bundesanwaltschaft wegen des Verdachts der Gründung einer terroristischen Vereinigung im Ausland. Im März 2014 kam es in diesem Zusammenhang zu Durchsuchungsmaßnahmen auch in Bayern.

Ein Islamist, der im Jahr 2008 wegen Mitgliedschaft in der terroristischen ausländischen Vereinigung AAI zu acht Jahren Haft verurteilt worden war, hat im September eine Berliner Polizistin durch einen Messerangriff schwer verletzt. Der Täter wurde von der Polizei erschossen. Hintergrund seiner Verurteilung war das geplante Attentat auf den ehemaligen irakischen Ministerpräsidenten Ijad Allawi bei dessen Deutschlandbesuch im Jahr 2004.

Situation in Bayern

Insgesamt sind die Aktivitäten der AAI-Anhänger in Bayern stark zurückgegangen, da die Vereinigung durch staatliche Maßnahmen erheblich geschwächt wurde. Neben Verurteilungen zu langjährigen Haftstrafen und der Abschiebung von Unterstützern der AAI kam es auch zu freiwilligen Ausreisen durch den konsequenten Verfolgungsdruck staatlicher Sicherheitsbehörden.

4.3 Sonstiger islamistischer Terrorismus

4.3.1 HAMAS (Islamische Widerstandsbewegung)

Mitglieder	Deutschland: etwa 300 Bayern: Einzelpersonen
Gründung	1988



Die HAMAS verneint ein Existenzrecht Israels und will auf dem gesamten Gebiet Palästinas einen „islamischen“ Staat errichten. Sie lehnt deshalb auch den israelisch-palästinensischen Friedensprozess ab. Die HAMAS ist für eine Vielzahl terroristischer Aktionen verantwortlich, darunter zahlreiche Selbstmordattentate. Im Juni 2002 wurde deshalb der militärische Arm der HAMAS in die EU-Liste terroristischer Organisationen aufgenommen. 2003 haben die EU-Außenminister auch die Gesamtorganisation als terroristisch eingestuft. Im Dezember 2014 entschied der Europäische Gerichtshof in erster Instanz, dass die EU bei der Einstufung der HAMAS als Terrororganisation einen Verfahrensfehler begangen habe. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Von den in Deutschland lebenden HAMAS-Anhängern gehen Bestrebungen aus, die auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind. Deutschland wird von der HAMAS zur Sammlung von Spenden und zur Verbreitung ihrer Propaganda genutzt.

Nach Beginn der ersten Intifada („Aufstand der Palästinenser“) im Dezember 1987 schlossen sich Anfang 1988 die palästinensischen Anhänger der Muslimbruderschaft (MB) unter Führung von Ahmad Yasin zur HAMAS zusammen und nahmen den bewaffneten Kampf gegen Israel auf. Die HAMAS übt seit der gewaltsamen Machtübernahme 2007 die alleinige Kontrolle über den Gaza-Streifen aus.

Seit Anfang Oktober kam es wiederholt zu Messerangriffen von Palästinensern auf Israelis, sog. „Messer-Intifada“. Dabei wurden bis Anfang 2016 21 Israelis und ein US-Bürger getötet. Auf paläs-

Messer-Intifada

tinensischer Seite starben mindestens 137 Menschen, die von israelischen Sicherheitskräften getötet wurden. Immer wieder ist festzustellen, dass sich Eskalationen zwischen Israelis und Palästinensern auch auf die Anhängerschaft in Deutschland auswirken. Die Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern werden auch in den sozialen Netzwerken in Deutschland äußerst emotional kommentiert.

4.3.2 Hizb Allah (Partei Gottes)



Mitglieder	Deutschland: etwa 950 Bayern: etwa 30
Gründung	1982 im Libanon
Publikation	al-Intiqad (Die Kritik)
Fernsehsender	al-Manar (Der Leuchtturm) Betätigungsverbot in Deutschland seit 29.10.2008

Das langfristige Ziel der Hizb Allah (Partei Gottes) ist die Zerstörung des Staates Israel und die „Herrschaft des Islam“ über Jerusalem. Seit Jahren ist sie für Terroranschläge in Israel verantwortlich. In Deutschland hat sie bislang keine gewaltsamen Aktionen durchgeführt, nutzt aber das Bundesgebiet als Ruhe- und Rückzugsraum. Die Bestrebungen der Hizb Allah gefährden damit auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland und richten sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Die Hizb Allah (auch: Hisbollah/ Hizbollah) ist eine auf Initiative des Irans gegründete schiitische Partei, die seit 1992 im libanesischen Parlament vertreten ist. Sie wird vom Iran finanziell, materiell und ideologisch unterstützt.

Sie ist einerseits eine politische Partei, die vor allem aufgrund ihres sozialen Engagements auf die Unterstützung ärmerer Bevölkerungsschichten zählen kann. Andererseits verfügt sie aber nach wie vor über militärische Einheiten, die insbesondere im Süden des Landes unabhängig von der libanesischen Staatsgewalt agieren. Eine Entwaffnung dieser Miliz gemäß der UN-Resolution 1559 aus dem Jahr 2004 gelang bisher nicht und wird vom politischen Flügel der Hizb Allah vehement abgelehnt.

Im Mai 2008 hat das libanesische Kabinett der Hizb Allah offiziell „das Recht zum Widerstand gegen Israel“ zugestanden. Die schiitische Miliz kann daher ungehindert den Ausbau der Verteidigungsanlagen nördlich der UN-Pufferzone zur Grenze Israels betreiben. Seit Beendigung des Libanonkriegs im Sommer 2006 wird sowohl von der israelischen Seite als auch von der Hizb Allah selbst über eine enorme Aufrüstung der Hizb Allah berichtet.

Im Mai 2013 hat der Generalsekretär der Hizb Allah, Hassan Nasrallah, öffentlich seine Anhänger zur Unterstützung des syrischen Regimes aufgerufen. Mittlerweile kämpfen mehrere Hizb Allah-Einheiten auf der Seite des syrischen Präsidenten Assad.

Die Hizb Allah verbreitet ihre antiisraelische und antijüdische Propaganda u. a. über den libanesischen TV-Sender al-Manar, der auch in Deutschland zu empfangen ist. Da die Tätigkeit des Senders gegen deutsche Strafgesetze verstößt und sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, wurde der Sender im Oktober 2008 vom Bundesministerium des Innern verboten.

Am 2. April 2014 wurde der Verein „Waisenkinderprojekt Libanon e. V. (WKP)“ durch das Bundesministerium des Innern verboten und aufgelöst. Der Verein unterstützte über Jahre die Shahid-Stiftung der Hizb Allah im Libanon und richtete damit seine Interessen gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Im Klageverfahren wurde das Vereinsverbot mit Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 8. Juli 2014 bis zu einer endgültigen Entscheidung vorübergehend ausgesetzt. Der Verein hat sich daraufhin in „Farben für Waisenkinder e. V.“ (FFW) umbenannt. Am 16. November wurde das Vereinsverbot vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt. Damit ist der Verein unter alter und neuer Bezeichnung verboten.

Vereinsverbot
bestätigt

Mehrere Indizien deuten darauf hin, dass die Hizb Allah im Verlauf des Jahres 2012 in Thailand, Georgien, Bulgarien und Indien an Anschlägen/Anschlagsversuchen auf Ziele mit Israelbezügen beteiligt war. Im Juli 2013 beschlossen die EU-Außenminister, den militärischen Arm der libanesischen Hizb Allah in die EU-Terrorliste aufzunehmen.

Aufnahme in
EU-Terrorliste

4.3.3 Islamistische Bezüge von Tschetschenen und weiteren Nordkaukasiern



Nordkaukasische Separatistenbewegung (NKSB)

Nach dem Zerfall der UdSSR führte die 1991 in Tschetschenien gegründete Tschetschenische Republik Itschkeria (CRI) einen Guerillakrieg für die Unabhängigkeit der Teilrepublik von der Russischen Föderation und für die Errichtung eines islamischen Staates auf Grundlage der Scharia.



2007 proklamierte Dokku Umarov, der damalige CRI-Präsident, das islamistisch ausgerichtete Kaukasische Emirat (KE), das mit terroristischen Mitteln für einen islamischen Staat auf dem Gebiet des gesamten Nordkaukasus kämpft. Dieser Strategiewechsel führte zur Spaltung. Die Leitung des CRI übernahm Ahmed Zakaev, der sich auf die politische Durchsetzung des Unabhängigkeitsbestrebens für Tschetschenien beschränkt. Beide Gruppierungen sind der Nordkaukasischen Separatistenbewegung zuzurechnen.

Im April bestätigte das KE den Tod des erst 2014 zum Nachfolger des verstorbenen Dokku Umarov eingesetzten Alibulatovich Kebekov. Ein Nachfolger wurde noch nicht bestimmt.

Im aktuellen Syrien/Irak-Konflikt kämpfen zahlreiche Angehörige des KE, zum Teil organisiert in eigenen tschetschenischen Brigaden, auf Seiten der Terrororganisation Islamischer Staat (IS).

Im Juni haben die Islamisten des KE den Treueeid auf den IS geschworen.

Anschläge in
Russland

Um einen von Moskau unabhängigen tschetschenischen Staat auf der Grundlage der Scharia zu erreichen, verübten tschetschenische und andere kaukasische Islamisten in der Vergangenheit wiederholt Anschläge in Russland.

Deutschland wird primär als Rückzugsraum für die finanzielle und logistische Unterstützung der Separatisten im Nordkaukasus genutzt. Strukturen des KE in Bayern sind bisher nicht feststellbar. Aktivitäten gingen allenfalls von Einzelpersonen aus.

Verbindungen zur salafistischen Szene

In Deutschland bestätigen sich die Hinweise auf Verbindungen von Personen aus dem Nordkaukasus in salafistische Kreise. Tschetschenen beteiligen sich an der Verteilung kostenloser Koranausgaben im Rahmen der salafistischen Aktion „Lies!“ und besuchen regelmäßig salafistische Islamseminare und Benefizveranstaltungen für Syrien. Auch in Bayern ist ein Zulauf von einzelnen Personen aus dem Nordkaukasus in die salafistische Szene zu verzeichnen.

Ausländerextremismus

-
- ▶ **Auseinandersetzungen in der Türkei emotionalisieren PKK-Anhänger in Bayern**
 - ▶ **PKK-Anhänger nehmen gemeinsam mit linksextremistischen Gruppierungen an Protesten gegen G7-Gipfel von Elmau teil**
 - ▶ **Exekutivmaßnahme gegen mutmaßliche Mitglieder der TKP/ML**
 - ▶ **Teilweise gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Kurden und türkischen Nationalisten**

Anhänger extremistischer Gruppierungen aus dem Ausland sind auch in Deutschland aktiv, um die politischen Verhältnisse in ihren Heimatländern antidemokratisch zu verändern. Sie wollen z. B. eigene Staaten gründen, kommunistische Systeme errichten oder vertreten eine extreme Variante des Nationalismus.

Neben links- und rechtsextremistischen Gruppierungen gehen Gefahren auch von separatistischen Organisationen aus. Ihre ideologischen Ziele und Motive importieren sie nach Deutschland, zum Teil tragen sie auch hier ihre blutigen Konflikte aus. Die Anhängerschaft dieser Gruppierungen setzt sich neben Ausländern auch aus deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund oder aus deutschen Extremisten zusammen.

Die Bestrebungen ausländerextremistischer Organisationen richten sich somit gegen den Gedanken der Völkerverständigung und gefährden die Innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung sowie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland.

1. Personenpotenzial in Bayern

Im Jahr 2015 waren dem Spektrum der ausländischen Extremisten (ohne Islamisten) 3.310 Personen (2014: 3.290) zuzurechnen:

	2013	2014	2015
PKK*	1.800	1.800	1.800
Linksextremistische Organisationen	220	220	200
Rechtsextremistische Organisationen	1.225	1.200	1.250
Separatisten	30	30	30
Sonstige	50	40	30
gesamt	3.325	3.290	3.310

* inkl. Nachfolge-, Teil- und Nebenorganisationen
Die Zahlenangaben sind geschätzt und gerundet

2. Konflikt- und Gewaltpotenzial

Die Aktivitäten der extremistischen Ausländerorganisationen in Deutschland werden im Wesentlichen von politischen Ereignissen und Entwicklungen in den jeweiligen Herkunftsländern beeinflusst. So können aktuelle Konflikte im Ausland unmittelbar zu gewaltsamen Aktivitäten in Deutschland führen. Zum Teil tragen die extremistischen Ausländerorganisationen ihre Konflikte hier auch gewalttätig untereinander aus.

Vorwiegend betrachten sie Deutschland jedoch als Rückzugsraum, um hier ihre Ziele durch Agitation, Rekrutierung neuer Anhänger und ideologische Indoktrination zu verfolgen. Zudem spielt die materielle Unterstützung der Mutterorganisationen in den Heimatländern durch die in Deutschland gesammelten Spenden- und Mitgliedsbeiträge für sie eine nicht unerhebliche Rolle.

Der Friedensprozess zwischen Kurden und türkischer Regierung wurde von beiden Seiten aufgekündigt. Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verübte zahlreiche Anschläge auf türkische Sicherheitskräfte. Sie wirft der türkischen Regierung vor, den

Islamischen Staat (IS) zu unterstützen. Dies führte zu einem höheren Aggressionspotenzial von PKK-nahen und türkisch-nationalistischen Kreisen in Deutschland.

3. Strukturen

3.1 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Anhänger	Deutschland: 14.000 Bayern: 1.800
Leitung	Abdullah Öcalan (kurdischer Volksführer)
Gründung	1978 in der Türkei
Publikationen	Serxwebun („Unabhängigkeit“), Yeni Özgür Politika („Neue Freie Politik“)



Die PKK ist in Deutschland seit 26. November 1993 verboten.

Das Verbot umfasst die späteren Umbenennungen in „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK), „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA GEL), „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“ (KKK) und „Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK).

Die PKK war 1978 von Abdullah Öcalan in Ostanatolien als marxistisch-leninistisch orientierte Organisation gegründet worden. Sie sollte durch einen Guerillakrieg eine Revolution mit dem Ziel eines unabhängigen kurdischen Staates herbeiführen. Über zwei Jahrzehnte lang führte die PKK innerhalb und außerhalb der Türkei terroristische Anschläge durch. Nach der Festnahme des damaligen PKK-Führers Abdullah Öcalan im Jahr 1999 kam es zu einer taktisch bedingten Mäßigung. Zumindest im Ausland wurde auf die Anwendung von Gewalt verzichtet. Die Organisation sah auch von ihrem ursprünglichen Ziel ab, durch bewaffneten Kampf einen eigenen kurdischen Staat durchzusetzen.

Marxistisch-
leninistisch

Ziel ist es jetzt, einen föderalen Verbund aller Kurden im Nahen Osten herzustellen. Dabei sollen die bestehenden Staatsgrenzen unangetastet bleiben.

Bei der PKK handelt es sich um eine Kaderorganisation mit einem weit verzweigten Funktionärswesen und strikten Befehlsstrukturen, auch in Deutschland. Auf oberster Gliederungsebene ist die Bundesrepublik in vier „Serits“ (Nord, Mitte, Süd 1 und Süd 2) unterteilt, denen weitere 29 „Gebiete“ untergeordnet sind. An der Spitze dieser hierarchischen Struktur stehen Funktionäre, die in der Regel durch die europäische Leitungsebene der Organisation eingesetzt werden. Die Zuweisung auf die einzelnen Funktionen erfolgt zumeist nur für einen begrenzten Zeitraum. Die hauptamtlichen Kader der PKK sind ideologisch geschult und leben äußerst konspirativ an häufig wechselnden Orten.

YEK-KOM
NAV-DEM

In den meisten größeren deutschen Städten gibt es Zusammenschlüsse von PKK-Anhängern. Ihnen dienen die örtlichen Vereine des Dachverbandes Demokratisches Kurdisches Gesellschaftszentrum Deutschland e. V. (NAV-DEM) als Anlaufstelle. Im Juni 2014 hatte sich die Vorläuferorganisation Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V. (YEK-KOM) auf ihrem 20. Kongress in Dortmund in NAV-DEM umbenannt. Die an das NAV-DEM angegliederten Vereine, die sich nach außen als reine Kulturvereine darstellen, haben die Aufgabe, unter den Anhängern die Ziele und Politik der PKK zu verbreiten und zu fördern.

Trotz des vereinsrechtlichen Betätigungsverbots gibt es somit weiterhin Aktivitäten der PKK-Anhänger in Deutschland. Ein Nachweis, dass ihre Betätigung der Organisation zuzurechnen ist, lässt sich jedoch oft nur im Einzelfall führen.

Als ein wesentliches Propagandainstrument dienen neben Fernsehsendern regelmäßig erscheinende Zeitungen wie beispielsweise die Tageszeitung Yeni Özgür Politika („Neue Freie Politik“), in der führende PKK-Funktionäre regelmäßig Stellungnahmen publizieren.

Aktivitäten im Jahr 2015:

Doppelstrategie

Bei ihren Aktivitäten verfolgt die PKK weiterhin eine Doppelstrategie. Während sie auf dem Gebiet der Türkei nach wie vor in der Lage ist, terroristische Aktivitäten zu entfalten, nutzt sie das übrige Europa primär als Rückzugs-, Finanzierungs- und Rekrutierungsraum.

Die PKK in der Türkei versucht zudem, Personen für den bewaffneten Kampf zu rekrutieren. Auch Einzelpersonen aus dem kurdischen Spektrum aus Bayern sind in Richtung Türkei/Syrien ausgereist.

PKK-Anhänger in Deutschland haben die Wahlkämpfe der türkischen prokurdischen Partei HDP zu den Parlamentswahlen in der Türkei im Juni und November unterstützt. Europaweit fanden HDP-Solidaritätsveranstaltungen statt, um PKK-Anhänger zu mobilisieren und zu einer Stimmabgabe für die HDP zu bewegen. In Bayern wurden zahlreiche Informationsstände organisiert, unter anderem in München und Nürnberg.

Wahlkampf-
unterstützung
für die HDP

Der im Jahr 2013 eingeleitete Friedensprozess zwischen der PKK und dem türkischen Staat ist bereits seit 2014 zunehmend ins Stocken geraten. Inzwischen wurde der Waffenstillstand von beiden Seiten aufgekündigt. Die PKK verübte nach dem mutmaßlich vom IS verübten Anschlag am 20. Juli in Suruc, bei dem über 30 Personen – darunter vorwiegend Kurden – starben, mehrere zum Teil tödliche Attentate auf türkische Polizisten.

Bei einem weiteren dem IS zugeschriebenen Anschlag auf eine prokurdische Demonstration am 10. Oktober in Ankara kamen mehr als 100 Menschen ums Leben. Die PKK warf der türkischen Regierung vor, den IS zu unterstützen. In Deutschland führten die Anschläge zu einer steigenden Emotionalisierung in der PKK-Anhängerschaft. Es kam zu zahlreichen Versammlungen PKK-naher Gruppierungen im gesamten Bundesgebiet.

Anschläge in
der Türkei

In Bayern fanden am 10. Oktober Versammlungen in Augsburg, München und Nürnberg mit insgesamt fast 1.000 Teilnehmern statt. In Nürnberg kam es zu einem Zwischenfall, als vier Personen, offenbar mit türkisch-nationalem Hintergrund, von einer zehnköpfigen kurdischen Gruppe aus der Versammlung heraus angegriffen wurden. Dabei wurde eine Person verletzt.

Die jährlich in Deutschland stattfindenden Großveranstaltungen haben erneut mehr als 10.000 Teilnehmer mobilisiert. Sowohl beim kurdischen Neujahrsfest Newroz am 21. März in Bonn als auch am 23. Internationalen Kurdistan-Kulturfestival am 5. September in Düsseldorf nahmen zahlreiche PKK-Anhänger aus Bayern teil.



Teilnahme an
G7-Protesten

PKK-Anhänger pflegen enge Verbindungen zu türkischen und deutschen Linksextremisten. Auch an den Protestkundgebungen gegen den G7-Gipfel auf Schloss Elmau beteiligten sich PKK-Sympathisanten gemeinsam mit linksextremistischen Gruppierungen. Am 5. Juni organisierten PKK-nahe Aktivisten aus dem Camp der G7-Gegner eine Spontandemonstration in Garmisch-Partenkirchen. Hintergrund war ein Anschlag auf eine HDP-Wahlkampfveranstaltung in der Türkei.



3.2 Türkische Linke

3.2.1 DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) / Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

Mitglieder	Deutschland: 650 Bayern: 80
Gründung	1994 in Syrien
Publikationen	Yürüyüs



Die DHKP-C ist in Deutschland seit 1998 verboten. Die Verbreitung der Publikation Yürüyüs ist nach Mitteilung des Bundesministeriums des Innern strafbar.

Die revolutionär-marxistische DHKP-C zählt zu den militantesten türkischen Extremistengruppen, die mit Hilfe einer bewaffneten Revolution auf die Zerschlagung des türkischen Staates zielen. Ziele ihrer Agitation sind die NATO, die USA sowie die Türkei und ihre Gesellschaftsordnung. Die DHKP-C richtet sich damit gegen den Gedanken der Völkerverständigung und gefährdet die Innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung sowie sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland.

Die DHKP-C wurde 1994 in Syrien gegründet und ging aus dem „Karatas-Flügel“ der Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) hervor. Sie versteht sich, wie die Ursprungsorganisation, als eine an den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus ausgerichtete Volksbewegung. Die DHKP-C erklärte 1999 für Deutschland einen Gewaltverzicht, wobei jedoch am bewaffneten Kampf in der Türkei festgehalten wurde. Das Bundesministerium des Innern verfügte 1998 ein Vereinsverbot. Seit 2002 ist die DHKP-C auf der EU-Terrorliste aufgeführt.

Anhänger der DHKP-C sind auch in Deutschland aktiv. So wurden Ende Juli vier DHKP-C-Aktivistinnen durch das Oberlandesgericht Stuttgart wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung zu Freiheitsstrafen von bis zu sechs Jahren

Freiheitsstrafen für DHKP-C Aktivistinnen

verurteilt. Die verhängten Freiheitsstrafen begründete das Gericht unter anderem damit, dass es sich bei der DHKP-C um eine „zunehmend militant agierende, hochgefährliche Organisation“ handelt.

Die DHKP-C hat sich auch im aktuellen Syrien/Irak-Konflikt positioniert. Die türkische Terrororganisation nimmt dabei eine Pro-Assad-Haltung ein.

3.2.2 Türkische Kommunistische Partei / Marxisten-Leninisten – Partizan Flügel (TKP/ML – Partizan Flügel)



Mitglieder	Deutschland:	800
	Bayern:	80
Gründung	1994 in der Türkei	

DieTKP/ML – Partizan Flügel vertritt die Ideologie des Marxismus-Leninismus, ergänzt um die Ideen Mao Tse-tungs. Sie befürwortet den bewaffneten Kampf und propagiert den bewaffneten Bürgerkrieg. Ziel ist die Errichtung eines kommunistischen Regimes.

DieTKP/ML – Partizan Flügel spaltete sich 1994 aus der bereits seit den 1970er Jahren bestehenden MutterorganisationTKP/ML ab. Die Anhänger derTKP/ML – Partizan Flügel sind seit Sommer 1997 in den beiden Basisorganisationen Föderation der Arbeiter aus derTürkei e. V. (ATIF) und der Ende 1986 gebildeten Konföderation der Arbeiter aus derTürkei in Europa (ATIK) organisiert.

Beide Vereinigungen präsentieren sich als Massenorganisationen und tarnen ihre Verbindungen zurTKP/ML – Partizan Flügel. Sie beschränken sich in Deutschland auf Propagandaaktivitäten und auf die Beschaffung finanzieller Mittel.

Mitte April hat der Generalbundesanwalt Exekutivmaßnahmen gegen mutmaßliche Mitglieder derTKP/ML eingeleitet, darunter auch gegen zwei Aktivisten aus dem Raum Nürnberg. Die Beschuldigten sind dringend verdächtig, sich als Mitglieder bzw.

Rädelsführer an der ausländischen terroristischen Vereinigung TKP/ML beteiligt zu haben. Für die Inhaftierten fanden vor mehreren bayerischen Haftanstalten Solidaritätskundgebungen statt.

3.2.3 Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)

Mitglieder	Deutschland: 600 Bayern: 40
Gründung	1994 in der Türkei
Publikation	Atilim (Angriff)



Die MLKP ist marxistisch-leninistisch geprägt und strebt die gewaltsame Zerschlagung der staatlichen Ordnung der Türkei und die Errichtung einer kommunistischen Diktatur an.

Die in der Türkei verbotene, terroristische MLKP entstand 1994 aus dem Zusammenschluss zweier türkischer linksextremistischer Organisationen. Ihre Basisorganisation ist die Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e. V. (AGIF) mit Sitz in Köln. Die örtlichen AGIF-Vereine in Deutschland sind zuständig für die politische Basisarbeit. Ihr europäischer Dachverband trägt den Namen Konföderation der unterdrückten Migranten in Europa (AvEG-KON).

Mit ihrer Jugendorganisation Young Struggle gelingt es der MLKP weiterhin, auch junge Menschen in Bayern zu mobilisieren. Die Parteijugend organisierte mehrere Gedenkveranstaltungen für MLKP-Aktivisten, die im syrischen Bürgerkrieg ums Leben gekommen sind.

Young Struggle

Auch zu deutschen linksextremistischen Gruppierungen unterhält die MLKP Kontakte. Sie beteiligte sich an Aktionen gegen den G7-Gipfel auf Schloss Elmau.

3.3 Türkische Rechtsextremisten: ÜLKÜCÜ-Bewegung („Idealisten“-Bewegung)



Mitglieder	Deutschland: 10.000 Bayern: 1.250
Publikationen	Türk Federasyon Bülteni und Alperen/Alperen-Gençlik

Die Ülkücü-Bewegung umfasst ein breites Spektrum ultra-nationalistischen und rassistischen Gedankenguts. Symbol der Bewegung ist ein mit fünf Fingern stilisierter Wolfskopf, weshalb die Anhänger der Bewegung auch als „Graue Wölfe“ bezeichnet werden.

ADÜTDF

Die zahlenmäßig stärkste Anhängerschaft der Ülkücü-Bewegung in Deutschland ist in sog. Kultur- und Idealisten-Vereinen der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V. (ADÜTDF) organisiert. Die ADÜTDF wurde 1978 in Frankfurt am Main durch den Zusammenschluss von zahlreichen türkischen Vereinen gegründet. Die nationalistische ADÜTDF vertritt eine extreme Variante des türkischen Nationalismus und ist damit Teil der weltweit organisierten Ülkücü-(Idealisten-) Bewegung. Durch ihr teilweise extrem nationalistisches Gedankengut verfolgt die ADÜTDF Bestrebungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker richten.

Vereinzelt finden sich auch islamistische Ansätze. Die ADÜTDF hat es sich zum Ziel gesetzt, die größte türkische Organisation in Westeuropa zu werden. Sie gilt seit ihrer Gründung als Auslandsorganisation der türkischen Partei der Nationalen Bewegung (MHP), dem politischen Arm der Ülkücü-Bewegung in der Türkei. Zu einer MHP-Wahlkampfveranstaltung mit deren Vorsitzenden Bahçeli für die Parlamentswahlen am 7. Juni kamen am 26. April rund 10.000 Anhänger nach Oberhausen (Nordrhein-Westfalen). Seit geraumer Zeit bemüht sich die Parteiführung der MHP unter Devlet Bahçeli, der Partei ein konservatives und europafreundliches Erscheinungsbild zu geben.

Dies findet jedoch nicht die ungeteilte Zustimmung aller Mitglieder, weshalb sich insbesondere jugendliche Aktivisten aus der Partei zurückziehen.

Die rechtsextremistische Ülkücü-Jugendbewegung ist mittlerweile überwiegend über das Internet organisiert, sie kommuniziert und mobilisiert vorwiegend über soziale Netzwerke. Hierbei ist eine erhöhte Gewaltbereitschaft, insbesondere gegen die kurdische Volksgruppe, erkennbar. Einschlägige Symbole der Ideologie werden mit Musik und aggressiven Texten unterlegt. Dabei werden zumeist Kurden als Feinde verbal verunglimpft und das Türkentum besonders hervorgehoben. Obwohl sich die Ülkücü-Jugendbewegung eher organisationsunabhängig gibt, bedienen sich Anhänger dennoch der eindeutigen Symbolik und verwenden beispielsweise ein Wolfskopf-Handzeichen als Gruß, der unverkennbar die Szenezugehörigkeit zeigt.

Ülkücü-
Jugendbewegung

Die ADÜTDF ist in Bayern vor allem mit kulturellen, religiösen und sportlichen Veranstaltungen aktiv, auch um neue Mitglieder zu werben. Schwerpunkte sind die Ballungsräume München, Nürnberg und Augsburg.

Als weiterer Dachverband ist der Verband der Türkischen Kulturvereine in Europa e. V. (ATB) der Ülkücü-Bewegung zuzuordnen. Der ATB spaltete sich 1987 von der ADÜTDF ab und hat seinen Sitz in Hessen.

Mit dem Motorradclub Turkos MC ist auch eine rockerähnliche Gruppierung der Ülkücü-Bewegung zuzuordnen. Seit 2014 tritt auch ein Chapter in München in Erscheinung. Der Turkos MC München zeigt starke Expansionsbestrebungen.

Motorradclub
Turkos MC

Vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden Konflikts zwischen Kurden und der türkischen Regierung kam es bei einer Demonstration am 9. September in Nürnberg zu Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Demonstrationsteilnehmern und Angehörigen des türkisch-nationalistischen Spektrums, die größtenteils der Ülkücü-Bewegung angehörten. Auch Polizeibeamte wurden attackiert.

3.4 Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)



Mitglieder	Deutschland: 1.000
	Bayern: 30
Gründung	1972 auf Sri Lanka

Bei der LTTE handelt es sich um eine paramilitärische Separatistenorganisation auf Sri Lanka mit dem Ziel eines unabhängigen tamilischen Staates. Der Rat der Europäischen Union stufte die LTTE 2006 offiziell als Terrororganisation ein.

Die in Deutschland lebenden aktiven LTTE-Anhänger verfolgen Bestrebungen, die durch Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Ziel der LTTE ist ein autonomer Staat im Norden und Osten der Inselrepublik Sri Lanka, wo der größte Teil der tamilischen Minderheit lebt. Bis zu ihrer militärischen Zerschlagung 2009 versuchte die LTTE gewaltsam dieses Ziel zu erreichen. Seitdem befindet sie sich in einem Restrukturierungsprozess.

Im Rahmen der organisatorischen Erneuerung haben sich in Deutschland verschiedene Flügel gebildet: Während die sog. „Hardliner“ auf die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes in Sri Lanka setzen, streben die „Moderaten“ eine politische Lösung an.

Seit Beginn des Jahres 2013 sind vermehrt Versuche erkennbar, die verfeindeten Flügel wieder zu vereinen. Teilweise werden auch gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt.

LTTE in
Deutschland

In Deutschland tritt die LTTE unter ihrem eigentlichen Namen öffentlich nicht auf. Ihre Ziele und Interessen werden hier durch das Tamil Coordination Committee (TCC) mit Sitz in Oberhausen/ Nordrhein-Westfalen und zahlreiche nahestehende Organisationen vertreten. Der TCC trägt durch regelmäßige Heldengedenktage, Mahnwachen und sonstige Kulturveranstaltungen

zur Verbreitung der Ideologie der LTTE bei und möchte die Öffentlichkeit auf die aus ihrer Sicht desolate Situation der tamilischen Bevölkerung in Sri Lanka aufmerksam machen. Neben zahlreichen weiteren Veranstaltungen im Bundesgebiet fand am 27. November in Dortmund der jährliche Heldengedenktag des TCC-Deutschland mit ca. 2.000 Teilnehmern statt.

Die Ballungsräume München und Nürnberg sind regionale Schwerpunkte der Anhängerschaft in Bayern.

Rechtsextremismus

-
- ▶ **Agitation und Gewalt gegen Asylbewerberunterkünfte haben erheblich zugenommen**
 - ▶ **Ermittlungen gegen Old School Society wegen Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung**
 - ▶ **Bayerischer Verwaltungsgerichtshof bestätigt Verbot des FNS**
 - ▶ **Partei DIE RECHTE gründet Landesverband Bayern**

Rechtsextremismus hat viele verschiedene Ausprägungen: Parteien kämpfen um Einfluss in Parlamenten. Ideologen versuchen, rassistisches und nationalistisches Gedankengut intellektuell zu verpacken. Antisemiten schreiben der Existenz von Juden die Ursache aller Probleme zu. Neonazis bekennen sich offen zum Nationalsozialismus und treten teilweise aggressiv und kämpferisch auf. Daneben versuchen sie durch die Gründung von Tarnorganisationen, ihre wahren Absichten zu verschleiern.

Kennzeichnend für alle rechtsextremistischen Strömungen sind jedoch die übersteigerte Betonung der Nation sowie ein autoritäres Denken, das die „Volksgemeinschaft“ über das Individuum stellt. Gemeinsames Ziel ist die Abschaffung zentraler Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung, beispielsweise das Recht auf Wahlen. Darüber hinaus richten sich rechtsextremistische Bestrebungen gegen die universelle Geltung der Menschenrechte und die im Grundgesetz verankerte Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz. Das rechtsextremistische Weltbild geht davon aus, dass die Zugehörigkeit zu einer „Rasse“ den Wert eines Menschen bestimmt. Rassistisch motiviert ist auch die rechtsextremistische Agitation gegen Asylbewerber.

Die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) hat die besondere Gefährlichkeit der Szene und die Notwendigkeit eines entschiedenen Vorgehens gegen rechtsextremistische Bestrebungen bestätigt.

1. Personenpotenzial in Bayern

	2013	2014	2015
Parteien			
NPD	850	800	700
Der Dritte Weg ¹	-	80	80
DIE RECHTE	-	10	40
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	300	300	300
Neonazis ²	700	700	700
Sonst. rechtsextremistische Organisationen/Personen	500	480	570
Summe	2.350	2.370	2.390
Mehrfachmitgliedschaften ³	150	170	190
gesamt	2.200	2.200	2.200
davon gewaltorientiert ⁴	1.000	1.000	1.000

Die Zahlenangaben sind geschätzt und gerundet.

- 1 Die bayerischen Stützpunkte der am 28. September 2013 gegründeten Partei konstituierten sich erst im Laufe des Jahres 2014.
- 2 Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften innerhalb der Neonazi-Szene.
- 3 Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und sonstiger rechtsextremistischer Organisationen und Gruppierungen werden vom Gesamtpotenzial abgezogen.
- 4 Dazu zählen gewalttätig, gewaltbereit, gewaltunterstützend und gewaltbefürwortend.

2. Gewaltpotenzial

Innerhalb der rechtsextremistischen Szene sind insbesondere Neonazis und Skinheads gewaltbereit. Die Gewalttaten reichen von Übergriffen auf Minderheiten bis zu terroristischen Gewalttaten. Ursache ist das rassistische Menschenbild der Rechtsextremisten, das den Einzelnen allein nach seiner ethnischen Herkunft beurteilt. Beispiele hierfür waren bereits in den 1990er Jahren die rassistischen Übergriffe in Mölln, Solingen und Rostock-Lichtenhagen. Zu dieser Zeit wurde die rechtsextremistische Szene jünger, aktionistischer und militanter. Innerhalb der Szene kursierten Texte, die zum bewaffneten Kampf aufriefen wie beispielsweise „The Turner Diaries“ des US-amerikanischen Rechtsextremisten und Verlegers William Pierce, in denen er den Rassenkrieg propagierte.

2.1 Gewaltorientierte rechtsextremistische Szene in Bayern

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, verbunden mit Hass und Ablehnung von Demokratie und pluralistischer Gesellschaft, bilden den Nährboden für rechtsextremistische Gewalttaten. Die Abwertung und Entmenschlichung von Feindbildern fördern ein Sinken der Hemmschwelle zur Gewaltanwendung. Der in Teilen der Szene gepflegte Gewaltkult, der mit der Verherrlichung von „kriegerisch-soldatischer Tugend“ einhergeht, wirkt sich ebenfalls auf Gewaltbefürwortung und -anwendung aus.

Gewaltkult

Die Mehrzahl der rechtsextremistischen Gewalttaten wird spontan verübt. Häufig erfolgen solche Taten aus einer Situation heraus, in der Rechtsextremisten – einzeln oder in kleinen Gruppen – auf Personen treffen, die den typischen rechtsextremistischen Feindbildern entsprechen. Am 22. Februar wurde ein ausländischer Staatsangehöriger in einer Diskothek in Burglengenfeld von zwei Personen tödlich angegriffen. Die Täter schlugen ihn und traten auf ihn ein, dabei skandierten sie Parolen wie „Scheiß Ausländer“, „Sieg Heil“ und „Heil Hitler“. Der Geschädigte trug mehrere Hämatome im Kopf- und Rückenbereich davon. Am 26. April wurde in München ein türkischstämmiger Mann attackiert, der gemeinsam mit seiner Frau mit dem Rad unterwegs war. Der Täter stieß ihn vom Fahrrad und schlug mehrfach auf ihn ein. Der Radfahrer wurde in ein Krankenhaus eingeliefert. In der Vernehmung gab der Täter an, sein Ziel sei die Ausrottung der Ausländer.

Übergriffe auf
Migranten

Rechtsextremistisch motivierte Gewalt richtet sich darüber hinaus auch gegen den politischen Gegner, insbesondere gegen Demokraten, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren sowie gegen linksextremistische Antifaschisten. Die Rechtsextremisten wollen damit ihre politischen Gegner einschüchtern. In der Nacht vom 8. auf 9. Mai wurde die Fensterscheibe eines Lokals, das auch von der linksextremistischen Szene in Bamberg genutzt wird, mit einem Gullideckel eingeworfen. Im Internet kommentierte die Partei Der Dritte Weg (III. Weg) den Anschlag in Anlehnung an den Nationalsozialismus als „splitternde Kristallnacht“.

Beobachtung von gewaltorientierten Personen

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat die Beobachtung von gewaltorientierten Personen und Gruppen in einem eigenen Referat gebündelt. Es wird damit ein fallbezogener Beobachtungsansatz verfolgt, wobei der Informationsaustausch mit den Polizeibehörden eine besondere Rolle spielt.

2.2 Gewalt gegen Asylbewerber

Die aggressive Hetze gegen Asylbewerber, die rechtsextremistische Parteien wie NPD, III. Weg und DIE RECHTE und andere rechtsextremistische Organisationen insbesondere über das Internet verbreiten, führt zu einer weiteren Radikalisierung gewaltorientierter Szeneangehöriger. Impulsgebend kann diese Hasskampagne aber auch auf Personen wirken, die bislang nicht in rechtsextremistischen Strukturen aktiv waren. Bundesweit ist die Zahl der Straftaten gegen Asylbewerber und Asylbewerberunterkünfte stark gestiegen.

Übergriffe auf Asylbewerberunterkünfte

In Bayern ereigneten sich im Jahr 2015 66 (2014: 22) fremdenfeindliche Übergriffe auf Liegenschaften zur Unterbringung von Flüchtlingen. Die den Sicherheitsbehörden der Bundesländer vorliegenden Erkenntnisse ergaben bislang keine Anhaltspunkte für eine zentrale Steuerung von Gewalttaten oder eine regionale oder überregionale Koordinierung von Straftaten durch Rechtsextremisten.

In der Gemeinde Hepberg (Landkreis Eichstätt) wurde ein Brandanschlag auf einen Container verübt, der für die Unterbringung von Asylbewerbern vorgesehen war. Der Sachschaden belief sich auf rund 10.000 Euro. In der Nacht vom 16. auf den 17. Juli brach im Nebengebäude eines Gasthofs in Reichertshofen (Landkreis Pfaffenhofen), der als Asylbewerberunterkunft genutzt wird, ein Brand aus. Bereits bei den Löscharbeiten konnte festgestellt werden, dass es zwei Brandherde gab. Von Brandstiftung ist deshalb auszugehen.



Rechtsextremistische Parteien haben solche Brandstiftungen wiederholt auf ihren Homepages und in sozialen Netzwerken kommentiert. Wenngleich diese Stellungnahmen nicht als Tatbekennungen gewertet werden können, ist aus ihnen eine grundsätzliche Zustimmung zu einem solchen Vorgehen erkennbar. Der bayerische Landesverband der Partei DIE RECHTE kommentierte die Brandlegung an einer geplanten Asylbewerberunterkunft in Reichertshofen in einer Presseerklärung vom 18. Juli mit den Worten, die Proteste der Bürger im Vorfeld seien nicht ernstgenommen worden und jetzt gäbe es hierfür die Quittung.

Weiter heißt es:

„(...) so wird Reichertshofen bald überall sein, wenn die etablierten Multi-Kulti-Fanatiker ihre Überfremdungspolitik unbeirrt fortsetzen“

Der Münchner Kreisverband der Partei DIE RECHTE verlinkte am 7. September auf seinem Facebook-Profil zu einem Lexikonbeitrag über Molotowcocktails und kommentierte seine Verlinkung mit der Aussage „Lesen und weiterbilden“. Die Partei III. Weg berichtete auf ihrer Homepage am 11. März über Sachbeschädigungen in geplanten Flüchtlingsunterkünften in Baden-Württemberg und Sachsen, außerdem wurde auf die Brandlegung in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft in Vorrä (Bayern) am 11. Dezember 2014 Bezug genommen. Die Partei kommentierte die Taten mit der Aussage:

„Sollten Personen, die sich gegen die zunehmende Überfremdung ihrer Heimat zur Wehr setzen, hinter dieser Aktion stecken, dann haben sie ihr Ziel erreicht.“

Mehrfach wurden zudem Asylbewerber in Bayern tötlich angegriffen. Am 13. Mai versetzten drei Personen einem irakisch-stämmigen Asylbewerber einen Fußtritt und schlugen auf den am Boden Liegenden ein. Anschließend griffen sie zwei Jugendliche an, die sich zufällig in der Nähe des Tatorts aufgehalten hatten. Aus der Tätergruppe heraus wurde der Hitlergruß gezeigt und die Parole „Heil Hitler“ gerufen.

Am 3. Oktober verfolgte, beleidigte und bedrängte ein 21jähriger, stark alkoholisierter Mann, einen Asylbewerber in München. Als dieser sich in seine Unterkunft flüchtete, trat der 21jährige mit dem Fuß gegen die Türe. Nachdem er vom Sicherheitsdienst des Hauses verwiesen worden war, schrie er ausländerfeindliche Parolen. Als einer der Sicherheitsleute das Fenster zum Büro im Erdgeschoss öffnete, warf der Täter einen Stein durch das Fenster, traf dabei aber niemanden.

2.3 Ermittlungen gegen die Oldschool Society (OSS) wegen Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung

Die rechtsextremistische OSS gründete sich im August 2014 als zunächst virtuelle Gruppe bei einem Instant-Messenger-Dienst. Es entstanden mehrere Chatgruppen für „Supporter“, feste Mitglieder und eine der Rockerszene vergleichbare „Führungsebene“ („President“, „Vice-President“, „Secretary“ und „Sergeant at Arms“) der OSS. Die Chatgruppen wurden hauptsächlich zur Kontaktpflege und zum Austausch rechtsextremistischer Ansichten genutzt. Oberflächliche völkisch-rassistische Ideologieelemente vermischten sich mit der Ablehnung von Menschen mit Migrationshintergrund und Muslimen. In der Hauptchatgruppe waren bis zu zwanzig Personen aktiv. Im September 2014 eröffnete die OSS außerdem ein offenes Profil beim sozialen Netzwerk Facebook. Die Gruppe radikalisierte sich soweit, dass Mitglieder sich zum Ziel setzten, in kleinen Gruppen Anschläge gegen bekannte Salafisten und Moscheen zu begehen. Für derartige Aktionen wurden bereits pyrotechnische Gegenstände beschafft, die durch Modifikation – beispielsweise die Ummantelung mit Nägeln – in ihrer Wirkung noch verstärkt werden sollten.

Am 6. Mai durchsuchten rund 250 Beamte von Bundeskriminalamt (BKA), Bundespolizei und verschiedenen Landespolizeibehörden im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts (GBA) die Wohnungen von zehn Rechtsextremisten in mehreren Bundesländern. Sie stehen im Verdacht, mit der Gruppierung OSS eine terroristische Vereinigung gemäß § 129 a StGB gegründet zu haben. In Bayern waren drei Personen von den Exekutivmaßnahmen betroffen. Der sog. „President“ der OSS hatte Verbindungen zum NPD-Kreisverband Augsburg Stadt und Land. Er war in den Jahren 2010 und 2011 Beisitzer im Vorstand des Kreisverbands.

Die Entwicklung der Gruppierung hat gezeigt, dass durch die Vernetzung und den Austausch in sozialen Netzwerken rechtsextremistische Radikalisierungsprozesse angestoßen bzw. verstärkt und beschleunigt werden können. Dadurch können sich in bestimmten Konstellationen Gruppierungen herausbilden, die den virtuellen Raum des Internets verlassen und Aktivitäten entwickeln, die bis hin zum Rechtsterrorismus reichen.

2.4 Ermittlungen gegen Rechtsextremisten in Ober- und Mittelfranken wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung

Am 21. Oktober fanden im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen Rechtsextremisten wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Vorbereitung eines Explosionsverbrechens (§§ 129, 310 StGB) Durchsuchungen in zwölf Objekten in Ober- und Mittelfranken statt. Es ist davon auszugehen, dass bereits mehrere Straftaten in Planung waren. Unter anderem sollten Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte in Bamberg durchgeführt werden. Ein weiteres mutmaßliches Anschlagziel war ein Lokal, das auch von Linksextremisten genutzt wird. Bei diesen Aktionen sollte Pyrotechnik zum Einsatz kommen.

Den Durchsuchungsmaßnahmen lagen Erkenntnisse zugrunde, wonach ein Beschuldigter eine beachtliche Menge illegaler Pyrotechnik bei einem osteuropäischen Online-Versandhandel bestellt hatte. Bei der von der Polizei beschlagnahmten Lieferung

Kugelbomben und Waffen beschlagnahmt

handelte es sich um etwa 15 Kilogramm Sprengstoffprodukte, darunter zwei sog. Kugelbomben mit jeweils rund einem Kilogramm hochexplosiver Treibladung. Bei den Durchsuchungen wurden zudem Gotcha-Waffen, Elektroschocker sowie eine scharfe 9mm-Pistole Marke Luger mit Munition sichergestellt.

Bei den Beschuldigten handelte es sich um Hooligans und Rechtsextremisten, darunter auch mehrere Aktivisten der Partei DIE RECHTE. Der bayerische Landesvorsitzende der Partei DIE RECHTE, Philipp Hasselbach, distanzierte sich in einer Stellungnahme vom 22. Oktober nicht von diesen Parteimitgliedern und -funktionären, sondern forderte im Gegenteil

„Freiheit für alle nationalen politischen Gefangenen“



2.5 Reaktionen der rechtsextremistischen Szene auf den NSU-Prozess

Die rechtsterroristische Vereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) hat zwischen September 2000 und April 2007 bundesweit insgesamt zehn Personen ermordet. Drei dieser Taten wurden in Nürnberg (2000, 2001 und 2005) und zwei in München (2001 und 2005) begangen. Der Gruppierung werden weitere rechtsextremistisch motivierte Sprengstoffanschläge und eine Vielzahl von Banküberfällen zugerechnet.

NSU-Prozess

Die als Haupttäter erkannten Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt wurden am 4. November 2011 erschossen in einem von der Polizei umstellten Wohnmobil aufgefunden. Die als Mittäterin verdächtige Beate Zschäpe stellte sich nach mehrtägiger Flucht am 8. November 2011 der Polizei und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Am 6. Mai 2013 begann vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts München der Prozess gegen Zschäpe und weitere Beschuldigte u. a. wegen des Verdachts der Gründung einer terroristischen Vereinigung im Zusammenhang mit dem NSU. Rechtsextremisten nutzen das öffentliche Interesse an dem Prozess für ihre eigenen Propagandazwecke.

Am 3. März veranstaltete der Münchner Kreisverband der Partei DIE RECHTE vor dem Münchner Strafjustizzentrum eine Solidaritätskundgebung für den Angeklagten Ralf Wohlleben und forderte

Solidaritäts-
kundgebung

„Schluß mit dem ‚NSU‘-Schauprozeß“

Auch ein Funktionär der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) trat als Redner auf.

Rechtsterroristische Taten können – insbesondere wenn sie von Einzelpersonen oder Kleinstgruppen begangen werden – zu keiner Zeit ausgeschlossen werden. Dies haben in jüngerer Zeit insbesondere die Taten des NSU sowie die Breivik-Attentate in Norwegen im Jahr 2011 verdeutlicht.

2.6 Rechtsextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten

Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“

Politisch motivierte Gewaltdelikte	2014	2015
Tötungsdelikte (auch Versuch)	0	0
Körperverletzungen	56	78
Brand- und Sprengstoffdelikte	3	6
Landfriedensbruch	2	1
Erpressung	3	1
sonstige Gewalttaten	2	5
gesamt	66	91
<hr/>		
Kriminelle Vereinigung / Terrorismus	0	1
gesamt	0	1
<hr/>		
sonstige Straftaten		
Sachbeschädigungen	69	137
Propagandadelikte	1.255	1.287
sonstige Straftaten	172	244
Nötigung/Bedrohung	21	49
Volksverhetzung	345	484
gesamt	1.862	2.201
<hr/>		
Straftaten insgesamt	1.928	2.293

Gewalttaten

Im Jahr 2015 wurden in Bayern 91 rechtsextremistisch motivierte Gewaltdelikte registriert (2014: 66). Dabei handelt es sich überwiegend um Körperverletzungsdelikte. Von den Gewalttaten waren 38 (2014: 23) allgemein neonazistisch motiviert; fünf dieser Delikte waren gegen den politischen Gegner gerichtet (2014: 10). 50 Gewalttaten (2014: 42) waren fremdenfeindlich motiviert. Bei drei Gewaltdelikten lag eine antisemitische Motivation zugrunde (2014: 1).

Insgesamt konnten 70 Gewalttaten aufgeklärt werden, dabei wurden insgesamt 100 Tatverdächtige ermittelt, darunter sechs Frauen. Wie im Jahr 2014 gehört mit 84 Personen die überwiegende Zahl der Tatverdächtigen der Altersgruppe über 21 Jahre an, 16 der Tatverdächtigen gehören zur Altersgruppe 17 bis 21 Jahre.

Bildung einer kriminellen Vereinigung

Ein Strafverfahren wurde wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) eingeleitet. Eine Gruppierung im Bamberger Raum steht im Verdacht u. a. Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte geplant zu haben.

Sonstige Straftaten

In Bayern wurden 2015 insgesamt 2.201 (2014: 1.862) sonstige rechtsextremistische Straftaten (ohne Gewalttaten) gezählt. Davon waren 1.364 neonazistisch (2014: 1.324), 728 fremdenfeindlich (2014: 395) und 110 antisemitisch motiviert (2014: 143). In den meisten Fällen handelte es sich um Propagandadelikte (1.287; 2014: 1.255), aber u. a. auch um Volksverhetzung (484; 2014: 345) und Sachbeschädigungen (137; 2014: 69).

Volksverhetzungsdelikte richteten sich insbesondere gegen Ausländer und gegen Mitbürger jüdischen Glaubens. Häufig sind diese Straftaten verbunden mit einem gewalttätigen Vorgehen der Täter.

Am 6. September wurden in Regensburg zwei israelische Staatsangehörige von zwei Personen antisemitisch beleidigt. Die Täter versetzten einem der beiden Opfer Faustschläge sowie Fußtritte.

Am 25. September kam es am S-Bahnhof in Ebersberg zu einer gefährlichen Körperverletzung mit ausländerfeindlichem Hintergrund. Zunächst pöbelten zwei Personen Passanten an und riefen ausländerfeindliche Parolen. Später kehrten die Personen in einer Gruppe von acht Personen an den Bahnhof zurück und drangen bewaffnet mit Baseballschläger, Messer und Hammer in einen Döner-Imbiss ein. Der Imbiss wurde beschädigt, zwei Personen mit Migrationshintergrund wurden verletzt. Die Täter riefen volksverhetzende Parolen.

Propagandadelikte machen nach wie vor den Großteil rechtsextremistischer Straftaten aus. Beispielsweise wurden Hakenkreuze auf Wände und Fahrzeuge gesprüht bzw. geritzt, Parolen wie „Heil Hitler“ und „Sieg Heil“ gerufen. Neonazis verwenden z. B. auf dem Display ihres Mobiltelefons NS-Symbole als Standard-Einstellung und nutzen das Short Message Service (SMS) sowie den Multimedia Messaging Service (MMS), um neonazistische Grafiken, Filme und Lieder zu Propagandazwecken an andere Handy-Besitzer zu übermitteln.

3. Rechtsextremistische Themenfelder und Aktionsformen

3.1 Rechtsextremistische Themenfelder

Der Rechtsextremismus tritt in verschiedenen Ausprägungen nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Ideologieelemente sowie in unterschiedlichen, sich daraus herleitenden Zielsetzungen auf. Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse entscheide über den Wert eines Menschen. Dieses rechtsextremistische Werteverständnis steht in einem fundamentalen Widerspruch zum Grundgesetz, das die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Klassische
Themen

Rechtsextremisten versuchen, die nationalsozialistische Gewalt Herrschaft unter Herausstellung angeblich positiver Leistungen zu rechtfertigen, Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime zu diffamieren und die Verbrechen des Dritten Reichs zu verschweigen, zu verharmlosen oder sogar zu leugnen (Geschichtsrevisionismus).

Zusätzlich verunglimpfen sie den demokratischen Verfassungsstaat und seine Repräsentanten, indem sie beispielsweise Deutschland als Marionettenstaat ausländischer, insbesondere US-amerikanischer, Interessen darstellen. Deutsche Politiker diffamieren sie dabei regelmäßig als korrupte Handlanger ausländischer Interessen. Die eigene Organisation und ihre Vertreter sollen als die alleinigen Wahrer der Interessen des deutschen

Volkes dargestellt und der politische Gegner als Verräter, der mit krimineller Energie systematisch den Interessen der Bürger schadet, diskreditiert werden. Rechtsextremisten lehnen die Kernbereiche der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ab.

Hinzu kommt die pauschale Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der Interessen und Rechte des Einzelnen, die zu einer Aushöhlung der Grundrechte führt (völkischer Kollektivismus). Diese Merkmale sind nicht gleichmäßig bei allen Rechtsextremisten zu beobachten. Manchmal sind nur Teilaspekte bestimmend; auch die Intensität und die Strategie des Kampfs gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind unterschiedlich.

In der Propaganda von Rechtsextremisten treten seit einigen Jahren sozial-, wirtschafts- und umweltpolitische Themen mehr und mehr in den Vordergrund. So wird z. B. Umweltschutz als „Heimatschutz“ interpretiert und in den Kontext der völkischen Bewegung gestellt. Demzufolge ist der Schutz des eigenen Volkes untrennbar mit dem Schutz der Umwelt verbunden. Durch Verknüpfung sozialer Problemfelder mit rechtsextremistischen Theorieelementen wollen Rechtsextremisten aus den Sorgen der Bevölkerung Kapital schlagen. Teile des rechtsextremistischen Spektrums propagieren einen „volksbezogenen Sozialismus“ mit dem Ziel, in sozialistisch orientierte Wählerschichten einzudringen.

Neue
Themenfelder

Agitation gegen Asylbewerberunterkünfte

Das rassistische Weltbild von Rechtsextremisten und ihr überzogener Nationalismus machen Asylsuchende zu einem klassischen Feindbild der rechtsextremistischen Szene. Vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen hat die Agitation gegen Asylbewerber weiter an Schärfe zugenommen. Dabei konzentrieren sich die Rechtsextremisten zunehmend auf das Internet als Kampagneninstrument. Daneben finden aber weiterhin auch Infostände, Demonstrationen, Kundgebungen sowie Flugblattverteilungen statt. Ziel der Rechtsextremisten ist es, Ängste in der Bevölkerung vor einer angeblichen Überfremdung oder Bedrohung durch Ausländerkriminalität zu schüren und sich selbst als die einzige

politische Kraft darzustellen, die diese Sorgen ernst nimmt. Aktivitäten in diesem Themenfeld gehen in Bayern unter anderem von den Parteien NPD, III. Weg und der Partei DIE RECHTE aus.

Die Aktionen richten sich vorwiegend gegen bestehende, geplante und im Bau befindliche Aufnahmeeinrichtungen oder Asylbewerberunterkünfte. Die Summe der einschlägigen Aktionen und Veröffentlichungen im Aktionsfeld Anti-Asyl sowie die Art der thematischen Darstellung sind dazu geeignet, die ausländerfeindliche Stimmung innerhalb der rechtsextremistischen Szene weiter anzuheizen. Diesbezüglich darf auch eine impulsgebende Wirkung auf radikalisierte und gewaltorientierte Einzelpersonen nicht unterschätzt werden.

Leitfaden gegen
Flüchtlings-
unterkünfte

Die Partei III. Weg veröffentlichte am 7. Januar auf ihrer Webseite einen Leitfaden gegen Flüchtlingsunterkünfte mit dem Titel „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft! Wie be- bzw. verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheimes in meiner Nachbarschaft“. Der III. Weg beschreibt darin die vermeintlichen „Folgen eines Asylantenheims in der Nachbarschaft für die heimische Bevölkerung“. Er gibt detaillierte Hinweise zur Organisation des Protests sowie zu juristischen Fragestellungen. Insgesamt fügt sich der Leitfaden in die ausländerfeindlichen Beiträge auf der Webseite des III. Wegs ein und leitet sich ideologisch aus dem 10-Punkte-Programm der Partei ab. Darin ist u. a. von einer angeblichen Überfremdung Deutschlands und Gefahren durch steigende Asylbewerberzahlen die Rede.

Interaktive
Deutschlandkarte

Auf der Homepage der Partei III. Weg befindet sich außerdem eine interaktive Deutschlandkarte, auf der die Standorte der derzeit in Deutschland bestehenden bzw. geplanten Asylbewerberunterkünfte sowie die Zahl der dort untergebrachten Asylbewerber verzeichnet sind. Zusätzlich bietet die Karte die Möglichkeit, sich sog. „Bürgerinitiativen“ anzeigen zu lassen, die sich gegen derartige Aufnahmeeinrichtungen richten. Vorübergehend war die Karte im Internet nicht verfügbar, weil Google aufgrund von Beschwerden die Nutzung seiner Software verhinderte. Der III. Weg umging diese Sperrung zunächst, indem er eine andere Software einsetzte. Später griff er wieder auf das Kartenmaterial von Google Maps zurück.

Obwohl die Partei III. Weg nicht explizit zu Straftaten gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte aufruft, erscheinen auf deren Webseite Berichte über Anschläge. Daraus ist zwar keine Tatbekennung zu entnehmen, eine grundsätzliche Zustimmung zu solchen Taten ist jedoch aus der Art der Darstellung ablesbar. Die Partei III. Weg unterstellt den demokratisch gewählten Politikern, mit der Aufnahme von Flüchtlingen den sog. „Volkstod“ herbeiführen zu wollen: In einem Artikel vom 3. Dezember auf der Webseite der Partei heißt es:

„Denn die Volksvertreter aller Parteien arbeiten am systematischen Volkstod der heimischen Bevölkerung mit den Mitteln der Überfremdung sowie der Kinderarmut bei der deutschen Bevölkerung.“

Die NPD führte am 21. März einen bundesweiten Aktionstag unter dem Motto „Asylflut stoppen“ durch. Daran beteiligten sich auch Aktivisten aus den bayerischen NPD-Kreisverbänden Neu-Ulm/Günzburg, Memmingen/Unterallgäu, Donauwörth und Augsburg mit Flugblattverteilungen. Am selben Tag führten in und um Traunstein vier schwarz gekleidete NPD-Anhänger Anti-Asyl-Aktionen durch, indem sie unter anderem vor einem geplanten Asylbewerberheim ein großes NPD-Plakat mit der Aufschrift „Asylbetrug macht uns arm“ zeigten. Die Aktionen wurden von NPD-Mitgliedern fotografiert und auf Facebook dokumentiert. Der NPD-Bundesvorstand hat am 10. September einen „Neun-Punkte-Plan gegen die Asylflut“ beschlossen und auf der Webseite der Partei veröffentlicht.

Aktionstag
„Asylflut stoppen“



Auch die bayerischen Vertreter der Partei DIE RECHTE, deren Aktivitäten sich zu Jahresbeginn auf die Mobilisierung für BAGIDA-Veranstaltungen konzentrierten, besetzten in der zweiten Jahreshälfte vorwiegend das Thema Asyl.

Mobilisierung
für BAGIDA-
Veranstaltungen

Am 29. August konnte die Partei DIE RECHTE für eine Kundgebung zum Thema „Gegen Asylbetrug und Behördenwillkür“ in Rosenheim 100 Rechtsextremisten mobilisieren. Als Redner trat auch ein NPD-Funktionär aus Augsburg auf. In unmittelbarer Nähe zum Münchner Hauptbahnhof führte die Partei DIE RECHTE am 19. September eine Versammlung zum Thema „Schluss mit dem Asylwahnsinn! Wir sind das Volk!“ durch. Dabei unterstützen erneut NPD-Vertreter die Veranstaltung. Die Wahl des Versammlungsortes war als bewusste Provokation gedacht. Am Münchner Hauptbahnhof kamen zu dieser Zeit täglich mehrere tausend Flüchtlinge an.

Islamfeindlichkeit

Rassistisches
„Volksgemein-
schafts“-Denken

Rechtsextremisten verknüpfen häufig die Agitation gegen Asylbewerber mit der Agitation gegen den Islam. Rechtsextremistische Muslimfeindlichkeit ist eine moderne Form der Fremdenfeindlichkeit. Die Ablehnung der Muslime basiert auf dem rassistischen „Volksgemeinschafts“-Gedanken: Demzufolge gehören Muslime einer „raumfremden“ Religion an und werden als „undeutsch“ abgelehnt. Rechtsextremisten beteiligen sich beispielsweise an Diskussionen um den Bau von Moscheen, versuchen dort, das Wort zu ergreifen und die Veranstaltungen als Plattform für ihre rechtsextremistische Agitation zu nutzen. Muslime werden dabei pauschal als Bedrohung der inneren Sicherheit dargestellt.

Mit der Darstellung einer Scheinhinrichtung der Terrororganisation Islamischer Staat versuchte der Kreisverband München der Partei DIE RECHTE am 7. Februar Ängste in der Bevölkerung für sich zu instrumentalisieren. Im Nachgang zu der Kundgebung, die vor einem Münchner Einkaufszentrum stattfand, veröffentlichte der Kreisverband im Internet einen Artikel, in dem er Muslimen pauschal Gewaltbereitschaft unterstellte.

Antisemitismus

Antizionistischer
Antisemitismus

Antisemitismus ist eine rassistische Form der Judenfeindlichkeit und ein wesentlicher Bestandteil rechtsextremistischer Ideologie. Antisemitismus ist inzwischen häufig auch im Gewand des Antizionismus anzutreffen. Der antizionistische Antisemitismus gibt vor, Israel zu kritisieren, lehnt aber tatsächlich das Existenzrecht Israels ab. Er diffamiert den jüdischen Staat, indem er ihm einen „Vernichtungskrieg“ und eine Politik der „Ausrottung“ vorwirft.

Die Feindschaft gegen den Staat Israel wird mit klassischen Stereotypen der Judenfeindschaft verbunden: von der jüdischen Finanzmacht bis hin zur jüdischen Weltverschwörung.

Die Partei III. Weg veröffentlichte auf ihrer Webseite einen Flyer mit Handlungshinweisen zum „Israel-Boycott“. So empfiehlt die Partei, Waren aus dem „Zionistenstaat“ zu boykottieren und an Kundgebungen gegen die „verbrecherischen Völkermordmaßnahmen der Zionisten im Nahen Osten“ teilzunehmen. Außerdem sollten keine „prozionistischen Parteien“ gewählt werden.

3.2 Rechtsextremistische Aktionsformen

3.2.1 Parteiübergreifende Aktivitäten

Trotz des Konkurrenzverhältnisses zwischen den einzelnen Parteien und Gruppierungen in der rechtsextremistischen Szene kommt es immer häufiger zu partei- und spektrenübergreifenden Kooperationen. Das Themenfeld Anti-Asyl wirkt sich einheitsstiftend auf die Szene aus. Auf einer Anti-Asylkundgebung der Partei DIE RECHTE am 19. September vor dem Münchner Hauptbahnhof sprachen NPD-Aktivist*innen von einem nötig werdenden „Schulterchluss“. Dabei wurden ausdrücklich auch die Partei III. Weg und die Gruppe Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa) mit einbezogen.

Spektr-
übergreifende
Kooperationen

Am 24. Januar fand in Bamberg die Kundgebung „Bamberg wehrt sich! Nein zum Asylmissbrauch“ statt. Als Redner trat Sebastian Schmidke, NPD-Bundesorganisationsleiter und Vorsitzender des NPD-Landesverbands Berlin, auf. Unter den 30 bis 40 Demonstrationsteilnehmern waren Aktivist*innen und Sympathisanten der Parteien NPD, III. Weg und DIE RECHTE, Angehörige der Neonaziszene sowie einzelne Hooligans.

Die Zusammenarbeit beschränkt sich jedoch nicht ausschließlich auf das Themenfeld Anti-Asyl. Auch bei traditionellen Gedenkveranstaltungen der rechtsextremistischen Szene nehmen immer wieder Vertreter mehrerer rechtsextremistischer Parteien gemeinsam teil. Anlässlich des Jahrestags der am 8. Mai 1945 hingerichteten Angehörigen der französischen Waffen-SS-Division Charlemagne in Bad Reichenhall fanden mehrere Ver-

anstaltungen der rechtsextremistischen Szene statt, an denen Vertreter verschiedener rechtsextremistischer Organisationen und Gruppierungen beteiligt waren. Die Teilnehmer einer Veranstaltung am 8. Mai kamen sowohl von der Neonazikameradschaft Freie Kräfte Berchtesgadener Land als auch aus der Partei III. Weg. Am 9. Mai fand eine weitere Veranstaltung statt. Dort trat neben Vertretern des NPD-Landesverbands und der NPD-Frauenorganisation Ring Nationaler Frauen auch Philipp Hasselbach von der Partei DIE RECHTE auf.

3.2.2 Rechtsextremistische Bürgerinitiativen

Rechtsextremisten nutzen in Bayern zudem die Möglichkeit, über Bürgerinitiativen politisch Einfluss nehmen zu können. Durch die Bezeichnung als „Bürgerinitiative“ wollen Rechtsextremisten ihre eigentliche Gesinnung verschleiern und sich als wählbare politische Alternative präsentieren. Insbesondere die Behandlung bürgerlicher Themen und lokaler Probleme soll „Volksnähe“ zeigen. Die politischen Lösungsvorschläge orientieren sich jedoch deutlich an der rechtsextremistischen Ideologie.

Virtuelle
Bürgerinitiativen

Auch im Internet versuchen sich Rechtsextremisten die politisch neutral wirkende Bezeichnung „Bürgerinitiative“ zunutze zu machen. Für mehrere Orte, an denen Asylbewerberheime neu eingerichtet werden bzw. bereits bestehen, wurden in sozialen Netzwerken virtuelle Bürgerinitiativen gegründet, die sich nicht auf den ersten Blick einer rechtsextremistischen Organisation zurechnen lassen. Erst bei genauerem Hinsehen wird erkennbar, dass der Internetauftritt die Handschrift von Rechtsextremisten trägt.

3.2.3 Rechtsextremistische Aktivitäten bei Veranstaltungen

Beteiligung an
öffentlichen
Veranstaltungen

Rechtsextremisten nutzen gesellschaftliche Großveranstaltungen, um auf subtile Weise ihre politischen Botschaften zu verbreiten. Sie knüpfen damit an die u. a. vom ehemaligen NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt propagierte „Wortergreifungsstrategie“ an, nach der sich Rechtsextremisten unauffällig an öffentlichen Veranstaltungen beteiligen und diese als Plattform zur Verbrei-

tung ihrer Propaganda nutzen sollen. „Wortergreifung“ meint die gezielte verbale Konfrontation mit Vertretern der demokratischen Zivilgesellschaft in Diskussionsrunden und Informationsveranstaltungen. Dabei nutzen sie aus, dass für diese Aktionsformen in der Regel keine behördliche Anzeige oder Anmeldung notwendig ist, und versuchen dadurch, das Risiko eines vorherigen Verbots oder Ausschlusses zu verringern.

Aktivisten der Partei III. Weg versuchen mit Hilfe der sog. „Wortergreifungsstrategie“ Veranstaltungen zum Thema Flüchtlinge für ihre rechtsextremistischen Zwecke zu instrumentalisieren. Dabei geben sich die Rechtsextremisten nicht offen zu erkennen, sondern tarnen sich als „besorgte Bürger“. Auch in Internetforen, am Arbeitsplatz oder in Vereinen versuchen Rechtsextremisten, Diskussionsteilnehmer zu verunsichern, inhaltlich zu dominieren und letztlich die Meinungsführerschaft zu übernehmen.

Wortergreifungsstrategie

Aktivisten der Partei III. Weg besuchten mehrfach öffentliche Informationsveranstaltungen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Asylbewerberunterkünften, u. a. am 19. März in Puchheim, am 23. April in Gilching, am 7. Mai in Weißenburg, am 24. August in Kitzingen und am 13. Oktober in Unterschleißheim. In München nahmen Rechtsextremisten am 6. Oktober an einer öffentlichen Bezirksausschusssitzung teil und versuchten durch ihre Wortmeldungen Ängste vor steigender Kriminalität durch Asylbewerber zu erzeugen und zu verstärken.

Mehrere NPD-Mitglieder störten durch laute Zwischenrufe eine Diskussionsveranstaltung zur Aufnahme von Flüchtlingen am 6. Juli in Goldbach (Landkreis Aschaffenburg). Zugleich entrollten sie ein Banner mit der Aufschrift „Goldbach, Flüchtlingslager, nein danke“. Der Veranstalter verwies die Störer des Saales. In diesem Zusammenhang schlug ein NPD-Funktionär einen Veranstaltungsteilnehmer.

Bayerische Rechtsextremisten haben zudem vermehrt Aktivitäten zur Unterstützung von Obdachlosen entfaltet. Damit wollen sie den Eindruck erzeugen, sie seien die einzige politische Kraft, die noch soziale Notlagen in der deutschen Bevölkerung im Blick hat, während sich alle anderen politischen Kräfte ausschließlich auf Flüchtlinge konzentrierten. Der Kreisverband München der

„Deutsche Winterhilfe“

Partei DIE RECHTE verteilte Lebensmittel an Obdachlose. Unter der Aktionsbezeichnung „Deutsche Winterhilfe“ sammelt die Partei III. Weg Sachspenden für Obdachlose. Flugblätter für die Aktion wurden u. a. in Augsburg, Hof, München und Schwandorf verteilt.

3.2.4 Freizeitaktivitäten zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und zur Nachwuchsgewinnung

Gemeinsame Freizeitaktivitäten haben für die rechtsextremistische Szene mehrere Funktionen: Sie stärken die Gruppenidentität, sind Ausdruck rechtsextremistischen Lebensgefühls und sollen neue Aktivisten anziehen. Neben dem Besuch von rechtsextremistischen Konzerten spielen dabei auch gemeinsame sportliche Aktivitäten, Wanderungen und Reisen eine zunehmende Rolle. Die Partei III. Weg bot Wanderungen in der Fränkischen Schweiz, im Bayerischen Wald und im Thüringer Wald, eine Stadtführung durch München, Sonnwendfeiern und ein Sommerfest in Mainfranken an.

3.2.5 Internationale Kontakte bayerischer Rechtsextremisten

Kontakte zu
Chrysi Avgi

Zwischen bayerischen und ausländischen Rechtsextremisten bestehen persönliche Kontakte. Für größere Szene-Veranstaltungen wie Konzerte, Feiern und Großdemonstrationen wird gegenseitig mobilisiert. Dabei kommt es in der Regel zu einer vorübergehenden länderübergreifenden Zusammenarbeit, in Einzelfällen auch zu dauerhaften Kooperationen. Bayerische Rechtsextremisten pflegen Kontakte insbesondere nach Tschechien, Ungarn und Griechenland. Am 31. Januar nahm eine Delegation der Partei III. Weg am sog. „Imia-Marsch“ in Athen teil.

Die Partei Chrysi Avgi organisiert diese Veranstaltung jährlich als Erinnerung an den Konflikt um die sowohl von Griechenland als auch von der Türkei beanspruchte Mittelmeerinsel Imia, die Soldaten beider Länder 1996 einzunehmen versuchten. Chrysi Avgi vertritt offen neonazistische Positionen, die territoriale Ansprüche an Nachbarstaaten ebenso umfassen wie die Diskrimi-

nierung von Migranten. Der Vorsitzende der Partei III. Weg, Klaus Armstroff aus Rheinland-Pfalz, hielt am 7. Februar in Budapest eine Rede zum „Tag der Ehre“; einem Heldengedenken zu Ehren von Gefallenen im Zweiten Weltkrieg.

Der Stützpunkt München der Partei III. Weg veranstaltete am 31. Oktober eine Informationsveranstaltung zum Ukraine Konflikt. Dazu wurden Referenten aus der Russischen Föderation eingeladen. An der Kundgebung der Partei III. Weg zum Heldengedenken am 14. November in Wunsiedel nahmen auch Personen aus der Tschechischen Republik teil.

4. Internet, Musik, Vertriebsstrukturen und Verlage

4.1 Rechtsextremisten im Internet

Rechtsextremisten nutzen intensiv das Internet als Propaganda-, Rekrutierungs- und Koordinierungsmedium. Die Zahl der von deutschen Rechtsextremisten betriebenen Internetseiten bewegt sich seit Jahren auf hohem Niveau; dabei werden aber regelmäßig Seiten vom Netz genommen und andere veröffentlicht. Eine der meistfrequentierten deutschsprachigen Internet-Präsenzen der rechtsextremistischen Szene war das Internetportal „Altermedia“. Der Bundesinnenminister hat am 27. Januar 2016 diese rechtsextremistische Internetplattform verboten.



Zunehmend orientieren sich Rechtsextremisten an einem geänderten Internet-Nutzungsverhalten, bei dem mobile Endgeräte wie Smartphones eine immer größere Rolle spielen.



Mit der Nachrichten-App „widerstand.info“ ist in der rechtsextremistischen Szene eine Android-App entstanden, die als „News-Aggregator“ dient. Meldungen rechtsextremistischer Organisationen wie der Parteien III. Weg, Partei DIE RECHTE, der NPD-Tarnorganisation Bürgerinitiative Ausländerstopp München, aus der Publikation Umwelt & Aktiv sowie aus Blogs und sozialen Netzwerken werden dort gesammelt und zur Verfügung gestellt. Rechtsextremistischen Smartphone- und Tablet-Nutzern ermöglicht die App so einen schnellen Zugriff auf die Medienquellen rechtsextremistischer Organisationen und Blogs. Das kann zur szeneeinternen viralen Verbreitung entsprechender Meldungen beitragen.

Soziale Netzwerke

Daneben nutzen Rechtsextremisten auch soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter. Dort gründen Rechtsextremisten geschlossene Foren und Chatrooms zur szeneeinternen Kommunikation. Der hohe Verbreitungsgrad macht soziale Netzwerke für Rechtsextremisten zudem als Propagandaplattform attraktiv. So werden Facebook-Gruppen zur Agitation gegen Asylbewerber genutzt oder Rechtsextremisten treten selbst Facebook-Gruppen als Mitglied bei. Mehr noch als bei offensichtlich rechtsextremistischen Homepages besteht in sozialen Netzwerken und auf Videoportalen die Gefahr, dass die Nutzer, ohne es zu bemerken, rechtsextremistischer Propaganda ausgesetzt sind.

Infoportal Schwaben

Die Internetplattform „Infoportal Schwaben“ berichtete in der Vergangenheit über Aktionen der rechtsextremistischen Szene in der Region Schwaben und darüber hinaus. Die der Neonaziszene zuzurechnenden Betreiber beteiligten sich zudem selbst an entsprechenden Aktivitäten. Auf Twitter existiert weiterhin ein aktiver Account unter dem Namen „Infoportal Schwaben“, der mehrere hundert „Follower“ aufweist. Der Account wird intensiv genutzt, um Veröffentlichungen anderer Accounts zu „retweeten“, also weiterzuverbreiten, und sich mit rechtsextremistischen Twitter-Nutzern bundesweit zu vernetzen.

Auf Instagram, einem Dienst zum Teilen von Fotos und Videos, ist der NPD-Bundesverband mit einem Profil vertreten und stellt Bildmaterial zur Verfügung. Zwar werden von einzelnen Providern immer wieder rechtsextremistische Inhalte aus dem Netz entfernt.

Videos neonazistischer Kameradschaften und Parteien, Aufnahmen ihrer Demonstrationen und Musikclips rechtsextremistischer Bands werden jedoch fortlaufend neu publiziert.

Im Zusammenhang mit den ansteigenden Flüchtlingszahlen häuften sich in den Kommentarbereichen sozialer Netzwerke Wortmeldungen, die als rassistisch und fremdenfeindlich zu bewerten sind. Teils handelt es sich dabei auch um strafrechtlich relevante Inhalte. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat die Internetaufklärung weiter intensiviert und personell aufgestockt. Möglicherweise strafrechtlich relevante Inhalte werden an die Strafverfolgungsbehörden weitergegeben. Darüber hinaus steht das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz in Kontakt mit der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien und versucht, in Zusammenarbeit mit dieser Veröffentlichungen von rechtsextremistischen Inhalten zu verhindern.

Internetaufklärung
intensiviert

4.2 Rechtsextremistische Musik

Rechtsextremistische Musik ist – zusammen mit sozialen Erfahrungen und gemeinsamen Erlebnissen – ein wesentliches Eintrittstor in die rechtsextremistische Szene.

Rechtsextremisten nutzen Musik, um Jugendliche mit rechtsextremistischem Gedankengut in Kontakt zu bringen. Das Angebot an rechtsextremistischer Musik ist hinsichtlich Qualität, Stil und Zielrichtung größer geworden und reicht von Skinhead-Musik und Balladensängern über Black Metal, Hatecore und Neofolk bis hin zu Hip-Hop und Techno. Die Texte enthalten nationalistisches, fremdenfeindliches, antisemitisches und antidemokratisches Gedankengut.

Rechtsextremistische Musik wird live auf Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen und Parteien sowie auf Skinhead-Konzerten im In- und Ausland gespielt. Diese Konzerte dienen den Teilnehmern als Plattform für soziale Kontakte und ermöglichen es, ein Netzwerk persönlicher Beziehungen aufzubauen und zu pflegen.

Konzerte als
Plattform für
soziale Kontakte

Bayerische Skinhead-Bands

	Bandname	Herkunft	Aktiv seit	Letzte Veröffentlichung
	Burning Hate	Oberfranken	2005 Gründung mit ehemaligen Mitgliedern der Skinhead-Bands Aryan Rebels und Division 28	CD „Your time is running out“ (2010)
	Codex Frei	Raum Kempten	2010	Beteiligung am Sampler „Tribute to Triebtäter“ (2012)
	Faustrecht	Raum Mindelheim	1994–2002 Neugegr. 2004 (derzeit inaktiv)	CD „For the love of oi“ (2013)
	MPU	Raum Hof	2010	CD „Bootboys der alten Schule“ (2010)
	National born haters	Neu-Ulm	2001 (derzeit inaktiv)	CD „gehirngefickt“ (2010)
	Sturmtrupp	Neuburg a.d. Donau	2008 (Wiedergr. nach Auflösung. 2002) (derzeit inaktiv)	CD „Unter feindlicher Attacke“ (2011)
	Untergrundwehr	Würzburg	2008 (Wiedergründung)	Beteiligung am Sampler „Tribute to Triebtäter“ (2012)
	White rebel boys	Raum Hof	2007	CD „The boys are back in town“ (2012)
	Hard as nails	Raum Allgäu	2013	Demo-CD (2015)

Rechtsextremistische Bands nutzen Konzerte als Möglichkeit, ihren Bekanntheitsgrad zu erhöhen und für Tonträger und Merchandising-Artikel zu werben. Allein mit der Gage für einen Konzertauftritt können die meisten Bands ihre entstandenen Kosten nur teilweise decken. Wesentlich einträglicher sind der Verkauf und Vertrieb von Tonträgern, die über Versandhandel, Verkaufsstände auf rechtsextremistischen Veranstaltungen und über das Internet verbreitet und vermarktet werden.

Das Internet bietet darüber hinaus zahlreiche Möglichkeiten, rechtsextremistische Musik einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Beispielsweise können Musikclips schnell und effektiv zum Download zur Verfügung gestellt werden.

Rechtsextremistische Konzerte werden von den Veranstaltern in der Regel konspirativ vorbereitet bzw. als private Veranstaltungen durchgeführt. Mit Vortrefforten, SMS-Mobilisierung bzw. Mund-zu-Mund Propaganda und/oder der Deklaration eines Konzerts als private Geburtstagsfeier soll ein Einschreiten der Sicherheitsbehörden verhindert werden.

Szene-Konzerte

Diese geheime Vorbereitung übt einen zusätzlichen Reiz aus. Veranstalter – es handelt sich dabei meistens um langjährige Aktivisten – erlangen bei der erfolgreichen Durchführung eines Konzerts innerhalb der Szene viel Anerkennung. Kommerzielle Interessen spielen dabei eine untergeordnete Rolle, da die Konzertveranstalter mit den erhobenen Eintrittsgeldern in der Regel gerade die eigenen Kosten, beispielsweise Bandgagen, decken können.

Aufgrund des intensiven Überwachungsdrucks der Sicherheitsbehörden und des damit verbundenen finanziellen Risikos gelingt es den Veranstaltern in Bayern nur noch selten, rechtsextremistische Konzerte durchzuführen. Im Jahr 2015 fanden in Bayern zwei (2014: 2) rechtsextremistische Konzerte in Schöllnach, Landkreis Deggendorf, und Roden-Ansbach, Landkreis Main-Spessart, statt. Beide konnten von der Polizei kurz nach Beginn beendet werden.

4.3 Rechtsextremistische Vertriebsstrukturen

Rechtsextremistische Vertriebe und Versandhandel kommerzialisieren die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Das Sortiment ist gezielt auf die Bedürfnisse der Anhänger einzelner Szene-Stilrichtungen wie der Skinhead-, der NS-Hatecore- oder der NS-Black-Metal-Subkultur ausgerichtet. Bei der Produktion und Vervielfältigung von Tonträgern spielen insbesondere die größeren Vertriebe eine wichtige Rolle.

Neben Musik umfasst die Angebotspalette auch Textilien, Fahnen, Flugblätter, Plakate und szenetypische Devotionalien wie Bücher und Aufkleber sowie zunehmend Accessoires für den Alltag wie Sonnenbrillen oder Gürteltaschen. Szeneläden sind mittlerweile die Ausnahme. Nahezu alle Händler bieten ihre Waren auf zum Teil professionell gestalteten Verkaufsplattformen im Internet an. Die Betreiber rechtsextremistischer Betriebe verfolgen insbesondere wirtschaftliche Interessen, manche unterstützen mit ihren Einnahmen auch die rechtsextremistische Szene.

Vertriebe und Versandhandel

Name	Sitz / Landkreis	seit	Inhaber
Ansgar Aryan	Mantel / Neustadt a.d. Waldnaab	2009	Nemesis Production GmbH, Mantel; Gf: Patrick Schröder
FSN Shop	Mantel / Neustadt a.d. Waldnaab	2014	Patrick Schröder
Versand der Bewegung	Murnau / Garmisch-Partenkirchen	2003	Matthias Polt
Patriaversand	Kirchberg / Erding	1993	Franz Glasauer
Wikinger-versand	Geiselhöring / Straubing-Bogen	1997	Siegfried Birl
Tradition u. Moderne	Bad Wörishofen / Unterallgäu	2010	Stefan Friedmann
Oldschool Records	Wolfertschwenden / Unterallgäu	2008	Benjamin Einsiedler
Schwarze Sonne Versand	Rain am Lech / Donau-Ries	2001	Alexander Feyen
DIM Records	Coburg	1991	Ulrich Großmann

Das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr hat am 23. Juli 2014 das neonazistische Netzwerk Freies Netz Süd (FNS) verboten, da es die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der verbotenen Fränkischen Aktionsfront weiterführte. Darüber hinaus wurden Gegenstände des Szene-Versandhandels Final Resistance Versand beschlagnahmt und eingezogen. Der Final Resistance Versand unterstützte die Aktivitäten des FNS, indem er Agitations- und Propagandamaterial zur Verfügung stellte. Er hatte sich in den letzten Jahren zu einem der bedeutendsten Szene-Versandhandel in Bayern entwickelt. Das Verbot ist seit 14. Dezember bestandskräftig, nachdem der Bayerische Verwaltungsgerichtshof Klagen gegen dieses am 20. Oktober abwies.

Exekutivmaßnahmen gegen FNS und Final Resistance Versand

Die Einziehung der Gegenstände des Final Resistance Versandes zu Gunsten des Freistaates Bayern ist allerdings noch nicht bestandskräftig, da dessen Gesellschafter hiergegen Rechtsmittel eingelegt haben. Das Klageverfahren ist vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht Bayreuth anhängig. Dieses Verfahren wurde bis zum rechtskräftigen Abschluss des parallel geführten Verfahrens vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof über die Rechtmäßigkeit des Vereinsverbots ausgesetzt.

Klageverfahren anhängig

4.4 Rechtsextremistische Internet-Radios und -TV

Rechtsextremisten nutzen auch Internet-Radios zur Verbreitung „ihrer“ Musik. Gelegentlich werden auch indizierte oder strafbare Titel gespielt. Teilweise können die Hörer das Programm mitgestalten. Als Wortbeiträge werden Interviews mit Rechtsextremisten (z. B. Bandmitgliedern), Kommentare oder Kritiken zu CDs sowie gelegentlich Werbung für Konzerte und Demonstrationen gesendet. Die Sendezeiten variieren von wenigen Stunden wöchentlich bis hin zu einem 24-Stunden Programm. Die Homepages dieser Internet-Radios bieten häufig auch anmeldepflichtige Chats und Diskussionsforen an. Internet-Radios unterliegen einer hohen Fluktuation, manche sind nur vorübergehend in Betrieb.

Der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Weiden i.d.OPf. und Beisitzer im NPD-Landesvorstand Bayern, Patrick Schröder, betreibt seit 2007 von Weiden i.d.OPf. aus das rechtsextremisti-

sche Internetradio „Radio FSN“ (Frei-Sozial-National) sowie seit August 2012 auch das Internet-TV „FSN-TV“. Neben Interviews mit Protagonisten aus der rechtsextremistischen Szene werden in moderierten Beiträgen, die auch heruntergeladen werden können, Aktionshinweise, Demonstrationstermine und Informationen über aktuelle Ereignisse innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums verbreitet. Patrick Schröder, der mit einem Co-Moderator auftritt, erreicht mit seinen Sendungen ein überregionales Szenepublikum.

Am 27. Juli 2014 zeigte Schröder vor laufender Kamera den Hitlergruß. Das Amtsgericht Weiden i.d.OPf. hat Schröder am 28. November 2014 wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Geldstrafe in Höhe von 90 Tagessätzen zu je 35 Euro verurteilt. In der Berufungsverhandlung wurde das Strafmaß auf 120 Tagessätze zu je 35 Euro erhöht. Mit der Revision scheiterte Schröder. Das Urteil auf Zahlung einer Geldstrafe von 4.200 Euro ist seit 1. September rechtskräftig. Die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) hat gegen Schröder ein Ordnungswidrigkeitsverfahren durchgeführt und aufgrund von Verstößen unter anderem gegen den Jugendschutz ein Bußgeld in Höhe von 3.000 Euro verhängt. Das beim Amtsgericht Weiden i.d.OPf. dagegen eingelegte Rechtsmittel war erfolglos. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die erneute Ausstrahlung der Sendungen wurde durch die BLM untersagt.

Das BLM untersagte Schröder, ab 21. September 2014 das audiovisuelle Medienangebot FSN-TV oder ein anderes journalistisch-redaktionell gestaltetes audiovisuelles Angebot über Internet oder andere Übertragungskapazitäten für mehr als 500 zeitgleich mögliche Nutzer zu veranstalten und linear, d. h. live oder zu einem bestimmten Sendezeitpunkt, zu verbreiten.

4.5 Rechtsextremistisches Verlagswesen

Die 1958 gegründete Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) mit Sitz in München war über einen langen Zeitraum das bedeutendste rechtsextremistische Propagandainstrument in Deutschland. In diesem Verlag erscheint wöchentlich die

National-Zeitung / Deutsche Wochen-Zeitung (NZ). Die NZ verbreitet fremdenfeindliche, nationalistische und revisionistische Argumentationsmuster.

Die Verlagsgesellschaft Berg mbH (VGB) mit Sitz in Gilching, Landkreis Starnberg, besteht seit 1991. In ihr sind die ehemaligen eigenständigen Verlage Druffel, Türmer und Vowinkel aufgegangen. Sie ist einer der größten organisationsunabhängigen rechtsextremistischen Verlage in Deutschland. Das Verlagsprogramm umfasst Schriften mit revisionistischen sowie militärhistorischen Inhalten, beispielsweise die Zeitschrift „Deutsche Geschichte“ oder das Jahrbuch „Deutsche Annalen“.

5. Immobiliensuche und -erwerb

Rechtsextremisten nutzen Immobilien, um regionale Strukturen und Anlaufstellen zu schaffen. Sie sind in Ballungsräumen ebenso wie im ländlichen Raum ständig auf der Suche nach Räumlichkeiten für Feiern, Konzerte, Schulungen, Parteiveranstaltungen oder interne Treffen. Für kleinere Treffen nutzen Rechtsextremisten häufig auch ihre privaten Wohnobjekte. Sie haben in der breiten Öffentlichkeit keine Akzeptanz und mögliche Vermieter lehnen eine Vermietung an rechtsextremistische Gruppierungen zumeist ab. Die rechtsextremistische Szene hat deshalb regelmäßig erhebliche Schwierigkeiten, dauerhaft Immobilien für ihre Aktivitäten zu finden, die über eine bloße Wohnnutzung hinausgehen. Insbesondere die langfristige Anmietung einer Gaststätte durch Rechtsextremisten stellt in Bayern die Ausnahme dar.

Verschiedene rechtsextremistische Gruppierungen halten zwar wiederholt interne Treffen, etwa Stammtische von Kreisverbänden der NPD oder kleinere Feiern, in Gaststätten ab. Die Räumlichkeiten werden aber nur in Ausnahmefällen explizit für ein Treffen von Rechtsextremisten angemietet. Vielmehr geben sie sich dort meist als „normale“ Gäste aus.

Tarnung als normale Gäste

<p>„Stroh­männer“ bei Immobilien­erwerb</p>	<p>Wenn Rechtsextremisten eine ernsthafte Kaufabsicht haben, setzen sie meist harmlos erscheinende „Stroh­männer“ ein, um den rechtsextremistischen Hintergrund des Erwerbs zu verschleiern. Die Partei DIE RECHTE versuchte, in einem ehemaligen Gasthof in Koltitzheim, Ortsteil Stammheim (Landkreis Schweinfurt), eine bayerische Parteizentrale einzurichten. Der Gasthof sollte nach den Vorstellungen der Partei zu einer Zentrale mit Unterkünften, Geschäftsstelle und Versammlungsraum ausgebaut werden.</p>
<p>Gründung Landesverband DIE RECHTE</p>	<p>Der bayerische Landesverband der Partei wurde dort am 24. Mai öffentlichkeitswirksam gegründet. Das Landratsamt Schweinfurt untersagte die Nutzung des Objektes zu anderen als Wohnzwecken und drohte für den Fall der Nichtbeachtung ein Zwangsgeld an. Ein Eilantrag der Eigentümerin gegen die Anordnung beim Verwaltungsgericht Würzburg blieb erfolglos. Der Beschluss im Eilverfahren wurde mit Wirkung zum 8. August rechtskräftig. Die Eigentümerin nahm daraufhin die Klage zurück.</p>
<p>Beschlagnahme einer Immobilie</p>	<p>Gleichzeitig mit dem mittlerweile bestandskräftigen Verbot des neonazistischen Netzwerks Freies Netz Süd (FNS) hat das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr am 23. Juli 2014 eine Immobilie in Oberprex beschlagnahmt und eingezogen. Seit dem Jahr 2010 wurde das Gebäude kontinuierlich als Treffpunkt und Veranstaltungsort für die rechtsextremistische Szene im Umfeld des FNS genutzt. Die Einziehung des Grundstückes zu Gunsten des Freistaates Bayern ist allerdings noch nicht bestandskräftig, da die Eigentümerin hiergegen Rechtsmittel eingelegt hat. Das Klageverfahren ist vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht Bayreuth anhängig. Dieses Verfahren wurde bis zum rechtskräftigen Abschluss des parallel geführten Verfahrens vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof über die Rechtmäßigkeit des Vereinsverbots ausgesetzt.</p> <p>In Murnau, Landkreis Garmisch-Partenkirchen, existiert bereits seit 2003 ein Ladengeschäft des rechtsextremistischen Versandhandels „Versand der Bewegung“, in dem auch Veranstaltungen der NPD durchgeführt werden.</p>

BIGE

Die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) berät betroffene Kommunen und Eigentümer. Auf dem Internetportal der BIGE sind zusätzliche Informationen abrufbar: www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de

Seit Einrichtung der BIGE im Frühjahr 2009 wurden in mehr als 50 Fällen Kommunen in Bayern im Hinblick auf Kauf, Pacht, Anmietung oder sonstige längerfristige Nutzung von Immobilien durch Rechtsextremisten beraten. In mehreren Fällen konnte ein Kauf von Gasthöfen mit Unterstützung der BIGE verhindert werden.



6. Rechtsextremistische Parteien

6.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder	5.200	700
Vorsitzender	Frank Franz	Franz Salzberger
Gründung	1964	1965
Sitz	Berlin	Bamberg
Publikationen	Deutsche Stimme	



Die NPD will die bestehende Ordnung durch eine „Volksgemeinschaft“ ersetzen. Aus Sicht der NPD stellt einzig eine ethnisch homogene „Volksgemeinschaft“ eine natürliche, dem wahren Wesen des Menschen entsprechende und damit annehmbare staatliche und gesellschaftliche Ordnung dar. Sie strebt einen Gegenentwurf zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland an. Die von der NPD vertretenen völkischen Grundideen bringen

im Zusammenhang mit den verschiedensten politischen Themen oft ausländerfeindliche, antisemitische, rassistische – und in Bezug auf den historischen Nationalsozialismus verharmlosende und zustimmende – Positionen zum Ausdruck. Damit wirkt die NPD ideologisch prägend für das gesamte rechtsextremistische Spektrum. Ihr angestrebtes Ziel der „Systemüberwindung“ und ihre Grundaussagen stehen inhaltlich im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes. Das im Juni 2010 verabschiedete Parteiprogramm der NPD ist von einem ausgeprägten Nationalismus getragen und schreibt den Gedanken der „Volksgemeinschaft“ in einer völkisch-kollektivistischen Auslegung fest. So heißt es im Parteiprogramm:

„Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus. Der Staat nimmt dabei die Gesamtverantwortung für das Volksganze wahr und steht daher über Gruppeninteressen.“

und

„Ein grundlegender politischer Wandel muß die sowohl kostspielige als auch menschenfeindliche Integrationspolitik beenden und auf die Erhaltung der deutschen Volkssubstanz abzielen. Integration ist gleichbedeutend mit Völkermord.“



Für die NPD resultiert die Würde des Einzelnen nicht aus dem freien Willen des Individuums, sondern ist von biologisch-genetischer Teilhabe an der „Volksgemeinschaft“ abhängig. Da nur Deutsche völkischer Abstammung Teil der „Volksgemeinschaft“ sein können, ist eine rassistisch und nationalistisch geprägte Fremdenfeindlichkeit elementarer Bestandteil der Parteiideologie vom „lebensrichtigen Menschenbild“, das sich insbesondere gegen „Fremdbestimmung“ und „Überfremdung“ wendet.

Vier-Säulen-
Strategie

Die NPD verfolgt nicht nur erkennbare rechtsextremistische Ziele. Sie versucht auch, über bürgerliche Themen ihre rechtsextremistischen Anschauungen zu verbreiten. So befasst sie sich unter dem Motto „Sozial geht nur national“ verstärkt mit sozialpolitischen Themen. Damit will sich die NPD als soziale Protestpartei darstellen und die Ängste der Bevölkerung vor sozialen Reformen, Arbeitslosigkeit und einer „multikulturellen Gesellschaft“ schüren. Um dem Ziel der politischen Machtergreifung näher zu kommen, verfolgt die Partei ein auf vier „strategische Säulen“ gestütztes Konzept. Diese Säulen bezeichnet sie schlagwortartig mit den Begriffen:

-
- ▶ „Kampf um die Köpfe“
 - ▶ „Kampf um die Straße“
 - ▶ „Kampf um die Parlamente“
 - ▶ „Kampf um den organisierten Willen“

Der „Kampf um die Köpfe“ bezeichnet die politisch-theoretische Arbeit. Die „völkisch-nationale Programmatik“ soll weiterentwickelt und dem Bürger vermittelt werden. Gerade angesichts der Flüchtlingsthematik zeigt die zunehmende Verrohung mancher Debatten im Internet, dass die Strategie der NPD des „Kampfs um die Köpfe“ erfolgreich ist. Im „Kampf um die Straße“ soll einerseits durch zahlreiche öffentliche Veranstaltungen wie Aufmärsche und Demonstrationen Präsenz gezeigt und andererseits die Bevölkerung mobilisiert werden. Dabei ist festzustellen, dass die NPD versucht, auf PEGIDA-Ableger einzuwirken bzw. auszuweichen. Bei der dritten Säule, dem „Kampf um die Parlamente“, geht es der NPD um Erfolge als politische Wahlpartei. Ziel ist die Gewinnung von Macht und Einfluss sowie die Gewährung finanzieller Zuwendungen.

Mit dem „Kampf um den organisierten Willen“ strebt die NPD eine Bündelung aller rechtsextremistischen Kräfte unter ihrer Führung an, ohne dabei programmatische Inhalte zu definieren. Im Grunde will die NPD im Rahmen einer Aktionseinheit als die zentrale und entscheidende Kraft des Rechtsextremismus wahrgenommen werden. Die NPD und ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten unterhalten Verbindungen zu verschiedenen Rechtsextremisten im europäischen Ausland. Die NPD ist Mitglied der Europäischen Nationalen Front, einem europaweiten rechtsextremistischen Parteienbündnis, dem auch die griechische rechtsextremistische Partei Chrysi Avgi angehört.

Verbindungen
ins europäische
Ausland

Die NPD gliedert sich in 16 Landesverbände, die wiederum in Bezirks- und Kreisverbände unterteilt sind. Ende 2010 fusionierte die NPD mit der Deutschen Volksunion (DVU) zur neuen Partei „NPD - Die Volksunion“. In Bayern gliedert sich die NPD in sieben Bezirks- und 31 Kreisverbände.

An politischen Drei-Königs-Treffen am 6. Januar nahmen in Augsburg und Michelau insgesamt etwa 70 Personen teil. Die Veranstaltung zum Politischen Aschermittwoch sowie der Bayern-

tag entfielen. Am 6. Juli veranstaltete die NPD in Murnau einen Redner- und Liederabend. Anwesend waren rund 40 Personen, darunter der NPD-Bundesorganisationsleiter und Vorsitzende des NPD-Landesverbands Berlin, Sebastian Schmidtke, der stellvertretende oberbayerische NPD-Bezirksvorsitzende, Tobias Schulz, und der Musiker Michael Regener (Lunikoff).



Agitation gegen Asylbewerber

Die NPD agitiert in Bayern insbesondere durch Flugblattverteilungen gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Im Rahmen eines bundesweiten Aktionstags der NPD unter dem Motto „Asylflut stoppen“ führten am 21. März Aktivisten der NPD in Kaufbeuren und Donauwörth Veranstaltungen mit Flugblattverteilungen durch. Beteiligt waren Aktivisten aus den NPD-Kreisverbänden Neu-Ulm/Günzburg, Memmingen/Unterallgäu, Donauwörth und Augsburg. Der Bundesparteitag der NPD am 21. und 22. November in Weinheim (Baden-Württemberg) stand unter dem Motto „Das Boot ist voll – Asylbetrüger abschieben.“

Am 16. Dezember verurteilte das Landgericht Regensburg das NPD-Landesvorstandsmitglied Sascha Roßmüller wegen Beihilfe zu gefährlicher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 1.600 Euro. Roßmüller und die weiteren Angeklagten waren im Dezember 2010 in Straubing an einer Auseinandersetzung mit Mitgliedern des Gremium MC beteiligt. Mehrere Personen sind dabei durch Messerstiche verletzt worden. Roßmüller ist bereits seit Längerem sowohl in der NPD als auch in der Rockerszene aktiv.

NPD Verbotsverfahren

Mit Beschluss vom 14. Dezember 2012 hat der Bundesrat entschieden, gegen die NPD ein Parteiverbotsverfahren zu beantragen. Bayern beteiligte sich mit zwei Vertretern an der länderoffenen Arbeitsgruppe, die die Erarbeitung des Verbotsantrags begleitete.

Am 3. Dezember 2013 reichte der Bundesrat durch die prozessbevollmächtigten Professoren Dr. Möllers und Dr. Waldhoff den Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD gemäß Art. 21 Abs. 2 Grundgesetz beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein. Die Klageschrift arbeitet die rassistische, antisemitische und nationalsozialistische Ideologie der NPD heraus, die eine Wesensverwandtschaft der NPD zur NSDAP erkennen lässt. Das

aggressive, aktiv-kämpferische Auftreten der NPD zielt darauf ab, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen, das demokratische System zu untergraben und auf revolutionärem Wege durch eine völkische Ordnung zu ersetzen. Diese aggressive Grundhaltung der NPD wird auch durch eine Vielzahl von Straf- und Gewalttaten ihrer führenden Vertreter belegt. Am 2. Dezember hat das Bundesverfassungsgericht beschlossen, über die Anträge des Bundesrats im März 2016 mündlich zu verhandeln.

Junge Nationaldemokraten (JN)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder	350	Einzelpersonen
Vorsitzender	Sebastian Richter	derzeit keine Führungsstruktur auf Landesebene
Gründung	1969	
Sitz	Halberstadt / Sachsen-Anhalt	



Die Jugendorganisation der NPD war in der Vergangenheit bestrebt, ein gegenüber der Mutterpartei eigenständiges Profil zu entwickeln. Dazu hat sie sich als „sozialrevolutionäre[r] Flügel innerhalb der NPD“ dargestellt. Während sich die NPD als parlamentarischer Arm der „nationalen Opposition“ versteht, sehen die JN ihren Schwerpunkt im „vorpolitischen Raum“ und in der Bindegliedfunktion zur Neonazi-Szene.

Ring Nationaler Frauen (RNF)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder	150	Einzelpersonen
Vorsitzender	Ricarda Riefing	derzeit keine Führungsstruktur auf Landesebene
Gründung	2006	2013
Sitz	Egeln/ Sachsen-Anhalt	Forchheim i. Oberfranken



Der RNF ist eine Unterorganisation der NPD und versteht sich als Sprachrohr und Ansprechpartner für „nationale“ Frauen. Das vom RNF vertretene, konsequent völkisch geprägte Weltbild kommt im RNF-Propagandamaterial zum Ausdruck. In Bayern ist der RNF im sozialen Netzwerk Facebook mit einem regelmäßig aktualisierten Profil vertreten. Beispielsweise wird zum Thema Asyl und Flüchtlinge auf Aussagen der RNF-Bundesvorsitzenden Ricarda Riefing verlinkt. Männliche Flüchtlinge werden als besondere Gefahr dargestellt und pauschal der sexuellen Gewaltanwendung gegenüber Frauen bezichtigt. Am RNF-Landeskongress in Baden-Württemberg nahm am 22. März auch eine Vertreterin des RNF aus Bayern teil.

6.2 Partei Der Dritte Weg (III. Weg)



	Deutschland	Bayern
Mitglieder und Fördermitglieder	200	etwa 80
Vorsitzender	Klaus Armstroff	derzeit keine Führungsstruktur auf Landesebene
Gründung	2013	2014 ¹
Sitz	Weidenthal / Rheinland-Pfalz	---

¹ Stützpunkte bestehen seit 2014

Die Partei III. Weg vertritt einen stark neonazistisch geprägten Rechtsextremismus. Der überwiegende Teil der Aktivisten des verbotenen Freien Netzes Süd sympathisiert mit der Partei bzw. ist Mitglied oder Fördermitglied.

Zehn-Punkte-
Programm

Die ideologischen Ziele der Partei ergeben sich aus ihrer Satzung sowie aus einem „Zehn-Punkte-Programm“, das auf Elemente des 25-Punkte-Programms der NSDAP zurückgreift. Beide Programme basieren auf einem biologischen Volksbegriff. Die NSDAP hatte festgeschrieben, dass nur der ein „Volksgenosse“ sein könne, der „deutschen Blutes“ sei. Die Partei III. Weg fordert die „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“ sowie

die „Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes“, die es vor Überfremdung zu schützen gelte. Die Partei vertritt ein geschichtsrevisionistisches Weltbild. Sie fordert die Wiederherstellung „Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen“ – damit dürfte Deutschland in den Grenzen vor dem Zweiten Weltkrieg gemeint sein.

Auch der Antisemitismus ist prägend für die Ideologie der Partei: In Artikeln auf ihrer Homepage nimmt die Partei III. Weg den Palästina-Konflikt zum Anlass für antizionistische Propaganda. Auf der Startseite wird zudem dazu aufgerufen, keine israelischen Produkte zu kaufen.

Strukturen

Die Partei gliedert sich laut ihrer Satzung in die Gebietsverbände Süd, West, Nord und Mitte. Der Gebietsverband Süd besteht aus den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg. Ein Kreisverband ist die kleinste selbstständige Einheit der Partei. Die Satzung ermöglicht in Gebieten, in denen keine Untergliederungen bestehen, sog. „Stützpunkte“ einzurichten. Bis Ende 2015 wurden bundesweit 19 Stützpunkte eingerichtet, davon sechs in Bayern. Die bayerischen Stützpunkte entsprechen weitgehend den bisherigen geografischen Schwerpunkten der verbotenen Vereinigung Freies Netz Süd. Aktuell hat die Partei III. Weg in Bayern 80 Mitglieder und Fördermitglieder, dazu kommen Unterstützer und Sympathisanten. Hauptprotagonisten der Partei in Bayern sind Walter Strohmeier (Stützpunkt Ostbayern), Kai Zimmermann (Stützpunkt Nürnberg/Fürth) und Matthias Bauerfeind (Stützpunkt Mainfranken).

Sechs Stützpunkte
in Bayern

Dem fünfköpfigen Bundesvorstand steht nach dem zweiten Bundesparteitag vom 19. September weiterhin der frühere rheinland-pfälzische NPD-Funktionär Klaus Armstroff vor. Die weiteren Mitglieder des Bundesvorstands stammen aus der Neonaziszene oder gehörten der NPD an. Bayerische Rechtsextremisten sind nicht im Bundesvorstand vertreten. In Rheinland-Pfalz hat der III. Weg die zur Teilnahme an der Landtagswahl im März 2016 erforderlichen Unterstützerunterschriften gesammelt.

Bundesvorstand

Der Dritte Weg

Stützpunkte in Bayern mit Gründungsdatum

Stand 31.12.2015



Auf der Webseite der Partei werden einzelne Podcasts zu revidenaristischen und ausländerfeindlichen Themen zum Download angeboten. Der III. Weg bezeichnet dies als „National-Revolutionäres Radio“. Seit 25. August betreibt die Partei zudem einen Onlineshop für ihre Propagandamittel.

Aktionen

Aktivistinnen der Partei III. Weg furhten am 14. Februar einen Gedenkmarsch in Wunsiedel durch. Die Demonstration, die am Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg stattfand, hatte das Motto „Ein Licht für Dresden“. An der Veranstaltung nahmen etwa 100 Rechtsextremisten teil.

Mit einer Vielzahl von Veranstaltungen am 18. April machten insbesondere Aktivistinnen der Partei III. Weg bayernweit für eine rechtsextremistische 1. Mai-Kundgebung in Saalfeld (Thüringen) aufmerksam. An den Kundgebungen in Bamberg, Cham, Freising, Fürth und Landshut beteiligen sich insgesamt über 100 Rechtsextremisten. Die Partei III. Weg hat die Veranstaltungen als „Antikapitalistischen Aktionstag“ bezeichnet. Die rechtsextremistische 1. Mai-Kundgebung in Saalfeld selbst wurde maßgeblich von Aktivistinnen der Partei III. Weg vorbereitet und durchgeführt. Insgesamt beteiligten sich bis zu 530 Rechtsextremisten, darunter etwa 200 aus Bayern.

1. Mai-Kundgebung in Saalfeld

Am 29. August fand eine Versammlung der Partei III. Weg in Fürth unter dem Motto „Asylflut stoppen!“ statt. Etwa 70 Rechtsextremisten beteiligten sich, Funktionäre aus mehreren bayerischen Parteistutzpunkten traten als Redner auf. Am 14. November führte der III. Weg unter dem Titel „Heldengedenken“ mit etwa 230 Teilnehmern eine Demonstration in Wunsiedel durch. Bei rechtsextremistischen „Heldengedenken“ wird in der Regel ausschließlich der gefallenen deutschen Soldaten in den beiden Weltkriegen gedacht, die als Helden für Volk und Vaterland dargestellt werden. Dabei werden die Angehörigen der Waffen-SS ausdrücklich mit einbezogen.

Heldengedenken

In Bayern bestehen folgende Stützpunkte:

Stützpunkt Oberfranken

Mitglieder und Sympathisanten	etwa 20 Personen
Gründung	1. Februar 2015
Aktionsraum	Oberfranken

Als erster Stützpunkt der Partei III. Weg in Bayern wurde am 25. Januar 2014 der Stützpunkt Hof gegründet, der später zum Stützpunkt Hochfranken/Vogtland umbenannt wurde. Am 1. Februar teilte sich dieser in die beiden Stützpunkte Vogtland und Oberfranken. Der Aktionsraum des neuen Stützpunkts Oberfranken ist das Gebiet zwischen Hof, Bayreuth und Kulmbach. Aktivisten des Stützpunkts führten mehrfach Flugblattverteilungen an verschiedenen Orten im Landkreis Hof durch.

Stützpunkt Mainfranken

Mitglieder und Sympathisanten	etwa 15 Personen
Gründung	13. September 2014
Aktionsraum	Unterfranken

Der Stützpunkt rekrutiert sich u. a. aus Rechtsextremisten, die in der ehemaligen Kameradschaft Main-Spessart organisiert waren. Aktivisten des Stützpunkts verteilten wiederholt Anti-Asyl-Flugblätter in den Landkreisen Aschaffenburg, Mainfranken und Main-Spessart.

Stützpunkt München/Oberbayern

Mitglieder und Sympathisanten	etwa 20 Personen
Gründung	23. März 2014
Aktionsraum	München und Oberbayern

Der bisherige Einzugsbereich des Stützpunkt München wurde im Oktober auf den gesamten Regierungsbezirk Oberbayern ausgeweitet, die neue Bezeichnung lautet Stützpunkt München/

Oberbayern. Das rechtsextremistisch verklärte Gedenken an den Zweiten Weltkrieg und den Nationalsozialismus spielt eine besondere Rolle in den Aktivitäten des Stützpunkts. Im März trafen sich Aktivisten in München zu einem Heldengedenken. Am 8. Mai, dem Jahrestag des Kriegsendes, besuchten Aktivisten mehrere Kriegsgräberstätten in München und im Regierungsbezirk Oberbayern und nahmen an dem sog. „Charlemagne-Gedenken“ in Bad Reichenhall teil. Wiederholt verteilten Aktivisten des Stützpunkts in München und im Landkreis München Anti-Asyl-Flugblätter.

Stützpunkt Nürnberg/Fürth

Mitglieder und Sympathisanten	etwa 40 Personen
Gründung	29. März 2014
Aktionsraum	Metropolregion Nürnberg/Fürth

Die Aktivisten des Stützpunkts festigen durch interne Treffen, u. a. anlässlich von rechtsextremistisch geprägten Gedenkveranstaltungen, ihren Zusammenhalt und versuchen zudem neue Unterstützer zu gewinnen. Im Mai stellte der Stützpunkt seine Aktivitäten vor und lud dazu auch neue Interessenten ein. Ein weiterer Schwerpunkt des Stützpunkts ist das Thema Anti-Asyl. Mehrfach fanden hierzu Flugblatt-Verteilaktionen statt.

Stützpunkt Ostbayern

Mitglieder und Sympathisanten	etwa 20 Personen
Gründung	21. Juni 2014
Aktionsraum	Niederbayern, Oberpfalz

Schwerpunkt der Aktivitäten des Stützpunkts ist die Agitation gegen Asylbewerber. Aktivisten des Stützpunkts verteilten Flugblätter an vielen Orten in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz. Zudem führten sie am 11. Juli eine Kundgebungstour in der Oberpfalz durch. In Cham, Furth im Wald, Neunburg vorm Wald und Schwandorf fanden Versammlungen mit durchschnittlich 25 Rechtsextremisten statt.

Für den Umgang mit Polizei und Justiz im Rahmen solcher Aktionen wurden Mitglieder und Sympathisanten am 25. Januar unter dem Motto „Leitlinien für Nationale Aktivisten“ geschult. Die positive Bezugnahme auf den Nationalsozialismus zeigte sich u. a. an Aktivitäten zum sog. „Heldengedenken“.

Stützpunkt Schwaben

Mitglieder und Sympathisanten	etwa 15 Personen in Bayern
Gründung	17. Mai 2014
Aktionsraum	Schwaben, Baden-Württemberg

Der Stützpunkt entfaltet Aktivitäten in Bayern und Baden-Württemberg. Den Prozess gegen vier Mitglieder der baden-württembergischen Neonazigruppierung Autonome Nationalisten Göppingen, denen die Gründung bzw. die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung in einem besonders schweren Fall vorgeworfen wurde, begleitete der Stützpunkt mit einer Vielzahl von Hetzartikeln auf seiner Homepage sowie durch die zeitweilige Präsenz im Gerichtssaal. Die vier Angeklagten wurden im August zu Haft- bzw. Bewährungsstrafen verurteilt.

An der im Oktober von der Partei III. Weg gestarteten Kampagne „Deutsche Winterhilfe“ beteiligten sich Aktivisten des Stützpunkts, indem sie an mehreren Orten in Schwaben entsprechende Flugblätter verteilten. Mit der Kampagne will sich die Partei III. Weg als einzige politische Kraft darstellen, die noch soziale Notlagen in der deutschen Bevölkerung im Blick hat, während sich alle anderen politischen Kräfte ausschließlich auf Flüchtlinge konzentrierten.

6.3 Partei DIE RECHTE

	Deutschland	Bayern
Mitglieder	500	40
Vorsitzender	Christian Worch	Philipp Hasselbach
Gründung	2012	24. Mai 2015
Sitz	Parchim / Mecklenburg- Vorpommern	München



Die im Jahr 2012 gegründete Partei DIE RECHTE ist neonazistisch ausgerichtet, ein Großteil der Mitglieder – auch in Führungspositionen – stammt aus der Neonazi-Szene. Ein politisch ideologischer Schwerpunkt der Partei DIE RECHTE ist die Fremdenfeindlichkeit. Das Parteiprogramm stellt einen Zusammenhang zwischen Migranten und dem Begehen von Straftaten her, um Migranten pauschal zu diskreditieren und Vorurteile gegenüber Flüchtlingen zu schüren.

Strukturen

Die Partei DIE RECHTE hat ihre Strukturen in Bayern deutlich ausgebaut. Zusätzlich zu dem seit 20. April 2014 bestehenden Kreisverband München entstanden neue Kreisverbände in Nürnberg, Bamberg und Rosenheim. Darüber hinaus wurde ein bayerischer Landesverband gegründet. Mittlerweile ist die Partei in zehn Bundesländern vertreten. Landesverbände gibt es in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Brandenburg, Berlin, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Mehr als die Hälfte der Mitglieder wohnt in Nordrhein-Westfalen. In Bayern hat sich das Mitgliederpotenzial von zehn im Jahr 2014 auf 40 im Jahr 2015 erhöht.

DIE RECHTE
in Bayern

Kreisverband München

Mitglieder	15
Gründung	20. April 2014

Der Kreisverband München versucht trotz seines geringen Mitgliederpotenzials möglichst große öffentliche Aufmerksamkeit zu erhalten.

Hierzu hält er seine Kundgebungen im Rahmen von sog. „Kundgebungstouren“ möglichst breit im Stadtgebiet und wählt provokative Versammlungsorte und -anlässe.

Demonstration
gegen NS-Doku-
mentationszentrum

Am 30. April demonstrierten neun Rechtsextremisten aus dem Umfeld der Partei DIE RECHTE gegen die Eröffnung des NS-Dokumentationszentrums in München. Für den im NSU-Prozess angeklagten Ralf Wohlleben führten zwölf Mitglieder und Sympathisanten der Partei DIE RECHTE am 3. März eine Solidaritätskundgebung vor dem Münchner Justizzentrum durch. Mit dem Ziel der Nachwuchsgewinnung wendet sich der Kreisverband München gezielt an Jugendliche und junge Erwachsene. Mehrfach führte er hierzu Flugblatt-Verteilaktionen im Umfeld von Münchner Schulen durch.

Kreisverband Nürnberg

Mitglieder	10
Gründung	28. Januar 2015

Der Kreisverband Nürnberg brachte seine Solidarität mit verurteilten Rechtsextremisten mehrfach durch öffentliche Aktionen zum Ausdruck. Am 7. März veranstaltete er vor der Nürnberger Justizvollzugsanstalt eine Kundgebung für die Freilassung des bis Oktober dort wegen Volksverhetzung inhaftierten Rechtsextremisten Gerhard Ittner und weiterer inhaftierter Rechtsextremisten. Im Anschluss versuchten dreizehn Rechtsextremisten, einen Aufzug anlässlich des Weltfrauentags am Nürnberger Hauptbahnhof zu stören. Die Polizei musste die Rechtsextremisten mit Schlagstock- und Pfeffersprayeinsatz daran hindern, die Frauengruppe tätlich anzugreifen.

Den Gründer der verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann lud der Nürnberger Kreisverband am 23. August zu einem Vortrag ein. Im Themenfeld Anti-Asyl organisierte der Kreisverband mehrfach Kundgebungen in Nürnberg.

Kreisverband Bamberg

Mitglieder	10
Gründung	1. März 2015

Die Mitglieder und Sympathisanten des Kreisverbands Bamberg stammen aus der regionalen Neonazi- und Hooliganszene. Die Gruppierung weist ein erhöhtes Aggressionspotenzial auf. Gegen Personen aus dem Umfeld der Partei DIE RECHTE leitete die Staatsanwaltschaft Bamberg ein Verfahren wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung und des Verdachts der Vorbereitung eines Explosions- und Strahlungsverbrechens ein. Die Polizei beschlagnahmte bei Durchsuchungen illegale Pyrotechnik, darunter 15 Kilogramm Sprengstoffprodukte und zwei sog. Kugelbomben mit jeweils etwa einem Kilogramm hochexplosiver Treibladung sowie Gotcha-Waffen, Elektroschocker und eine scharfe 9mm-Pistole mit Munition. Es ist davon auszugehen, dass bereits mehrere Gewalttaten in Planung waren. Unter anderem sollten Übergriffe gegen Asylbewerberunterkünfte in Bamberg durchgeführt werden. Dabei sollte die beschlagnahmte Pyrotechnik zum Einsatz kommen.

Ermittlungs-
verfahren

Kreisverband Rosenheim

Mitglieder	5
Gründung	10. Mai 2015

Schwerpunkt der Aktivitäten des Kreisverbands Rosenheim ist das Themenfeld Anti-Asyl. Am 29. August fand in diesem Zusammenhang in Rosenheim eine Demonstration mit etwa 100 Rechtsextremisten statt. Neben dem Landesvorsitzenden der Partei DIE RECHTE, Philipp Hasselbach, trat dabei auch ein Vertreter der NPD als Redner auf.

7. Rechtsextremistische Vereinigungen

7.1 Bürgerinitiativen

Durch die Bezeichnung als „Bürgerinitiative“ wollen sich Rechtsextremisten als bürgernahe und wählbare politische Alternative präsentieren.

Bürgerinitiative A (BIA) e. V. (BIA-Nürnberg)

Größe	etwa 5 Personen
Gründung bzw. erstmalige Aktivitäten	Juli 2001
Aktionsraum	Nürnberg



Tarnorganisation
der NPD

Die Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg hat sich im Januar in Bürgerinitiative A (BIA) e. V. umbenannt. Durch die Entfernung des Begriffs „Ausländerstopp“ aus dem Vereinsnamen wird die rechtsextremistische Prägung der BIA-Nürnberg noch stärker verschleiert. Bei der Gruppierung handelt es sich um eine rechtsextremistische Tarnorganisation der NPD, die ausländerfeindlich ausgerichtet ist. Im Nürnberger Stadtrat ist die BIA-Nürnberg mit den Stadträten Ralf Ollert und Fridrich Luft vertreten. Luft veröffentlichte auf dem Facebook-Profil der BIA-Nürnberg im Oktober „10 Thesen“, in denen er u. a. Verhandlungen über eine „Fusion“ Deutschlands mit Österreich forderte, mit dem Ziel, „eine Republik Deutschland mit der Hauptstadt Wien“ zu bilden. Die historische Anknüpfung an den sog. „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland im Jahr 1938 ist offenkundig. Die Aktivitäten im Stadtrat konzentrierten sich vor dem Hintergrund ansteigender Flüchtlingszahlen vorrangig auf das Themenfeld Anti-Asyl.

Bei der PEGIDA-Bewegung versuchte die BIA-Nürnberg neue Unterstützer zu gewinnen. Im Zusammenhang mit den Aktivitäten der rechtsextremistischen Gruppierung NüGIDA veröffentlichte die BIA-Nürnberg eine „Information für mündige Bürger“, in der sie zur Teilnahme an den NüGIDA-Veranstaltungen aufrief und das Engagement der NüGIDA-Aktivisten als „ehren- und unterstützenswert“ bezeichnete.

Bürgerinitiative Ausländerstopp München (BIA-München)

Größe	etwa 30 Personen
Gründung bzw. erstmalige Aktivität	September 2007
Aktionsraum	München



Die NPD-Tarnliste BIA-München ist seit 2008 durch Karl Richter im Stadtrat vertreten. Er ist Vorsitzender der BIA-München und war bis zu seinem Rücktritt im Oktober 2014 auch Landesvorsitzender der NPD. Seit dem Einzug der NPD in das Europäische Parlament ist Richter Parlamentarischer Referent von Udo Voigt.

Die BIA-München hält engen Kontakt zur Neonaziszene. So sprach Karl Richter am 11. Juli bei einer Kundgebung des Nürnberger Kreisverbands der neonazistisch geprägten Partei DIE RECHTE. Für die Teilnahme an einer Anti-Asylkundgebung der Partei III. Weg am 15. August in München warb auch die BIA-München.

Zum Jahresbeginn versuchte die BIA-München die Protestgruppe BAGIDA (Bayern gegen die Islamisierung des Abendlandes) in München für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, indem sie zur Teilnahme an Kundgebungen aufrief. Aufgrund von ideologischen Differenzen hinsichtlich der Haltung zu Israel stellte die BIA-München ihr Engagement für BAGIDA bald wieder ein, suchte aber weiterhin Anknüpfungspunkte bei der PEGIDA-Bewegung. Richter trat bei Kundgebungen von PEGIDA-Ablegern in Suhl (Thüringen) und in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) als Redner auf. Mit dem Entstehen der Gruppierung PEGIDA-München als Nachfolgerin von BAGIDA erfolgte erneut eine Annäherung. In einer Presseerklärung mit der Überschrift „Schützenhilfe für die Münchner PEGIDA“ solidarisierte sich Richter öffentlichkeitswirksam mit PEGIDA-München. Unverändert spielt zudem die Agitation gegen Asylbewerber eine herausgehobene Rolle in der Stadtratstätigkeit der BIA-München.



Bürgerinitiative Ausländerstopp Augsburg (BIA-Augsburg)

Größe	Funktionärsgruppe
Gründung bzw. erstmalige Aktivität	2009
Aktionsraum	Augsburg
Publikation	Neues Schwaben

Die BIA-Augsburg ist im Internet sowohl mit einer Webseite als auch mit einem Profil im sozialen Netzwerk Facebook aktiv. Im Impressum der Webseite ist der Rechtsextremist Roland Wuttke als Verantwortlicher genannt, erreichbar unter der Anschrift des NPD-Bundesverbands in Berlin. Dies belegt die NPD-Nähe der BIA-Augsburg. Eine Kundgebung der BIA-Augsburg am 8. August besuchten auch Aktivisten des Nürnberger Kreisverbands der Partei DIE RECHTE.

Bürgerinitiative Soziales Fürth e. V. (BiSF)

Größe	etwa 20 Personen
Gründung bzw. erstmalige Aktivität	2009
Aktionsraum	Fürth

Die BiSF agitiert ausländerfeindlich und wendet sich gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in Fürth. Aktivisten der BiSF verteilten mehrfach in Fürth Flugblätter. Zudem mobilisierte die BiSF für eine Demonstration der Partei III. Weg unter dem Motto „Asylflut stoppen“ am 29. August in Fürth.

Bürgerinitiative Soziale Alternative Oberpfalz e. V. (BiSAO)

Größe	etwa 25 Personen
Gründung bzw. erstmalige Aktivität	2012
Aktionsraum	Oberpfalz

Die BiSAO, die Oberpfälzer Neonazis im Mai 2012 gegründet hatten, um mit dieser Tarnorganisation kommunalpolitischen Einfluss zu gewinnen, hat ihre Aktivitäten inzwischen fast ausschließlich auf das Internet beschränkt. Sie ist mit einem Profil im sozialen



Netzwerk Facebook vertreten und verlinkt dort Nachrichten zum Thema Asyl, mit denen Stimmungsmache gegen Flüchtlinge betrieben wird.

7.2 Sonstige rechtsextremistische Organisationen

Gesellschaft für Freie Publizistik e. V. (GfP)

Die GfP wurde 1960 von ehemaligen SS-Offizieren und NSDAP-Funktionären gegründet. Sie ist die mitgliederstärkste rechtsextremistische Kulturvereinigung, ihr gehören vor allem Verleger, Redakteure, Schriftsteller und Buchhändler an. Die GfP, die ihren Sitz in München hat, stellt drei Themen in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten: die Relativierung der Kriegsschuld, die „Ausländerfrage“ und die Meinungsfreiheit für die „nationale Publizistik“. Sie unterhält Verbindungen zu rechtsextremistischen Organisationen sowie zu organisationsunabhängigen rechtsextremistischen Verlagen und Vertriebsdiensten. Von der GfP veranstaltete Kongresse dienen dazu, Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum zusammenzuführen und den organisationsübergreifenden Zusammenhalt zu stärken. Vom 29. bis 31. Mai fand in Kirchheim (Thüringen) der von rund 150 Rechtsextremisten besuchte GfP-Jahreskongress statt. Im Rahmen der Veranstaltung wurde eine Auszeichnung an den Herausgeber der von 1991 bis 2001 produzierten rechtsextremistischen Publikation „Staatsbriefe“ (1991–2001), Hans-Dietrich Sander, verliehen. Die Laudatio hielt das NPD-Bundesvorstandsmitglied Arne Schimmer.



Aktivitas der Burschenschaft Danubia München

Die Burschenschaft Danubia hat ihren Sitz in München. In der etwa zehn Personen umfassenden Aktivitas (= studierende Mitglieder) der Burschenschaft engagieren sich einzelne Personen, die Beziehungen zur rechtsextremistischen Szene unterhalten oder in der Vergangenheit unterhalten haben. Bei Veranstaltungen der Aktivitas traten seit Jahren auch Referenten aus dem rechtsextremistischen Bereich auf. Die Aktivitas der Burschenschaft Danubia ist maßgeblich an der Durchführung der in regelmäßigen Abständen in München stattfindenden „Bogenhausener Gespräche“ beteiligt. Im Jahr 2014 war Redner u. a. der Vordenker

Bogenhausener
Gespräche

der französischen Neuen Rechten, Alain de Benoist. Wegen Bau-
maßnahmen am Verbindungshaus gab es zuletzt nur vereinzelte
Veranstaltungen.

Aktivitas der Burschenschaft Frankonia Erlangen

Veranstaltungen bei der Erlanger Burschenschaft Frankonia wurden in der Vergangenheit wiederholt von Rechtsextremisten beworben und besucht. Am 4. Juli stellte die Burschenschaft ihr Verbindungshaus in Erlangen für die Messe „Zwischentag“ zur Verfügung. Unter den Ausstellern dieser Messe waren mehrere Organisationen mit Bezügen zum Rechtsextremismus, darunter das Magazin „Umwelt & Aktiv“, das von dem rechtsextremistischen Verein Midgard e. V. mit Sitz in Landshut herausgegeben wird. Unter den Besuchern waren mehrere Personen aus der rechtsextremistischen Szene, darunter auch der ehemalige Leiter der verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann, Karl-Heinz Hoffmann. Trotz der teils extremistischen Aussteller und Besucher wurde der Verlauf der Messe auf dem von der Aktivitas betriebenen Facebook-Profil der Burschenschaft Frankonia positiv kommentiert. Zugleich wurde zunächst in Aussicht gestellt, dass die Messe im Jahr 2016 wieder im Verbindungshaus der Frankonia stattfinden kann. Im Zusammenhang mit der Medienberichterstattung wurde diese Zusage später wieder zurückgenommen.

Europäische Aktion (EA)



Die EA ist eine seit 2010 schwerpunktmäßig in Deutschland aktive rechtsextremistische Organisation, die versucht, im europäischen Raum ein antisemitisch-rassistisches Netzwerk aufzubauen. Offizieller Sitz der EA ist das sog. Zentralsekretariat in der Schweiz. Als Landesleiter für Deutschland tritt der frühere NPD-Mandatsträger und Publizist Rigolf Hennig auf. 2012 wurde ein EA-Stützpunkt München/Oberbayern gegründet. Vorgebliches Ziel der EA ist die Bildung einer gesamteuropäischen „Freiheitsbewegung“. Tatsächlich haben sich in der EA europäische Holocaust-Leugner gesammelt, deren Ziel es ist, an einem „Tag X“ alle „Fremd- und Gemischtrassigen“ sowie deren Partner ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit und erworbene Rechtspositionen aus dem „Deutschen Reich“ zu entfernen.

In München unterstützt die EA regelmäßige Treffen von Rechtsextremisten, an denen sich Vertreter mehrerer rechtsextremistischer Organisationen wie der NPD, der Parteien III. Weg und DIE RECHTE sowie der Bürgerinitiative Ausländerstopp München beteiligen. Die Treffen, die von bis zu 50 Rechtsextremisten besucht werden, sollen den szeneeinternen Austausch fördern. Aktivisten der EA waren am 24. Mai bei der Gründung des bayerischen Landesverbandes der Partei DIE RECHTE in Koltitzheim-Stammheim anwesend.

Midgard e. V.

Rechtsextremisten setzen seit geraumer Zeit vermehrt auf gesellschaftspolitische Themen; dazu zählen auch Umwelt- und Naturschutz. In Bayern hat sich im Jahr 2006 innerhalb der Szene der rechtsextremistische Umweltverein Midgard e. V. mit Sitz in Landshut etabliert.

Dem Vorstand des Vereins gehören überwiegend Rechtsextremisten an, die zum Teil in der NPD aktiv waren oder sind. Der Vorsitzende führte in der Vergangenheit den NPD-Bezirksverband Niederbayern. Die von Midgard e. V. herausgegebene Publikation „Umwelt & Aktiv“ verbindet ökologische Themen mit typischen rechtsextremistischen Argumentationsmustern wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diffamierung des politischen Systems oder der Forderung nach einer Volksgemeinschaft.

Die in den Ausgaben von „Umwelt & Aktiv“ behandelten Themen „Umwelt, Natur- und Tierschutz“ stoßen in der rechtsextremistischen Szene zunehmend auf Interesse. Verschiedene rechtsextremistische Internetportale berichten über die Publikation. So informierte die Webseite der rechtsextremistischen Partei III. Weg über eine neue Ausgabe. Die NPD vertreibt einzelne Ausgaben der Zeitschrift „Umwelt & Aktiv“ über ihren Materialdienst.



Einer Klage von Midgard e. V. gegen die Erwähnung des Vereins und der Zeitschrift „Umwelt & Aktiv“ im Verfassungsschutzbericht Bayern 2012 hat das Verwaltungsgericht München mit Urteil vom 14. Januar 2016 stattgegeben. Die Berufung wurde zugelassen. Die Entscheidung ist nicht rechtskräftig.

8. Neonazismus und Kameradschaften

Bekenntnis
zum National-
sozialismus

Der Neonazismus ist eine besonders menschenverachtende Erscheinungsform des Rechtsextremismus: Er umfasst alle Aktivitäten und Bestrebungen, die sich offen zur Ideologie des Nationalsozialismus bekennen. Ziel der Neonazis ist die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Errichtung eines vom Führerprinzip bestimmten autoritären bzw. totalitären Staates. Neonazis betreiben revisionistische Vergangenheitsverfälschung, indem sie die Geschichtsschreibung über die Zeit des Dritten Reichs ändern wollen und die Gewaltherrschaft des nationalsozialistischen Regimes rechtfertigen oder verharmlosen. In Bayern sind wie in den Vorjahren rund 700 Personen der Neonazi-Szene zuzuordnen.

„Moderne“ Neonazis thematisieren aktuelle sozial- oder gesellschaftspolitische Fragen und liefern vermeintlich einfache Antworten. Bei Demonstrationen greifen sie tagespolitische Themen auf und fordern beispielsweise die „Todesstrafe für Kindermörder“ oder „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“. Ihre Thesen stützen Neonazis auf rassistische und antisemitische Argumentationsmuster.

Überregionale
Netzwerke

Um die Behörden im Hinblick auf Veranstaltungsanmeldungen oder eventuelle Verbotsüberlegungen zu täuschen, schließen sich Neonazis in informellen Gruppen zusammen, die weitgehend ohne feste Strukturen auskommen oder solche zu verschleiern versuchen. Zu beobachten ist eine Zusammenarbeit dieser informellen Gruppen in überregional tätigen Netzwerken. Die Vernetzung erfolgt heute weitgehend über moderne Kommunikationsmittel wie das Internet.



Verbot des Freien Netzes Süd (FNS)

Nachdem das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr im Juli 2013 bayernweit über 70 Wohnungen und Postfächer von führenden Aktivisten des FNS hatte durchsuchen lassen, verbot es das Netzwerk am 23. Juli 2014. Daneben beschlagnahmte es das Grundstück Oberprex 47, sowie Gegenstände des Final Resistance Versandtes und zog beides zu Gunsten des Freistaates Bayern ein.



Das FNS hatte sich in den vergangenen Jahren zum größten kameradschaftsübergreifenden neonazistischen Netzwerk in Bayern entwickelt. Es war aktionsorientiert und verstand sich in erster Linie als Mobilisierungsplattform und Informationsportal, mit dem Ziel, die gesamte bayerische Neonaziszene zu vernetzen. Aktionsschwerpunkte waren Franken und die Oberpfalz, auch wenn das FNS bayernweit aktiv war. Hauptakteure waren Matthias Fischer, Norman Kempken und Tony Gentsch. Dem FNS waren rund 100 bis 150 Aktivisten zuzuordnen; in seiner Hochphase konnte es bis zu 350 Anhänger mobilisieren.

Das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr stellte in der Verbotsverfügung fest, dass das FNS die aggressiv-kämpferischen verfassungsfeindlichen Bestrebungen der 2004 verbotenen Fränkischen Aktionsfront (F.A.F.) an deren Stelle weiter verfolgte und daher als dessen Ersatzorganisation anzusehen war. Das FNS knüpfte personell, in seinen Zielen, seiner ideologischen Prägung, seinem Auftreten und seinen Aktionen nahtlos an die verbotene F.A.F. an.

41 Aktivisten klagten gegen das Verbot. Mit Urteil vom 20. Oktober hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Klagen abgewiesen. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof bestätigte die Eigenschaft des FNS als Vereinigung im Sinne des Vereinsgesetzes. Das FNS habe als eine Art Dachverband der ihm angeschlossenen regionalen und lokalen neonazistischen Vereinigungen (Kameradschaften) eine Koordinierungs- und Lenkungsfunktion für ganz Bayern wahrgenommen und von sich aus politische Aktionen zentral gesteuert, die dann von gleichgesinnten Gruppen oder Einzelpersonen auf regionaler oder lokaler Ebene umgesetzt wurden.

Klagen gegen
FNS-Verbot
abgewiesen

FNS-Aktivitäten
verlagert

Die bayerische neonazistische Szene, insbesondere die ehemaligen Kameradschaften aus dem Umfeld des FNS, haben ihre Aktivitäten inzwischen weitgehend unter das Dach der Partei Der Dritte Weg (III. Weg) verlagert. Zwar sind im aktuellen Parteivorstand keine bayerischen Rechtsextremisten vertreten, rund ein Drittel der Stützpunkte befindet sich jedoch in Bayern. Die Stützpunkte entsprechen weitgehend den bisherigen geografischen Schwerpunkten des FNS.

Initiiert wurden die Stützpunktgründungen von Rechtsextremisten aus dem Umfeld des verbotenen FNS. Aktivitäten, die früher unter dem Dach des FNS erfolgten, werden nun als Aktivitäten der Partei III. Weg deklariert. So trat bei den in den letzten Jahren regelmäßig vom FNS organisierten Veranstaltungen zum Gedenken an die Bombardierung Dresdens im Februar, zum 1. Mai und zum sog. „Heldengedenken“ im November die Partei III. Weg als Organisator auf.



8.1 Neonazistische Gruppen

Kameradschaft Altmühltal

Weitere Bezeichnungen	KS Altmühltal (KSA)
Aktivisten und Sympathisanten	20–30 Personen
Gründung bzw. erstmalige Aktivität	2004
Aktionsraum	Neumarkt i. d. OPf., Dietfurt a. d. Altmühl

Die Gruppierung war in ihrer Anfangszeit der rechtsextremistischen Skinheadszene zuzurechnen, Partys und Skinhead-Musik standen für sie im Vordergrund. In den letzten Jahren haben sich

die Kameradschaftsmitglieder zunehmend politisiert und treffen sich zu internen Kameradschaftsabenden und Stammtischen. Gegen Angehörige der Kameradschaft Altmühltal wurde im Jahr 2014 wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz (Anfertigen und Zünden von Molotowcocktails) ermittelt. Das Strafverfahren ist durch Urteil vom 29. April abgeschlossen. Die Beschuldigten wurden zu Freiheitsstrafen, ausgesetzt zur Bewährung, verurteilt.

Freie Kräfte Berchtesgadener Land

Aktivisten und Sympathisanten	etwa 10 Personen
Gründung bzw. erstmalige Aktivität	2012
Aktionsraum	Berchtesgaden, Bad Reichenhall Freilassing

Aktivisten der Kameradschaft waren an der Organisation einer Gedenkveranstaltung zum Tod von zwölf Angehörigen der französischen Waffen-SS-Division Charlemagne am 8. Mai in Bad Reichenhall beteiligt. An der Veranstaltung nahmen 25 Rechtsextremisten, darunter Aktivisten der Partei III. Weg, teil. Am 15. August beteiligten sich Aktivisten der Kameradschaft an einer Kundgebung der Partei III. Weg in München.

Division Franken

Aktivisten und Sympathisanten	etwa 20 Personen
Gründung bzw. erstmalige Aktivität	Ende 2010
Aktionsraum	Mittel- und Oberfranken



Die Gruppierung hat ihre eigenständigen Aktivitäten weitgehend eingestellt. Auch der Internetauftritt wurde nicht mehr aktualisiert. Gelegentlich beteiligen sich Personen, die der Gruppierung zuzurechnen sind, an Veranstaltungen anderer rechtsextremistischer Organisationen. So waren bei der Gründung des bayerischen Landesverbandes der Partei DIE RECHTE am 24. Mai in Koltzheim-Stammheim Personen anwesend, die Hemden mit aufgedrucktem Logo der Division Franken trugen.

Fränkischer Heimatschutz (FHS)

Aktivisten und Sympathisanten	etwa 5 Personen, rund 30 Unterstützer
Gründung bzw. erstmalige Aktivität	September 2010
Aktionsraum	Großraum Coburg

Von September 2010 bis Frühjahr 2013 betrieb eine Gruppe von Rechtsextremisten aus dem Raum Coburg unter dem Namen „Fränkischer Heimatschutz“ ein Internetportal, auf dem Presseartikel rassistisch und geschichtsrevisionistisch kommentiert und szeneeinterne Veranstaltungen beworben wurden. Am 1. Mai fand anlässlich des Tags der Arbeit in Saalfeld (Thüringen) eine rechtsextremistische Kundgebung statt. Kundgebungsteilnehmer trugen dabei auch ein Transparent des FHS.

Kameradschaft Unterfranken (KSU)

Aktivisten und Sympathisanten	15 Personen
Gründung bzw. erstmalige Aktivität	2013
Aktionsraum	Würzburg

Die KSU verfolgt das Ziel, eine Schnittstelle zwischen rechtsextremistischen Parteien und der Neonaziszene zu bilden. Maßgeblicher Aktivist der KSU ist der Vorsitzende des NPD-Bezirksverbands Unterfranken, Ralf Mynter. Die Kameradschaft Unterfranken beteiligte sich am 15. März maßgeblich an einer rechtsextremistischen Kundgebung in Würzburg. Bis zu 20 Rechtsextremisten nahmen an dieser Kundgebung teil, darunter auch Personen aus dem Umfeld der Partei DIE RECHTE sowie von der Neonazigruppierung Nationaler Widerstand Zweibrücken (Rheinland-Pfalz). Bei der Gründung des bayerischen Landesverbands der Partei DIE RECHTE am 24. Mai in Koltitzheim-Stammheim waren auch Aktivisten der KSU anwesend.

9. Rechtsextremistische Jugend-Szenen und Subkulturen

In rechtsextremistischen Jugend-Szenen verbindet sich eine diffuse Weltanschauung mit Elementen, die an zentrale Merkmale des Nationalsozialismus angelehnt sind. Um junge Aktivisten zu gewinnen, hat sich die rechtsextremistische Szene modisch und ideologisch geöffnet. Die früher typischen Glatzen und Springerstiefel der Skinheads sind weitestgehend verschwunden. Lange Haare, Piercings oder Basecaps und sogar Merkmale aus dem „linken“ und linksextremistischen Spektrum wurden übernommen. Eine rechtsextremistische Gesinnung ist somit äußerlich nur noch schwer zu erkennen. Dadurch sollen Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner, Polizeikontrollen oder Probleme mit Eltern, Freunden, in der Schule oder im Beruf vermieden werden. In rechtsextremistischen Jugend-Szenen gibt es in der Regel weder feste Organisationsstrukturen noch formelle Mitgliedschaften.

Die Anzahl rechtsextremistischer Skinheads ist in Bayern in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Das Personenpotenzial der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene hat sich jedoch insgesamt bei rund 300 Personen stabilisiert. Der Abwärtstrend bei den Skinheads wurde durch die Unterwanderung anderer Subkulturen relativiert. Insbesondere neue rechtsextremistische subkulturelle Strukturen wie die NS-Hatecore-Szene oder die NS-Black-Metal-Szene erhalten verstärkt Zulauf. Knapp 100 subkulturell orientierte Rechtsextremisten sind diesen jüngeren Strömungen wie auch dem Neofolk, NS-Hip-Hop und NS-Techno zuzurechnen.

Mit der Unterwanderung versuchen Rechtsextremisten, ihre Feindbilder und Ideologie einfließen zu lassen, um Anhänger für die NS-Ideologie zu gewinnen bzw. um rechtsextremistische Tendenzen in diese Subkulturen zu tragen. Dabei werden Black Metal, Hatecore und Neofolk sowie Hip-Hop und Techno mit rechtsextremistischen Texten unterlegt. Einzelpersonen sind auch in der rechtsorientierten Hooligan-Szene aktiv. Teilweise entwickeln sich aus erlebnisorientierten Skinheadgruppierungen auch gewaltbereite Aktionsgruppen mit klarer politischer Zielsetzung.

Unterwanderung
anderer
Subkulturen

Weisse Wölfe
Terrorcrew

Ein Beispiel hierfür ist die Weisse Wölfe Terrorcrew (WWT), die 2008 als Fangruppe der rechtsextremistischen Skinheadband Weisse Wölfe gegründet wurde. Die Gruppierung war zunächst auf den Hamburger Raum beschränkt, hat ab Mitte 2013 jedoch bundesweit expandiert, unter anderem auch nach Bayern. Ideologisch orientiert sich die WWT am Nationalsozialismus, ihre Anhänger sind wiederholt durch massive Gewaltbereitschaft aufgefallen.

Anlehnung an Erscheinungsbild und Strukturen der Rockerszene

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten nähern sich in ihrem Erscheinungsbild und ihren internen Strukturen vermehrt an die Rockerszene an. So wählen sie beispielsweise englischsprachige Gruppenbezeichnungen, tragen „Kutten“ (Motorradjacken, auf deren Rückenteil das Gruppenlogo aufgenäht ist), pflegen rockerähnliche Aufnahme rituale für Neumitglieder und benennen interne Hierarchieebenen mit englischen Begriffen wie „President“ oder „Secretary“.

Oldschool Society

Ein Beispiel ist das Erscheinungsbild der rechtsextremistischen Gruppierung Oldschool Society (OSS). Ihre Struktur lehnte sich an die von Rockergruppen an. So bestand die Führungsebene unter anderem aus „President“, „Vice-President“, „Secretary“ und „Sergeant at Arms“. Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen die Mitglieder der Gruppe wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung gemäß § 129 a StGB. Auch die mit Abstand mitgliederstärkste Skinheadgruppierung in Bayern, Voice of Anger, weist einzelne Ähnlichkeiten mit Rockergruppierungen auf. So gibt es beispielsweise ein Aufnahmeverfahren, das sich am sog. „Prospect“-Status der Rocker orientiert. Eine strukturierte Zusammenarbeit und ideologische Annäherung der beiden Szenen ist in Bayern aber bislang nicht feststellbar. Weite Teile der rechtsextremistischen Szene lehnen Rockerclubs wegen ihres vergleichsweise hohen Anteils von Migrant*innen ab. Es bestehen aber punktuell personelle Überschneidungen zwischen dem Rockermilieu und der rechtsextremistischen Szene, die zumeist auf geschäftliche Interessen oder persönliche Beziehungen zurückgehen.

Hammerskins (HS)

Die 1988 in den USA gegründeten Hammerskins (HS) propagieren ein rassistisches und zum Teil nationalsozialistisches Weltbild und sehen sich als Elite der rechtsextremistischen Skinheads. Weltweit in die Schlagzeilen gerieten die HS, als der 40jährige Wade Michael Page am 5. August 2012 in Oak Creek (Wisconsin) in einem Sikh-Tempel sechs Menschen niederschoss und anschließend selbst von einem Polizisten getötet wurde. Wade Michael Page war Anhänger der US-amerikanischen „Hammerskin-Bewegung“. Struktur und Aufnahmeverfahren der Hammerskins ähneln dem Rockerclub Hells Angels MC.

So sind die HS in vielen Ländern mit „Divisionen“ vertreten. Europaweit bestehen als regionale Untergliederungen rund 25 Chapter, deren Aktivitäten sich größtenteils auf die Organisation von rechtsextremistischen Konzerten und Veranstaltungen sowie die Selbstorganisation der Hammerskin-Bewegung beschränken. Der Hammerskin-Division Deutschland gehören rund zehn deutsche Chapter mit insgesamt bis zu 100 Skinheads an, darunter das Chapter Bayern und das Chapter Franken.

Voice of Anger

Die 2002 im Großraum Memmingen/Kempton gegründete Skinhead-Gruppierung Voice of Anger ist eine überregional aktive Skinhead-Gruppierung in Bayern. Die etwa 60 Mitglieder und Sympathisanten gehören mehreren Sektionen an. Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stehen die gemeinsame Freizeitgestaltung, interne Veranstaltungen und Feiern sowie die Veranstaltung bzw. der Besuch von Skinhead Konzerten. Mitglieder von Voice of Anger gründeten 2010 die Skinhead-Band Codex Frei. Seit Anfang August wurden im sozialen Netzwerk Facebook für mehrere Orte im Allgäu Profile eingerichtet, die sich gegen Flüchtlinge richten. Die Profile, deren Namen sich jeweils aus dem Wort „Stopp“ und dem jeweiligen Ortsnamen zusammensetzen, fallen durch eine gleichförmige optische Gestaltung auf. Es gibt Hinweise auf eine personelle Verbindung zur Gruppe Voice of Anger.



PEGIDA-Ableger mit extremistischen Bezügen

-
- ▶ **Landesamt für Verfassungsschutz nimmt Beobachtung von NüGIDA, PEGIDA Franken, PEGIDA-München und PEGIDA Nürnberg auf**
 - ▶ **Rechtsextremisten und verfassungsschutzrelevante Islamfeinde prägen Ausrichtung der Gruppierungen**
 - ▶ **Wesentliche Bestandteile der Ideologie sind Hetze gegen Muslime und Aufrufe zur Selbstjustiz**

In Bayern schlossen sich mehrere Gruppierungen der seit Oktober 2014 von Dresden ausgehenden Protestbewegung PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) an bzw. griffen in ihrer Selbstbezeichnung auf ähnliche Namensbestandteile zurück.

Die Gruppierungen PEGIDA-München, PEGIDA Nürnberg, NüGIDA und PEGIDA Franken in Würzburg werden vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz als extremistische Bestrebungen beobachtet.

Unter den Verantwortlichen bzw. Rednern finden sich Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum wie auch aus dem Bereich der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit.

Kennzeichnend für die Ideologie, die diese Gruppierungen auf ihren Kundgebungen und über das Internet verbreiten, sind die Hetze gegen Muslime und muslimische Asylbewerber sowie Aufrufe zur Selbstjustiz. Insoweit Rechtsextremisten Einfluss auf die ideologische Ausrichtung der Gruppierungen haben, finden sich auch rassistische Argumentationsmuster wie die Unterstellung eines angeblichen „Bevölkerungsaustauschs“.

1. NüGIDA

Aktivitäten seit	Februar 2015
Aktionsraum	Nürnberg

Die rechtsextremistische Szene etablierte mit NüGIDA („Nürnberg gegen die Islamisierung des Abendlandes“) eine eigene Plattform, mit der sie die ideologischen Leitlinien unabhängig von der verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene bestimmt. Am 16. Februar fand die erste NüGIDA-Kundgebung in Nürnberg mit 150 Teilnehmern statt, die überwiegend der rechtsextremistischen Szene angehörten. Der Kreisverband Nürnberg der rechtsextremistischen Partei DIE RECHTE hatte auf Facebook zur Teilnahme an der NüGIDA-Kundgebung aufgerufen. Ein führender Aktivist des Kreisverbands fungierte als Versammlungsleiter. Auch ein NPD-Kreisverband bewarb die Veranstaltung.

Bei der ersten NüGIDA-Veranstaltung am 16. Februar trat auch Michael Stürzenberger als Redner auf. In der Folgezeit beschränkten sich sowohl die Versammlungsteilnehmer wie auch die Redner weitgehend auf Personen aus der rechtsextremistischen Szene. Mehrfach trat der am 24. Mai zum Landesvorsitzenden der Partei DIE RECHTE gewählte Philipp Hasselbach als Redner auf. Das Mobilisierungspotenzial ging auf rund 30 Personen zurück. NüGIDA wird vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistische Bestrebung beobachtet.

Am 19. August hatte sich NüGIDA auf Facebook in „Die Rechte Nürnberg“ umbenannt. Ab September war das Profil von NüGIDA im sozialen Netzwerk Facebook nicht mehr erreichbar und es konnten keine Aktivitäten mehr festgestellt werden. Nachdem Facebook im Januar 2016 die Profile der Partei DIE RECHTE gelöscht hat, reaktivierte NüGIDA sein Profil wieder.

2. PEGIDA Franken

Aktivitäten seit	November 2014
Aktionsraum	Würzburg

An Kundgebungen der Gruppe PEGIDA Franken, die sich zunächst WÜGIDA („Würzburg gegen die Islamisierung des Abendlandes“) nannte, nahmen wiederholt Personen sowohl aus dem parteiungebundenen als auch dem parteigebundenen rechtsextremistischen Spektrum (NPD, Partei Der Dritte Weg, Partei DIE RECHTE) teil.

Am 6. September veröffentlichte PEGIDA Franken auf ihrem Facebook-Profil einen Beitrag, in dem es hieß:

„(...) die Regierung agiert volksfeindlich. Daraus kann nun jeder selber seine Schlüsse ziehen, inwieweit er sich selber noch an das „Recht“ gebunden fühlt“

Diese Aussage ist als Aufruf zur Selbstjustiz zu werten. Bereits am 3. September hatte PEGIDA Franken auf seinem Facebook-Profil von einem „Faustrecht der Deutschen“ gesprochen. Bekräftigt wurde dies noch einmal in einer Facebook-Veröffentlichung vom 27. September, in der PEGIDA Franken ankündigte, bald werde „hierzulande mit den Multikultis abgerechnet“

Aufruf zur
Selbstjustiz

Nach einer Pause von fünf Monaten fand am 12. Oktober eine Kundgebung von PEGIDA Franken mit etwa 100 Teilnehmern in Würzburg statt. Redner war ein führender Aktivist des Kreisverbands Nürnberg der Partei DIE RECHTE, der während der Kundgebung auch als Ordner tätig war. Zudem konnten auf dem Facebook-Profil von PEGIDA Franken Verlinkungen zum Facebook-Profil des Nürnberger Kreisverbands der Partei DIE RECHTE festgestellt werden.

Verlinkungen
zur Partei
DIE RECHTE

In der Gesamtbewertung liegen bei PEGIDA Franken hinreichend gewichtige Anhaltspunkte für Bestrebungen vor, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten.

3. PEGIDA-München – zur Förderung staatsbürgerlicher Anliegen e.V. (PEGIDA-München)

Gegründet am	29.04.2015
Aktionsraum	München

Dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz liegen zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass der Verein PEGIDA-München zur Förderung staatsbürgerlicher Anliegen e. V. extremistische Bestrebungen verfolgt. In der Vorstandschaft wirken Personen mit, die der rechtsextremistischen bzw. der verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene zuzurechnen sind. Während einer Kundgebung von PEGIDA-München am 19. Oktober wurden in einem Redemanuskript des Versammlungsleiters und Vereinsvorsitzenden, Heinz Meyer, die Passagen „Wollt Ihr den totalen Krieg?“ (dies mehrfach) und „schweinische Migranten“ festgestellt.

Dem Redemanuskript ist zu entnehmen, dass der Vereinsvorsitzende mehrmals deutsche Regierungsvertreter, insbesondere die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, mit Hitler, Goebbels und Freisler verglich. Das politische System der Bundesrepublik Deutschland bezeichnete Meyer als „Scheindemokratie“ und verglich es mit einem „quasidiktatorischen System“, gegen das es gelte, „Widerstand“ zu leisten. Die Helfer dieses Staates seien „Landesverräter“. Der Vorsitzende von PEGIDA-München knüpfte in seinem Redebeitrag an rechtsextremistische Denkmuster an, etwa mit der Unterstellung eines Plans zum „Bevölkerungsaustausch“. Mit der Aussage, dass der Rechtsstaat „versagt“, und „Selbstjustiz ein legitimes Mittel“ sei, stellte Meyer das staatliche Gewaltmonopol in Frage.

Wesentliche Teile des Vorstands von PEGIDA-München sind der rechtsextremistischen bzw. verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene zurechenbar. Gegen den Vorsitzenden Heinz Meyer ermittelt das Bayerische Landeskriminalamt seit 2012 im Auftrag des Generalbundesanwalts wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung gemäß § 129 a StGB.

Als Beisitzer gehört dem Vorstand Stefan Werner an. Werner ist seit mehr als zehn Jahren in verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen aktiv gewesen.

2005 kandidierte er bei den Bundestagswahlen für die NPD München-West und im Jahr 2008 für die rechtsextremistische Liste Pro-München für den Münchner Stadtrat. Zwischen 2006 und 2011 war er Vorstandssprecher bei der rechtsextremistischen Vereinigung Pro-München.

Die stellvertretende Vorsitzende Birgit Weißmann zählte zunächst zum Anhängerkreis um Michael Stürzenberger, der zentralen Figur der verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene in Bayern. Sie meldete auch Veranstaltungen für den extremistischen bayerischen Landesverband der Partei DIE FREIHEIT an.

An Kundgebungen von PEGIDA-München nahmen im zweiten Halbjahr 2015 bis zu 330 Personen teil. Die von der Vorgängerorganisation veranstalteten Kundgebungen hatten am Jahresanfang bis zu 1.500 Personen angezogen, darunter bis zu 200 Rechtsextremisten.



4. PEGIDA Nürnberg

Aktivitäten seit	Februar 2015
Aktionsraum	Nürnberg

PEGIDA Nürnberg entstand Ende Februar als Gegenreaktion auf die vorwiegend von Rechtsextremisten besuchten Kundgebungen der Gruppe NÜGIDA. Es liegen zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass die Gruppe PEGIDA Nürnberg extremistische Bestrebungen verfolgt, die dem Phänomenbereich der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit zuzuordnen sind.

Der Versammlungsleiter, Gernot Tegetmeyer, war bis zu seinem Parteiaustritt in der zweiten Jahreshälfte 2015 stellvertretender Landesvorsitzender des bayerischen Landesverbands der Partei DIE FREIHEIT (DIE FREIHEIT Bayern), der verfassungsschutzrelevante islamfeindliche Bestrebungen verfolgt.

Der Vorsitzende der FREIHEIT Bayern, Michael Stürzenberger, war zeitweise stellvertretender Versammlungsleiter und hielt mehrfach Reden bei Kundgebungen von PEGIDA Nürnberg. Neben Stürzenberger trat bei einer Kundgebung von PEGIDA Nürnberg am 19. November eine weitere männliche Person als Redner auf, die sich nicht mit vollem Namen vorstellte. Der Redner, der den Islam als „Koranertum“ bezeichnete, unterstellte allen Muslimen, „tickende Zeitbomben“ zu sein:

„Es gibt keine gemäßigten Korane, der Bazillus des Terrors und der Unterwerfung der ungläubigen Willen, er steckt bereits in den Wurzeln der koranischen Ideologie. Er wird jedem Koraner von der ersten Sure an eingeflößt und macht jeden Koraner zur tickenden Zeitbombe, dieser Bazillus hat auf deutschem und europäischem Boden keinen Platz (...).“

Der Redner forderte, die Verbreitung des Korans zu verbieten, und sprach den Muslimen das Grundrecht auf Religionsfreiheit ausdrücklich ab:

„Die Verteilung dieses Lügenbuches ist zu unterbinden, eine Benutzung ist als demokratiefeindlich zu untersagen, seine Verbreitung, auch auf digitalem Wege, ist zu verhindern, Koranschulen sind zu schließen, Koranunterricht an öffentlichen Schulen hat zu unterbleiben“

„Ich spreche dem Koranertum auch das Recht ab, sich eine Religion zu nennen. Ich spreche dem Koranertum das Recht ab, sich auf die Religionsfreiheit zu berufen.“

Stürzenberger bezeichnete diese Rede als „super“, „praktisch zutreffend“ und „richtig“. Die Aussagen des Redners, in denen Muslime und der Islam verunglimpft werden und die Außerkraftsetzung des Grundrechts auf Religionsfreiheit für Muslime gefordert wird, sind damit PEGIDA Nürnberg zurechenbar und belegen deren ideologische Verankerung in der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit.

Verfassungsschutz- relevante Islamfeind- lichkeit

-
- ▶ **Verwaltungsgerichte erklären Beobachtung der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE Bayern) für zulässig**
 - ▶ **Berichterstattung über Aktivitäten der FREIHEIT Bayern zulässig**

Islamfeindliche Agitation ist nicht auf den Bereich des Rechtsextremismus beschränkt. Auch jenseits der rechtsextremistischen, vornehmlich auf Rassismus begründeten Islamfeindlichkeit gibt es Gruppierungen und Einzelpersonen, die Muslimen die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit nicht zugestehen wollen. Sie setzen den Islam als Weltreligion gleich mit Islamismus und islamistischem Terrorismus und stellen die Religion des Islam als faschistische Ideologie dar, von der eine erhebliche Gefahr für unsere Gesellschaft ausgehe. Bei der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit fehlen die für Rechtsextremismus typischen Ideologieelemente wie autoritäres Staatsverständnis, Antisemitismus, Rassismus oder die Ideologie der Volksgemeinschaft.

Extremistische Bestrebungen im Zusammenhang mit islamfeindlichen Äußerungen richten sich gegen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte (Art. 1 GG), das Diskriminierungsverbot (Art. 3 GG) und die Religionsfreiheit (Art. 4 GG). Als extremistisch sind bestimmte ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen zu beurteilen, die die Geltung der genannten Prinzipien für Muslime und den Islam und seine Glaubensgemeinschaften außer Kraft setzen bzw. beseitigen wollen.

Kritik, die im Rahmen einer geistig-politischen Auseinandersetzung auf Gefahren eines politischen Islam für unsere Grundwerte hinweist, unterliegt demgegenüber nicht dem Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes.

Das Internet wird von verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Gruppierungen intensiv genutzt, um islamfeindliche Inhalte zu verbreiten. Publiziert wird auf Homepages und zunehmend auf Weblogs, auf denen sich auch anonyme Nutzer äußern können, deren Beiträge nicht automatisch den Betreibern zurechenbar sind. Ausschlaggebend für die Bewertung solcher Internetpräsenzen ist dabei, ob und inwieweit die Betreiber selbst extremistische Ziele verfolgen. Auf nicht zurechenbare Einzeläußerungen (z. B. Kommentare in Blogs und Foren) allein lässt sich eine Bewertung als extremistisch nicht stützen.

1. Personenkreis um Michael Stürzenberger

Michael Stürzenberger ist derzeit die zentrale Figur der verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene in Bayern. Um ihn herum hat sich ein Kreis von rund zehn Personen gebildet, die ihn bei seinen Aktivitäten unterstützen. Der Personenkreis um Stürzenberger konstituiert sich vorrangig aus Mitgliedern der Politically Incorrect Gruppe München (PI-München) und des bayerischen Landesverbands der Partei DIE FREIHEIT (DIE FREIHEIT Bayern). Stürzenberger steht beiden Gruppierungen als Leiter (PI-München) und Vorsitzender (DIE FREIHEIT Bayern) vor. Er bezeichnete PI-München in einem frühen Stadium des Bürgerbegehrens gegen einen Moscheebau in München in einem Artikel auf der Internetseite der FREIHEIT Bayern vom 9. September 2012 als das „Kerngerüst“ der FREIHEIT Bayern.

Im Jahr 2010 vereinbarten die PI-München und der Landesverband Bayern der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE Bayern) eine „strategische Allianz“, die auch in gemeinsamen Veranstaltungen öffentlich wahrnehmbar war. Seit Oktober 2013 trat die BPE Bayern nicht mehr öffentlich in Erscheinung. Stürzenberger gab im Januar 2014 sein Amt als Vorsitzender der BPE Bayern auf. Gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts München vom 16.10.2014, in dem die Beobachtung der BPE Bayern durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz für zulässig erklärt wurde, hatte die BPE Bayern Rechtsmittel eingelegt. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat mit Beschluss vom 30. Juli den Antrag der BPE Bayern auf Zulassung der Berufung abgelehnt. Die Entscheidung ist unanfechtbar. Damit ist das Urteil des Verwaltungsgerichts München vom 16.10.2014 rechtskräftig.

Beobachtung
der BPE Bayern
zulässig

Es liegen zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass Stürzenberger und der Personenkreis um ihn verfassungsschutzrelevante islamfeindliche Bestrebungen verfolgen.

Zwar gibt Stürzenberger in verschiedenen Verlautbarungen immer wieder an, lediglich sachlich über die angebliche Verfassungsfeindlichkeit des Islam und die von ihm ausgehenden Gefahren für die Demokratie aufzuklären, worin weder eine generelle Verunglimpfung der Religion oder von Muslimen liege.

Ideologie

Aus der Gesamtschau der Vielzahl an Äußerungen aber, in denen den Muslimen unterstellt wird, islamistische oder gar terroristische Verhaltensweisen seien nicht der Ausnahme-, sondern der alltägliche Normalzustand, lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass die Äußerungen darauf abzielen, Muslime auszugrenzen und verächtlich zu machen.

Als propagandistische Plattform nutzt Stürzenberger insbesondere den Internet-Weblog Politically Incorrect (PI-News), für den er als Autor tätig ist. Der Weblog, der im November 2004 online ging, ist mit PI-München nicht institutionell verbunden. Die auf PI-News veröffentlichten Beiträge befassen sich überwiegend mit dem Thema einer angeblichen Islamisierung Europas. Der Weblog selbst ist kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes.

Gleichsetzung
Islam und
Islamismus

Stürzenberger rückt auf PI-News – wie auch in vielen anderen Äußerungen – die Religion des Islam in die Nähe des Faschismus. So äußerte er in einem am 16. November auf PI-News veröffentlichten Beitrag zu den Terroranschlägen von Paris unter der Überschrift „Mohammed – der erste islamische Terrorist“:

„Jeder weitere islamische Anschlag, der in der konsequenten 1400-jährigen Tradition von Krieg, Terror und Massenmord dieser faschistischen Ideologie steht, die sich als ‚Religion‘ tarnt, wird die öffentliche Diskussion intensivieren.“

Stürzenberger setzt in seinen Veröffentlichungen immer wieder die Religion des Islam mit dem Islamismus als politischem Extremismus und dem jihadistisch motivierten Terrorismus gleich. Dadurch verunglimpft er alle Muslime als potenzielle Extremisten und Terroristen, z. B. in Artikeln auf PI-News vom 21. August 2014 und 2. Juli 2015:

„Den politischen Führern scheint die nackte Angst im Nacken zu sitzen, dass bei deutlicher Kritik an dieser „Weltreligion“ ihre Länder in Flammen stehen werden. Dass sich die zig Millionen Schläfer in der westlichen Welt aktivieren und Sprengstoffanschläge sowie Selbstmordattentate durchführen könnten.“

und

„Leider aber immer noch politisch korrekt mit dem Kunstbegriff ‚Islamismus‘ statt ‚Islam‘ und der fehlenden Aufklärung, dass der Terror seit den Anfangszeiten unter Begründer Mohammed integraler Bestandteil dieser totalitären Ideologie ist. (...) Mit dieser Gehirnwäsche ist jeder Moslem, der das im Koran liest oder in einer Moschee eingehämmert bekommt, ein potentieller Terrorist.“

Zudem spricht Stürzenberger immer wieder den Muslimen das im Grundgesetz verankerte Grundrecht auf Religionsfreiheit ab. So führt er z. B. in einem Artikel auf PI-News vom 2. Juli unter dem Slogan „Wir befinden uns im Kriegszustand“ aus:

„Jeder modernisierungsbereite Moslem wurde bisher entweder getötet, mundtot gemacht oder kaltgestellt, da der Islam eine Veränderung eben kategorisch ausschließt. Die Maßnahmen müssen von außen kommen, beispielsweise durch die Forderung auf eine Verzichtserklärung für alle verfassungsfeindlichen Bestandteile des Islams und die anschließende konsequente Umsetzung.“

Falls sich die Moscheegemeinden, Koranschulen und islamischen Organisationen weigern, muss die Justiz die Sache in die Hand nehmen. Die Funktionäre aller islamischen Verbände, die sich auf den Koran berufen, sind dann wegen § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung einer kriminellen Vereinigung) sowie nach § 129 a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) vor Gericht zu stellen.“

Bezug nehmend auf die Terroranschläge in Paris richtete Stürzenberger in seiner weiteren Funktion als Bundesvorsitzender der Partei DIE FREIHEIT am 14. November ein Schreiben an den bayerischen Innenminister, in dem er weitgehende Maßnahmen forderte, die eine massive Einschränkung der Religionsfreiheit für in Deutschland lebende Muslime bedeuten würden:

„Die Erkenntnis, dass der Islam in seinem Wesen eine brandgefährliche politische Ideologie ist, die von ihren Gesetzmäßigkeiten darauf ausgelegt ist, die alleinige Macht zu erringen und die Gesetze Allahs allen Menschen aufzuzwingen, muss endlich an die Öffentlichkeit gebracht werden, um damit eine umfassende Diskussion auszulösen. An deren Ende muss die für alle Zeiten gültige Verzichtsforderung auf alle verfassungsfeindlichen Bestandteile des Islams, seine Gewalt-, Kampf- und Tötungsbefehle, die Frauenunterdrückung und die barbarische Scharia stehen, gerichtet an alle islamischen Verbände, Organisationen, Moscheegemeinden und Koranschulen.“

Negierung der
Religionsfreiheit

Anschließend müssen alle Ausgaben des Korans eingezogen und eine neue zensierte Fassung herausgegeben werden, aus der all diese Befehle gestrichen wurden. Jede islamische Organisation, die diese hochnotwendige Entschärfung des Islams verweigert, ist unverzüglich wegen akuter Verfassungsfeindlichkeit zu verbieten. Solange auch nur ein ursprünglicher Koran in Umlauf ist, kann sich der Besitzer zu einem unkontrollierbaren Killer entwickeln, denn mit dem scheinbaren Willen eines Gottes kann jeder Mensch komplett gehirngewaschen und zu einer Tötungsmaschine geformt werden“

Stürzenberger trat auch außerhalb Bayerns wiederholt als Redner bei islam- und asylkritischen Veranstaltungen auf und verband dabei das Thema Asyl mit seiner islamfeindlichen Agitation. So stellte er am 5. August auf der Demonstration „Meißen sagt Nein zu Asylbetrug und Politikversagen“ gläubige Muslime als potenzielle Jihadisten dar:

„Und kaum einer macht sich ein Ausmaß von der Bedrohung, die wir hier hunderttausendfach ins Land geschaufelt bekommen, im Prinzip hat jeder Moslem, der im Islam ist und dieses Programm, den Koran, akzeptiert, der hat im Kopf, dass er uns irgendwann bekämpfen und töten muss. Den Jihad. Und das, da wären wir ja bescheuert, wenn wir das zulassen würde. (...) Freunde, wir haben hunderttausende, im Prinzip Millionen tickende Zeitbomben unter uns, und die können morgen schon hochgehen, und diese Zeitbomben müssen wir entschärfen.“

(Transkription der mündlich vorgetragenen Rede)

Verurteilung
in Österreich

Am 29. März trat Stürzenberger bei einer Pegida-Veranstaltung in Graz (Österreich) auf. Nach Feststellung der österreichischen Behörden soll er dabei u. a. gesagt haben: „Jeder Moslem ist ein potenzieller Terrorist“, der Islam sei eine „tötungslegitimierende Ideologie“ und der Koran sei das „gefährlichste Buch der Welt“. Wegen dieser Äußerungen verurteilte das Landesstrafgericht Graz Stürzenberger im November zu einer viermonatigen Bewährungsstrafe. Das Gericht folgte der Auffassung der österreichischen Staatsanwaltschaft, die die Äußerungen als Hetze gegen Menschen wegen der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft sowie gegen die islamische Religion bewertet hatte.

2. Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie DIE FREIHEIT, Landesverband Bayern (DIE FREIHEIT Bayern)

Mitglieder	100
Vorsitzender	Michael Stürzenberger
Gründung	2011
Sitz	München

DIE FREIHEIT BAYERN

Dem Verfassungsschutz liegen zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass DIE FREIHEIT Bayern verfassungsschutzrelevante islamfeindliche Bestrebungen verfolgt. Prägend für die ideologische Ausrichtung des Landesverbandes ist dabei dessen Vorsitzender Stürzenberger. Zwar behaupten die FREIHEIT Bayern bzw. ihr Vorsitzender in verschiedenen Verlautbarungen immer wieder, lediglich sachlich über die angebliche Verfassungsfeindlichkeit des Islam und die von ihm angeblich ausgehenden Gefahren für die Demokratie aufzuklären, worin weder eine generelle Verunglimpfung der Religion oder von Muslimen liege. Aus der Gesamtschau der Vielzahl an Äußerungen, in denen Muslimen unterstellt wird, islamistische oder gar terroristische Verhaltensweisen seien nicht der Ausnahme-, sondern der alltägliche Normalzustand, lässt sich jedoch die Schlussfolgerung ziehen, dass die FREIHEIT Bayern darauf abzielt, Muslime auszugrenzen und verächtlich zu machen.

Bereits das von der FREIHEIT Bayern angestrebte „Bürgerbegehren gegen das Zentrum für Islam in Europa – München (ZIE-M)“ für das zwischen Oktober 2011 und September 2014 Unterschriften in München gesammelt wurden, diente sowohl im Internet als auch bei Veranstaltungen der FREIHEIT Bayern als Plattform für islamfeindliche Propaganda, die sich primär gegen die Religionsfreiheit richtet. So wird z. B. in einem von der FREIHEIT Bayern zur Kundgebung am 6. Juli 2013 veröffentlichten Artikel gefordert:

„Letzten Endes wird nur die Wahl bleiben: Unterschreiben der Verzichtserklärung auf alle verfassungsfeindlichen Bestandteile von Koran und Sunna, oder Verbot wegen Verfassungsfeindlichkeit.“

Unzulässiges
Bürgerbegehren

Am 1. Oktober 2014 hat der Münchner Stadtrat das Bürgerbegehren nach Erreichen des erforderlichen Unterschriftenquorums für unzulässig erklärt. Die von den Vertretern des Bürgerbegehrens, darunter Michael Stürzenberger, hiergegen erhobene Klage wurde vom Verwaltungsgericht München am 11. November abgewiesen. Gegen diese Entscheidung wurden Rechtsmittel eingelegt, über die noch nicht entschieden ist.

Ideologie

In ihren Verlautbarungen differenziert die FREIHEIT Bayern nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als politischer Ideologie, sondern begreift den Islam als „faschistische Ideologie“ und verunglimpft den Koran als „gefährlichstes Buch der Welt“. In einer Rede am 13. Juni in Pfaffenhofen a. d. Ilm aus Anlass der Eröffnung einer Moschee bezeichnete ihr Landesvorsitzender den Islam als „hässliche Fratze“ und prophezeite „islamischen“ Terror in Deutschland:

„Wir sagen ihnen wie's abläuft, der Islam wird dieses Land islamisieren, es werden Großmoscheen gebaut, es wird versucht, die gesellschaftliche Mehrheit zu erreichen und dann, Freunde, dann werdet ihr sehen, wie friedlich der Islam ist, denn überhaupt nicht friedlich, dann gibt es Jihad und dann wird der Terror dieses Land überziehen und dann wird der Islam mit Gewalt überall wie in allen 57 islamischen Ländern, wo er bisher die Macht geputscht hat, wird er genau so hier an die Macht kommen.“

(Transkription der mündlich vorgetragenen Rede)

Ein weiteres Beispiel ist eine Rede Stürzenbergers, die er am 17. Juli vor dem Funkhaus in München auf einer Versammlung der FREIHEIT BAYERN zum Thema „Protest gegen die Pro-Islam-Berichterstattung des BR“ hielt:

„Ja, schaut es euch an, das gefährlichste Buch der Welt, die Anleitung für Massenmord, Krieg, Terror, Frauenunterdrückung, Scharia, das islamische, barbarische Gesetz, das das Grundgesetz ablösen muss laut Islam. (...) Denn dieses Land wird nicht mehr lebenswert sein, wenn der Islam einmal hier mehr Macht gewinnt, mehr Einfluss und irgendwann die Kontrolle übernimmt. Und dann wird es heißen, das Bayerische Fernsehen und der Bayerische Rundfunk haben dieser faschistischen Ideologie auch noch den Boden bereitet, ihr macht euch schuldig, ich sag's euch immer wieder, ihr macht euch schuldig.“

(Transkription der mündlich vorgetragenen Rede)

Als Konsequenz ihrer Grundannahme, dass es keinen Unterschied zwischen Islam und Islamismus gebe, hat die FREIHEIT BAYERN mehrfach von gläubigen Muslimen den Verzicht auf die aus ihrer Sicht „verfassungsfeindlichen Bestandteile des Islams“ verlangt. Auf seiner Internetseite forderte der Landesverband Bayern islamische Organisationen auf, umgehend in schriftlicher Form auf bestimmte Koranverse als Bestandteil der islamischen Glaubensgrundsätze dauerhaft zu verzichten, und stellte den Islam insgesamt als unvereinbar mit unserer Gesellschaftsordnung dar:

Verzichtsforderung

„Um ein Zusammenleben unter einer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu gewährleisten, kann der Koran als Grundlage zur Weltanschauung nicht akzeptiert werden, denn er ist seinem Inhalt nach eine Kriegserklärung an die nichtmuslimische Welt und eine kodifizierte Anleitung zum Töten von Nichtmuslimen. (...) Das Töten von Andersdenkenden als oberste religiöse Pflicht ist in keiner anderen Religion zu finden. (...) Diese Befehle, die als direkte Anweisungen der islamischen Gottheit „Allah“ gelten, dürfen nach den bisherigen islamischen Grundsätzen weder angezweifelt noch verändert werden und sind zeitlos gültig. (...) Jede Organisation, deren Ziel die Verbreitung des Islam ist, stellt somit eine akute Gefahr für unsere Freiheit dar. So wird die im Anschreiben benannte Organisation hiermit aufgefordert, umgehend in schriftlicher Form auf die nachstehend aufgeführten Koranverse als Bestandteil der islamischen Glaubensgrundsätze dauerhaft zu verzichten. Bei einer Ablehnung dieser Forderungen ist davon auszugehen, dass aktiv verfassungsfeindliche Ziele verfolgt werden.“

Auch im Programm der FREIHEIT Bayern zur Kommunalwahl 2014 in München wurde die Streichung der „verfassungsfeindlichen Bestandteile des Islams“ als Voraussetzung für den Bau von Moscheen und Koranschulen formuliert.

Kommunalwahlprogramm

„DIE FREIHEIT sieht die Ursache für die Probleme mit der Integration vieler Moslems, wie sie überall in Europa durch die Bildung von abgeschotteten Parallelgesellschaften erkennbar werden, in den verfassungsfeindlichen Bestandteilen des Islams. Solange diese Elemente nicht verbindlich und für alle Zeiten aus der islamischen Weltanschauung gestrichen sind, ist ein sofortiger Baustopp von Moscheen und Koranschulen zu erwirken, insbesondere des von einem terrorunterstützenden arabischen Staat finanzierten und von einem verfassungsschutzbekannten Imam geplanten Islamzentrums in München.“

Mit Urteil des Verwaltungsgerichts München vom 16.10.2014 wurde die Beobachtung der FREIHEIT Bayern durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz für zulässig erklärt. Über das hiergegen eingelegte Rechtsmittel ist noch nicht entschieden.

In zwei weiteren Verfahren hat der Bayerische Verwaltungsgeschichtshof mit Urteil vom 22. Oktober die Klagen gegen die Berichterstattung über die FREIHEIT Bayern, darunter im Verfassungsschutzbericht 2013, abgewiesen. Gegen die Urteile hat die FREIHEIT Bayern Rechtsmittel eingelegt.

Während der mündlichen Verhandlung zur Klage der FREIHEIT Bayern gegen die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht 2013 verteilte Stürzenberger in seiner Funktion als Landesvorsitzender am 22. Oktober im Bayerischen Verwaltungsgeschichtshof München ein sog. Dossier mit dem Titel „Der Islamische Staat ist zu 100 % Islam“. Darin sieht er das Wirken der Terrororganisation Islamischer Staat in einer Linie mit dem Propheten und dem Koran:

„Was im Islamischen Staat geschieht, ist eine exakte Wiederholung des Wirkens vom Begründer des Islams im 7. Jahrhundert auf der arabischen Halbinsel. Die dort begangenen Grausamkeiten sind allesamt Ausführungen der Befehle ihres Gottes Allah, so wie sie Mohamed verkündete und im Koran festgehalten sind. (...) Mohamed gilt im Islam als ‚vollkommener Mensch‘ und ist das ‚perfekte Vorbild‘ für alle Moslems. Seine Befehle sind im Koran als das zeitlos gültige Wort von Allah festgehalten. Mohamed IST der Islam.“

Eine Veröffentlichung auf der Internetseite des Bundeswahlleiters vom 30.12.2015 deutet darauf hin, dass sich der Landesverband der FREIHEIT aufgelöst hat. Es bleibt abzuwarten, ob der Landesverband der FREIHEIT Bayern tatsächlich seine Aktivitäten einstellt oder ob diese inhaltsgleich lediglich in einer anderen Struktur fortgesetzt werden.

Linksextremismus

-
- ▶ **Autonome beteiligen sich an Protesten gegen G7-Gipfel in Elmau**
 - ▶ **Anstieg der linksextremistischen Gewalttaten**
 - ▶ **Postautonome versuchen Akzeptanz linksextremistischer Positionen zu steigern**

Linksextremisten wollen die durch das Grundgesetz vorgegebene Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland beseitigen. Je nach ideologisch-politischer Orientierung zielen Linksextremisten auf eine sozialistische bzw. kommunistische oder eine „herrschaftsfreie“ Gesellschaft ab. Die linksextremistischen Vorstellungen richten sich insbesondere gegen durch das Grundgesetz garantierte Grundrechte, die parlamentarische Demokratie, die Gewaltenteilung, das Rechtsstaatsprinzip und den Pluralismus.

Linksextremisten wollen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland abschaffen, die sie als „kapitalistisches System“ diffamieren und in der sie die Wurzel des Faschismus sehen.

In der linksextremistischen Szene bilden Autonome den weitaus größten Teil des gewaltbereiten Personenpotenzials. Autonome haben zwar keine gemeinsame Ideologie. Ziel aller Autonomen ist es aber, den Staat und seine Einrichtungen zu zerschlagen. Neben Sachbeschädigungen wenden Autonome auch Gewalt gegen Personen – vor allem Rechtsextremisten und Polizisten – an, um ihre Vorstellungen durchzusetzen. Linksextremisten besetzen auch Themen, die an sich nicht extremistisch sind. Ihr Ziel ist es dabei aber in erster Linie, ihre linksextremistischen politischen Vorstellungen zu verbreiten. Dazu arbeiten sie auch mit bürgerlich-demokratischen Organisationen zusammen.

1. Personenpotenzial in Bayern

	2013	2014	2015
Partei DIE LINKE. offen extremistische Strukturen	1.000	1.000	1.000
DKP	340	340	340
SDAJ	110	110	110
VVN-BdA	700	700	700
MLPD (mit REBELL)	120	120	120
GSP (MG)	500	450	450
Sonstige Gruppierungen, linksextremistisch beeinflusste Organisationen	220	220	240
Autonome	650	650	650
Summe	3.640	3.590	3.610
Mehrfachmitgliedschaften*	80	80	80
gesamt	3.560	3.510	3.530
Davon gewaltorientiert**	690	690	690

Die Zahlenangaben sind geschätzt und gerundet.

* Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und sonstigen Zusammenschlüsse werden vom Gesamtpotenzial abgezogen.

** Dazu zählen gewalttätige, gewaltbereite, gewaltunterstützende und gewaltbefürwortende Personen.

2. Gewaltpotenzial

Autonome

In der linksextremistischen Szene bilden Autonome den weitaus größten Teil des gewaltbereiten Personenpotenzials. Sie sind für die meisten der linksextremistisch motivierten Gewalttaten verantwortlich. Ziel dieser überwiegend jungen Linksextremisten ist es, den Staat und seine Einrichtungen – auch mit Gewalt – zu zerschlagen und eine „herrschaftsfreie“ Gesellschaft zu errichten. Das Aggressionspotenzial der autonomen Szene ist seit Jahren hoch. Autonome suchen vor allem bei Demonstrationen gewaltsame Auseinandersetzungen (konfrontative Gewalt). Gegner sind hauptsächlich Rechtsextremisten und Polizeibeamte.

Linksextremisten sehen die Polizeikräfte als Repräsentanten eines vermeintlichen staatlichen „Repressionsorgans“. Sie akzeptieren nicht, dass die Polizeibeamten z. B. auch bei Demonstrationen von Rechtsextremisten zur Gewährleistung des grundgesetzlich geschützten Versammlungsrechts eingesetzt werden müssen („Deutsche Polizisten schützen Nazis und Faschisten“).

Den Ablauf ihrer Aktionen machen Linksextremisten vor allem von ihrem Kräfteverhältnis gegenüber der Polizei abhängig. Dabei schließen sich verummte Aktivisten in einheitlich schwarzer „Kampfausrüstung“ häufig zu Schwarzen Blöcken zusammen, um aus diesen heraus unerkannt Gewalt ausüben zu können.

Autonome nutzen aber auch Demonstrationen anderer – auch nichtextremistischer – Veranstalter, um der Veranstaltung einen militanten und aggressiven Charakter aufzuzwingen und hinter der Deckung friedlicher Demonstranten Gewalttaten zu begehen sowie andere dazu aufzustacheln (initialisierende Gewalt).

Initialisierende
Gewalt

Neben dieser situationsabhängigen Massenmilitanz verüben Autonome auch konspirativ geplante Straftaten wie Brandanschläge, zu denen häufig auf einschlägigen Internetportalen anonyme Selbstbezeichnungsschreiben veröffentlicht werden. Bauanleitungen für Spreng- und Brandsätze stellt die autonome Szene im Internet und in Szene-Zeitschriften wie „radikal“ und „INTERIM“ zur Verfügung.

2.1 Proteste gegen den G7-Gipfel 2015 in Elmau

An den Protesten gegen den G7-Gipfel auf Schloss Elmau beteiligten sich auch Mitglieder bayerischer autonomer Gruppierungen wie der Organisierten Autonomie (OA) Nürnberg und der Antikapitalistischen Linken München (ALM) sowie gewaltorientierte Linksextremisten aus anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland.

G7-Gipfel



Die Mobilisierung für die Proteste wurde durch das Bündnis Stop G7 Elmau koordiniert. Im Bündnis waren neben demokratischen Organisationen auch autonome linksextremistische Gruppen vertreten, dabei nahmen die Interventionistische Linke (IL) und das [3A]*Revolutionäres Bündnis (3A-Bündnis) eine exponierte Position ein.



Interventionistische Linke

Die IL ist ein informelles, bundesweit agierendes Netzwerk von Aktivisten überwiegend aus dem autonomen und antiimperialistischen Spektrum. Sie bildet ein Scharnier zu nichtgewaltbereiten Linksextremisten und in einzelnen Fällen auch zu nichtextremistischen Gruppen und Initiativen.

Laut einer Selbstdarstellung auf der Homepage des 3A-Bündnisses verfolgen die darin vertretenen Organisationen das gemeinsame Ziel,

„eine klassenkämpferische und revolutionäre Theorie und Praxis zu entwickeln“

3A-Bündnis

Die IL und das 3A-Bündnis haben sich zu Verknüpfungspunkten innerhalb der gewaltorientierten linksextremistischen Szene entwickelt. Das 3A-Bündnis hatte bereits im Vorfeld des G8-Gipfels 2013 in Nordirland in einer Broschüre zu gewalttätigen Aktionen aufgerufen:

„Unser Widerstand muss entschlossen und militant gegen die Politik der Imperialisten vorgehen; wir müssen alle Mittel des Kampfes, alle Mittel der Organisation ausnutzen, um ihnen gute Gründe zu geben, Angst zu haben und sich zu verstecken.“



Im Vorfeld zum G7-Gipfel in Elmau kursierten im Internet diverse Aufrufe, Videos und Darstellungen, die in Rhetorik und Bildsprache einen Gewaltbezug erkennen ließen. Dabei wurde eine Verbindung zu den schweren Ausschreitungen bei der Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) am 18. März in Frankfurt am Main hergestellt. Dort wurden rund 150 Polizeibeamte verletzt, zwei davon schwer. Zahlreiche Einsatzfahrzeuge von Polizei und Feuerwehr wurden in Brand gesetzt, es entstand ein Sachschaden in Millionenhöhe.

Krawalle bei
EZB-Eröffnung

Das Aktionsbündnis Stop G7 Elmau distanzierte sich im Vorfeld der Proteste gegen den G7-Gipfel nicht von solchen militanten Aufrufen. Stattdessen erklärte man sich

„solidarisch mit allen Kräften, die sich mit ihren Aktionen gegen den Gipfel richten“

Auch distanzierte sich das Bündnis nicht eindeutig von den gewaltsamen Ausschreitungen bei den Protesten in Frankfurt am Main am 18. März.

An der zentralen Großdemonstration am 6. Juni in Garmisch-Partenkirchen nahmen ca. 700 gewaltorientierte Linksextremisten teil, unter ihnen Mitglieder bayerischer autonomer Gruppierungen, aber auch gewaltorientierte Linksextremisten aus anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland.

700 gewaltorientierte
Linksextremisten in GAP

Die Demonstration verlief weitgehend friedlich, im Anschluss an eine Zwischenkundgebung kam es jedoch zu Auseinandersetzungen mit Einsatzkräften der Polizei, als diese aus der Demonstration heraus mit Flaschen, Feuerlöschern und Fahnenstangen angegriffen wurden.

2.2 Straf- und Gewalttaten

Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“

	2014	2015
Politisch motivierte Gewaltkriminalität, davon:	50	122
Körperverletzung	37	104
Widerstandsdelikte	9	12
Landfriedensbruch	0	0
Brand- und Sprengstoffdelikte	3	1
Versuchte Tötungsdelikte	0	0
Raub	0	3
Gef. Eingriff in Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr	1	2
Terrorismus	0	0
Sonstige politisch motivierte Kriminalität, davon:	418	350
Nötigung / Bedrohung	2	14
Sachbeschädigungen	348	257
Sonstige Straftaten	68	79
Gesamtsumme aller links- extremistisch motivierten Straftaten	468	472

Anstieg der
Gewaltdelikte

Nachdem die Zahl der linksextremistischen Gewalttaten in Bayern zwischen 2012 und 2014 rückläufig war, ist 2015 wieder ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Dies ist zum Teil auf die Proteste gegen den G7-Gipfel zurückzuführen. Aber auch im Bereich der Gewalttaten gegen den politischen Gegner bzw. gegen Polizeibeamte ist eine Zunahme festzustellen. Von den 122 Gewalttaten waren allein 86 gegen Polizeibeamte gerichtet. Bei Gegendemonstrationen zu rechtsextremistischen Veranstaltungen oder Kundgebungen von Pegida-nahen Gruppierungen kam es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Am Rande der Proteste gegen die BAGIDA-Kundgebung am 19. Januar in München suchte eine Gruppe von 20 bis 30 Gegendemonstranten die direkte Konfrontation mit BAGIDA-Teilnehmern. Die Polizei verhinderte dies, indem sie die gegnerischen Lager voneinander trennte. Daraufhin wurden die Polizeibeamten aus der Gruppe der Gegendemonstranten heraus mit schweren Gegenständen beworfen. Ein Polizeibeamter wurde dabei so schwer verletzt, dass er in ein Krankenhaus eingeliefert werden musste. Bereits im Vorfeld hatte die Personengruppe versucht, eine festgenommene Person zu befreien.

Am 9. November wurden nach einer Kundgebung von PEGIDA-München Versammlungsteilnehmer auf dem Heimweg am Abgang zur U-Bahn von linksextremistischen Gegendemonstranten mit verschiedenen Gegenständen beworfen und bespuckt.

3. Ideologische Wurzeln des Linksextremismus

Marxismus

Die Lehren von Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895) sind die ideologische Grundlage für das Denken und Handeln der meisten Linksextremisten. Das gesamte politische, geistige und kulturelle Leben einer Gesellschaft wird demnach durch die ökonomischen Strukturen und Verhältnisse bestimmt. Die marxistische Lehre ist sowohl wissenschaftliche Theorie als auch praktisch-politische Handlungsanleitung für die Revolution.

Ihr zufolge vollzieht sich die Menschheitsgeschichte in gesetzmäßigen Entwicklungsstufen. Dem Endziel der geschichtlichen Entwicklung, der kommunistischen klassenlosen Gesellschaft, geht die revolutionäre Überwindung des kapitalistischen Systems voraus. Im Kapitalismus stehen sich die ausbeutende Klasse der bürgerlichen Kapitalisten – die Eigentümer an den Produktionsmitteln – und die ausgebeutete Klasse der Arbeiterschaft – die sog. Proletarier – gegenüber. Der durch die Arbeiterschaft geschaffene Mehrwert eines erstellten Produktes geht nach der marxistischen Lehre in den Besitz der Kapitalisten über und führt so zu Lohndruck, einer Verarmung und schließlich Verelendung

des Proletariats. Die Folgen sind Klassenkämpfe, die in eine Revolution und schließlich in die Diktatur des Proletariats münden mit dem Endziel einer kommunistischen Gesellschaft.

Das Menschenbild des Marxismus ist ein grundsätzlich anderes als das freiheitlicher Demokratien. Im Mittelpunkt steht nicht das Individuum mit seinen garantierten Rechten, sondern die Arbeiterklasse. Nach dieser Sichtweise ist es zulässig, Grund- und Menschenrechte zugunsten des sozialistischen Kollektivs und einer kommunistischen Zielsetzung zu relativieren oder gar außer Kraft zu setzen.

Marxismus-Leninismus

Der Marxismus-Leninismus war die offizielle Weltanschauung der früheren Sowjetunion. Er basiert auf den Lehren von Marx und Engels (Marxismus), die von Wladimir I. Lenin (1870–1924) zur Staatsdoktrin der Sowjetunion und für den von ihm propagierten internationalen Klassenkampf weiterentwickelt wurden. Auch nach marxistisch-leninistischer Auffassung muss der Kapitalismus bekämpft werden. Das höchste Stadium des Kapitalismus sah Lenin im sog. Imperialismus. Demnach trachte der Kapitalismus in ausbeuterischer Weise danach, seinen Macht- und Einflussbereich auf andere Staaten auszudehnen, was zwangsläufig zu Kriegen führt. Dem Kapitalismus müsse also eine neue Gesellschaft folgen: der Sozialismus. Den Sozialismus sah Lenin wiederum als Vorstufe des Kommunismus. Der Marxismus-Leninismus führt zwangsläufig zu einer revolutionären Umwälzung.

Allerdings verfügt die Arbeiterklasse nach Lenin nicht über das notwendige politisch-revolutionäre Bewusstsein. Dieses müsse durch eine Kaderpartei aus Berufsrevolutionären (Avantgardeanspruch der kommunistischen Partei) vermittelt werden. In dieser Partei sind gemäß dem Grundsatz des „demokratischen Zentralismus“ keine abweichenden Meinungen zu Parteibeschlüssen durch Fraktionen oder innerparteiliche Strömungen erlaubt.

Für marxistisch-leninistische Kaderparteien wie die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) spielt der Marxismus-Leninismus eine große, für offen extremistische Strukturen innerhalb der Partei DIE LINKE. zumindest eine prägende Rolle.

Stalinismus

Stalinismus ist Josef W. Stalins (1878–1953) theoretische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus zum diktatorisch-bürokratischen Herrschaftssystem der Sowjetunion. Entgegen der marxistischen Annahme, dass zum Sieg des Proletariats über das Bürgertum (Bourgeoisie) eine gemeinsame Revolution der Proletarier aller Länder notwendig sei, ging Stalin davon aus, dass der Sozialismus unter der Führung der Sowjetunion vorbildhaft zuerst dort realisiert werden müsse. Mit dem von Stalin betriebenen Auf- und Umbau der Sowjetunion zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung wurden u. a. die „stalinistischen Säuberungen“ legitimiert, denen Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind.

In Deutschland berufen sich die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) und der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) auch auf die Ideen Stalins.

Trotzkismus

Das auf Leo Trotzki (1879–1940) zurückgehende Modell des Sozialismus ist keine in sich geschlossene eigenständige Lehre, sondern eine Abwandlung des Marxismus-Leninismus. Sie entstand vor allem aus der Opposition von Trotzki zu Stalin. Wesentliche Elemente sind die Theorie der „permanenten Revolution“, der Glaube an die Weltrevolution (im Unterschied zu Stalins „Sozialismus in einem Land“), das Ziel der Errichtung einer „Diktatur des Proletariats“ in Form einer Räte-demokratie und das Festhalten am „proletarischen Internationalismus“.

Die charakteristische Strategie trotzkistischer Vereinigungen ist der Entrismus, d. h. sie versuchen, gezielt in andere Organisationen einzudringen und Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. So findet ihre eigene Ideologie Verbreitung über die unterwanderte Organisation. In Deutschland ist neben der Sozialistischen Alternative (SAV) das Netzwerk marx21, eine offen extremistische Struktur innerhalb der Partei DIE LINKE., trotzkistisch ausgerichtet.

Maoismus

Unter der Führung von Mao Tse-tung (1893–1976) wurde in China nach dem kommunistischen Sieg 1949 der Marxismus-Leninismus in einer von Sowjetrußland abweichenden Weise interpretiert und als kommunistische Ideologie weiterentwickelt. Der Maoismus sieht in China die ländliche Bevölkerung und nicht die städtische Arbeiterschaft als Träger des politischen Umsturzes.

Die Weltrevolution sollte in einem Land der Dritten Welt durch einen Guerillakrieg bäuerlicher Partisanen ausgelöst werden. In einer Serie politischer Kampagnen („Kulturrevolution“) versuchte Mao Tse-tung, die chinesische Gesellschaft zu den revolutionären Zielen der Partei zu erziehen. Der ideologische Terror und die damit verbundenen „Säuberungsaktionen“ forderten Millionen Tote.

Die Ideen Maos waren Vorbild für große Teile der 1968er-Bewegung, vor allem der in Westeuropa entstandenen „Neuen Linken“ (sog. K-Gruppen). Heute bekennt sich lediglich die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) öffentlich zu Mao Tse-tung.

4. Linksextremistische Themenfelder

Um ihre politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen durchzusetzen, engagieren sich Linksextremisten in verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Themenfeldern. Im Linksextremismus stehen antifaschistische Aktivitäten im Vordergrund. Neben der Bekämpfung des Rechtsextremismus nutzen Linksextremisten auch andere gesellschaftliche Reizthemen, um innerhalb bürgerlich-demokratischer Protestbewegungen neue Anhänger zu finden. Dabei greifen sie häufig sozialpolitische Themen auf und deuten diese im Sinne ihres eigenen linksextremistischen Verständnisses um.

Typische Aktionsfelder der Linksextremisten sind

- ▶ Antifaschismus,
- ▶ Antimilitarismus,
- ▶ Antirepression,
- ▶ Antiimperialismus,

-
- ▶ Antiglobalisierung,
 - ▶ Antiatomkraft,
 - ▶ Antigentrifizierung,
 - ▶ Asylpolitik und der Kampf gegen „Sozialabbau“

Die wichtigsten waren im Jahr 2015 Antiglobalisierung, Antifaschismus, Antirepression, Antigentrifizierung und Antimilitarismus.

Antiglobalisierung

Der ökonomische, politische und kulturelle Wandel und die damit einhergehende Veränderung der Gesellschaften und ihrer Lebensbedingungen haben in den letzten Jahren zu einer sich weltweit entwickelnden heterogenen Protestbewegung geführt. Die Proteste der „Anti-Globalisierungsbewegung“ richten sich insbesondere gegen Gipfelkonferenzen wie den G7-Gipfel.

Sowohl bei der Identifizierung der Probleme als auch bei den Lösungsansätzen bestehen deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppierungen und Akteuren. Auf der einen Seite stehen reformorientierte demokratische Kräfte, die ihren Protest friedlich zum Ausdruck bringen. Daneben gibt es einen revolutionären Flügel mit linksextremistischer Ausrichtung. Massenproteste gegen Treffen von Regierungschefs sind Anziehungspunkt besonders für gewaltorientierte Autonome, die diese als Gelegenheit für militante Aktionen sehen, mit denen weltweit Aufmerksamkeit erzielt werden soll.

Mit ihren gewalttätigen Aktionen dominieren die Autonomen, obwohl zahlenmäßig zumeist in der Minderheit, das öffentliche Erscheinungsbild vieler Demonstrationen und Veranstaltungen der Antiglobalisierungsbewegung. An den Protesten gegen die Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) am 18. März in Frankfurt am Main beteiligten sich rund 17.000 Personen, darunter etwa 4.000 Gewaltbereite. Rund 150 Polizeibeamte wurden verletzt, zwei davon schwer. Zahlreiche Einsatzfahrzeuge von Polizei und Feuerwehr wurden in Brand gesetzt, es entstand ein Sachschaden in Millionenhöhe.

4.000 Gewaltbereite bei EZB-Eröffnung

Auch an den Protesten gegen den G7-Gipfel im Juni auf Schloss Elmau beteiligten sich autonome Linksextremisten.

Ablehnung der parlamentarischen Demokratie

Antifaschismus

Linksextremisten nutzen den breiten gesellschaftlichen Konsens gegen den Rechtsextremismus für ihre politischen Ziele, die allerdings weit über die Bekämpfung des Rechtsextremismus hinaus reichen. Antifaschismus im linksextremistischen Sinn beinhaltet auch die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie.



Ursprünglich bezog sich der Begriff Antifaschismus auf die inneritalienische Opposition gegen die Herrschaft Mussolinis. Die Wurzeln des deutschen Antifaschismus liegen im Widerstand gegen die Diktatur des „Dritten Reichs“. Neben dem bürgerlich-liberal geprägten Antifaschismus, der für die Erhaltung bzw. Wiederherstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eintrat, entwickelte sich ein kommunistisch orientierter, als linksextremistisch einzustufender Antifaschismus. Der linksextremistische Antifaschismus wertet alle nichtmarxistischen Systeme als potenziell faschistisch oder als eine Vorstufe zum Faschismus. Linksextremisten sehen also die eigentliche Ursache von Faschismus und Rechtsextremismus in einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die auf Kapitalismus, Parlamentarismus und Rechtsstaatsprinzipien aufbaut.

Gewaltorientierte linksextremistische Autonome nutzen den Antifaschismus seit Jahren zur Mobilisierung ihrer Anhänger und zur Legitimierung ihrer militanten Aktionen gegen Staat und Polizei mit dem Argument, diese schützten Rechtsextremisten. Dabei suchen Autonome auch den Schulterchluss mit demokratischen Bündnissen und Initiativen.

Linksextremistische Parteien und Organisationen streben über eine gezielte Einflussnahme die Übernahme von Leitungs- und Steuerungsfunktionen in antifaschistischen Initiativen an. Der Kampf gegen Hitler und die Verfolgung von Kommunisten zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus dienen aus der kommunistischen Bewegung entstandenen Organisationen als Legitimation für ihren Führungsanspruch im antifaschistischen Spektrum.

Antifaschismus ist nicht generell linksextremistisch. Es kommt vielmehr darauf an, was die jeweiligen Antifaschisten konkret unter „Faschismus“ verstehen und welche Forderungen sich aus ihrem Selbstverständnis als „Antifaschisten“ ergeben. Die zentrale Frage dabei lautet: Richtet sich die Ablehnung nur gegen Rechtsextremismus oder richtet sich die Ablehnung gegen die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaats?

Antirepression

Mit dem Begriff der „Repression“ versuchen Autonome jegliche Form rechtsstaatlichen Handelns, wie z. B. die Durchsetzung geltender Gesetze, zu diskreditieren. Dies gilt insbesondere für die staatliche Überwachung und Strafverfolgung linksextremistischer Aktionen. So lehnen Autonome polizeiliche Maßnahmen gegen linksextremistische Gewalttäter ab und versuchen mit Solidaritätskampagnen eine breite Öffentlichkeit in ihrem Sinne gegen rechtsstaatliches Handeln zu beeinflussen. Gleichzeitig mobilisieren sie damit die linksextremistische Szene und rechtfertigen ihr militantes Vorgehen.

Solidaritäts-
kampagnen

Zwischen Juli und September fanden in München mehrere Solidaritätsdemonstrationen und Kundgebungen für einen in Untersuchungshaft befindlichen Szeneangehörigen statt. Er hatte bei einer Anti-Pegida-Demonstration eine sog. „Knüppelfahne“ mitgeführt. Wegen des verbotenen Mitführens von Waffen nach dem Bayerischen Versammlungsgesetz wurde er vom Amtsgericht München zu einer Freiheitsstrafe von vier Monaten, die zu drei Jahren auf Bewährung ausgesetzt wurde, verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Antigentrifizierung

Mit dem Thema Antigentrifizierung versuchen Linksextremisten ihre eigenen Interessen in eine aktuelle stadt- und gesellschaftspolitische Diskussion einzubetten und damit in größere Bevölkerungskreise hinein politisch anschlussfähig zu werden. Der Begriff „Gentrifizierung“ kommt ursprünglich aus der Stadtsoziologie und bezeichnet soziale Umstrukturierungsprozesse in Stadtteilen, die zu steigenden Mieten und einer Verdrängung der bisherigen Bewohner führen. Viele Bewohner von Großstädten beschäftigen dieses Thema. Es bilden sich Initiativen, die in aller Regel von demokratischen Kräften getragen werden. Linksextremisten versuchen, sich diesen Initiativen anzuschließen beziehungsweise im gleichen Themenfeld eigene Aktionen zu entwickeln, um damit ihre gesellschaftliche Akzeptanz zu steigern und sich als sozialpolitische Akteure zu profilieren.

Hausbesetzung
in Nürnberg

Autonome Linksextremisten entwickeln im Zusammenhang mit dem Themenfeld Antigentrifizierung auch gewalttätige Aktivitäten: Insbesondere Immobilienmakler werden von ihnen als Mitverantwortliche für die „Gentrifizierung“ und damit als Feindbild wahrgenommen. Büros und Fuhrpark von Immobilienfirmen sind immer wieder Ziel militanter Attacken aus der linksextremistischen Szene. Am 26. Juli beteiligten sich Aktivisten der autonomen Szene an einer Hausbesetzung in Nürnberg. Als Polizeibeamte zur Räumung ansetzten, verbarrikadierten die Hausbesetzer die Tür mit Holzpaletten.

Antimilitarismus

Antimilitarismus hat in der linksextremistischen Szene insbesondere durch vermehrte Auslandseinsätze der Bundeswehr in den letzten Jahren wieder an Bedeutung gewonnen. Nach der Militarismus-Theorie von Karl Liebknecht dient das Militär dazu, kapitalistische Expansionsbestrebungen gegenüber anderen Staaten durchzusetzen und im eigenen Land den Kapitalismus und dessen „Ausbeutungsstrukturen“ zu stabilisieren.

Dieses Gedankengut lebt in der linksextremistischen Szene weiter. Linksextremisten sind daher immer wieder auch in pazifistischen Initiativen und Bündnissen aktiv, um dort ihre Ideologie zu ver-

breiten. Im Gegensatz zum Pazifismus geht es Linksextremisten nicht nur um die Abschaffung des Militärs, sondern darüber hinaus um die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie.

Prägendes Ereignis der linksextremistischen Aktivitäten zum Thema Antimilitarismus waren auch im Jahr 2015 die Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz im Februar.

5. Internet und Musik

5.1 Linksextremisten im Internet

Linksextremisten passen ihr Nutzungsverhalten den technischen Neuerungen im Internet an. Zwar existieren weiterhin einige linksextremistische Webseiten, sie werden jedoch nur noch selten aktualisiert. Linksextremistische Printmedien verlieren immer weiter an Auflage und versuchen, sich neue Vertriebswege zu erschließen. Der Großteil der Aktivitäten verlagert sich in soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter, in denen auch eine Vielzahl von teilweise verschlüsselten Kommunikationsbeziehungen über Foren, Blogs und Chats existiert. Dabei können geschlossene Gruppen neue Mitglieder eingehend überprüfen. Die Teilnehmer fühlen sich verhältnismäßig sicher und kommunizieren weit „offener“ als in öffentlich zugänglichen und für jedermann einsehbaren Bereichen.

Auch Linksextremisten haben die Vorteile des Internets, insbesondere als Kommunikations-, Aktions-, Informations- und Serviceplattform erkannt. Die Nutzer agieren häufig auf mehreren Kanälen gleichzeitig. Multimediale Anwendungen nehmen zu, dies gilt insbesondere für sog. „Apps“. Um sich während Großveranstaltungen flexibel und schnell auszutauschen, nutzen Linksextremisten über ihre mobilen Endgeräte u. a. Kurzmitteilungsdienste wie Twitter. Eigens eingesetzte „Moderatoren“ steuern dabei die Demonstranten z. B. in Richtung von Rechtsextremisten oder Polizeibeamten. Über animierte Landkartendienste halten sie die eigene Demonstrationsroute sowie gegebenenfalls auch die des politischen Gegners abrufbar.

Mobivideos

Videoplattformen dienen der Verbreitung und dem Konsum von Propaganda. Dabei sind die meisten Nutzer passive Konsumenten. Sie stellen selbst keine Videos ein, verfolgen jedoch über Abonnements die für sie interessanten Kanäle. Häufig werden YouTube-Videos auf Facebook-Profilen verlinkt und somit weiterverbreitet. In „Mobivideos“ (Mobilisierungs-Videos), vor allem auf YouTube, zeigen Linksextremisten erfolgreiche Aktionen und fordern mit szenetypischer Musik zum Mitmachen auf. Dabei wird auch die Anwendung von Gewalt propagiert.

Gewaltaufrufe im Internet

Im Vorfeld zum G7-Gipfel in Elmau kursierten im Internet diverse Aufrufe, Videos und Darstellungen, die in Rhetorik und Bildsprache einen Gewaltbezug erkennen ließen. Dabei wurde wiederholt Bezug genommen auf die schweren Ausschreitungen im Zusammenhang mit der Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) am 18. März in Frankfurt am Main.

Das 3A-Bündnis griff Fernsehbilder der Ausschreitungen in einem über soziale Netzwerke verbreiteten Mobilisierungsvideo auf mit dem Slogan

„Am 7. und 8. Juni tragen wir den Protest gegen Krise, Krieg und Kapital auf den Gipfel! Den G7 Gipfel stürmen! Fight Capitalism!“

Die Mobilisierungsseite „G7 mobi“ verwendete Bilder vom Brand des Schlosses Elmau im Jahr 2005 und verband diese mit dem Aufruf

„(...) den Brandstiftern die Hölle heiß [zu] machen“

Im Internet sorgen linksextremistische Gruppierungen auch für sog. Outings tatsächlicher oder vermeintlicher Rechtsextremisten. Sie machen dazu teilweise umfangreiche Recherchen mit Bildmaterial und persönlichen Daten zugänglich. Vereinzelt ergänzen sie die Outings mit Aktionen im Arbeits- oder Wohnumfeld des Betroffenen, um diesen gesellschaftlich zu isolieren. Außerdem ist von einer Zunahme von Hacker-Angriffen auf Internetseiten des politischen Gegners auszugehen.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat die Internetaufklärung weiter intensiviert und hierfür einen eigenen Arbeitsbereich eingerichtet.

5.2 Linksextremistische Musik

Im Linksextremismus hat sich eine Hass-Musikszene etabliert, in der die Demokratie verächtlich gemacht sowie zur Selbstjustiz und zur Gewaltaufgerufen wird. Hassmusik mit linksextremistischen Bezügen kann man an keinem Musikstil festmachen, die Stilrichtungen bewegen sich von aggressivem Punk über Ska bis hin zu Reggae oder Hip Hop. Häufig wird Musik im Rahmen der Vorbereitungen bzw. im Verlauf größerer Demonstrationen eingesetzt. Musikerlegte „Mobilisierungs-Videos“ im Internet transportieren ideologische Positionen und sprechen damit vor allem jüngere Menschen an.

Hass-Musik

Ein Beispiel hierfür ist die bayerische Band Sans Frontières. Ein Bandmitglied präsentiert sich auf seiner Facebookseite mit den Worten:

„Für eine revolutionäre Bewegung! Aufruhr, Widerstand, Klassenkampf statt Vaterland!“

In einem Song der Band Sans Frontières mit dem Titel „Revolte!“ heißt es:

„Aufruhr, Widerstand – es gibt kein ruhiges Hinterland (...). Bengalos (...) in die Bank. Ist Frankfurt ein Provinznest oder Vorstadt Paris?! Revolte, revolte! No Justice, no Peace! (...) 18null3 Blockupy waren wir dabei, dort konnte man gut leben, heben Steine auf Bullenschwein. Wir ziehen auf die Straße um was zu verändern. Vermummt, autonom, wir sind nicht zu erkennen (...).“

Auch als Einnahmequelle ist die Musik für Linksextremisten von erheblicher Bedeutung. Die erwirtschafteten Gelder dienen dazu, die eigenen Aktivitäten oder die Verteidigung von Szeneangehörigen in Strafprozessen zu finanzieren. Ein Beispiel für eine bayerische linksextremistische Band, die auch außerhalb Bayerns auftritt, ist Kurzer Prozess aus Nürnberg. Sie propagiert Gewalt als ein legitimes Mittel u. a. im Kampf gegen Rechtsextremisten, aber auch im Bereich des Antimilitarismus. Beispielsweise heißt es in einem ihrer Lieder:



„(...) Sabotage, Sitzblockaden – es gibt kein ruhiges Hinterland! Ihr feiert 60 Jahre?! Ja, dann feiern wir den Widerstand!“

6. Linksextremistische Parteien und Vereinigungen

6.1 Offen extremistische Strukturen in der Partei DIE LINKE.

Innerhalb der Partei DIE LINKE. gibt es mehrere offen extremistische Strukturen, die auf eine Überwindung der freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung abzielen. Sie stellen teilweise die parlamentarische Demokratie infrage, sprechen der rechtsstaatlichen Ordnung die Legitimation ab oder unterhalten Kontakte zu gewaltorientierten Autonomen. Diese offen extremistischen Untergliederungen versuchen auf die Partei DIE LINKE. Einfluss zu nehmen. So spricht das trotzkistische Netzwerk marx21 etwa davon,

„DIE LINKE zu einem Instrument für den Klassenkampf zu entwickeln.“

6.1.1 Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE. (KPF)



Die KPF ist nach wie vor der größte offen extremistische Zusammenschluss innerhalb der Partei DIE LINKE. Sie definiert sich in ihrer Satzung als ein „bundesweiter Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE.“ und hält weiterhin an marxistisch-leninistischen Positionen fest. Angestrebt wird die Überwindung des Kapitalismus als Gesellschaftssystem mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft.

Auf ihrer Bundeskonferenz am 2. Mai bekräftigte die KPF ihr kommunistisches Selbstverständnis und verharmloste die Verbrechen des DDR-Regimes:

„Die KPF wird alles in ihren Kräften Stehende tun, der Flut des Antikommunismus Würde im Umgang mit unserer Geschichte entgegenzusetzen. (...) Aber wieviel mehr zählten die existentiellen, realen Vorteile einer Gesellschaftsordnung, die nicht mehr vom Profitstreben dominiert war. Darüber kann auch das demagogisch-dumme Gequatsche über den ‚Unrechtsstaat DDR‘ nicht hinwegtäuschen.“

Die KPF kündigte zudem die Verstärkung ihrer Aktivitäten zur Gewinnung neuer Mitglieder an.

In ihrer Satzung bekennt sich die KPF zum Internationalismus und wirbt für ein „breites Bündnis mit kommunistischen Parteien, Gruppen und Zusammenschlüssen sowie anderen linken Kräften“. Besonderen Stellenwert nimmt für die KPF die „Solidarität mit dem sozialistischen Kuba“ ein. Die KPF arbeitet mit inländischen Linksextremisten und anderen offen extremistischen Zusammenschlüssen in der Partei DIE LINKE. zusammen.

6.1.2 Antikapitalistische Linke (AKL)

Die AKL wurde im März 2006 durch den Aufruf „Für eine antikapitalistische Linke“ als loses Netzwerk innerhalb der damaligen „Linkspartei.PDS“ gegründet. Unter den Unterzeichnern des Aufrufs befanden sich auch Mitglieder anderer offen extremistischer Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE. wie marx21, der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) sowie verschiedener trotzkistischer Gruppierungen.



Am 9. November 2013 gab sich die AKL nach ihrer offiziellen Anerkennung durch die Partei DIE LINKE. einen neuen „Grundlagentext zum politischen Selbstverständnis“. Darin wendet sich die AKL gegen einen „regierungs- und parlamentsfixierten ‚Pragmatismus‘ in der LINKEN“ und setzt dem „ein antikapitalistisches Programm mit sozialistischem Ziel“ entgegen.

Die AKL glaubt, dass neben anderen auch

„mit autonomen und selbstorganisierten Strukturen (...) eine politische Oppositionskraft erwachsen kann und muss, für die Programm und Partei der LINKEN dann eine Heimat sein könnten.“

Der Zusammenschluss sieht somit die Möglichkeit der Einbindung auch von autonomen bzw. gewaltorientierten Personen in die Partei.

Die AKL befürwortet einen „neuen sozialistischen Internationalismus“ sowie die Solidarität mit dem kubanischen Regime. Mit anderen offen extremistischen Zusammenschlüssen in der Partei DIE LINKE. arbeitet die AKL zusammen. Die AKL verfügt in Bayern über einen Koordinierungsrat.

6.1.3 Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí (Cuba Sí)



Die 1991 gegründete, bundesweit tätige Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí gliedert sich in Landesarbeitsgemeinschaften (LAG). Politische und materielle Solidarität mit dem sozialistischen Kuba sind Grundanliegen und wesentlicher Inhalt der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft (AG). Die Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE. pflegt in besonderer Weise den kommunistischen Internationalismus und unterhält Kontakte zu zahlreichen kubanischen Organisationen und Einrichtungen, u. a. zur Kommunistischen Partei Kubas (PCC) sowie zum Kommunistischen Jugendverband Kubas (UJC). In Bayern existieren Regionalgruppen in Weißenburg und Kitzingen. Zudem sind Aktivitäten in Nürnberg, Würzburg und Regensburg feststellbar.

6.1.4 marx21



Das trotzkistische Netzwerk marx21 ist die deutsche Sektion des Dachverbandes „International Socialist Tendency“ (IST) mit Sitz in London. Es handelt sich hierbei um die Nachfolgestruktur der trotzkistischen Gruppe „Linksruck“, die aus der 1963 gegründeten „Sozialistischen Arbeitergruppe“ (SAG) hervorgegangen ist. marx21 fordert die Überwindung des nach seiner Ansicht nicht zählbaren Kapitalismus.

Die unterdrückten Klassen sollen sich den gesellschaftlichen Reichtum kollektiv aneignen und die Produktionsmittel ihrer Kontrolle unterstellen. Der Koordinierungskreis von marx21 veröffentlichte auf der Homepage des Netzwerks eine „Strategie für eine klassenkämpferische und antikapitalistische LINKE“. Dort heißt es:

„Die Arbeiterklasse kann dem Kapitalismus ein Ende bereiten, wenn sie durch Solidarität ihre kollektive Stärke zur Geltung bringt. Vor diesem Hintergrund wirkt das marx21 Netzwerk darauf hin, DIE LINKE. zu einem Instrument für den Klassenkampf zu entwickeln.“

Als publizistische Plattform dient dem Netzwerk das gleichnamige Magazin „marx21“, das seit Februar 2013 deutschlandweit auch an Kiosken angeboten wird.



6.1.5 Linksjugend [‘solid] Landesverband Bayern

Die Mitglieder der 1999 gegründeten Linksjugend [‘solid] bezeichnen sich in ihrem Programm selbst als „SozialistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen“. Sie beziehen sich darin unter anderem „positiv auf die emanzipatorischen Traditionen des Kommunismus“. Das Programm sieht die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln vor. Die Linksjugend [‘solid] solidarisiert sich mit dem kommunistischen System in Kuba und fordert die Aufhebung aller Blockaden und Sanktionen. Sie beteiligte sich an der maßgeblich von autonomen Gruppierungen organisierten revolutionären 1. Mai-Demonstration in Nürnberg.



Der Landesverband verfügt in Bayern über Ortsgruppen in Augsburg, Bamberg, Coburg, Gunzenhausen, Ingolstadt, Kaufbeuren, München, Nürnberg-Fürth, Passau, Weiden, Weißenburg und Würzburg.

6.1.6 DIE LINKE. Sozialistisch-demokratischer-Studierendenverband (DIE LINKE.SDS) Landesverband Bayern



Der 2007 gegründete Studierendenverband DIE LINKE.SDS ist laut Statut eine „Arbeitsgemeinschaft mit Sonderstatus der Linksjugend [‘solid] mit eigener Mitgliedschaft und Organisation“. DIE LINKE.SDS orientiert sich ideologisch an der Lehre von Marx und plädiert in ihrem Selbstverständnis für Außerparlamentarismus, Systemüberwindung und die Zusammenarbeit mit anderen Linksextremisten. Der Landesverband Bayern von DIE LINKE.SDS wurde am 30. Januar 2010 in Regensburg gegründet und verfügt über Ortsgruppen in Coburg, Eichstätt, Erlangen-Nürnberg, München, Passau, Regensburg und Würzburg.

Im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel auf Schloss Elmau beteiligte sich DIE LINKE.SDS an der Mobilisierung für die Protestaktionen in Garmisch-Partenkirchen.

6.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und Umfeld

6.2.1 DKP



	Deutschland	Bayern
Mitglieder	3.000	340
Vorsitzender	Patrik Köbele	
Gründung	26.09.1968	
Sitz	Essen	Nürnberg und München
Publikationen	Unsere Zeit (UZ) Marxistische Blätter	Rundbrief; Auf Draht

Die DKP ist eine kommunistische Partei, die sich in einer Linie mit der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) sieht. Sie bekennt sich zum Marxismus-Leninismus und hat laut Parteiprogramm die Einfüh-

zung des „Sozialismus/Kommunismus“ zum Ziel. Die bundesweit organisierte Partei war bis 1989/90 von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) abhängig. Dem Bundesverband sind Bezirksorganisationen nachgeordnet, die weiter in Kreis- und Grundorganisationen oder auch Betriebsgruppen untergliedert sind. In Bayern existieren zwei Bezirksorganisationen (Nord- und Südbayern).

Seit 2009 gibt es in der DKP einen Richtungsstreit darüber, wie die Partei mehr politischen Einfluss gewinnen kann. Ein Flügel der Partei spricht sich für eine Öffnung hin zu anderen gesellschaftlichen Gruppierungen aus. Der andere Flügel votiert für die Rückkehr zur unverfälschten Lehre des Marxismus-Leninismus mit der DKP als alleiniger Avantgarde der Arbeiterklasse.

Auf dem 21. Parteitag der DKP, der vom 14. bis 15. November in Frankfurt am Main stattfand, wurde die alte Führungsspitze der DKP größtenteils wiedergewählt. Damit haben sich die Kräfte, die für eine Rückkehr zur unverfälschten Lehre des Marxismus-Leninismus plädieren, auf Bundesebene durchgesetzt. In Bayern ist keine geschlossene Positionierung erkennbar. In München befindet sich der Kreisverband im Richtungsstreit. Während sich Teile des Kreisverbands für eine stärkere Öffnung der Partei aussprechen, vertritt das sog. „Betriebsaktiv München“, die Sammelbetriebsgruppe der DKP München, einen traditionell-dogmatischen Kommunismus, wie er sich auch auf Bundesebene mehrheitlich durchgesetzt hat.

21. Parteitag bestätigt die Führungsspitze

Am 18. Juli veranstaltete die DKP in München gemeinsam mit anderen Organisationen, wie z. B. der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und dem Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus, ihr jährliches „Fest der Solidarität“ auf dem Rotkreuzplatz.

Gemeinsam mit der SDAJ initiierte die DKP die Kampagne „Den G7 den Kampf ansagen“. Auf einer Zwischenkundgebung während der Anti-G7-Demonstration in Garmisch-Partenkirchen sprach sich der stellvertretende DKP-Bundesvorsitzende Hans-Peter Brenner vom Lautsprecherwagen der DKP und SDAJ für den Antiimperialismus aus:

„(...) Wer hier und heute als Antiimperialist demonstriert gegen die Arroganz und die kriminellen Handlungen der G7, der muss, wenn er von hier zurückkehrt an seinen Heimatort, sich eine Frage stellen. „Wo kann ich mich einreihen in die Strukturen der antiimperialistischen Organisationen? Wo und wie bekomme ich die Verbindung zu den konsequent antiimperialistischen, den sozialistisch-kommunistischen Organisationen?(...)“

Durch aktive Mitarbeit übt die DKP auch auf Organisationen wie die VVN-BdA und das Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus Einfluss aus.

6.2.2 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)



	Deutschland	Bayern
Mitglieder	500	110
Vorsitzender	Kollektiver Bundesvorstand	
Gründung	04./05.05.1968	
Sitz	Essen	
Publikationen	POSITION	KONTRA! StrikeBack!

Die SDAJ ist nach ihrer Selbstdarstellung eine „bundesweite Organisation von Jugendlichen, die sich mit den Zuständen in Schulen, Betrieben, in dieser Republik und der ‚Neuen Weltordnung‘ nicht abfinden“ will. Sie ist marxistisch-leninistisch ausgerichtet:

„Alle unsere Forderungen richten sich gegen die Herrschenden in dieser Gesellschaft, gegen die Kapitalisten. Verwirklichen können wir sie nur in einer Gesellschaft ohne Kapitalisten - im Sozialismus.“

Die SDAJ als ehemalige DKP-Jugendorganisation ist eine eigenständige Organisation. Sie ist aber weiterhin eng mit der DKP verbunden. Gewalt in der politischen Auseinandersetzung schließt die SDAJ nicht aus. Das wird in ihrer „Grundlagenschule“ deutlich, die die SDAJ München im Internet verbreitet hat:

„Als Faustregel kann gelten, dass die legalen Kampfformen voll ausgenutzt werden sollten, gleichzeitig aber auch die Vorbereitung auf die Anwendung illegaler Kampfformen stattfinden sollte.“

Die SDAJ Nürnberg führte gemeinsam mit der autonomen Gruppe „Revolutionäre Organisierte Jugendaktion“ (ROJA) unter dem Motto „Laut gegen die Bundeswehr – Kein Werben fürs Sterben!“ am 8. Februar mit Transparenten und einem Megaphon eine Aktion vor einer Nürnberger Schule durch. Dabei diffamierte sie die Bundeswehr, indem sie ihr vorwarf, an Schulen „neues Kanonenfutter“ zu rekrutieren und „(...) nur im Profitinteresse der Banken und Konzerne“ zu handeln.

Kampagne gegen Bundeswehr

Im August initiierte die SDAJ Nürnberg die Kampagne „Brötchen ohne Bundeswehr – Kriegsunterstützer outen“. Die Kampagne richtet sich gegen Werbemaßnahmen der Bundeswehr, insbesondere gegen Werbeaufdrucke der Bundeswehr auf den Papiertüten einer Nürnberger Bäckerei. Am 26. August fand im Rahmen dieser Kampagne eine Flashmobaktion vor einer Filiale dieser Bäckerei statt. Ziel der Aktion war es, den Verkaufsablauf zu stören.

Die SDAJ beteiligte sich gemeinsam mit der DKP unter dem Motto „Den G7 den Kampf ansagen“ an den Protesten gegen den G7-Gipfel in Garmisch-Partenkirchen. Angehörige der SDAJ engagieren sich im Münchner Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz.



6.2.3 Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)



Bayern	
Mitglieder	700
Vorsitzende	Dr. Axel Holz Cornelia Kerth
Gründung	15. – 17.03.1947
Sitz	Berlin (Bundesgeschäftsstelle)
Publikationen	antifa

Die VVN-BdA ist die bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus. Sie arbeitet mit offen linksextremistischen Kräften zusammen. In der VVN-BdA wird nach wie vor ein kommunistisch orientierter Antifaschismus verfolgt. Diese Form des Antifaschismus dient nicht nur dem Kampf gegen den Rechtsextremismus. Vielmehr werden alle nicht-marxistischen Systeme – also auch die parlamentarische Demokratie – als potenziell faschistisch, zumindest aber als eine Vorstufe zum Faschismus betrachtet, die es zu bekämpfen gilt.

Anhaltspunkte für die linksextremistische Ausrichtung der VVN-BdA zeigen sich immer wieder in Äußerungen des ehemaligen Bundesvorsitzenden der VVN-BdA und seit Juni 2014 Ehrenvorsitzenden, Prof. Dr. Heinrich Fink. Gegen seine Nennung in den Verfassungsschutzberichten 2010 bis 2013 als „informeller Mitarbeiter“ des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR hat Prof. Dr. Fink Klage erhoben, über die noch nicht entschieden ist. Mittlerweile wurde auch gegen die Erwähnung des Rechtsstreites im Verfassungsschutzbericht 2014 Klage erhoben.

Beeinflussung
durch die DKP

Die Landesvereinigung Bayern der VVN-BdA wird von Linksextremisten, insbesondere aus der DKP, beeinflusst. So zog ein DKP-Vorstandsmitglied bei der 13. Tagung des Parteivorstands der DKP am 6./7. Juni in Essen ein positives Fazit bei der Zusammenarbeit mit Bündnispartnern – so vor allem mit der VVN-BdA. Auch auf der 14. Tagung des Parteivorstands der DKP am 12./13. September in Essen wurde festgestellt:

„Die Kontakte zu Bündnispartnern, vor allem der VVN-BdA, (...) wurden gefestigt.“

In Jugendcamps und Kongressen kommt es immer wieder zum Austausch mit autonomen Gruppierungen, wobei das Themenfeld Antifaschismus im Vordergrund steht.

Die bayerische Landesvereinigung der VVN-BdA hat gegen ihre Nennung im Verfassungsschutzbericht 2010 den Rechtsweg beschritten. Die Klage wurde auf die Jahre 2011, 2012 und 2013 erweitert. Das Bayerische Verwaltungsgericht München wies die Klage der VVN-BdA-Landesvereinigung Bayern im Oktober 2014 ab. Der Landesverband hat im Mai einen Antrag auf Zulassung der Berufung gestellt, über den noch nicht entschieden ist.

6.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder (mit REBELL)	1.900	120
Vorsitzender	Stefan Engel	
Gründung	1982	
Sitz	Gelsenkirchen	Nürnberg
Publikationen	Rote Fahne (Zentralorgan); REVOLUTIONÄRER WEG (Theorieorgan); REBELL (Jugendmagazin); Galileo – streitbare Wissenschaft (Zeitung der MLPD-Hochschulgruppen)	



Die zentralistisch geführte MLPD ist eine kommunistische Kaderpartei, die Sozialismus im Sinn des Stalinismus und des Maoismus anstrebt. Ihr grundlegendes Ziel ist „der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“. Im linksextremistischen Spektrum ist die MLPD aufgrund ihres dogmatischen Kommunismusverständnisses weitgehend isoliert.

Frauenverband
Courage e. V.

Mit dem Frauenverband Courage e. V. sowie mit Freizeitangeboten ihrer Jugendorganisation REBELL und ihrer Kinderorganisation ROTFÜCHSE versucht die MLPD Frauen, Jugendliche und Kinder an sich zu binden.

REBELL
ROTFÜCHSE

Die Jugendorganisation REBELL und die Kinderorganisation ROTFÜCHSE veranstalteten vom 25. Juli bis 8. August in Thüringen, wie in den letzten Jahren, ein sog. Sommercamp mit 320 Teilnehmern. In Bayern rief der REBELL-Ortsverband in Bamberg durch eine Flyerverteilung bei der Veranstaltung „Tag der Jugend“ zur Teilnahme auf. Im Camp sollen junge Menschen an ein antidemokratisches, revolutionär-kommunistisches Politikverständnis herangeführt werden. Dabei wird Freizeiterlebnis mit politisch-ideologischer Unterweisung verknüpft. Dies steht in direktem Gegensatz zum demokratischen Erziehungsideal, der Erziehung zu freier Willensbildung und selbstbestimmtem Leben.

Die Ortsgruppe der MLPD Aschaffenburg nutzte das Stadtfest in Aschaffenburg am 30. August, um mit einem Infostand ihre kommunistische Ideologie an breitere Bevölkerungskreise heranzutragen.

Die MLPD und ihr Jugendverband REBELL nahmen, wie bereits im Vorfeld angekündigt, auch an den Protestaktionen gegen den G7-Gipfel in Garmisch-Partenkirchen und München teil.

6.4 Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus



Das linksextremistisch beeinflusste Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus ist ein loser Zusammenschluss von Personen und Organisationen ohne feste Mitgliederstruktur. In ihm sind vor allem linksextremistische Parteien und Gruppierungen wie die DKP, die SDAJ, die MLPD sowie die Antikapitalistische Linke München (AL-M) aktiv.

Das Bündnis ist Organisator oder Unterstützer zahlreicher Demonstrationen, Mahnwachen und Informationsveranstaltungen. Außerdem dominiert es andere Protestbewegungen wie

das Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz, das die Proteste gegen die Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik koordiniert. Über das Thema Antimilitarismus versuchen die beteiligten Linksextremisten, demokratische Organisationen und Personen einzubinden. Maßgebliche Aktivisten des Münchner Bündnisses gegen Krieg und Rassismus sind Claus Schreer und Walter Listl, die auch in der Münchner DKP aktiv sind. Der DKP gelingt es dadurch, ihre Bündnisstrategie zu verwirklichen.

Die Proteste gegen die Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik sind in Bayern seit Jahren für die linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Szene die größte Aktion mit dem höchsten Mobilisierungs- und Teilnehmerpotenzial. Wie in den Vorjahren waren auch 2015 die Kundgebungen in der Münchner Innenstadt durch linksextremistische Parteien und Vereinigungen, wie die DKP, die SDAJ und die MLPD, sowie Autonome geprägt. An der Großdemonstration am 7. Februar nahmen bis zu 4.000 Personen (2014: etwa 2.500) teil, darunter rund 300 Autonome (2014: etwa 250). Die Autonomen marschierten vorwiegend in einem sog. Schwarzen Block, der sich als „Sammelpunkt revolutionärer, anti-kapitalistischer Aktivisten“ verstand. Aus dem Schwarzen Block wurde ein pyrotechnischer Gegenstand auf einen Polizeibeamten geworfen.

Proteste gegen
Münchner Sicherheitskonferenz

Das Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz unterstützte den Aufruf „Tragen wir den Protest auf den Gipfel – Auf nach Elmau“ gegen den G7-Gipfel 2015 in Elmau (Bayern).



6.5 Sonstige linksextremistische Organisationen

6.5.1 GegenStandpunkt (GSP)

GEGENSTANDPUNKT

	Deutschland	Bayern
Mitglieder	4.000	450
Sitz	München	
Publikationen	GEGENSTANDPUNKT (Sozialistische Hochschulzeitung)	

Der GSP setzt die Aktivitäten der Marxistische Gruppe (MG) fort, die im Mai 1991 ihre Selbstauflösung erklärt hat. Er ist eine straff geführte elitäre Gruppierung mit revolutionär-kommunistischen Zielvorstellungen, die sich selbst anderen linksextremistischen Gruppierungen überlegen sieht. Bundesweit gibt es lokale Gruppen, die in eine organisatorische Gesamtstruktur um die in München ansässige GegenStandpunkt Verlagsgesellschaft mbH eingebunden sind.

Neben internen Mitgliederschulungen war der GSP in Bayern, wie zuvor die MG, öffentlich mit marxismustheoretischen Veranstaltungen u. a. an den Hochschulen München, Nürnberg und Regensburg aktiv, um neue Mitglieder zu rekrutieren. Die an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen aktive „Sozialistische Gruppe (SG) Hochschulgruppe Erlangen/Nürnberg“ ist ebenfalls dem GSP zuzurechnen. Sie ist Herausgeber der monatlich erscheinenden „Sozialistischen Hochschulzeitung“.

6.5.2 Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)



	Bayern
Mitglieder	80
Gründung	1973
Sitz	München

Der aus „Arbeiter-Basisgruppen“ in München hervorgegangene AB ist eine revolutionär-marxistische Organisation, die die Gründung einer „revolutionären Partei in der Tradition der verbotenen KPD“ anstrebt. Sie beruft sich auf den Marxismus-Leninismus und die Ideen von Stalin und Mao Tse-tung. Ziel des AB ist die Beseitigung der „herrschenden Ausbeuterklasse“ und die Errichtung einer „Diktatur des Proletariats“.

Über Informationsveranstaltungen und Kundgebungen in unmittelbarer Nähe zu Industriebetrieben versucht die Organisation eine Verbindung zur Arbeiterschaft herzustellen. So demonstrierten Aktivisten des AB insbesondere vor Fertigungsstätten von Kfz-Herstellern. In München und Nürnberg organisierte der AB eigene 1. Mai-Veranstaltungen, wobei zum Klassenkampf und zur Errichtung eines neuen, proletarischen Staates aufgerufen wurde. Außerhalb Bayerns gibt es AB-Gruppen in Frankfurt am Main und Köln.

6.5.3 Rote Hilfe e. V. (RH)

	Deutschland	Bayern
Mitglieder	6.000	500
Sitz	Göttingen (Bundesgeschäftsstelle)	verschiedene Ortsgruppen u.a. Nürnberg und München
Publikationen	„DIE ROTE HILFE“, vierteljährlich	



Der Arbeitsschwerpunkt der RH ist die finanzielle und politische Unterstützung von linksextremistischen Straf- und Gewalttätern, mit deren ideologischer Zielsetzung sie sich identifiziert.

Dabei geht es ihr nicht um eine Resozialisierung von Straftätern, sondern um die Unterstützung gewaltbereiter Linksextremisten in ihrem Kampf gegen das politische System. Die Unterstützung schließt auch ehemalige Angehörige terroristischer Vereinigungen ein. Die RH gewährt Beihilfen zu Anwalts- und Prozesskosten sowie zu Geldstrafen und Geldbußen. Mitglieder des Vereins diskreditieren das deutsche Rechtssystem immer wieder – u. a. in

einem Newsletter vom 13. November 2014 – als „Gesinnungsjustiz“. Der Bundesvorstand der RH sprach in einer Pressemitteilung vom 17. November 2012 im Zusammenhang mit der Strafverfolgung einer linksextremistisch motivierten Gewalttat vom

„Versuch systematischer Abschreckung junger, politisch engagierter Menschen“

Die RH unterstützte den Aufruf zur Teilnahme an der Revolutionären 1. Mai-Demonstration in Nürnberg und war an den Vorbereitungen der Proteste gegen den G7-Gipfel in Elmau beteiligt. Am 6. Juni nahm die RH an der Anti-G7-Großdemonstration in Garmischen-Partenkirchen teil. Sie nutzte diese, um neue Mitglieder zu gewinnen und um Spenden zu werben.

7. Autonome, Postautonome und Anarchisten

7.1 Beschreibung / Hintergrund

Autonome

650 Autonome
in Bayern

Autonome sind – überwiegend junge – gewaltorientierte Linksextremisten. Sie bilden den weitaus größten Teil des gewaltorientierten linksextremistischen Personenpotenzials. Zur autonomen Szene zählen bundesweit rund 6.300 Personen, in Bayern etwa 650. Autonome haben kein einheitliches ideologisches Konzept, sie folgen vielmehr anarchistischen und anarcho-kommunistischen Vorstellungen. Einig sind sich alle Autonomen in dem Ziel, den Staat und seine Einrichtungen – auch mit Gewalt – zu zerschlagen und eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu errichten. Sie rechtfertigen Gewalt als erforderliches Mittel gegen die „strukturelle Gewalt“ eines „Systems von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“. Gewalttätige Handlungen verstehen sie als Akt individueller Selbstbefreiung von den Herrschaftsstrukturen. Dazu gehören Brandstiftungen, Sabotage, Hausbesetzungen und militante Aktionen bei Demonstrationen. Autonome versuchen, auch demokratische Protestbewegungen für ihren Kampf gegen den Staat zu mobilisieren.

Postautonome

In der autonomen Szene wird seit längerem eine Organisations- und Militanzdebatte geführt. Seit Beginn der 1990er Jahre wuchs die interne Kritik, die autonome Bewegung sei zu unorganisiert, um nachhaltig politische Veränderungen bewirken zu können. Im Zentrum der Debatte steht dabei die Frage, wie eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz für die eigenen autonomen Positionen erreicht werden kann.

Infolgedessen sind mehrere sog. postautonome Gruppierungen und Netzwerke entstanden, die die gesellschaftliche Isolation der Autonomen durchbrechen wollen. In der Szene besonders prägend wirkt die Interventionistische Linke (IL). Sie war erstmals im Jahr 1999 bei den Protesten gegen die EU-Ratstagung und den Weltwirtschaftsgipfel in Köln aktiv und gründete sich 2005 als informelles bundesweit agierendes Netzwerk.

Postautonome versuchen ein Scharnier zwischen gewaltbereiten Linksextremisten und gemäßigten Kräften zu bilden. Die Vorsilbe „Post“ steht für die Infragestellung einiger grundlegender Merkmale, aber nicht für einen vollständigen Bruch mit dem gewaltorientierten autonomen Politikansatz. Um zwischen links-extremistischen und demokratischen Akteuren zu vermitteln, bedienen sich die Postautonomen des Begriffs des „zivilen Ungehorsams“. Vordergründig beteiligen sich Postautonome nicht an gewalttätigen Ausschreitungen, allerdings distanzieren sie sich auch nicht eindeutig vom Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele.

Keine Ablehnung
von Gewalt

Postautonome engagieren sich z. B. in Mieter- und Stadtteilinitiativen, in der Flüchtlingshilfe, in antifaschistischen Gruppierungen und in der Anti-Globalisierungsbewegung. Im Rahmen dieser Bündnisse wird verstärkt auf die Vermittlung theoretisch-marxistischer Inhalte nach außen geachtet.

Besonderen Aufschwung erlebte die postautonome Szene im Rahmen von Protesten gegen die globale Finanzkrise. Bei den von der IL seit 2012 federführend mitinitiierten Demonstrations- und Aktionstagen in Frankfurt am Main nahmen bis zu 25.000 Menschen teil, von autonomen über zivilgesellschaftliche Organisationen bis hin zu Parteien.

Auch in Bayern ist in der Szene eine zunehmende Tendenz hin zu postautonomen Strukturen festzustellen. In letzter Zeit schlossen sich vermehrt bayerische gewaltorientierte Gruppen bundesweiten Bündnissen an. So hat sich die radikale Linke Nürnberg (rL) im Oktober in Interventionistische Linke Nürnberg (IL-N) umbenannt und sich damit in dieses bundesweite Netzwerk integriert.

Die Münchner autonome Gruppen Antifa NT schloss sich dem Bündnis „... ums Ganze!“ an, in dem sich gewaltorientierte linksextremistische Gruppen aus Deutschland und Österreich organisieren.

Bereits seit einigen Jahren engagiert sich die Antikapitalistische Linke München (AL-M) in dem Bündnis „Perspektive Kommunismus“, das sich als politische Plattform kommunistischer Gruppen begreift und einen „revolutionären Anspruch“ vertritt. Das Bündnis beteiligte sich intensiv an der Mobilisierung zu den Protesten gegen den G7-Gipfel.

Anarchisten

Anarchismus ist eine Sammelbezeichnung für politische Auffassungen und Bestrebungen, die auf die Abschaffung jeglicher Herrschaft von Menschen über Menschen abzielen. Allen anarchistischen Strömungen ist die Forderung gemein, den Staat als Herrschaftsinstitution abschaffen zu wollen – und zwar unabhängig von einer demokratischen oder diktatorischen Ausrichtung. Häufig schließt eine solche Auffassung einen grundsätzlichen Antiinstitutionalismus ein. Anarchisten sehen Bürokratien, Kirchen, Parteien, Parlamente und Vereine als Einrichtungen, die einem freiwilligen Zusammenschluss von emanzipierten und mündigen Menschen entgegenstehen. Diese Ablehnung von Hierarchie und Unterordnung hat zur Folge, dass Anarchisten sich selbst in der Regel nur schlecht organisieren können, lediglich lose strukturierte Gruppierungen bilden und die Gründung einer anarchistischen Partei ablehnen.

7.2 Gruppierungen

7.2.1 Organisierte Autonomie (OA)

	Bayern
Gründung	ca. 1993
Sitz	Nürnberg
Publikationen	barricada – zeitung für autonome politik und kultur



Die OA ist ein Zusammenschluss eigenständiger autonomer Gruppen, der sich als offenes Projekt versteht. Dabei spiegelt der Name den Widerspruch zwischen jeglicher Ablehnung von Strukturen einerseits und dem erforderlichen Mindestmaß an Organisation zur Zielerreichung andererseits wider. In ihrer Selbstdarstellung tritt die OA für eine kommunistische Gesellschaftsordnung ein, die im kontinuierlichen Kampf gegen die herrschende Ordnung erreicht werden soll. Ziel der OA ist es demzufolge, den „Klassenkampf von unten“ zu organisieren.

Das von der OA verfolgte linksextremistische Antifaschismusverständnis wird in einer von ihr herausgegebenen Broschüre deutlich:

„Faschismus ist kein geschichtlicher Betriebsunfall, sondern ein gern genutztes Mittel der herrschenden, kapitalistischen Klasse zur Aufrechterhaltung ihres menschenverachtenden Systems.“

Die OA nutzt Treff- und Veranstaltungsortlichkeiten im Nürnberger Stadtteil Gostenhof. Zu diesen gehört das Selbstverwaltete Kommunikationszentrum Nürnberg e. V. (KOMM e. V.), das Anlaufstelle für viele linksextremistische Gruppierungen ist. In Gostenhof veranstaltet die OA auch ihre jährliche „revolutionäre 1. Mai-Demonstration“ und das im Anschluss daran stattfindende „Internationalistische Straßenfest“. An der Demonstration im Jahr 2015 nahmen bis zu 1.400 Personen teil, darunter etwa 300 der linksextremistischen bzw. autonomen Szene. Neben der OA beteiligten sich u. a. auch Aktivisten der Antifaschistischen Linken Fürth (ALF), der Jugendantifa Fürth (JAF), der SDAJ, der DKP sowie der Linksjugend [solid]. Die OA beteiligte sich auch an der Anti-G7-Großdemonstration am 6. Juni in Garmisch-Partenkirchen.

KOMM e. V.

7.2.2 Revolutionär Organisierte Jugendaktion (ROJA)

Die ROJA ist eine autonome Jugendorganisation in Nürnberg. In ihrem Selbstverständnis beruft sie sich auf den Marxismus und fordert neben einem konsequenten Antikapitalismus auch Klassenkampf und Revolution.

„Bewusst sind wir auch der Tatsache, dass dieses menschenverachtende System, in dem eine kleine Minderheit sich an dem Elend aller anderer bereichert, nicht ohne den Klassenkampf aller Ausgebeuteten und Unterdrückten – und nicht ihrer StellvertreterInnen – gegen die AusbeuterInnen und UnterdrückerInnen abgeschafft werden kann.“

Ein zentrales Betätigungsfeld der ROJA ist der Antimilitarismus. Unter Slogans „Bundeswehr raus aus den Schulen!“ oder „Für die soziale Revolution weltweit!“ agitiert die ROJA gegen Informationsveranstaltungen der Bundeswehr.

Die ROJA beteiligte sich an der „revolutionären 1. Mai-Demonstration“ sowie an einem sog. „Anti-G7-Action-Info-Camp“ Ende Mai in Nürnberg.



7.2.3 Interventionistische Linke Nürnberg (IL-N)



	Bayern
Gründung	ca. 2005
Sitz	Nürnberg
Publikationen	„radical left“ unregelmäßig

Die Interventionistische Linke Nürnberg (IL-N), die bis Oktober 2015 unter dem Namen radikale Linke Nürnberg (rL) auftrat, ist eine postautonome Gruppierung, die sich regelmäßig an öffentlichen Veranstaltungen in der linksextremistischen Szene beteiligt und in das bundesweite Netzwerk IL eingebunden ist. Ideologisch

orientiert sich die IL-N am Marxismus/Kommunismus. Sie versteht daher das bestehende Gesellschaftssystem als eine Zwei-Klassen-Gesellschaft, in der die herrschende Klasse (Kapitalisten) die Arbeiterklasse (Proletariat) ausbeutet und unterdrückt.

Ziel der IL-N ist die Abschaffung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und die Installation einer klassenlosen Gesellschaft. Dabei fokussiert sie sich nicht ausschließlich auf regionale Protestaktionen, sondern wirkt auch an der Vorbereitung überregionaler Aktionen mit. Die IL-N versucht durch die Organisation von Konzerten und Festivals neue Unterstützer und Sympathisanten zu gewinnen. Sie ist Herausgeber der Szenepublikation „radical left“.

Die IL-N beteiligte sich an den gewaltsamen Ausschreitungen gegen die EZB-Eröffnung am 18. März in Frankfurt sowie am „Anti-G7-Action-Info-Camp“ Ende Mai in Nürnberg.

Abschaffung
der Staats- und
Gesellschafts-
ordnung

7.2.4 Antifaschistische Linke Fürth (ALF) und Jugendantifa Fürth (JAF)

	ALF	JAF
Gründung	2005	2009
Sitz	Fürth	



Das Antifaschismusverständnis der ALF zielt auf die Überwindung des bestehenden Systems als angebliche Ursache faschistischer Erscheinungsformen ab. Anlassbezogen wirkt die ALF auch in regionalen nicht-extremistischen Bündnissen mit.

Auf eine Initiative der ALF geht die Gründung der JAF zurück. Durch die JAF werden junge Menschen an die autonome Szene in Fürth herangeführt. Auch die JAF versteht unter Antifaschismus weit mehr als nur einen Kampf gegen Rechtsextremismus. Nach ihrem Verständnis muss Antifaschismus immer auch das Ziel haben, die kapitalistischen Verhältnisse und die bestehende staatliche Ordnung zu überwinden.

Beide Gruppierungen riefen zur Teilnahme an der „Antikapitalistischen Vorabenddemonstration zum 1. Mai“ in Fürth auf, an der sich etwa 180 Personen vorwiegend aus dem linksextremistischen Spektrum beteiligten.

7.2.5 Antifa-NT

antifant
autonome antifa münchen

	Bayern
Gründung	bekannt seit 2006
Sitz	München

Die Gruppe Antifa-NT vertritt einen autonomen Antifaschismus, der darauf abzielt, die bestehende Gesellschaftsordnung durch eine klassenlose Gesellschaft zu ersetzen. Sie pflegt bundesweite Kontakte zu anderen autonomen Gruppierungen und trat im Herbst dem linksextremistischen „... ums Ganze!“-Bündnis bei. Zur Demonstration gegen die Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main am 18. März organisierte Antifa-NT die Busanreise aus München. Bei den Protesten kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen.

Antifa-NT nutzt die Räumlichkeiten des Kafe Marat, das Teil eines selbstverwalteten Kulturzentrums ist.

Das Kafe Marat dient Linksextremisten, insbesondere Autonomen, als Treffpunkt, logistisches Zentrum und Informationsbörse. Daneben nutzen auch andere nicht-extremistische kulturelle und gesellschaftliche Gruppen das Kafe Marat für Treffen und Veranstaltungen.



7.2.6 Antikapitalistische Linke München (AL-M)

	Bayern
Gründung	2011
Sitz	München

Die AL-M ist eine revolutionär-kommunistisch ausgerichtete post-autonome Gruppierung und folgt marxistisch-leninistischen und trotzkistischen Ideologieelementen.

Nach ihrer Selbstdarstellung ist ihr Ziel die Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates und die Errichtung eines kommunistischen Systems:

„(...) Notwendig ist: die Revolution. (...) Die revolutionäre Theorie, um die Welt zu begreifen und sie zu verändern, ist der Marxismus. Die einzige Alternative zum heutigen Kapitalismus ist eine andere Gesellschaft: Der Kommunismus – dafür kämpfen wir.“

Die AL-M ist ein Bindeglied zwischen dem traditionell kommunistisch ausgerichteten Spektrum des Linksextremismus und der autonomen Szene. Die Internetseite der AL-M dient als Mobilisierungsplattform für das gesamte linksextremistische Spektrum in München. Dort wird nicht nur zu autonomen Gruppen wie Antifa-NT verlinkt, sondern auch zu linksextremistischen Parteien und Organisationen wie der Roten Hilfe und der SDAJ München. Die Gruppierung ist bei mehreren Themen, die von Linksextremisten besetzt werden, aktiv, z. B. bei Aktionen zum Antimilitarismus.

Bereits seit einigen Jahren ist die Antikapitalistische Linke München (AL-M) in das Bündnis „Perspektive Kommunismus“ eingebunden.



Scientology- Organisation (SO)

-
- ▶ **Werbetour der SO-Tarnorganisation
Sag Nein zu Drogen – Sag JA zum Leben
stößt in Bayern auf wenig Resonanz**
 - ▶ **Mitglieder reagieren teils ablehnend auf
neue Technologie Golden Age of Tech II**

Die Scientology-Organisation (SO) ist eine internationale Organisation, die zum einen auf finanzielles Gewinnstreben ausgerichtet ist und zum anderen ein weltweites, unumschränktes Herrschaftssystem nach eigenen Vorstellungen errichten möchte. An die Stelle des Demokratieprinzips und der Grundrechte soll ein auf Psycho-Technologien und der bedingungslosen Unterordnung des Einzelnen beruhendes totalitäres Herrschaftssystem unter scientologischer Führung treten.

Die SO ist somit nicht nur eine Gefahr für Einzelne, die in die Fänge und den Einflussbereich der Organisation zu geraten drohen, sondern stellt auch das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland und die staatliche Garantie der Grundrechte in Frage. Schon in seinem Grundlagenwerk „Dianetik“ aus dem Jahr 1950 wies der Gründer der SO, Lafayette Ron Hubbard, auf die politische Relevanz seiner Lehre hin. Nach seinen bis heute unveränderten und für alle Scientologen verbindlichen Vorstellungen soll eine ausschließlich nach scientologischen Richtlinien funktionierende Welt geschaffen werden. Mit harten psycho- und sozial-technischen Instrumenten will die Organisation nicht nur den einzelnen Menschen steuern, sondern durch Einflussnahme auf Staat, Politik und Wirtschaft in die Gesellschaft eindringen, um sie den scientologischen Zielen zu unterwerfen.

Programmatische und Aktivitäten der SO sind mit den Grundprinzipien unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar.

Die Scientology-Organisation

- ▶ **will ein scientologisches Rechtssystem etablieren, in dem es keine Menschen- und Grundrechte gibt,**
- ▶ **missachtet die Menschenwürde (Artikel 1 des Grundgesetzes) und den Gleichheitsgrundsatz (Artikel 3 des Grundgesetzes), da sie nur Scientologen Rechte zugesteht,**
- ▶ **missachtet das Grundrecht der freien Meinungsäußerung (Artikel 5 des Grundgesetzes), da sie Kritik mit allen – auch illegalen – Mitteln unterdrücken will,**
- ▶ **baut auf ein totalitäres Herrschaftssystem, das Gewalt und Willkürherrschaft einschließt.**

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat mit Urteil vom 12. Februar 2008 festgestellt, dass

- ▶ **tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die SO Bestrebungen verfolgt, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind,**
- ▶ **zahlreiche Hinweise ergeben, dass die SO eine Gesellschaftsordnung anstrebt, in der zentrale Verfassungswerte außer Kraft gesetzt oder eingeschränkt werden,**
- ▶ **der Verfassungsschutz die Organisation daher – auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln – beobachten darf.**

1. Personenpotenzial

	Deutschland	Bayern
Mitglieder	4.000	etwa 1.200
Vorsitzender	Helmut Blöbaum	Nina Malessa
Gründung	München 1972 („Scientology Kirche Deutschland e.V.“)	Nürnberg 1982 („Scientology Kirche Bayern e.V.“)
Sitz	München (in Deutschland unselbständige Teilorganisationen)	München
Publikationen	Freiheit; Impact; Ursprung; Source u. a.	

Die Mitgliederzahl der SO in Bayern ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Aktuell stagniert die Zahl bei etwa 1.200 Mitgliedern. Staatliche Aufklärungsarbeit, Prävention und kritische Darstellungen in den Medien haben die SO und deren Ziele für die Öffentlichkeit transparent gemacht und erschweren es ihr, neue Mitglieder zu gewinnen. Mit Hilfe von Tarnorganisationen, wie z. B. der Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e. V. (KVPM) oder der Organisation Sag NEIN zu Drogen – Sag JA zum Leben, versucht die SO weiterhin, sich als humanitäre und sozial verantwortliche Organisation darzustellen.

2. Aktionen und Aktivitäten

2.1 Werbetour der SO-Tarnorganisation Sag NEIN zu Drogen – Sag JA zum Leben

Vom 20. bis zum 27. Juni führte die SO-Tarnorganisation Sag NEIN zu Drogen – Sag JA zum Leben eine „Drogenpräventions-Tour“ von München nach Berlin durch, mit Stationen in mehreren Bundesländern. In Bayern wurde neben München die Stadt Nürnberg angefahren. Die Tour wurde von einer amerikanischen Sängerin sowie an einigen Orten von einem tschechischen BMX-Weltmeister begleitet. An den bayerischen Tour-Orten stieß die Kampagne nur auf wenig Interesse in der Bevölkerung.

Drogenpräventions-Tour

Die SO-Tarnorganisation Sag NEIN zu Drogen – Sag JA zum Leben versucht, durch öffentliche Informationsveranstaltungen und Kampagnen zur Drogenprävention in Kontakt mit Bürgern und vor allem Jugendlichen zu treten. Auf einer jugendgerecht gestalteten Internetseite wirbt die Initiative vorgeblich für Drogenprävention. Dort können kostenlos Infohefte, insbesondere für Schulen und Unterricht, bestellt werden.

Der Zusammenhang zur SO ist auf den ersten Blick nicht erkennbar. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass insbesondere Jugendliche durch Internetrecherchen, etwa für Referate zur Modedroge Crystal, auf die Internetseite der Initiative stoßen und in Unkenntnis des SO-Hintergrunds von dem Angebot der Organisation Gebrauch machen. Personen, die sich Informationsmaterial bestellen, müssen mit einer fortgesetzten Kontaktaufnahme durch die SO rechnen.

Bereits im Juni 2014 hatte die SO-Tarnorganisation eine vergleichbare Tour durch sieben ostdeutsche Städte durchgeführt. In deren Vorfeld wurden die jeweiligen Bürgermeister angeschrieben und zur Unterstützung der Kampagne aufgerufen. 2013 hatte Sag NEIN zu Drogen – Sag JA zum Leben in bayerischen Krankenhäusern ohne Genehmigung der jeweiligen Krankenhausleitung Flyer ausgelegt.



2.2 Einführung einer neuen SO-Technologie

David Miscavige, Nachfolger des Gründers der Scientology Organisation L. Ron Hubbard, verkündete auf einer weltweit per Livestream übertragenen Großveranstaltung im November 2013 die Einführung einer als „Golden Age of Tech II“ (GAT II) bezeichneten neuen SO-Technologie. Die SO begreift ihre Ideologie als Technik zur Herrschaft über den einzelnen Menschen und die ganze Gesellschaft. Sie geht davon aus, dass der Mensch wie eine Maschine zu bedienen ist. Der durch die scientologischen Verfahren zu erzeugende neue Mensch gilt als Produkt, das durch Trainings optimiert werden muss. Mit Hilfe von GAT II soll dies noch besser und schneller möglich sein. Die Mitglieder wurden darüber informiert, dass aufgrund der neuen Technik bereits abgeschlossene und bezahlte Kurse erneuert werden müssen.

Golden Age
of Tech II



Wer sich der SO anschließt, muss einen genau vorgezeichneten Trainingsweg beschreiten, um zum scientologischen Übermenschen, dem „Operierenden Thetan“ (OT) zu werden. Vom ersten bis zum letzten Kurs, einschließlich der vorgeschriebenen Auditings, ist mit Kosten in Höhe von mehreren hunderttausend Euro zu rechnen.

Bei manchen Kunden kann sich aufgrund des Trainings ein suchtähnliches Verlangen nach weiteren Kursen entwickeln. Das sog. Auditing ist eine Psychotechnik, die von der SO zur Veränderung der Persönlichkeit eingesetzt wird. Im Auditing müssen Anhänger der SO sämtliche Informationen bis hin

Auditing

zu intimsten Details über ihr Leben preisgeben. Dies macht sie für SO zum gläsernen Menschen und damit letztendlich erpressbar.



Digitales E-Meter

Legitimiert wurde die Neuinterpretation der eigentlich unveränderbaren Lehren Hubbards mit bisherigen Umsetzungs- und Verständnisfehlern. So sei die Technologie jetzt im eigentlichen Sinne des Gründers verbessert worden. Im Zusammenhang mit der neuen Technologie wurde auch ein neues digitales E-Meter eingeführt.

Das E-Meter dient den Scientologen als angebliches Kontrollinstrument während des Auditing-Trainings und stellt einen wesentlichen Baustein bei der Ausübung der scientologischen Praktiken innerhalb des Kurssystems dar. Es misst jedoch lediglich den elektrischen Widerstand der menschlichen Haut und hat objektiv keinerlei belastbare Aussagekraft.

Für die SO ist die Einführung der neuen Technologie ein Mittel zur Geldbeschaffung, da alle Mitglieder ihre Kurse erneuern und dafür wieder hohe Geldbeträge investieren müssen. Bereits vor einigen Jahren praktizierte die SO bei der Einführung neuer Buchserien ein ähnliches Vorgehen. SO-Mitglieder reagierten teils mit Unmut und Unverständnis auf die neue Technologie. Für sie ist damit erneut eine erhebliche finanzielle Belastung verbunden.

3. Organisationsstruktur

Die SO ist wie ein internationaler Wirtschaftskonzern organisiert und strukturiert. Alle Einrichtungen unterliegen trotz scheinbarer Selbstständigkeit der strikten Befehls- und Disziplinargewalt des „Religious Technology Center“ (RTC) in Los Angeles/USA unter der Leitung von David Miscavige, dem Nachfolger des Gründers der Scientology Organisation, L. Ron Hubbard.



Kern ist der Church-Bereich, der in „Kirchen“ (Org), Missionen und Celebrity Centres gegliedert ist. Dachverband in Deutschland ist die Scientology Kirche Deutschland e. V. (SKD), in Bayern existiert parallel dazu die Scientology Kirche Bayern e. V. (SKB). Sowohl die SKD als auch die SKB haben ihren Sitz in München.

Scientology Kirche
Bayern e. V.

In München gibt es zudem ein Celebrity Centre, welches für Prominente und Künstler vorgesehen ist. Die Celebrity Centers sollen Politiker, Führungskräfte aus der Wirtschaft, Medienleute, Künstler und andere Prominente für Scientology gewinnen, um sie für Propagandazwecke nutzen zu können.



Missionen

In Deutschland gibt es insgesamt acht Missionen, sechs in Baden-Württemberg sowie je eine in Bremen und Hessen. Die Mission München West wurde im Frühjahr nach Auflösung des Mietvertrages ersatzlos geschlossen. In der SO-Hierarchie stehen die Missionen unterhalb der Org, sie können nur grundlegende Dienstleistungen anbieten.

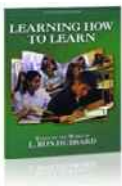
Alle weltweiten Missionen stehen unter der Führung der Scientology Missions International (SMI) mit Sitz in Los Angeles/USA. Die Veröffentlichung interner Missionsranglisten soll gegenseitige Konkurrenz zwischen den Missionen erzeugen. Den besten Listenplatz erhält die Mission mit dem größten Umsatz, den meisten Neuanwerbungen oder dem höchsten Spendenaufkommen.

3.1 Unterorganisationen der Scientology-Organisation



Das World Institute of Scientology Enterprises (WISE) ist ein franchiseähnlicher Zusammenschluss von Unternehmen, die durch Lizenzverträge an die SO gebunden sind und nach deren Methoden arbeiten. WISE hat zum Ziel, die Wirtschaft zu unterwandern und Gewinne durch den Verkauf von SO-Management-Techniken an Unternehmen zu erwirtschaften.

WISE-Unternehmen sind vor allem in der Immobilienbranche sowie in der Unternehmens- und Personalberatung aktiv. Darüber hinaus versucht die SO verstärkt, Einfluss auf die IT-Branche zu gewinnen, die Zugang zu den sensibelsten Daten und Unternehmensbereichen eröffnen kann.



Mit Hilfe der Association for Better Living and Education (ABLE) versucht die SO, sich auch als soziale Organisation darzustellen. Zu ABLE gehören u. a. die vermeintliche Hilfsorganisation für Drogenabhängige NARCONON und das Ausbildungsprogramm Applied Scholastics. Aus Sicht der SO sind Betroffene hier leichter zu beeinflussen und für die Lehre der SO zu gewinnen. Die KVPM-Initiative „Jugend für Menschenrechte“ soll Jugendliche für die Themen der SO begeistern und mit aktiver Nachwuchsgewinnung sinkenden Mitgliederzahlen entgegen wirken.

Innerhalb des streng hierarchischen Aufbaus der SO gibt es zahlreiche Überwachungseinrichtungen und einen eigenen Geheimdienst, das Office of Special Affairs (OSA).

Geheimdienst
OSA

Diese sollen Informationen über Kritiker, Behördenangehörige und andere Gegner sammeln, auswerten und als Druckmittel verwenden. Die OSA-Einheit für Deutschland (Department of Special Affairs – DSA) ist zwar strukturell bei der „Scientology Kirche Deutschland e. V.“ angesiedelt, aber im Herbst 2012 an den Sitz der „Scientology Kirche Bayern e. V.“ umgezogen. Hubbard sah in der OSA hauptsächlich das Ziel:

„... Behörden und ...Denkmodelle oder Gesellschaften in einen Zustand völliger Übereinstimmung mit den Zielen der SO bringen. ... Dies geschieht durch die hochrangige Fähigkeit zur Steuerung und – falls sie nicht gegeben ist – durch die weiter unten angesiedelte Fähigkeit zur Überwältigung.“

(Hubbard-Anweisung vom 15. August 1960)

Im Allgemeinen treten SO-Einrichtungen überwiegend offen auf bzw. versuchen nicht, ihre Verbindung zur SO zu verschleiern. Daneben bedient sich die SO allerdings auch Neben- und Tarnorganisationen, die auf den ersten Blick keinen Zusammenhang mit der SO erkennen lassen, mit denen aber Botschaften zu unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Themen transportiert werden sollen. Die SO ist in mehreren Themenfeldern mit Tarnorganisationen aktiv.

Diese Felder zeichnen sich meist durch zwei Aspekte aus: Es gibt einen relativ breiten gesellschaftlichen Konsens, in den sich die SO einordnet, z. B. der Kampf gegen Drogenmissbrauch. Die SO versucht auf diese Weise an Menschen heranzukommen, die Hilfe brauchen, sich in einer Lebenskrise befinden und die damit leichter beeinflussbar sind, z. B. Drogenabhängige, psychisch Kranke, Straftäter oder Schüler mit schlechten Schulleistungen.

Die SO setzt bewusst auf Tarnorganisationen, um auch diejenigen erreichen zu können, die der SO zunächst ablehnend gegenüberstehen. Ziel der SO ist es, dadurch dauerhafte Kontakte zu

Menschen aufzubauen, die zu einem späteren Zeitpunkt in die SO selbst und in das damit verbundene kostspielige Kurssystem eingegliedert werden können.

KVPM

Die 1972 gegründete Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e. V. (KVPM) sieht ihr Ziel darin, angebliche Missbräuche und Menschenrechtsverletzungen in der Psychiatrie aufzudecken. Die KVPM kritisiert durch Flugblattaktionen, Demonstrationen sowie Veröffentlichungen auf DVD oder im Internet die Psychiatrie und ihre Behandlungsmethoden.

Die aggressiv formulierte Kritik richtet sich sowohl gegen die Psychiatrie im Allgemeinen als auch gegen einzelne psychiatrische Kliniken und deren ärztliche Leiter. Aufgrund des Alleinvertretungsanspruchs der SO, den einzig wahren Weg zur Heilung von psychischen Erkrankungen zu kennen, spielt das Thema Psychiatrie in ihrer Agitation eine herausgehobene Rolle. Die Tarnorganisation Jugend für Menschenrechte richtet sich im gleichen Themenfeld gezielt an junge Menschen.

NARCONON

Die SO-Tarnorganisation Sag NEIN zu Drogen – Sag JA zum Leben, die in der Öffentlichkeit auch als „Verein für Drogenaufklärung“ auftritt, versucht, durch öffentliche Informationsveranstaltungen und Kampagnen zur Drogenprävention in Kontakt mit Bürgern und vor allem Jugendlichen zu treten. Sie wird unterstützt durch die SO-Tarnorganisation NARCONON. Das Ziel von NARCONON ist es nicht, Drogenabhängigen zu helfen, sondern deren leichtere Beeinflussbarkeit auszunutzen und sie so langfristig an die SO zu binden.

Die Broschüre „Der Weg zum Glückhsein“ wird von der gleichnamigen amerikanischen Stiftung in Fußgängerzonen und bei Großveranstaltungen verteilt. Sie enthält scientologisch geprägte Verhaltenstipps und soll suggerieren, allein die SO könne den Weg zu einem glücklichen Leben weisen.

Tamorganisationen der Scientology Organisation

Logo	Bezeichnung
	Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e. V. (KVPM)
	Jugend für Menschenrechte e. V.
	Sag NEIN zu Drogen – Sag JA zum Leben e. V.
	Der Weg zum Glücklichein
	NARCONON

SO-Einrichtungen versuchen oft, auf folgenden Wegen einen ersten Kontakt herzustellen:

Kontaktaufnahme

- ▶ Veranstaltungen und Info-Stände in Fußgängerzonen
- ▶ Ansprechen auf der Straße mit dem Angebot, einen Persönlichkeitstest zu machen
- ▶ Zusenden von Werbematerial
- ▶ Angebote an Unternehmen zu Betriebsführungstechniken und Kursen zur Persönlichkeitsveränderung
- ▶ Angebote auf dem Nachhilfemarkt
- ▶ Kontaktaufnahmen in sozialen Netzwerken wie Facebook und YouTube

Im Rahmen ihrer Ideale Org-Kampagne will die SO weltweit in Städten, die sie für sich als politisch und wirtschaftlich bedeutsam einschätzt, große und repräsentative Niederlassungen (Ideale Orgs) aufbauen bzw. bereits bestehende vergrößern. Diese Idealen Orgs sollen politischen Einfluss nehmen (u. a. durch Standorte in Regierungs-/Parlamentsnähe).

Ideale Org

In Deutschland existieren bislang zwei „Ideale Orgs“. Die SO-Niederlassung in Berlin wurde 2007 eröffnet, seit Januar 2012 gibt es auch in Hamburg eine Ideale Org. In Stuttgart ist die Eröffnung einer Idealen Org geplant und das Gebäude bereits angekauft. Damit wurden die Vorgaben des internationalen Managements der SO erfüllt, das dieses Projekt nach wie vor als wichtigen Bestandteil seiner weltweiten Expansionsbestrebungen betrachtet.

In München finden nach wie vor Veranstaltungen zur Gründung einer Idealen Org statt, die gemeinsam von der Org München und dem Celebrity Centre organisiert werden. Dabei kommt es regelmäßig zu Spendenaufrufen für die Finanzierung eines Gebäudekaufs. Allerdings ist es nicht zuletzt wegen der rückläufigen Mitgliederzahl unwahrscheinlich, dass der für den Kauf benötigte Geldbetrag allein durch Spenden aufgebracht werden kann.

4. Aussteiger

Repressalien

Im Jahr 2015 haben erneut mehrere hochrangige, beziehungsweise prominente SO-Mitglieder aus unterschiedlichen Motiven die SO verlassen. Zudem erschienen international mehrere Veröffentlichungen ehemaliger Scientologen über ihre Erfahrungen in der SO. Aussteiger, die sich in der Öffentlichkeit aktiv gegen die SO wenden, werden von ihr als „unterdrückerische“, „antisoziale“ oder „geistesranke“ Personen diffamiert und müssen mit Verfolgung, Bedrohung und Erpressung rechnen. Dabei macht die SO auch nicht vor den Angehörigen und dem persönlichen Umfeld der Betroffenen Halt. Allen Aussteigern und Betroffenen stehen bundesweit zahlreiche Institutionen und private Initiativen zur Verfügung, die Ratsuchenden eine erste pädagogisch-psychologische Beratung, Unterstützung und Krisenilfe anbieten.

Informationen

Weitergehende Informationen zur SO, ein Glossar zum scientologischen Sprachgebrauch sowie die Adressen von Beratungsstellen finden sich auf den Internetseiten des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz sowie des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr.

Vertrauliches Telefon

Für Opfer und Aussteiger der SO sowie für Angehörige von SO-Mitgliedern unterhält das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz ein vertrauliches Telefon; dort können Hinweise zur SO gegeben werden:

Telefon: 089 / 31201 296

Weitere Informationen und Beratungsstellen:

Broschüre Das System Scientology

www.stmi.bayern.de

www.verfassungsschutz.bayern.de

Spionageabwehr, Wirtschaftsschutz, Cyber-Allianz-Zentrum (CAZ)

-
- ▶ **Mittelständische Unternehmen und Universitäten stehen im Fokus der Beschaffungsbemühungen sog. Risikostaaten**
 - ▶ **Elektronische Spionageangriffe der mutmaßlich von Russland aus agierenden SOFACY-Gruppe aufgedeckt**

Die Nachrichtendienste vieler Staaten haben die Aufgabe, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär anderer Länder auszuforschen. Ihr Ziel ist es, entweder die Erkenntnisse selbst zu nutzen oder die Möglichkeit zu haben, andere Staaten zu sabotieren. Dabei werden deutsche Interessen sowohl in Deutschland als auch weltweit ausspioniert. Auch elektronische Angriffe auf die Kommunikation von Regierungseinrichtungen gehören zum allgemeinen Repertoire von ausländischen Nachrichtendiensten.

Politische Spionage ist auf die Außen-, Europa- und Bündnispolitik sowie die Wirtschafts- und Energiepolitik Deutschlands ausgerichtet. Wie intensiv ein Staat Wirtschaftsspionage betreibt, ist abhängig von seiner eigenen wirtschaftlichen Lage. Wirtschaftlich weniger entwickelte Staaten spionieren in erster Linie Produkte und Fertigungsprozesse aus. Zum „Nulltarif“ wollen sie an das Know-how gelangen.

Wirtschaftlich hochentwickelte Staaten wollen darüber hinaus auch an strategische Informationen gelangen, um die eigene Wirtschaft im globalen Wettbewerb besser stellen zu können. Um an die Informationen zu kommen, werden Computersysteme von Behörden, Hochschulen und Wirtschaftsunternehmen zunehmend elektronisch angegriffen. Elektronische Angriffe können vielfältige Urheber und Ziele haben. Deshalb ist es unverzichtbar, im Rahmen der Prävention Abwehrmechanismen sowohl in der Politik als

auch in Wirtschaft und Wissenschaft zu implementieren, die unabhängig von der Herkunft des Angriffs Schutzwirkung entfalten.

Spionage – vor allem Wirtschaftsspionage – verursacht in Deutschland jährlich Schäden in Milliardenhöhe und gefährdet Arbeitsplätze. Gerade auch bayerische Firmen und Hochschuleinrichtungen stehen wegen ihrer Innovationskraft in nahezu allen Branchen und Forschungsbereichen im Blickfeld ausländischer Nachrichtendienste. Besonders gefährdet sind kleine und mittelständische Firmen, die Spitzentechnologie entwickeln oder produzieren, da sich diese oft noch nicht ausreichend vor Spionageangriffen schützen.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, das für die Spionageabwehr zuständig ist, sieht daher eine seiner wichtigsten Aufgaben im Wirtschaftsschutz. Schwerpunkt ist hier neben der Prävention die Abwehr elektronischer Angriffe, die seit Juli 2013 vom Cyber-Allianz-Zentrum Bayern (CAZ) wahrgenommen wird. Das wirksamste Mittel gegen elektronische Angriffe ist ein Know-how-Schutz, der an den Schutzstrukturen möglicher Spionage-Objekte ansetzt.

Neben Spionageaktivitäten bemühen sich einige Länder darum, in den Besitz von Technologien für atomare, biologische oder chemische Massenvernichtungswaffen mit den erforderlichen Trägersystemen zu gelangen (Proliferation).

1. Spionageaktivitäten ausländischer Nachrichtendienste

Viele ausländische Nachrichtendienste arbeiten getarnt in Deutschland. Unter dem Deckmantel einer offiziellen (z. B. Botschaft oder Generalkonsulat) oder halboffiziellen (z. B. Presseagentur) Vertretung unterhalten sie Legalresidenturen. Dort tarnen die Nachrichtendienste ihre Mitarbeiter z. B. als Diplomaten oder Journalisten, die entweder Informationen selbst beschaffen oder nachrichtendienstliche Operationen, die direkt aus den Heimatländern geführt werden, unterstützen. Zu den Aufgaben der Nachrichtendienstmitarbeiter gehört es auch, z. B. Messen oder Vortragsveranstaltungen zu besuchen. Dabei knüpfen sie Kontakte zu zahlreichen Gesprächspartnern mit dem Ziel, Informationen möglichst längerfristig abzuschöpfen.

Legalresidenturen

Beschaffungsmethoden fremder Nachrichtendienste

Offene Beschaffung

- ▶ Auswertung offener Quellen
- ▶ Gesprächsabschöpfung
- ▶ Teilnahme am Wirtschaftsleben

Konspirative Beschaffung

- ▶ Einsatz menschlicher Quellen
- ▶ Einsatz technischer Mittel
- ▶ Umgehung von Ausfuhrbeschränkungen

Im November begann vor dem Oberlandesgericht München der Prozess gegen einen ehemaligen Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND). Ihm wird vorgeworfen, zwischen 2008 und 2014 Dutzende als Verschlussachen eingestufte interne BND-Schreiben an den US-amerikanischen Auslandsnachrichtendienst Central Intelligence Agency (CIA) verkauft und hierfür rund 100.000 Euro erhalten zu haben.

Prozess gegen
BND-Mitarbeiter

In sozialen Netzwerken, Foren und den Kommentarbereichen von Online-Medien war insbesondere im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise wiederholt eine auffällige Häufung einseitig prorussischer Positionen feststellbar. Diese Aktivitäten stehen offensichtlich im Zusammenhang mit den Bemühungen russischer Nachrichtendienste, auf das Meinungsbild in Deutschland

Einfluss zu nehmen. Es ist davon auszugehen, dass russische Nachrichtendienste Internetnutzer dafür bezahlen, anonym negative Kommentare über die deutsche Russlandpolitik zu verbreiten.

1.1 Russische Föderation

Gesetzlicher Auftrag zur Wirtschaftsspionage

Aufgabe russischer Nachrichtendienste ist es, neben den politischen auch die wirtschaftlichen Interessen Russlands weltweit voranzutreiben. Die russische Wirtschaft profitiert in erheblichem Maß davon, dass alle russischen Nachrichtendienste gesetzlich dazu verpflichtet sind, Wirtschaftsspionage zu betreiben. Russland setzt vor allem drei Nachrichtendienste ein.

Ziviler Auslandsnachrichtendienst (SWR)

Der SWR ist zuständig für Spionage in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie. Darüber hinaus forscht er Ziele und Arbeitsmethoden westlicher Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden aus; dazu führt er auch elektronische Fernmeldeaufklärung durch. Zur Informationsbeschaffung setzt der SWR sog. Illegale ein, d. h. Nachrichtendienstoffiziere, die unter Verwendung falscher Identitäten langfristig in die Zielländer eingeschleust werden und dort möglichst unauffällig am sozialen Leben teilnehmen.

Inlandsnachrichtendienst (FSB)

Hauptaufgaben des FSB sind die zivile und militärische Spionageabwehr, er hat dazu umfangreiche Befugnisse. Auch ausländische Staatsangehörige können in das Blickfeld des FSB geraten und gezielt überwacht werden, wenn sie in Russland Internet oder Telefon nutzen. Der FSB hat Zugriff auf den Datenverkehr, der über russische Provider abgewickelt wird, und Zugang zu Datenbanken russischer Telefongesellschaften.

Militärischer Auslandsnachrichtendienst (GRU)

Der GRU hat die Aufgabe, das gesamte sicherheitspolitische und militärische Spektrum aufzuklären. Dazu spioniert er Bundeswehr, NATO und andere westliche Verteidigungsstrukturen genauso wie militärisch nutzbare Technologien aus.

Mitte 2014 nahm die Polizei einen in den Niederlanden tätigen russischen Wissenschaftler fest. Ihm wurde vorgeworfen, jahrelang Forschungserkenntnisse an einen mittlerweile aus Deutschland ausgewiesenen Mitarbeiter des Generalkonsulats der Russischen Föderation in Bonn verkauft zu haben. Der Wissenschaftler war im Bereich der Quantenoptik und Nanophotonik tätig und hatte zwischen 2009 und 2011 an einer bayerischen Forschungseinrichtung als Gastwissenschaftler gearbeitet.

Spionagefall mit
Bezug zu Russland

1.2 Volksrepublik China

Die Kommunistische Partei Chinas (KPC) setzt zur Stabilisierung ihres Machtanspruchs gezielt den umfangreichen Sicherheitsapparat ein. Die Nachrichtendienste sollen einen Beitrag für den Erhalt der sozialen Stabilität leisten und gleichzeitig wirtschaftliche Interessen fördern.

Zur Beschaffung von Spitzentechnologie aus dem Westen setzt China auf großangelegte Spionage in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie. Chinesische Nachrichtendienste versuchen, am Hochtechnologiestandort Bayern entsprechendes Know-how insbesondere aus den Bereichen erneuerbare Energien, Elektromobilität, Umwelttechnik sowie Informations- und Militärtechnologie zu beschaffen. Hierfür nutzen sie in erster Linie Kontakte zu Vertretern von Behörden und Unternehmen oder Wissenschaftlern, um an sensible Informationen zu gelangen.

Neben Nachrichtendienstmitarbeitern an Legalresidenturen setzt China zur Informationsbeschaffung auch in Deutschland lebende Chinesen ein, die sich hier als Ingenieure, Gastwissenschaftler, Praktikanten oder Studenten aufhalten. Für die Anwerbung und Abschöpfung nutzt China die Kontakte von Visumsantragstellern zu Botschaften und Konsulaten oder deren Aufenthalt im Heimatland, beispielsweise zu Verwandtschaftsbesuchen. Außerdem werden deutsche Geschäftsreisende in China intensiv überwacht, insbesondere bei der Nutzung von Telefon und Internet. Dabei werden mitgeführte elektronische Datenträger offen oder verdeckt ausgespäht. Durch die Auswertung der elektronischen Datenträ-

Überwachung
von Geschäfts-
reisenden

ger gewinnen die Nachrichtendienste Erkenntnisse, die sie als Druckmittel einsetzen können, um westliche Geschäftsreisende zur Zusammenarbeit zu bewegen.

So wurde beispielsweise ein Unternehmer aus Bayern in China von einem dortigen Nachrichtendienst kontaktiert. Der Vertreter des Nachrichtendienstes hielt ihm angebliche steuerrechtliche Verstöße vor und bot ihm zugleich an, von einer strafrechtlichen Verfolgung abzusehen, wenn er zur Zusammenarbeit mit dem Nachrichtendienst bereit wäre. Ziel des chinesischen Nachrichtendienstes war es, geschäftliche Insiderinformationen zu erhalten.

„Fünf Gifte“

Ein weiterer Schwerpunkt chinesischer Nachrichtendienste ist die nachdrückliche Bekämpfung oppositioneller Kräfte, von denen die Regierung eine Gefährdung der staatlichen Ordnung befürchtet. Die innere Einheit des Staates und seine territoriale Integrität sieht die Staatsführung insbesondere durch die sog. „Fünf Gifte“ bedroht. Zu diesen gehören die Angehörigen der Meditationsbewegung Falun Gong und Mitglieder der Demokratiebewegung. Auch die Befürworter einer Eigenstaatlichkeit Taiwans sowie die nach Unabhängigkeit strebenden Volksgruppen der Tibeter und Uiguren werden hierzu gezählt. In München ist mit dem World Uyghur Congress (WUC) die bedeutendste Organisation der Uiguren im Ausland ansässig.

Ministerium für Staatssicherheit (MSS)

Das chinesische MSS ist der weltweit größte zivile In- und Auslandsdienst. Hauptaufgabe des MSS ist die Auslandsspionage, in Deutschland bemüht es sich um die Informationsbeschaffung aus Wirtschaft und Politik und späht chinesische oppositionelle Gruppierungen aus.

Militärischer Nachrichtendienst (MID)

Die chinesischen Nachrichtendienste unterstützen das langfristig angelegte Programm Chinas zur Steigerung der militärischen Leistungsfähigkeit der Volksbefreiungsarmee. Aufgabe des MID ist es, weltweit Informationen, die die äußere Sicherheit der Volksrepublik betreffen, sowie technologisches Know-how für militärische Zwecke zu beschaffen. Zusammen mit anderen chinesischen Nachrichtendiensten bekämpft er Oppositionelle und separatistische Bewegungen im In- und Ausland.

2. Proliferation

Proliferation ist die unerlaubte Weiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte sowie von entsprechenden Waffenträgersystemen einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows.

Beschaffungsbemühungen / Gründung von Tarnfirmen

Sog. Risikostaaen wie Iran, Nordkorea, Syrien und Pakistan sind bemüht, ihr konventionelles Waffenarsenal durch die Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu ergänzen. Um sich das dafür notwendige Know-how und entsprechende Bauteile zu beschaffen, versuchen diese Staaten Geschäftskontakte zu Unternehmen in den hochtechnologisierten Ländern wie Deutschland herzustellen.

Die strenge Gesetzgebung und die wirksamen Exportkontrollen in Deutschland setzen der Beschaffung einschlägiger Güter hohe Hürden. Risikostaaen verändern deshalb ständig ihre Beschaffungsmethoden, um geltende Exportkontrollverfahren zu umgehen und deutsche Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen zu täuschen. Dazu gründen sie in Deutschland häufig Tarnfirmen, versenden die Produkte über unkritische Drittländer oder machen falsche Angaben gegenüber dem Hersteller oder Händler. So minimieren sie das Risiko, dass die illegale Ausfuhr aufgedeckt wird und umgehen die Verhängung eines Ausfuhrverbotes.

Gründung von
Tarnfirmen

Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit der Wirtschaft

Bayern ist als Hochtechnologiestandort weltweit führend. Die Beschaffungsbemühungen der Proliferationsstaaten richten sich insbesondere auf mittelständische Unternehmen und Universitäten. Um Proliferation zu verhindern, arbeitet das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz daher eng mit Wirtschaft und Wissenschaft zusammen. Es informiert in Vorträgen und Sensibilisierungsgesprächen proliferationsgefährdete Unternehmen über die Gefahren einer möglichen Weitergabe von kritischen Technologien und unterstützt mit individuellen Maßnahmen bei Verdachtsfällen. Dadurch konnten bereits verschiedene Beschaffungsbemühungen unterbunden werden.

Proliferation
verhindert

So gab beispielsweise eine durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz sensibilisierte Firma entscheidende Hinweise zu einer proliferationsrelevanten Geschäftsanbahnung. Eine in Pakistan ansässige Firma versuchte über einen Zwischenhändler mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Maschinenbauteile eines bayerischen Produzenten zu erwerben. Zur Verschleierung des Lieferweges drängte der Zwischenhändler darauf, die Waren über ein Logistikunternehmen in Singapur zu liefern. In der Folge sollten die Zahlungsmodalitäten über ein Unternehmen in Dubai abgewickelt werden, das sich aufgrund von Recherchen des Verfassungsschutzes als Briefkastenfirma erwiesen hat. Eine Auftragsvergabe kam nicht zustande.



Durch die vertrauliche Kooperation mit der Firma konnte der Verfassungsschutz wichtige Informationen über konspirative Beschaffungsstrukturen gewinnen. Das Beispiel zeigt, dass Lieferwege und Zahlungswege häufig unabhängig voneinander gestaltet und durch mehrere Zwischenadressen verschleiert werden, um dadurch nachrichtendienstliche Ermittlungen zu erschweren.

Wissenstransfer
aus dem Hoch-
schulbereich

Der Verfassungsschutz registriert immer wieder Fälle, in denen Risikostaat eine internationale Zusammenarbeit im Bereich von Wissenschaft und Forschung zu missbrauchen versuchen, um sich proliferationsrelevantes Know-how zu verschaffen. Dabei stehen vor allem Universitäten, Hochschulen, wissenschaftliche Institute, Forschungsgesellschaften sowie Forschungsabteilungen und Schulungsbereiche der Industrie im Fokus.

3. Wirtschaftsschutz

Spionage verursacht in Deutschland jährlich einen Schaden in Milliardenhöhe. Nach wie vor sind sich nicht alle Unternehmen dieser Gefahr bewusst. Im Rahmen seiner Spionageabwehr ist es dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz daher besonders wichtig, bayerische Unternehmen sowie Hochschulen zu informieren, zu sensibilisieren und zu beraten. Es bietet rund um die Themen Proliferation, Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage kostenfreie Serviceleistungen an, von vertraulichen Gesprächen in Firmen und Hochschulen bis hin zu Vorträgen anlässlich fachspezifischer Informationsveranstaltungen.



Seit 2010 besteht die „Initiative Wirtschaftsschutz“ des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie. Im Rahmen dieses gemeinsamen Engagements unter dem Motto „Wirtschaftsschutz ist Wirtschaftsförderung“ konnten im Jahr 2015 mehrere Informationsveranstaltungen durchgeführt werden. Auch auf der Computerfachmesse CeBIT in Hannover und der IT-Sicherheitsmesse it-sa in Nürnberg war die Initiative Wirtschaftsschutz mit einem Info-Stand vertreten.

Auch das Informationsportal www.wirtschaftsschutz.bayern.de wird vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz im Rahmen dieser Initiative betrieben. Der Besucher betritt dort ein virtuelles Unternehmen, in dem er das gesamte Beratungsangebot sowie weitere Publikationen und Links rund um das Thema „Know-how-Schutz“ findet. Das Portal richtet sich insbesondere an Mitarbeiter, Sicherheits- oder IT-Verantwortliche und Führungskräfte bayerischer Unternehmen und eignet sich auch zur firmeninternen Sensibilisierung.

Unternehmen, die im Zusammenhang mit Aufträgen des Bundes oder eines Landes Umgang mit geheimhaltungsbedürftigen Informationen (Verschlusssachen) haben, unterliegen der sog. „Geheimhaltungsbetreuung“.

Geheimhaltungsbetreuung

Diese stellt den einheitlichen Schutz von Verschlusssachen auch in Wirtschaftsunternehmen sicher. Ansprechpartner für alle geheimhaltungsbetreuten Unternehmen, die ihren Sitz in Bayern

haben, ist das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz. Ziel der Geheimschutzbetreuung ist es, nicht nur nachrichtendienstliche Angriffe zu erkennen und abzuwehren, sondern ihnen durch gezielte Maßnahmen präventiv entgegenzuwirken. Die Kontakte zu geheimschutzbetreuten Unternehmen sind ein wertvolles Netzwerk für die präventive Spionageabwehr. In mehreren Fällen ist es bereits gelungen, durch Hinweise geheimschutzbetreuer Unternehmen elektronische Angriffsmuster zu erkennen. Dadurch konnten andere möglicherweise ebenfalls betroffene Unternehmen frühzeitig informiert werden.

Nationale Wirtschaftsschutz-Strategie

Auf Bundesebene wurden im Laufe des Jahres mehrere Maßnahmen im Rahmen der „Nationalen Wirtschaftsschutz-Strategie“ umgesetzt. Bereits 2013 hatten sich das Bundesinnenministerium, die Bundesvereinigung der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Industrie und Handelskammertag (DIHK) darauf verständigt, gemeinsam einen zukunftsweisenden Wirtschaftsschutz auszugestalten. Die von den Sicherheitsbehörden und der deutschen Wirtschaft angestoßenen Aktivitäten sollten vernetzt, abgestimmt und harmonisiert werden. Im Vordergrund aller Maßnahmen stehen Information, Sensibilisierung sowie Prävention. In Arbeitsgruppen entwickelten Behörden-, Wirtschafts- und Verbandsvertreter gemeinsam Konzepte für Themen wie „Internetplattform Wirtschaftsschutz“ oder „Qualifizierungsangebote im Bereich Wirtschaftsschutz“. Dabei konnte das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz seine Erfahrungswerte in diesen Arbeitsbereichen produktiv einbringen.



4. Cyber-Allianz-Zentrum Bayern (CAZ)

Die IT-Vernetzung der Gesellschaft nimmt immer weiter zu. Elektronische Angriffe werden für fremde Nachrichtendienste dadurch immer attraktiver: Sie sind relativ einfach und kostengünstig zu realisieren, bergen ein geringes Entdeckungsrisiko und haben eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit.

Seit dem 1. Juli 2013 unterstützt das CAZ im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz Unternehmen sowie Betreiber kritischer Infrastruktur (KRITIS) bei der Prävention und Abwehr elektronischer Angriffe.

KRITIS

Elektronische Angriffe sind gezielte Maßnahmen mit und gegen IT-Infrastrukturen zur Informationsbeschaffung (Cyber-Spionage) oder Schädigung (Cyber-Sabotage). Sie können sowohl über das Internet als auch über manipulierte Datenträger erfolgen. Den Angriffen geht häufig ein „social engineering“ insbesondere in sozialen Netzwerken voraus. Dabei werden mögliche Opfer ausgerechnet, dann geeignete Personen ausgewählt und schließlich gezielt angegriffen.

Social engineering

Bei konkreten Vorfällen berät das CAZ gemeinsam mit den betroffenen Wirtschaftsunternehmen vertraulich über das weitere Vorgehen. Die Ergebnisse werden im CAZ gesammelt und intern weiterverarbeitet; neben dem betroffenen Unternehmen erhalten auch andere möglicherweise von einem ähnlichen Angriff betroffene Unternehmen Informationen zu den erkannten Angriffsmustern – selbstverständlich in anonymisierter Form. Dadurch können Schutzmechanismen optimiert und Angriffe wirksam abgewehrt werden. Diese Warnmeldungen werden von bayerischen Unternehmen sowie auch zunehmend von solchen außerhalb Bayerns verstärkt nachgefragt.

Beratung und Information

Das CAZ gliedert sich in die drei Säulen:

- ▶ forensisch-technische Analyse
- ▶ nachrichtendienstliche Bewertung
- ▶ Kommunikation und Netzwerkbildung



Von der Wirtschaft gemeldete Vorfälle, bei denen es Anhaltspunkte für einen gezielten Angriff gibt, werden zunächst aus forensisch-technischer Sicht bewertet. Gleiches gilt für gezielte Angriffe auf staatliche Stellen, die ebenfalls im CAZ analysiert werden. Die technischen Ergebnisse der Analysen fließen weiter in die zweite Säule des CAZ, in der eine nachrichtendienstliche Bewertung stattfindet.

SOFACY-Gruppe

Ermittlungen im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel auf Schloss Elmau führten unter anderem zur Aufdeckung aktueller Aktivitäten der seit 2009 bekannten SOFACY-Gruppe. Diese mutmaßlich von Russland aus agierende Gruppe war Behörden und Antivirenherstellern bereits bekannt. Sie fiel wiederholt durch gezielte Spionageangriffe auf. Opfer waren bislang überwiegend Militärattachés, Verteidigungsministerien, Militärangehörige, Polizeimissionen im Ausland (ISAF, KFOR), Forschungseinrichtungen sowie Rüstungs- und Energieunternehmen.

Umfangreiche Hintergrundermittlungen des CAZ lieferten ausreichende Anhaltspunkte für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens beim Generalbundesanwalt im Hinblick auf eine gezielte Angriffskampagne eines russischen Nachrichtendienstes gegen die Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel der Spionage.

Nationale Allianz für Cyber-Sicherheit

Zur Erfüllung seiner Aufgaben arbeitet das CAZ eng mit weiteren Einrichtungen zusammen. Auf Bundesebene sind das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wichtige Partner. Das CAZ gehört seit seiner Gründung als Institution im besonderen staatlichen Interesse (INSI) der Nationalen Allianz für Cyber-Sicherheit an und ist damit Bestandteil der deutschen Sicherheitsarchitektur.

Auf Landesebene ist das CAZ ein wichtiger Baustein der „Initiative Cybersicherheit“, die 2013 im Rahmen der Bayerischen Cybersicherheitsstrategie ins Leben gerufen wurde. Weitere institutionelle Säulen der „Initiative Cybersicherheit“ sind das Sachgebiet Cybersicherheit beim Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr sowie das Dezernat 54-Cybercrime im Bayerischen Landeskriminalamt.

Das CAZ unterhält Kontakte zu den Cybercrime-Schwerpunktstellen München und Nürnberg. Außerdem findet ein Austausch mit dem Computer Emergency Response Team (Bayern-CERT) am Bayerischen Landesamt für Finanzen statt, das den Teilnehmern des Bayerischen Behördennetzes als zentrale Anlaufstelle bei akuten Sicherheitsproblemen dient. Eine enge Zusammenarbeit verbindet das CAZ mit den Industrie- und Handelskammern (IHK) sowie mit den Wirtschaftsverbänden. Auch in den Hochschulbereich bestehen vielfältige Kontakte.

**Wirtschaftsschutz und Cyber-Allianz-Zentrum Bayern
Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz
Knorrstraße 139, 80937 München**

caz@lfv.bayern.de
www.verfassungsschutz.bayern.de
Telefon: 089 / 31201 222

wirtschaftsschutz@lfv.bayern.de
www.wirtschaftsschutz.bayern.de
Telefon: 089 / 31201 500



Organisierte Kriminalität (OK)

-
- ▶ **Verurteilung von Mitgliedern verschiedener Rockergruppierungen in Bayern**
 - ▶ **Konfliktpotenzial durch Rockergruppen und rockerähnliche Gruppierungen im Raum Ulm/Neu-Ulm**
 - ▶ **Bundesverwaltungsgericht bestätigt Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zu Widerruf von waffenrechtlichen Erlaubnissen bei Rockern**

Organisierte Kriminalität (OK) liegt vor, wenn mehrere Personen planmäßig erhebliche Straftaten begehen, um Gewinne zu erzielen oder Macht zu erlangen. Dazu wenden sie Gewalt an, nutzen geschäftsähnliche Strukturen oder versuchen, Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft zu manipulieren (vgl. Art. 1 Abs. 3 Bayerisches Verfassungsschutzgesetz). Durch die OK wird allein in Deutschland seit Jahren ein Schaden in Milliardenhöhe verursacht.

Drahtzieher der OK bedrohen die Grundlagen unserer Gesellschaft, indem sie die Macht einer kriminellen Organisation durch Gewalt, Geld und massive Einflussnahme durchsetzen wollen. In Bayern ist seit 1994 der Verfassungsschutz für die Beobachtung der OK zuständig, um deren Aktivitäten bereits in einem früheren Stadium zu beobachten als dies durch Polizei und Staatsanwaltschaft möglich ist. Dadurch wurde eine wichtige Lücke im Kampf gegen die OK geschlossen.

Personen, die der OK angehören oder sich in deren Umfeld bewegen, verhalten sich unauffällig und konspirativ. Die Aufklärung dieser Strukturen setzt daher eine systematische und langfristig angelegte Beobachtung voraus. Um möglichst schon im Vorfeld von Straftaten an das entscheidende „Insiderwissen“ zu gelangen, können erforderlichenfalls nachrichtendienstliche Mittel eingesetzt werden. Strukturermittlungen schaffen Grundlagen für polizeiliche Verfahren und können laufende Ermittlungen unterstützen.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz arbeitet eng mit den OK-Dienststellen der Polizei zusammen und kooperiert aufgrund der international vernetzten OK-Strukturen mit Sicherheitsbehörden über Landes- bzw. Staatsgrenzen hinweg. Innerhalb einer Arbeitsgruppe der europäischen Inlandsnachrichtendienste hat Bayern die Koordinierungsfunktion für Deutschland und ist zentraler Ansprechpartner für ausländische Nachrichtendienste.

1. Rockerkriminalität

Rockerkriminalität umfasst alle Straftaten von einzelnen oder mehreren Mitgliedern einer Rockergruppe, deren Tatmotivation im direkten Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zu dieser Gruppe und der Solidarität zu ihr zu sehen ist.

1.1. Outlaw Motorcycle Gang (OMCG)

Mit der von den amerikanischen Strafverfolgungsbehörden eingeführten Bezeichnung „Outlaw Motorcycle Gang“ (OMCG) werden weltweit die polizeilich bedeutsamen Rockergruppierungen von der breiten Masse der Motorradclubs (MCs) abgegrenzt, die zwar im Einzelfall auch kriminelle Aktivitäten verfolgen können, diese aber nicht als Hauptmotivation ihrer Existenz verstehen.

Aktuell werden deutschlandweit der Hells Angels MC, Bandidos MC, Outlaws MC, Gremium MC, Mongols MC und der Rock Machine MC den OMCGs zugeordnet. In Bayern tritt zudem der Trust MC auf.



Die OMCGs bezeichnen sich selbst als „1-Prozenter“. Unter dem Begriff „1-Prozenter“ versteht man Biker (Motorradfahrer), die sich selbst als Outlaws (Gesetzlose) sehen und das bestehende Rechtssystem ablehnen. Auch in Bayern begehen Mitglieder dieser OMCGs typische OK-Delikte wie Rauschgifthandel, Bedrohung oder Körperverletzung.

Einzelpersonen aus verschiedenen Rockergruppierungen werden zudem immer wieder bei schweren Straftaten auffällig, oftmals ohne dass ein direkter Bezug zu ihren Clubs nachweisbar ist.

Die Beziehungen der konkurrierenden Rockergruppen untereinander reichen von Neutralität bis hin zu offener Feindschaft, was zu Spannungen und gewalttätigen Konflikten führen kann.

Erkennungszeichen Erkennungszeichen der einzelnen Gruppierungen sind die sog. „Patches“ (Logos), die sowohl an Clubhäusern als auch an der Kleidung – insbesondere an den typischen „Kutten“ (Lederwesten) – der Clubmitglieder angebracht werden. Seit 1. Oktober 2014 war in Bayern die Verwendung der Symbole und Abzeichen des Hells Angels MC – unter anderem der geflügelte Totenkopf (sog. „Deathhead“) – in der Öffentlichkeit verboten.

Das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg hatte festgestellt, dass das Zeigen dieser Symbole in der Öffentlichkeit einen Verstoß gegen das Vereinsgesetz darstellt. In einigen Bundesländern wurde dieses Urteil auch auf andere OMCGs wie den Gremium MC und den Bandidos MC angewandt.



In Nordrhein-Westfalen erstatteten zwei Mitglieder der nicht verbotenen Chapter des Bandidos MC Unna und Bochum Selbstanzeige, um eine richterliche Entscheidung hinsichtlich der Rechtmäßigkeit dieses Verbots zu erwirken. Mit Urteil vom 9. Juli erklärte der Bundesgerichtshof, dass das Tragen von Kutten, auf denen gleichzeitig Kennzeichen des Motorradclubs und die Ortsbezeichnung eines nicht verbotenen Chapters angebracht sind, nicht strafbar ist.

Personenpotenzial Das Personenpotenzial der bayerischen Rockerszene blieb 2015 im Vergleich zum Vorjahr (2014: 1.500 Personen) nahezu unverändert. Zwischen den einzelnen Rockergruppierungen kam es zu kleineren Verschiebungen. Beim Hells Angels MC ist ein leichter Mitgliederzuwachs feststellbar.

Hells Angels MC

In Bayern gibt es derzeit Hells Angels-Charter in Hof, Nürnberg und Traunstein sowie drei Charter im Großraum München: Neben dem schon seit Längerem bestehenden Charter „Munich City“ gründeten sich 2014 die Charter „Deep South“ und „Allershhausen“ neu. Beide setzen sich teilweise aus Mitgliedern des früheren Charters „Munich“ zusammen, das sich im Oktober 2013 selbst aufgelöst hatte, um einem befürchteten Vereinsverbot des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr zuvorzukommen. Vorausgegangen war eine Auseinandersetzung mit einem Mitglied des Bandidos MC im April 2013 in einer Münchner Table Dance Bar, die zur Verurteilung des Präsidenten sowie dreier weiterer Angehöriger des Hells Angels MC Munich führte. Dieses Urteil des Landgerichts München wurde im März rechtskräftig; die verhängten Strafen reichen von einer mehrjährigen Freiheitsstrafe für den als Haupttäter verurteilten Präsidenten bis zu weiteren mehrmonatigen Freiheitsstrafen für die beteiligten Mittäter.



Bandidos MC

Die Bandidos verfügen in Bayern über Chapter in Allersberg, Bad Königshofen, Bamberg, Bogen, Deggendorf, Ingolstadt, München, Nürnberg, Passau, Starnberg und Weiden.

Das Chapter in Bogen sowie der damit verbundene Supporterclub Gringos MC Bogen wurden im Februar neu gegründet. Die „neuen“ Mitglieder beider Clubs setzen sich in erster Linie aus ehemaligen Angehörigen der aufgelösten Chapter des Bandidos MC Regensburg und Gringos MC Regensburg zusammen.

Neugründungen

Am 13. August begann vor dem Landgericht Regensburg das Verfahren gegen fünf Mitglieder des Bandidos MC. Darunter befand sich auch der bayerische NPD-Funktionär Sascha Roßmüller. Anklage wurde wegen gemeinschaftlichen Landfriedensbruchs in einem besonders schweren Fall und gemeinschaftlich begangener gefährlicher Körperverletzung erhoben. Roßmüller und die weiteren Angeklagten waren nach Überzeugung des Gerichts im Dezember 2010 in Straubing an einer Auseinandersetzung mit Mitgliedern des Gremium MC beteiligt. Mehrere Personen sind dabei durch Messerstiche verletzt worden. Am 16. Dezember verurteilte das Landgericht Regensburg Roßmüller wegen Beihilfe zu

gefährlicher Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 1.600 Euro. Ein Mitangeklagter wurde wegen gefährlicher Körperverletzung zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt.

Rock Machine MC

Im Nachgang zu einer Schießerei im Rotlicht- und Türstehermilieu Ende 2012 in Neu-Ulm entwickelte sich aufgrund interner Zerwürfnisse aus dem bisherigen Rock Machine MC Dardania der im Bereich Ulm/Neu-Ulm ansässige Blue Rockmachine MC als eigenständiger Club. Durch diese Aufspaltung existieren derzeit im Bereich Ulm/Neu-Ulm zwei Motorradclubs mit ähnlich klingenden Namen und minimal abgeänderten Clubfarben. Wesentliches Unterscheidungsmerkmal der beiden Gruppierungen ist die Farbe des Adlerauges in dem Abzeichen des jeweiligen MC: Blau beim Blue Rockmachine MC und Rot beim Rock Machine MC.



1.2 Rockerähnliche Gruppierungen

Neben den herkömmlichen Rockergruppen drängen rockerähnlich organisierte Gruppierungen wie die Black Jackets oder die United Tribuns in die bayerische Szene, die den OMCGs in ihrem martialischen Auftreten, ihrer strengen Hierarchie und ihrem abgeschotteten Gruppenverhalten gleichen; Motorräder spielen für sie keine Rolle.

Black Jackets

Die Black Jackets, deren Mitglieder in Deutschland zumeist einen Migrationshintergrund aufweisen, wurden 1985 in Baden-Württemberg gegründet. Mittlerweile sind sie weltweit vertreten. Ihre Mitglieder tragen als Erkennungszeichen eine schwarze Kutte mit dem Emblem eines Bulldoggenkopfes und bewegen sich hauptsächlich in der Türsteher-, Rotlicht- und Kampfsportszene. Bislang fielen sie besonders durch Straftaten wie Erpressung, verbotene Inkassogeschäfte, Gewaltdelikte, Verstöße gegen das Waffengesetz und Drogenhandel auf.

Im Februar 2014 wurden Objekte der Black Jackets München von der Polizei durchsucht und mehrere Mitglieder wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittel- und Waffengesetz sowie diverser Körperverletzungsdelikte festgenommen. Seitdem sind die Black

Jackets München inaktiv. Mehrere Führungskräfte der Black Jackets München wurden mittlerweile zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Neue Gruppenstrukturen haben sich bislang nicht herausgebildet.

Insgesamt sind die Mitgliederzahlen in Bayern stark rückläufig. Es existieren lediglich Chapter im Bereich Nördlingen/Augsburg und im Raum Ulm/Neu-Ulm.

United Tribuns

Eine rockerähnliche Gruppierung, die auch im Jahr 2015 erheblichen Mitgliederzulauf hatte, sind die United Tribuns. Gegründet wurden sie 2004 in Baden-Württemberg von einem bosnischen Ex-Boxer. In den Anfängen rekrutierten sich die United Tribuns größtenteils aus Türstehern und Kampfsportlern aus dem ehemaligen Jugoslawien. Inzwischen finden sich auch türkische, arabische und deutsche Staatsangehörige unter ihnen.



Die Mitglieder der United Tribuns sind überwiegend im Sicherheitsgewerbe bzw. in der Türsteherszene tätig. Der Großteil geht einer Kampfsportart nach.

Mittlerweile haben sich in mehreren europäischen Ländern Chapter der United Tribuns gegründet, darunter Bosnien-Herzegowina, Dänemark, Österreich, Frankreich und die Schweiz. In Deutschland sind die United Tribuns in einigen Bundesländern mit mehreren Chaptern vertreten.

In Bayern existieren derzeit acht Chapter in den Regionen Augsburg, Ingolstadt, München, Nürnberg, Passau, Regensburg, Rosenheim und Ulm/Neu-Ulm

Das Anwachsen rockerähnlicher Gruppierungen kann angesichts der bisherigen Vormachtstellung der etablierten 1-Prozenter-Clubs zu einem erhöhten Konfliktpotenzial führen. Insbesondere dort, wo rockerähnliche Gruppierungen konkurrierende Gebietsansprüche erheben, sind auch gewalttätige Auseinandersetzungen möglich. Besonderes Konfliktpotenzial ist in der Region Ulm/Neu-Ulm vorhanden, wo derzeit Chapter des Rock Machine MC, des Blue Rockmachine MC sowie der United Tribuns und der Black Jackets

Konfliktpotenzial

existieren. Es kam bereits mehrfach zu gewalttätigen Auseinandersetzungen in Baden-Württemberg. Auswirkungen auf Bayern sind aufgrund der räumlichen Nähe nicht auszuschließen.

1.3 Mögliche Verbindungen von Rockern in die rechtsextremistische Szene

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz verfolgt auch weiterhin mögliche Verbindungen zwischen Rockern und Rechtsextremisten. Eine dafür im Mai 2012 eingerichtete Arbeitsgruppe, die an der Schnittstelle zwischen den Fachbereichen Organisierte Kriminalität und Rechtsextremismus angesiedelt ist, stellte bis jetzt keine strukturierte Zusammenarbeit und ideologische Annäherung beider Szenen in Bayern fest. Ungeachtet dessen bestehen aber punktuell personelle Überschneidungen zwischen dem Rockermilieu und der rechtsextremistischen Szene, die zumeist auf geschäftliche Interessen oder persönliche Beziehungen zurückgehen. Teilweise handelt es dabei um Personen, die Führungspositionen in rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen einnehmen bzw. im rechtsextremistischen Versandhandel tätig sind.

Sascha Roßmüller ist nach seiner Haftentlassung im März wieder bei der NPD tätig und als ehemaliges Mitglied des Bandidos MC Regensburg dem neu gegründeten Bandidos MC Bogen zuzurechnen. Beim Gringos MC Bogen ist ein niederbayerischer NPD-Funktionär aktiv.

Einzelkontakte zur rechtsextremistischen Szene

In letzter Zeit kam es in Bayern innerhalb der OMCG-Szene vermehrt zu Kontakten und Annäherungen einzelner Rocker zur rechtsextremistischen Szene. So konnten unter anderem bei mehreren Personen Tätowierungen festgestellt werden, die eindeutig rechtsextremistische Bezüge aufweisen. Dagegen bleibt die Anzahl der Personen, die sich aktiv in beiden Szenen bewegen, gering.

1.4 Rocker und Waffenerlaubnisse

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig bestätigte im Januar eine Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes zu waffenrechtlichen Erlaubnissen für Mitglieder von Rockergruppierungen. Demnach kann allein die Zugehörigkeit zu einem OMCG eine waffenrechtliche Unzuverlässigkeit begründen. Bereits erteilte waffenrechtliche Erlaubnisse können widerrufen werden, auch wenn keine sonstigen Tatsachen für die Unzuverlässigkeit der betroffenen Person sprechen und diese bislang unbescholten ist.

Waffenerlaubnisse
widerrufen

Dies bedeutet, dass Anträge von Mitgliedern eines OMCG (Hells Angels MC, Bandidos MC, Outlaws MC, Gremium MC, Mongols MC, Rockmachine MC) sowie deren Supportergruppierungen als auch von rockerähnlichen Gruppierungen von den zuständigen Kreisverwaltungsbehörden abzulehnen und alle bisher erteilten Waffenerlaubnisse dieses Personenkreises zu widerrufen sind.

2. OK aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

In der GUS hat sich eine Vielzahl ethnisch geprägter krimineller Syndikate etabliert. Sie sind international vernetzt und begehen vor allem Straftaten in den Bereichen Eigentumskriminalität, Rauschgift- und Waffenhandel, Schmuggel, Schutzgelderpressung sowie Geldwäsche.

Eine besondere Bedeutung innerhalb dieser kriminellen Syndikate kommt den weltweit etwa 1.000 „Dieben im Gesetz“ zu, die sich als Führungspersonen der OK-Szene der GUS durchgesetzt haben. Der Begriff „Dieb im Gesetz“ stammt aus den 1920er Jahren, als sich in sowjetischen Gefängnissen und Lagern, den sog. Gulags, die Anführer der kriminellen Strafgefangenen gegen die Anführer der politischen Häftlinge durchsetzten und so die Oberhand gewannen. Diese kriminellen Anführer nannten sich nun „Diebe im Gesetz“ und stellten mit den „Diebesgesetzen“ einen eigenen Verhaltenskodex auf. Dieser sieht vor, dass Konflikte durch eigene Autoritätspersonen – notfalls auch mit Gewalt – geregelt werden und keine Zusammenarbeit mit der

Dieb im Gesetz

Polizei und Justiz stattfindet. Mit Gemeinschaftskassen („Abschschjak“) werden vor allem strafrechtlich verfolgte oder inhaftierte Gruppenmitglieder sowie ihre Angehörigen unterstützt.

Reisebewegungen In Bayern konnte der Verfassungsschutz auch im Jahr 2015 Reisebewegungen von „Dieben im Gesetz“ beobachten. Gewalttätige Auseinandersetzungen wurden in diesem Zusammenhang bislang jedoch nicht festgestellt.

3. OK-Gruppierungen aus dem Balkan und der Türkei

In Bayern sind mehrere kriminelle Netzwerke aus Südosteuropa und der Türkei aktiv. Diese sind in ihren Strukturen meist ethnisch homogen, d. h. Personen anderer Nationalitäten werden in der Regel nicht aufgenommen. Die Angehörigen der Netzwerke haben häufig den gleichen Geburtsort oder eine gemeinsame militärische Ausbildung.

Türkische Gruppierungen sind vor allem im Rauschgiftschmuggel und -handel mit Kokain und Cannabis aktiv. Darüber hinaus konnten folgende Delikte festgestellt werden: Eigentums- und Fälschungskriminalität, Steuer- und Zolldelikte, Glücksspieldelikte und Wettmanipulationen sowie Kriminalität im Zusammenhang mit illegalen Inkasso-Eintreibungen. Besonders wichtig für die kriminelle Szene sind die Verbindungen in die jeweiligen Heimatländer. Strukturermittlungen des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz ergaben, dass die Drahtzieher oft im Ausland sitzen und von dort aus ihre kriminellen Aktivitäten in Deutschland steuern. Die erzielten Gewinne investieren sie oft in Immobilien und Unternehmen außerhalb von Deutschland. Den Kauf wickeln sie über Stroh Männer – meist Verwandte – ab.

Überschneidungen zu OK-Gruppierungen aus dem Balkan und der Türkei wurden bei der rockerähnlichen Gruppierung United Tribuns festgestellt.

4. Italienische Mafia

Die seit Jahren bedeutendsten Mafiagruppierungen in Italien sind die 'Ndrangheta in Kalabrien, die Camorra im Gebiet um Neapel, die Cosa Nostra auf Sizilien sowie die Sacra Corona Unita in Apulien. Der geschätzte Jahresumsatz dieser vier Syndikate beläuft sich auf rund 140 Milliarden Euro.

Im Rahmen ihrer globalen Ausbreitung sind viele Familienclans seit etlichen Jahren in Deutschland sesshaft. In Bayern können derzeit mehr als 100 Personen den vier großen italienischen Mafia-Syndikaten zugeordnet werden.

Die Clan-Strukturen in Deutschland ähneln denen in Italien, insbesondere die 'Ndrangheta nutzt ihre organisatorische Geschlossenheit auch im Ausland: Die hier ansässigen Clanfamilien sind in kriminelle hierarchische Strukturen eingeteilt, arbeiten eigenverantwortlich und besitzen die gleichen Rechte und Pflichten wie die Clans in Italien. Ein enger Kontakt zum „Mutterhaus“ in San Luca bleibt dennoch bestehen.

Clan-Strukturen in Deutschland



Immer wieder sind Besuche von Autoritäten aus Italien festzustellen, die den Aufbau der Clans und den reibungslosen Ablauf in Deutschland kontrollieren.

Sog. Mitgliedertaufen werden von den Clans eigenverantwortlich vor Ort – auch in Deutschland – durchgeführt.

Der wichtigste Teil der Aufnahmezeremonie ist der Treueschwur: Das Neumitglied verbrennt ein Heiligenbild in seiner Handfläche und spricht dabei den Treueeid.

Omertà

Um sich vor Eingriffen der Behörden zu schützen, gilt innerhalb der italienischen Mafia die sog. „Omertà“. Dieses „Gesetz des Schweigens“ verbietet es Mitgliedern, mit Nicht-Angehörigen über interne Angelegenheiten zu sprechen oder gegenüber Polizei und Justiz Aussagen zu machen. Innerhalb der `Ndrangheta entfaltet die „Omertà“ aufgrund der weitreichenden Blutsverwandtschaft ihrer Mitglieder besondere Wirkung. Mittlerweile werden vermehrt Zwangsheiraten zwischen den verschiedenen Familienclans angeordnet, um den internen Zusammenhalt der kriminellen Gruppierung zu stärken.

In Bayern liegen die legalen Geschäftszweige der italienischen Mafia vorrangig in der Gastronomie. Zu den illegalen Betätigungsfeldern zählen Rauschgifthandel, Geldwäsche, Erpressung und Zinswucher.

Auffallend ist ein steigendes Interesse italienischer Krimineller, in Deutschland Grundstücke und Immobilien zu erwerben. Dies könnte im Zusammenhang mit einer Gesetzesänderung in Italien stehen. Das neue italienische Geldwäschegesetz verbietet unter anderem den Transfer von Bargeld zwischen verschiedenen Partnern, wenn der Geschäftswert 1.000 Euro (ab 2016: 3.000 Euro) übersteigt.

Ausblick

Extremistische Szenen stehen nicht isoliert und völlig unabhängig nebeneinander. Entwicklungen in einem Phänomenbereich werden vielmehr auch in anderen Phänomenbereichen wahrgenommen und können dort Wirkungen zeigen.

Durch die Auseinandersetzung mit ‚dem anderen‘, der als Gegner oder als „Feind“ konstruiert wird, erfährt die eigene Ideologie Bestätigung und wird aufgewertet.

Auch weltpolitische Entwicklungen haben Auswirkungen auf extremistische Phänomenbereiche, die wiederum in Wechselwirkungen zueinander stehen. Die Schärfe der gegenseitigen Abgrenzung nimmt dabei deutlich zu. Diese Zuspitzung birgt die Gefahr zunehmender gewalttätiger Auseinandersetzungen.

Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Flüchtlingsdebatte und der Ereignisse aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus, die die öffentliche Wahrnehmung der Weltlage prägen.

Salafisten und verfassungsschutzrelevante Islamfeinde

Die Freund-Feind-Unterscheidung spielt im Salafismus eine besondere Rolle. Salafisten teilen die Welt in zwei Lager – hier die Salafisten, dort die Ungläubigen, die pauschal als „kuffar“ bezeichnet werden. Dieser Weltsicht liegt das sog. al-Wala’ wal-Bara-Prinzip zugrunde, das als Loyalität zu Gott und den Gläubigen und als Lossagung von den Ungläubigen übersetzt werden kann. Mit diesem Prinzip grenzen sich die Salafisten bewusst von der Mehrheitsgesellschaft und anderen, nicht-salafistischen Muslimen ab. Jihadistische Salafisten schüren damit den Hass gegenüber allen Andersdenkenden und Andersgläubigen.

Um das Feindbild der „kuffar“ noch fester in den Köpfen ihrer Anhängerschaft zu verankern, vermitteln salafistische Propagandisten ganz bewusst den Eindruck, der Islam werde in der westlichen Gesellschaft generell missachtet und ausgegrenzt. Als vermeintlicher Beleg dafür dienen Äußerungen aus der islamfeindlichen Szene wie beispielsweise die Forderung, die Weiterverbreitung des Korans zu unterbinden. Solche extremistischen Forderungen, die tief in die Religionsfreiheit eingreifen würden, werden von Salafisten als beispielhaft für die Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber dem Islam dargestellt. Damit soll gezielt ein Gefühl der Unterdrückung und Stigmatisierung erzeugt werden, das emotionalisierend wirken und somit Radikalisierungsverläufe bis hin zum Jihadismus und Terrorismus massiv beschleunigen kann. Die Gefahr ist, dass eine solche Darstellung auch bei jungen muslimischen Gläubigen verfängt, die bislang der salafistischen Szene nicht angehörten, sich aber aus dem von den Salafisten bewusst erzeugten bzw. verstärkten Gefühl der Ausgrenzung heraus dem Salafismus anschließen wollen.

Die verfassungsschutzrelevanten Islamfeinde, die auch in mehreren bayerischen PEGIDA-Ablegern aktiv sind, verfolgen eine ähnlich pauschalierende, einseitige Darstellung. Sie propagieren die Gleichung Islam = Salafismus = Terrorismus und blenden dabei bewusst aus, dass mehr als 99 Prozent der Muslime in Deutsch-

land auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Dadurch wird der Hass auf Muslime geschürt, der sich auch in gewalttätigen Übergriffen auf Muslime und muslimische Einrichtungen äußern kann. Dies kann zur Folge haben, dass die Islamfeinde durch ihre Propaganda das Phänomen, gegen das sie sich vordergründig wenden, noch zusätzlich verstärken, indem sie die Folie bieten für die Darstellung von Diskriminierungserfahrungen, die dann die oben beschriebene radikalisierende Wirkung haben kann.

Kurdische PKK-Anhänger und türkische Nationalisten

Der internationale islamistische Terrorismus hat auch Auswirkungen auf PKK-nahe Kreise. Nachdem am 20. Juli in der türkisch-syrischen Grenzstadt Suruç ein mutmaßlicher Anhänger der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) einen Selbstmordanschlag auf ein kurdisches Kulturzentrum verübt hat, tötete der PKK-Guerillaverband „Volkverteidigungskräfte“ (HPG) am 22. Juli zwei türkische Polizeibeamte. Die HPG begründete diese „Vergeltungsaktion“ mit einer angeblichen Kooperation der beiden Polizisten mit dem IS. Weitere Terroranschläge der PKK gegen den türkischen Staat folgten. Als Reaktion darauf flog die türkische Luftwaffe Luftangriffe auf Lager der PKK in Syrien und im Nordirak. Zudem kam es in der Türkei zu landesweiten Exekutivmaßnahmen gegen Einrichtungen der PKK.

Die Situation in Deutschland bleibt maßgeblich von der Lageentwicklung in der Türkei abhängig. Sollten die Zusammenstöße zwischen türkischen Sicherheitskräften und der PKK-Guerilla anhalten, werden nicht nur die Demonstrationen von PKK-Anhängern in Deutschland fortgesetzt werden, sondern es sind auch militante Aktionen von PKK-Anhängern gegen türkische (halb-) staatliche Einrichtungen nicht auszuschließen.

Zudem kann es bei Kundgebungen jederzeit zu einer aufgeheizten Stimmung kommen. Dabei ist von Wechselwirkungen mit türkischen Nationalisten auszugehen. Die türkische rechts-extremistische Ülkücü-Bewegung – die sog. „Grauen Wölfe“ – hat in Bayern rund 1.250 Anhänger.

Insbesondere bei der Ülkücü-Jugendbewegung ist eine erhöhte Gewaltbereitschaft, vorwiegend gegen die kurdische Volksgruppe, erkennbar. In Internetveröffentlichungen von Aktivisten der Jugendbewegung werden einschlägige Symbole der Ideologie mit Musik und aggressiven Texten unterlegt. Dabei werden zumeist Kurden als Feinde verbal verunglimpft und das Türkentum besonders hervorgehoben. Gegenseitige Provokationen zwischen PKK-nahen Gruppen und Anhängern der Ülkücü-Bewegung können auch zu spontanen Gewalteskalationen führen.

Rechtsextremisten und Linksextremisten

Für deutsche Rechtsextremisten wird weiterhin das Thema „Anti-Asyl“ das Hauptaktionsfeld bleiben, wobei auch hier Entwicklungen im internationalen islamistischen Terrorismus zunehmend eine Rolle in der Agitation spielen.

Rechtsextremisten bringen beide Themen in völlig undifferenzierter Weise miteinander in Verbindung, um dadurch generelle Vorurteile gegenüber Flüchtlingen zu erzeugen und Ängste in der Bevölkerung zu schüren. Rechtsextremisten suchen dadurch auch Anknüpfungspunkte zum asylkritischen, nichtextremistischen Spektrum.

Die Abgrenzung zwischen diesen beiden Spektren wird – insbesondere im Internet – zunehmend fließend. Zunächst weitgehend auf das Internet beschränkte Phänomene können sich auch in die Realwelt verlagern, wie das Beispiel der Identitären Bewegung Deutschland (IBD) zeigt.

Bei der IBD handelte es sich zunächst um eine überwiegend virtuell agierende Organisation, die über eigene Internetseiten sowie über das soziale Netzwerk Facebook untereinander in Verbindung stand. Dadurch erwies sie sich als besonders jugendaffin. In der Ideologie der IBD wird die Bedeutung von „Abstammung“ und „Identität“ betont, was eine starke Nähe zum biologistischen Denken und der völkischen Ideologie von Rechtsextremisten erkennen lässt. Einzelne personelle Verflechtungen mit rechts-extremistischen Parteien und Gruppierungen im In- und Ausland

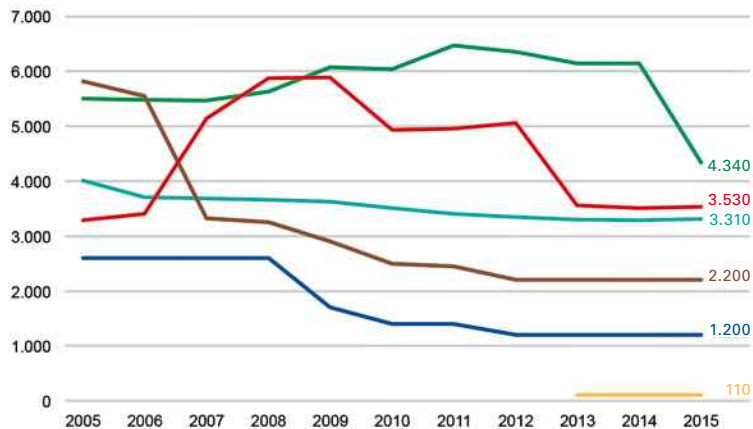
sind feststellbar. Mehrere Aktivisten der IBD in Bayern waren zudem bereits in rechtsextremistischen Organisationen aktiv. Seit Anfang 2015 entfalteten der IBD zurechenbare Aktivisten in Bayern über den virtuellen Raum des Internets hinaus mehr und mehr auch realweltliche Aktivitäten.

Die Gefahr von rechtsextremistisch motivierten Übergriffen auf Asylbewerberunterkünfte, deren Bewohner sowie Helfer und Unterstützer besteht weiterhin fort. Soweit sich bei Personen, die zunächst im Internet oder bei Demonstrationen und Kundgebungen aktiv sind, der Eindruck verfestigt, bloßer Protest würde nicht zum Ziel führen, besteht die Gefahr, dass sich aus der dadurch empfundenen Frustration Radikalisierungsverläufe entwickeln, die in Gewalttaten gegen Asylsuchende und deren Unterkünfte münden. Es ist weiterhin mit einer erhöhten Zahl von Straftaten zum Nachteil von Asylbewerbern zu rechnen.

Im Rahmen von Anti-Asyl-Protesten besteht auch die Gefahr von (teils gewaltsamen) Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten. Linksextremisten sind in diesem Zusammenhang verstärkt aktiv und verfolgen dabei ihre eigenen, gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele. Sie versuchen, ihre über die Ablehnung von Faschismus und Rechtsextremismus hinausgehende linksextremistische Ideologie, wie z. B. die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie, ins nicht-extremistische Spektrum zu transportieren.

Bei einer weiteren Zunahme des Demonstrationsgeschehens im Zusammenhang mit der Asyldebatte ist auch mit einer weiteren Intensivierung des Konfrontationsverhältnisses zwischen Rechts- und Linksextremisten zu rechnen. Dabei können auch die zur Gewährleistung des Versammlungsrechts eingesetzten Polizeibeamten Ziel gewalttätiger Übergriffe werden.

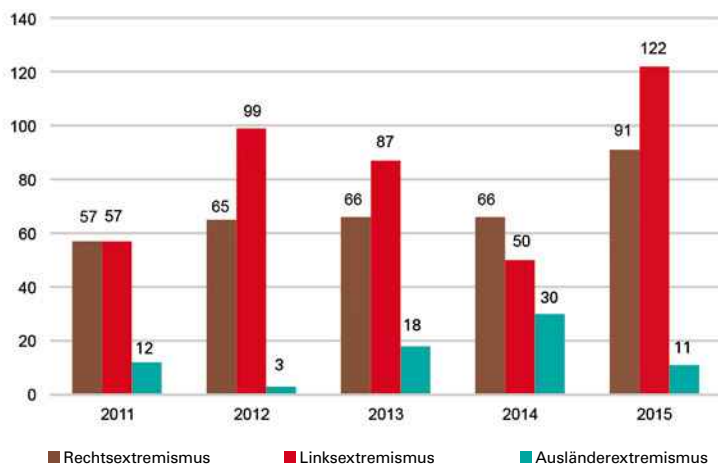
Anzahl der Extremisten in Bayern



- Islamisten*
- Sonstige ausländische Extremisten
- Rechtsextremisten
- Linksextremisten**
- Scientology-Organisation
- Verfassungsschutzrelevante Islamfeinde***

* Der Rückgang ist vor allem auf die Reformbemühungen innerhalb der IGMG zurückzuführen
 ** Für das Jahr 2013 wurden erstmals nur die offen extremistischen Strukturen der Partei ausgewiesen
 *** Aufnahme der Beobachtung im Jahr 2013

Entwicklung extremistisch motivierter Gewalttaten in Bayern



Stichwortregister

A

Adil Düzen (gerechte Ordnung)	40
Aktionsbündnis	
Stop G7 Elmau	173
Al-Intiqad (Die Kritik)	70
Al-Manar (Der Leuchtturm)	70
AL RISALAH, Online-Magazin von AQ	36
Anarchismus	202
Anarchisten	189, 200
Antiatomkraft	179
Antifaschismus	91, 178, 194
Antigentrifizierung	179, 182
Antiglobalisierung	179
Antiimperialismus	178, 191
Antiinstitutionalismus	202
Antimilitarismus	178, 182, 204
Antirepression	178, 181
Antisemitismus	40, 98, 120, 140
Asylpolitik	179
Atilim	83
Auditing	213
Ausländische Nachrichtendienste	223, 238
Ausreisebewegungen	58
Autonome	168, 200

B

Bandidos MC	239
Benefizveranstaltungen	38, 73
Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes	13
BIRGiT, Arbeitsgruppe	17, 61
Black Jackets	242
Bürgerinitiativen, rechtsextremistisch	102, 106, 134

C

Camorra	247
Cosa Nostra	247
Crystal Meth	212

Cyberjihad	37
Cyber-Armee	37

D

Da'wa (Missionierung)	29, 47, 52
Dabiq (Online-Magazin)	36
Deutsche Annalen	117
Deutsche Geschichte	117
Die Wahre Religion (DWR)	29, 55
Diebe im Gesetz	245
Diktatur des Proletariats	176, 195

E

E-Meter	214
Einsamer Wolf	30
Europäisches Institut für Humanwissenschaften (EIHW)	50

F

Fränkische Aktionsfront	115, 141
Fünf Gifte	228

G

G7-Gipfel 2015	74, 171, 190, 234
Geheimtatschutzbetreuung	231
Geschichtsrevisionismus	100, 125
Golden Age of Tech	213
Graue Wölfe	84, 253
Gremium MC	122, 239, 245

H

Hells Angels MC	147, 241, 245
Herrschaftsfreie Gesellschaft	169, 200
Home grown-Terroristen	33, 36

I

Ideale Org-Kampagne	219
Imperialismus	40, 176
Initialisierende Gewalt	171
Initiative Wirtschaftsschutz	231
Inspire (Online-Magazin)	36
Interim (Szene-Zeitschrift)	171
International Socialist Tendency	188
Intifada	69
Islam-Infostände	30, 55

Islamfeindlichkeit, rechtsextremistische	104, 150	Mongols MC	239, 245
Islamfeindlichkeit, verfassungs- schutzrelevante	149, 156, 251	Muhacirun (Auswanderer)	42
Islamic State News (ISN), Online-Magazin des IS	36	Muhammad-Karikaturen	31
Islamic State Report (ISR), Online-Magazin des IS	36	Mujahidin	67
Islamismus, legalistischer	28, 39	N	
Islamseminare	38, 73	`Ndrangheta	247
J		Nationale Allianz für Cyber-Sicherheit	234
Jihad	26, 33-36, 53, 57-66	National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (NZ)	117
Jugend für Menschenrechte	216	Nationalsozialismus	89, 100, 140
K		Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)	89, 97, 132
Kalifat (khalifa)	42, 60, 62, 66	Neonazismus	140
Kameradschaften	111, 140	O	
Klassenlose Gesellschaft	175, 195	Online-Imame	55
Know-how-Schutz	224, 231	Open Source Jihad	36
Kommunistische Partei Chinas (KPC)	227	Operierender Thetan	213
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	190, 198	Org	215
Konfrontative Gewalt	170	OSA	217
Konvertiten	33, 36, 52	Outlaw Motorcycle Gang (OMCG)	239
KRITIS	233	P	
L		Parteiverbotsverfahren	122
Lies!, Koranverteilprojekt	29, 55	Postautonome	201, 204
Linksruck	188	R	
M		Radical left	204
Mafia	247	Radikal (Szene-Zeitschrift)	171
Maoismus	178, 195	Religious Technology Center (RTC)	215
Marxismus	175, 204, 207	RESURGENCE, Online-Magazin von AQ	36
Marxismus- Leninismus	81, 176, 186, 195	Risalat-ul-Ikhwan	47
Massenvernichtungs- waffen	299	Rock Machine MC	239, 242
Milli Gazete	40	S	
Milli Görüs (nationale Sicht)	27, 39	Sacra Corona Unita	247
Mobivideos (Mobilisierungsvideos)	184	Salafismus	22, 27, 52, 251
		Salafismus, jihadistischer	33, 57, 251
		Salafismus, politischer	54
		Scharia	25, 28, 47, 52, 72

Schwarzer Block	171, 197	Virtuelle Netzwerke	35
Scientology Missions International (SMI)	216	Volksgemeinschaft	89, 101, 139
Serxwebun (Unabhängigkeit)	77	W	
Skinhead-Bands	112, 147	Wahhabismus	52
Skinheads	90, 142, 145	Wissenstransfer	230
Social engineering	233	World Uyghur Congress (WUC)	228
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG)	188	Y	
Sozialistische Hochschulzeitung	198	Yeni Özgür Politika	77
Stalinismus	177, 195	Yürüyüş	81
Street-Da`wa	55		
Syrien-Rückkehrer	27, 32, 60		
T			
Taghrib (kulturelle Verwestlichung)	47		
Takfir	65		
Tarnorganisationen	89, 211, 219		
Tauhid	34, 52		
Todesfatwas	45		
Trotzkismus	177		
Trust MC	239		
Türk Federasyon Bülteni	84		
Turner Diaries	90		
TV 5 (Türkischer Fernsehsender)	40		
U			
Umwelt & Aktiv	110, 138		
United Tribuns	243, 246		
V			
Verbot des Freien Netzes Süd	115, 118, 140		
Vereinsverbot, allgemein	13		
Vereinsverbot, Ausländerterrorismus	81		
Vereinsverbot, Islamismus	71		
Verfassungsfeindliche Bestrebung	14, 25, 115, 141		

Extremistische Organisationen und Gruppierungen

In dieser Übersicht sind die im vorliegenden Verfassungsschutzbericht genannten Organisationen und Gruppierungen aufgeführt, bei denen die vorliegenden tatsächlichen Anhaltspunkte in ihrer Gesamtschau zu der Bewertung geführt haben, dass die Organisation/Gruppierung verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, es sich mithin um eine verfassungsfeindliche Organisation/Gruppierung handelt.

Organisationen/Gruppierungen aus den Phänomenbereichen „Organisierte Kriminalität“ und „Spionageabwehr“ wurden nicht aufgenommen. Aus dem Bereich „Scientology“ erfolgte keine Aufnahme der internationalen Organisationsteile.

Islamismus / islamistischer Terrorismus

Abu Sayyaf (Philippinen)	65
al-Nahda	48
al-Qaida	36, 58, 62, 65
al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAH)	65
al-Qaida im Irak (AQI)	65, 67
Al-Rahman Moschee (Regensburg)	57
al-Shabab (Somalia)	65
Ansaar International e. V. (ehemals Ansaar Düsseldorf e. V.)	30, 37
Ansar al-Islam, Islamistisch-kurdische Netzwerke	67
As-Salam-Moschee (Schwandorf)	57
Boko Haram	63
Darul Quran Moschee (München)	57
El-Salam-Moschee (München)	57
Helfen in Not e. V.	37
Hilafet Devleti (Kalifatsstaat)	42
Hizb Allah (Hizbollah/Hisbollah)	70
Islamische Bewegung Usbekistan (IBU)	65
Islamische Gemeinde Nürnberg e. V. (IGN)	50
Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden in Deutschland (IGS)	46

Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD)	49
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)	41
Islamische Vereinigung in Bayern e. V. (IVB)	45
Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)	48, 69
Islamischer Staat (IS)	31, 35, 58, 62, 72, 252
Islamisches Zentrum Hamburg (IZH)	45
Islamisches Zentrum München e. V. (IZM)	50
Islamisches Zentrum Weiden e.V.	57
Ismael Aga Gemeinschaft (IAC)	41
Jabhat al-Nusra (JaN)	58, 66
Kaukasisches Emirat (KE)	72
Kultur- und Bildungszentrum Ingolstadt e. V.	43
Masjid ibn Taymiyyah Moschee (Nürnberg)	57
Millatu Ibrahim	33, 64
Milli Görüs Ahde Vefa Plattform - Erbakan Vakfi	41
Milli Görüs-Bewegung	27, 39
Muslimbruderschaft (MB)	47, 49, 51, 69
Muslimische Jugend in Deutschland e.V. (MJD)	51
Tablighi Jamaat (TJ)	43
Tschetschenische Republik Itschkeria (CRI)	72

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)

Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) bzw. Volkskongress Kurdistan (KONGRA GEL), ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan (KADEK)	76 - 80, 252
Föderation der Arbeiter aus der Türkei e. V. (ATIF)	82
Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e. V.	83
Goldene Morgenröte (Chrysi Avgi)	108, 121
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)	82
Konföderation der unterdrückten Migranten in Europa (AvEG-Kon)	83
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	86
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)	83
Revolutionäre Volksbefreiungspartei (DHKP-C)	81
Türkisch Kommunistische Partei / Marxisten-Leninisten – Partizan Flügel (TKP/M-Partizan Flügel)	82
Türkisch-Nationalistische Ülkücü-Bewegung / ADÜTDF	84, 253
Young Struggle	83

Rechtsextremismus

Aktivitas der Burschenschaft Danubia München	137
Aktivitas der Burschenschaften Frankonia Erlangen e. V.	138
Ansgar Aryan	114
Bürgerinitiative A (BIA) e. V. (BIA-Nürnberg)	134
Bürgerinitiative Ausländerstopp Augsburg (BIA-Augsburg)	136
Bürgerinitiative Ausländerstopp München (BIA-München)	110, 135, 139
Bürgerinitiative Soziale Alternative Oberpfalz e. V. (BiSAO)	136
Bürgerinitiative Soziales Fürth e. V. (BiSF)	136
Burning Hate	112
Codex Frei	112, 147
Der Dritte Weg (III. Weg)	90, 102, 105, 107, 124, 130, 142, 151
Die Rechte	90, 93, 96, 103-105, 118, 131-133, 143, 150
DIM Records	114
Division Franken	143
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ)	116
Europäische Aktion (EA)	138
Faustrecht	112
Final Resistance	115, 140
Fränkischer Heimatschutz (FHS)	144
Freie Kräfte Berchtesgadener Land	106, 143
Freies Netz Süd (FNS)	115, 118, 125, 140
FSN Shop	114
FSN-TV	116
Gesellschaft für Freie Publizistik e. V. (GfP)	137
Hammerskins	147
Hard as nails	112
Infoportal Schwaben	110
Junge Nationaldemokraten (JN)	121, 123
Kameradschaft Altmühltal	142
Kameradschaft Main-Spessart	128
Kameradschaft Unterfranken (KSU)	144
Midgard e. V.	139
MPU	112
National born haters	112
Nationaldemokratische	
Partei Deutschland (NPD)	90, 103, 105, 115, 119, 134 - 139, 241, 244
Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)	89, 97, 132
Neonazi-Kreis um Matthias Fischer	141
Oldschool Records	114
Oldschool Society (OSS)	146

Patriaversand	114
Radio FSN	116
Ring Nationaler Frauen (RNF)	123
Schwarze Sonne Versand	114
Stützpunkt Oberfranken (III. Weg)	128
Stützpunkt Mainfranken (III. Weg)	128
Stützpunkt München/Oberbayern (III. Weg)	128
Stützpunkt Nürnberg/Fürth (III. Weg)	129
Stützpunkt Ostbayern (III. Weg)	129
Stützpunkt Schwaben (III. Weg)	130
Sturmtrupp	112
Untergrundwehr	112
Versand der Bewegung	114, 118
VGB-Verlagsgesellschaft Berg mbH	117
Voice of Anger	147
Weisse Wölfe Terrorcrew (WWT)	146
White rebel boys	112
Wikingerversand	114
PEGIDA-Ableger mit extremistischen Bezügen	
NüGIDA	134, 149, 150, 154
PEGIDA Franken	149, 151
PEGIDA-München – zur Förderung staatsbürgerlicher Anliegen e.V. (PEGIDA-München)	135, 149, 152
PEGIDA Nürnberg	149, 154
Verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit	
Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie	
DIE FREIHEIT, Landesverband Bayern (DIE FREIHEIT Bayern)	153, 163
Personenkreis um Stürzenberger	153, 159
Linksextremismus	
[3A]*Revolutionäres Bündnis (3A-Bündnis)	172, 184
Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz	193, 197
Antifa-NT – Autonome Antifa München	206
Antifaschistische Linke Fürth (ALF)	205
Antikapitalistische Linke (AKL)	187
Antikapitalistische Linke München (AL-M)	207
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)	177, 198
Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí (Cuba Sí)	188
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	170, 190-194,

DIE LINKE. SDS	190
Frauenverband Courage e. V.	196
GegenStandpunkt (GSP) – Marxistische Gruppe	170, 198
Interventionistische Linke Nürnberg (IL-N)	202, 204
Interventionistische Linke (IL)	172, 201, 204
Jugendantifa Fürth (JAF)	203, 205
Jugendverband REBELL	196
Kinderorganisation ROTFÜCHSE	196
Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE. (KPF)	186
Kurzer Prozess	185
Linksjugend [solid]	189
marx21	177, 186, 188
Marxistische Gruppe (MG)	198
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	170, 177, 195
Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus	191, 196
Organisierte Autonomie (OA) Nürnberg	171, 203
Perspektive Kommunismus	202, 207
radikale Linke – Projekt revolutionärer Organisation (rL)	202, 204
ROJA	193, 204
Rote Hilfe e. V. (RH)	199
Sans Frontières	185
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	170, 192, 196
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)	170, 194,

Scientology-Organisation

Association for Better Living and Education (ABLE)	216
Celebrity Centre München e. V.	215, 220
Department of Special Affairs (DSA)	217
Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte in Deutschland e.V. (KVPM)	211, 216, 218, 219
Mission München West e.V.	216
NARCONON Bayern e. V.	216, 218, 219
Sag Nein zu Drogen – Sag Ja zum Leben	211, 218
Scientology Kirche Bayern e. V. (SKB)	211, 215, 217
Scientology Kirche Deutschland e. V. (SKD)	211, 215, 217
World Institute of Scientology Enterprises (WISE)	216

Bildnachweis

S. 17	Foto: BayLfV
S. 36	www.clarionproject.org/news/islamic-state-isis-isisil/03.03.2016
S. 37	Flyer gescannt
S. 38	www.ansaar.de/03.03.2016
S. 53	www.wall321.com/Animals/Lion/salafi/14.05.2014
S. 56	Foto: BayLfV
S. 80	www.youtube.com/watch?v=ag/14.01.2016
S. 80	www.kurdslist.org/events/471-2015-/14.01.2016
S. 93	Foto: Peter Kneffel, picture alliance / dpa
S. 96	www.rechte-muenchen.de/nsu-protestkundgebung/16.01.2016
S. 103	www.npd-materialdienst.de/29.01.2016
S. 120	www.npd-bayern.de/index.php/menue/16.01.2016
S. 141	Foto: BayStMI
S. 142	www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/16.01.2016
S. 153	Foto: BayLfV
S. 189	www.marx21.de/neues-marx21-magazin-/03.03.2016
S. 193	www.sdaj-muenchen.net/10.01.2016
S. 196	www.sicherheitskonferenz.de/de/Aufruf-2013-Gegen-die-SIKO/2.02.2015
S. 197	www.stop-g7-elmau.info/wordpress/wp-content/03.03.2016
S. 204	www.redside.tk/cms/revolutionar-organisierte-jugendaktion/3.3.16
S. 206	www.antifa-nt.de/31.01.2014
S. 207	www.linksunten.indymedia.org/de/node/110222
S. 212	www.live-pr.com/verein-sag-nein-zu-drogen-i-dt-r/12.01.2016
S. 212	www.facebook.com/photo.php?fbid=set/12.01.2016
S. 213	www.youtube.com/watch?v=c6j3cG-lu6Q/12.01.2016
S. 214	www.scientology.de/faq/s/12.01.2016
S. 215	www.scientology-losangeles.org/09.01.2015
S. 216	www.able.org/store/09.01.2015
S. 219	www.facebook.com/pages/KVPM-Deutschland-eV/09.01.2015
S. 219	www.youtube.com/user/DeineMenschenrechte/03.03.2016
S. 219	www.sag-nein-zu-drogen.de/09.01.2015
S. 219	http://de.thewaytohappiness.org/#/precepts/03.03.2016
S. 219	www.narconon.de/09.01.2015
S. 230	Broschüren Verfassungsschutzbehörden Bund und Länder
S. 232	Broschüren BayLfV
S. 235	Broschüre BayLfV



BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung.

Unter Telefon 089 12 22 20 oder per E-Mail an direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Impressum

Herausgeber	Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr Odeonsplatz 3, 80539 München
Redaktion	Abteilung Verfassungsschutz, Cybersicherheit in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz
Druck	KAWI Druck, München gedruckt auf umweltzertifiziertem Papier
Stand	April 2016

www.innenministerium.bayern.de
www.verfassungsschutz.bayern.de
